

BD

Schweiz stärken

Reform der Bundesverfassung

Bewährtes erhalten

Zukunft gestalten

Verfassungsentwurf

1995

Verfassungsentwurf

1. Vorwort	1
2. Verfassungstext mit Varianten	5
3. Reformvorschläge Volksrechte	51
4. Reformvorschläge Justiz	57
5. Anmerkungen zum Verfassungstext	61
6. Konkordanztafel Bundesverfassung / Entwurf	77
7. Abkürzungen	89

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger

Der Bundesrat lädt Sie zur Vernehmlassung über das Projekt einer Reform der Bundesverfassung ein. Es besteht aus einem Entwurf zu einer neuen Bundesverfassung, der das geltende geschriebene und ungeschriebene Verfassungsrecht wiedergibt, aus vier punktuellen Neuerungen und aus zwei Reformpaketen zur Erneuerung der «Volksrechte» und der «Justiz». Zu diesem Reformprojekt hat der Bundesrat noch nicht abschliessend Stellung genommen. Ziel dieses Vorgehens ist, eine breite öffentliche Diskussion über die Grundfragen des Staates in Gang zu bringen. In diesem Sinne ermutigen wir Sie, sich mit diesem Projekt auseinanderzusetzen und dazu bis Ende Februar 1996 Stellung zu beziehen.

Unsere Bundesverfassung ist in ihren Grundzügen bald 150 Jahre alt. Als Fundament unseres Bundesstaates hat sie sich bewährt, und im Kern ist sie nach wie vor gesund. Doch in dieser langen Zeit ist sie 136mal geändert worden. Das hat sie zu einem auf weite Strecken schwer verständlichen, teilweise gar verschlüsselten Dokument werden lassen, in dem sich nur noch wenige auskennen. Unsere Bundesverfassung ist vielen Bürgerinnen und Bürgern fremd geworden. Damit schwindet aber auch das öffentliche Bewusstsein, dass es sich bei der Verfassung um das wichtigste Gesetz, das Grund-Gesetz des Staates handelt, das die wesentlichen Grundlagen unseres Staatswesens enthält. Es ist daher unser Ziel, eine neue, verständliche Verfassung zu schaffen, mit der sich unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger identifizieren können und die das staatliche Handeln wieder zu steuern vermag.

Die Nachführung

Die Bundesversammlung hat uns am 3. Juni 1987 beauftragt, den Entwurf einer neuen Verfassung zu erstellen, in welchem das geschriebene und ungeschriebene Verfassungsrecht nachgeführt, verständlich dargestellt, systematisch geordnet und in Dichte und Sprache vereinheitlicht wird. Der Verfassungsentwurf soll den Bundesstaat Schweiz so zum Ausdruck bringen, wie er sich in den vergangenen 150 Jahren entwickelt hat und wie er heute wirklich existiert. Dies dient der Transparenz und verschafft dem geltenden Verfassungsrecht eine neue demokratische Legitimation, weil die Nachführung vor allem das ungeschriebene Verfassungsrecht bewusst macht, das sich seit Jahrzehnten neben dem Verfassungswortlaut entwickelt hat. Eine Volksabstimmung über die neue Verfassung bildet somit die willkommene Gelegenheit, den Zusammenhalt unseres Landes zu stärken. In diesem Sinne hat die Bundesversammlung auch eine Motion überwiesen, wonach die Arbeiten an der Verfassungsreform so in die Wege zu leiten sind, dass im Jahr 1998 – dem Jubiläumsjahr 150 Jahre Bundesstaat – eine entsprechende Volksvorlage verabschiedet werden kann. Bundesrat und Bundesversammlung sind bestrebt, die nun bald 30jährigen Vorarbeiten an der Verfassungsrevision noch in diesem Jahrhundert erfolgreich abzuschliessen.

Die punktuellen Neuerungen

Bei der Verabschiedung des Parlamentsbeschlusses zur Verfassungsrevision im Jahr 1987 bestand in den Eidgenössischen Räten die Auffassung, dass der Bundesrat ermächtigt sei, neben der Nachführung auch punktuelle Änderungen der Verfassung vorzuschlagen. Aus Transparenzgründen soll dies jedoch in Form von «Varianten» geschehen. In diesem Sinne enthält das Projekt der Verfassungsreform auch vier «Varianten». Es handelt sich dabei um eine Beschränkung auf wenige staatspolitische Reformanliegen, die unter das einheitliche Leitmotiv der Verbesserung der institutionellen Rahmenbedingungen des Bundesstaates gestellt sind. An der geltenden Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen wird dabei bewusst nichts geändert. Die Varianten stellen in diesem Sinne eine Ergänzung der Nachführung des Verfassungsrechts dar.

Die Erneuerung der Volksrechte und der Justiz

Die Verfassungsreform dient auch der Stärkung unserer demokratischen Institutionen und der Verbesserung der Rahmenbedingungen des staatlichen Handelns. Die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der Schweiz soll gestärkt und für die Zukunft gesichert werden. Die Verfassungsreform bietet uns die Gelegenheit und die Chance, ohne Druck von aussen «das eigene Haus in Ordnung zu bringen» und von innen heraus zu erneuern. Mit der Verfassungsreform wollen wir deshalb die Schweiz stärken und uns auf das nächste Jahrhundert vorbereiten.

Die Nachführung des geltenden Verfassungsrechts allein vermöchte aber diese Ziele nicht zu erreichen. Es braucht dazu auch materielle Reformen. Die entsprechenden Vorschläge konzentrieren sich im heutigen Zeitpunkt, neben den Varianten, auf zwei Reformpakete, nämlich auf die Reformen der «Volksrechte» und der «Justiz».

Der Bundesrat hat die Reformvorschläge des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes, die auf Vorarbeiten zweier Expertenkommissionen beruhen, besprochen. Er hält die grundsätzliche Stossrichtung der Vorschläge für richtig. Besonders wichtig erscheint ihm, dass damit die Substanz und die Ausgewogenheit des demokratischen Entscheidungsprozesses erhalten und gestärkt werden können. Der Bundesrat will sich jedoch im jetzigen Zeitpunkt noch nicht für oder gegen eine bestimmte Neuerung aussprechen. Wichtig ist ihm, dass die Palette von Vorschlägen, welche die Reformpakete enthalten, in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Es liegt in der Natur dieser Vorschläge, dass darüber unterschiedliche Meinungen bestehen und dass auch andere Gewichtungen vorgenommen werden können. Der Bundesrat möchte deshalb das Ergebnis der öffentlichen Diskussion abwarten und sich erst bei der Verabschiedung der Botschaft an die Eidgenössischen Räte definitiv festlegen.

Die Verfassungsreform als Prozess

Reformbedarf gibt es auch auf anderen Gebieten des staatlichen Lebens. Eine Verfassungsreform kann jedoch heute nicht mehr sämtliche Reformanliegen auf einmal realisieren. Die Gefahr des Scheiterns bei einer «Alles oder Nichts»-Politik wäre zu gross.

Der Bundesrat versteht deshalb heute die Verfassungsreform als offenen Prozess. Die nachgeführte, neue Verfassung bildet die Grundlage und das Gefäss für Reformen, die gleichzeitig oder etappenweise realisiert werden können. Mit der Ihnen heute unterbreiteten Vorlage zur Verfassungsreform wird somit die Diskussion über weitere institutionelle Reformen nicht verbaut.

Die neue Verfassung soll ein Gemeinschaftswerk aller Kreise des Volkes und aller Regionen des Landes werden und so auch unsere Identität stärken. Der Bundesrat ist überzeugt, dass Volk und Stände den Willen haben, die Verfassung – unter Wahrung der Eigenarten des Landes – so zu gestalten, dass wir als starke und selbstbewusste Schweiz den Herausforderungen der Zukunft gewachsen sind.

Der Bundesrat hofft, dass sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger an dieser Diskussion über unsern Staat beteiligen.

Der Bundeskanzler



F. Couchepin

Der Bundespräsident



K. Villiger

Verfassungsentwurf

1. Vorwort	1
2. Verfassungstext mit Varianten	5
3. Reformvorschläge Volksrechte	51
4. Reformvorschläge Justiz	57
5. Anmerkungen zum Verfassungstext	61
6. Konkordanztafel Bundesverfassung / Entwurf	77
7. Abkürzungen	89

Inhaltsverzeichnis

Präambel		11
1. Titel	Allgemeine Bestimmungen	11
Art. 1	Bestand	11
Art. 2	Zweck	11
Art. 3	Bundesstaatlichkeit	11
Art. 4	Grundsätze des staatlichen Handelns	11
Art. 5	Landessprachen	11
2. Titel	Grundrechte und Sozialziele	12
1. Kapitel	Grundrechte	12
Art. 6	Menschenwürde	12
Art. 7	Rechtsgleichheit	12
Art. 8	Willkürverbot und Treu und Glauben	12
Art. 9	Recht auf Leben, persönliche Freiheit und menschenwürdiges Dasein	12
Art. 10	Schutz des Privat- und Familienlebens	12
Art. 11	Recht auf Ehe	12
Art. 12	Glaubens- und Gewissensfreiheit	12
Art. 13	Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit	13
Variante		
Art. 14	Sprachenfreiheit	13
Art. 15	Freiheit der Kunst und der Wissenschaft	13
Art. 16	Versammlungsfreiheit	13
Art. 17	Vereinsfreiheit	13
Art. 18	Niederlassungsfreiheit	13
Art. 19	Schutz vor Ausweisung, Auslieferung und Ausschaffung	14
Art. 20	Eigentumsgarantie	14
Art. 21	Wirtschaftsfreiheit	14
Art. 22	Koalitionsfreiheit	14
Art. 23	Allgemeine Verfahrensgarantien	14
Art. 24	Gerichtliche Verfahren	14
Art. 25	Freiheitsentzug	15
Art. 26	Strafverfahren	15
Art. 27	Petitionsfreiheit	15
Art. 28	Wahl- und Abstimmungsfreiheit	15
Art. 29	Wirkungen der Grundrechte	15
Art. 30	Schranken der Grundrechte	16
2. Kapitel	Sozialziele	16
Art. 31		16
3. Titel:	Bund und Kantone	17
1. Kapitel:	Verhältnis von Bund und Kantonen	17
1. Abschnitt:	Stellung der Kantone	17
Art. 32	Aufgaben	17
Art. 33	Eigenständigkeit	17
Art. 34	Zusammenarbeit	17

Inhaltsverzeichnis

Art. 35	Beachtung des Bundesrechts	17
Art. 36	Amts- und Rechtshilfe	17
2. Abschnitt:	Bundesgarantien	17
Art. 37	Verfassungsmässige Ordnung und Gebiet	17
Art. 38	Kantonsverfassungen	18
Art. 39	Änderungen im Bestand und im Gebiet der Kantone	18
Variante		
3. Abschnitt:	Bürgerrecht und Stimmrecht	18
Art. 40	Bürgerrechte und Staatsangehörigkeit	18
Art. 41	Erwerb und Verlust des Bürgerrechts	18
Art. 42	Ausübung des Stimm- und Wahlrechts	18
Art. 43	Stellung der Auslandschweizerinnen und -schweizer	19
2. Kapitel:	Zuständigkeiten	19
1. Abschnitt:	Beziehungen zum Ausland	19
Art. 44	Auswärtige Angelegenheiten	19
Variante		
Art. 45	Verkehr der Kantone mit dem Ausland	19
Art. 46	Zuwendungen und Auszeichnungen ausländischer Regierungen	20
2. Abschnitt:	Landesverteidigung und Zivilschutz	20
Art. 47	Wehrpflicht	20
Art. 48	Armee	20
Art. 49	Einsatz der Armee	20
Art. 50	Zivilschutz	20
3. Abschnitt:	Umwelt und Raumplanung	21
Art. 51	Umweltschutz	21
Art. 52	Wasser	21
Art. 53	Wald	21
Art. 54	Natur- und Heimatschutz	21
Art. 55	Fischerei und Jagd	22
Art. 56	Tierschutz	22
Art. 57	Raumplanung	22
Art. 58	Öffentliche Werke	22
4. Abschnitt:	Verkehr, Energie und elektronische Medien	22
Art. 59	Strassenverkehr	22
Art. 60	Nationalstrassen	23
Art. 61	Alpenquerender Transitverkehr	23
Art. 62	Strassenverkehrsabgaben	23
Art. 63	Fuss- und Wanderwege	24
Art. 64	Eisenbahnen, Schifffahrt, Luftfahrt	24
Art. 65	Energiepolitik	25
Art. 66	Atomenergie, elektrische Energie und Rohrleitungen	25
Art. 67	Post- und Fernmeldewesen	25
Art. 68	Radio und Fernsehen	25

Inhaltsverzeichnis

5. Abschnitt:	Bildung, Forschung, Kultur und Sport	26
Art. 69	Bildung	26
Art. 70	Ausbildungsbeihilfen	26
Art. 71	Berufsbildung	26
Art. 72	Forschung	26
Art. 73	Kultur	26
Art. 74	Turnen und Sport	27
6. Abschnitt:	Wirtschaft	27
Art. 75	Grundsätze der Wirtschaftsordnung	27
Art. 76	Privatwirtschaftliche Erwerbstätigkeit	27
Art. 77	Strukturpolitik	27
Art. 78	Wettbewerbspolitik	27
Art. 79	Geld- und Währungspolitik	28
Art. 80	Konjunkturpolitik	28
Art. 81	Aussenwirtschaftspolitik	28
Art. 82	Landesversorgung	28
Art. 83	Landwirtschaft	28
Art. 84	Alkohol	29
Art. 85	Banken, Börsen und Versicherungen	29
Art. 86	Glücksspiele	29
Art. 87	Waffen und Kriegsmaterial	29
7. Abschnitt:	Wohnen, Arbeit, soziale Sicherheit und Gesundheit	29
Art. 88	Wohnbau- und Eigentumsförderung	29
Art. 89	Mieterschutz	29
Art. 90	Öffentliches Arbeitsrecht	30
Art. 91	Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge	30
Art. 92	Eidgenössische Versicherung	30
Art. 93	Berufliche Vorsorge	31
Art. 94	Arbeitslosenversicherung	31
Art. 95	Unterstützungspflicht für Bedürftige	32
Art. 96	Familienzulagen und Mutterschaftsversicherung	32
Art. 97	Kranken- und Unfallversicherung	32
Art. 98	Schutz der Gesundheit	32
Art. 99	Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie	33
8. Abschnitt:	Niederlassung von Ausländerinnen und Ausländern, Asyl	33
Art. 100		33
9. Abschnitt:	Zivilrecht, Strafrecht, Messwesen	34
Art. 101	Zivilrecht	34
Art. 102	Strafrecht	34
Art. 103	Opferhilfe	34
Art. 104	Messwesen	34
3. Kapitel:	Finanzordnung	34
Art. 105	Haushaltführung	34
Art. 106	Allgemeine Steuererhebungsgrundsätze	34

Inhaltsverzeichnis

Art. 107	Direkte Steuern	34
Art. 108	Steuerharmonisierung	35
Art. 109	Mehrwertsteuer	35
Art. 110	Stempelsteuer, Verrechnungssteuer, Retorsionssteuer	37
Art. 111	Besondere Verbrauchssteuern	37
Art. 112	Zölle	38
Art. 113	Ausschliessliche Besteuerung durch den Bund	38
Art. 114	Finanzausgleich	38
4. Titel:	Volk und Stände	39
1. Kapitel:	Stimm- und Wahlrecht	39
Art. 115		39
2. Kapitel:	Initiative und Referendum	39
Art. 116	Volksinitiative auf Totalrevision der Bundesverfassung	39
Art. 117	Volksinitiative auf Teilrevision der Bundesverfassung	39
Art. 118	Obligatorisches Referendum	39
Art. 119	Fakultatives Referendum	40
Art. 120	Erforderliche Mehrheiten	40
5. Titel:	Die Bundesbehörden	41
1. Kapitel:	Allgemeine Bestimmungen	41
Art. 121	Wählbarkeit	41
Art. 122	Unvereinbarkeit	41
Art. 123	Amtsduer	41
Art. 124	Amtssprachen	41
Art. 125	Verantwortlichkeit	41
2. Kapitel:	Bundesversammlung	41
1. Abschnitt:	Organisation	41
Art. 126	Stellung	41
Art. 127	Zusammensetzung und Wahl des Nationalrates	41
Art. 128	Zusammensetzung und Wahl des Ständerates	42
Art. 129	Sessionen	42
Art. 130	Vorsitz	42
Art. 131	Kommissionen	42
Art. 132	Fraktionen	42
Art. 133	Parlamentsdienste	42
2. Abschnitt:	Verfahren	43
Art. 134	Getrennte Verhandlung	43
Art. 135	Vereinigte Bundesversammlung	43
Art. 136	Öffentlichkeit der Sitzungen	43
Art. 137	Verhandlungsfähigkeit und erforderliches Mehr	43
Art. 138	Vorschlagsrecht	43
Art. 139	Instruktionsverbot	43
Art. 140	Immunität	44

Inhaltsverzeichnis

3. Abschnitt:	Zuständigkeit	44
Art. 141	Gesetzgebung	44
Art. 142	Gesetzgebung bei Dringlichkeit	44
Art. 143	Völkerrechtliche Verträge	44
Art. 144	Finanzbefugnisse	44
Art. 145	Wahlen	44
Art. 146	Oberaufsicht	45
Art. 147	Weitere Aufgaben und Befugnisse	45
3. Kapitel:	Bundesrat und Bundesverwaltung	45
1. Abschnitt:	Organisation und Verfahren	45
Art. 148	Bundesrat	45
Art. 149	Zusammensetzung und Wahl	46
Art. 150	Vorsitz	46
Art. 151	Kollegial- und Departementalprinzip	46
Art. 152	Bundesverwaltung	46
Art. 153	Bundeskanzlei	46
2. Abschnitt:	Zuständigkeit	47
Art. 154	Regierungspolitik	47
Variante		
Art. 155	Vorbereitung der Parlamentsgeschäfte	47
Art. 156	Rechtsetzung und Vollzug	47
Art. 157	Finanzbefugnisse	47
Art. 158	Beziehungen zum Ausland	47
Art. 159	Äussere und innere Sicherheit	47
Art. 160	Beziehungen zwischen Bund und Kantonen	48
Art. 161	Weitere Aufgaben und Befugnisse	48
4. Kapitel:	Bundesgericht	48
Art. 162	Stellung	48
Art. 163	Verfassungsgerichtsbarkeit	48
Art. 164	Zivil-, Straf- und Verwaltungsgerichtsbarkeit	49
Art. 165	Bundesassisen	49
Art. 166	Massgebendes Recht	49
6. Titel:	Revision der Bundesverfassung und Schlussbestimmungen	50
1. Kapitel:	Revision	50
Art. 167	Grundsatz	50
Art. 168	Totalrevision	50
Art. 169	Teilrevision	50
Art. 170	Inkrafttreten	50
2. Kapitel:	Schlussbestimmungen	50

1. Titel Allgemeine Bestimmungen

Präambel

Im Namen Gottes des Allmächtigen!

Volk und Stände der Schweizerischen Eidgenossenschaft geben sich die folgende Bundesverfassung:

1. Titel: Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Bestand

Die Schweizerische Eidgenossenschaft besteht aus den Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Schaffhausen, Appenzell-Ausserrhoden, Appenzell-Innerrhoden, Sankt Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf und Jura.

Art. 2 Zweck

Die Schweizerische Eidgenossenschaft wahrt Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes sowie die Freiheiten und Rechte der Bevölkerung; sie fördert die gemeinsame Wohlfahrt, den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt des Landes; sie setzt sich ein für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und für eine friedliche und gerechte internationale Ordnung.

Art. 3 Bundesstaatlichkeit

Die Kantone sind souverän, soweit ihre Souveränität nicht durch die Bundesverfassung beschränkt ist, und üben als solche alle Rechte aus, welche nicht der Bundesgewalt übertragen sind.

Art. 4 Grundsätze des staatlichen Handelns

¹ Grundlage und Schranke des staatlichen Handelns ist das Recht.

² Staatliches Handeln muss im öffentlichen Interesse liegen und verhältnismässig sein.

³ Staatliche Organe und Private verhalten sich gegenseitig nach Treu und Glauben.

Art. 5 Landessprachen

Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch sind die Landessprachen der Schweiz.

2. Titel Grundrechte und Sozialziele

1. Kapitel Grundrechte

Art. 6 Menschenwürde

Die Würde des Menschen ist zu achten und zu schützen.

Art. 7 Rechtsgleichheit

¹ Alle Menschen sind vor dem Gesetze gleich.

² Niemand darf insbesondere wegen seiner Herkunft, seines Geschlechts, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner sozialen Stellung oder wegen seiner religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung diskriminiert werden.

³ Mann und Frau sind gleichberechtigt. Das Gesetz sorgt für ihre Gleichstellung, namentlich in Familie, Ausbildung und Arbeit. Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.

Art. 8 Willkürverbot und Treu und Glauben

Jede Person hat Anspruch auf Schutz vor willkürlicher Behandlung durch staatliche Organe und auf ein Handeln nach Treu und Glauben.

Art. 9 Recht auf Leben, persönliche Freiheit und menschenwürdiges Dasein

¹ Jede Person hat ein Recht auf Leben. Die Todesstrafe ist verboten.

² Jede Person hat ein Recht auf persönliche Freiheit, namentlich das Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit und Bewegungsfreiheit. Folter und grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung sind in keinem Fall zulässig.

³ Jede Person hat in Notlagen Anspruch auf Hilfe und Betreuung und auf die für ein menschenwürdiges Leben unerlässlichen Mittel.

Art. 10 Schutz des Privat- und Familienlebens

¹ Jede Person hat Anspruch auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens sowie ihres Briefverkehrs und ihrer Wohnung.

² Das Post- und Fernmeldegeheimnis ist gewährleistet.

³ Jede Person hat Anspruch auf Schutz vor Missbrauch persönlicher Daten.

Art. 11 Recht auf Ehe

Das Recht auf Ehe ist gewährleistet.

Art. 12 Glaubens- und Gewissensfreiheit

¹ Die Glaubens- und Gewissensfreiheit ist gewährleistet.

² Jede Person hat das Recht, ihre Religion und ihre weltanschauliche Überzeugung frei zu wählen und einzeln oder in Gemeinschaft auszuüben. Sie hat das Recht, einer Religionsgemeinschaft beizutreten und anzugehören sowie religiösem Unterricht zu folgen. Sie darf jedoch nicht dazu gezwungen werden.

(medienabhängig)
Kommunikation

2. Titel Grundrechte und Sozialziele

³ Jede Person hat Anspruch darauf, die öffentlichen Schulen besuchen zu können, ohne dass ihre Glaubens- und Gewissensfreiheit beeinträchtigt wird.

⁴ Bistümer dürfen nur mit Genehmigung des Bundes errichtet werden.

Art. 13 Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit

¹ Die Meinungs- und Informationsfreiheit ist gewährleistet.

² Jede Person hat das Recht, ihre Meinung frei zu bilden, sie ungehindert zu äussern und in Wort, Schrift, Bild oder in anderer Weise zu verbreiten.

³ Jede Person kann Informationen frei empfangen sowie sie aus allgemein zugänglichen Quellen beschaffen und verbreiten.

⁴ Die Freiheit von Presse, Radio und Fernsehen ist gewährleistet; eine Vorzensur ist nicht zulässig.

Variante Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit

Abs. 1 bis 4 unverändert

⁵ Das Redaktionsgeheimnis ist gewährleistet.

Art. 14 Sprachenfreiheit

Die Sprachenfreiheit ist gewährleistet.

Art. 15 Freiheit der Kunst und der Wissenschaft

Die Freiheit der Kunst sowie die Freiheit der wissenschaftlichen Lehre und Forschung sind gewährleistet.

Art. 16 Versammlungsfreiheit

¹ Die Versammlungsfreiheit ist gewährleistet.

² Jede Person hat das Recht, an einer Versammlung teilzunehmen oder ihr fernzubleiben.

³ Versammlungen und Kundgebungen auf öffentlichem Grund können von einer Bewilligung abhängig gemacht werden.

Art. 17 Vereinsfreiheit

¹ Die Vereinsfreiheit ist gewährleistet.

² Jede Person hat das Recht, Vereinigungen zu gründen, Vereinigungen beizutreten und sich an den gemeinsamen Tätigkeiten zu beteiligen.

Art. 18 Niederlassungsfreiheit

¹ Schweizerinnen und Schweizer können sich an jedem Ort des Landes niederlassen.

² Sie können jederzeit die Schweiz verlassen oder in die Schweiz zurückkehren.

2. Titel Grundrechte und Sozialziele

Art. 19 Schutz vor Ausweisung, Auslieferung und Ausschaffung

¹ Schweizerinnen und Schweizer dürfen nicht ausgewiesen werden. Sie dürfen ohne ihr Einverständnis nicht an eine ausländische Behörde ausgeliefert werden.

² Flüchtlinge geniessen Schutz vor Auslieferung und Rückschiebung in den Verfolgerstaat. In keinem Fall darf eine Person in einen Staat verbracht werden, in welchem ihr Folter oder grausame und unmenschliche Behandlung oder Strafe droht.

Art. 20 Eigentumsgarantie

¹ Das Eigentum ist gewährleistet.

² Enteignungen und Eigentumsbeschränkungen, die einer Enteignung gleichkommen, werden voll entschädigt.

Art. 21 Wirtschaftsfreiheit

¹ Die Wirtschaftsfreiheit ist gewährleistet.

² Sie umfasst insbesondere die freie Wahl des Berufes sowie den freien Zugang zu einer privatwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit und deren freie Ausübung.

³ Abweichungen vom Grundsatz des freien Wettbewerbs bedürfen einer Grundlage in der Bundesverfassung.

Art. 22 Koalitionsfreiheit

¹ Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie ihre Organisationen haben das Recht, sich zum Schutze ihrer Interessen zusammenzuschliessen, Vereinigungen zu bilden und diesen beizutreten oder fernzubleiben.

² Das Recht auf Streik und Aussperrung ist gewährleistet. Das Gesetz kann die Art und Weise der Ausübung des Streikrechts regeln und den Streik für bestimmte Kategorien von Personen im öffentlichen Dienst verbieten.

Art. 23 Allgemeine Verfahrensgarantien

¹ Jede Person hat in Verfahren vor Gerichts- und Verwaltungsinstanzen Anspruch auf gleiche und gerechte Behandlung.

² Die Parteien haben Anspruch auf rechtliches Gehör.

³ Die unbemittelte Partei hat in einem Gerichts- und Verwaltungsverfahren Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege, wenn ihr Rechtsbegehren nicht aussichtslos ist. Der Anspruch umfasst auch das Recht auf einen unentgeltlichen Rechtsbeistand, wenn ein Beistand sachlich notwendig erscheint.

Art. 24 Gerichtliche Verfahren

¹ Jede Person, deren Sache in einem gerichtlichen Verfahren beurteilt werden muss, hat Anspruch auf ein auf Gesetz beruhendes, zuständiges, unabhängiges und unparteiisches Gericht.

2. Titel Grundrechte und Sozialziele

² Zivilklagen sind am Wohnsitz des Beklagten zu erheben. Das Gesetz kann abweichende Gerichtsstände bestimmen.

³ Gerichtsverhandlung und Urteilsverkündung sind öffentlich.

Art. 25 Freiheitsentzug

¹ Die Freiheit darf einer Person nur in den vom Gesetz selbst vorgesehenen Fällen und nur auf die gesetzlich vorgeschriebene Weise entzogen werden.

² Jede Person, der die Freiheit entzogen wird:

- a. muss unverzüglich und in einer ihr verständlichen Sprache über die Gründe des Freiheitsentzugs und über ihre Rechte unterrichtet werden; sie muss die Möglichkeit haben, ihre Rechte geltend zu machen;
- b. muss im Falle einer nichtrichterlich angeordneten Untersuchungshaft unverzüglich dem Richter vorgeführt werden, damit dieser über die Fortdauer der Haft oder die Freilassung entscheidet; sie hat Anspruch auf Aburteilung innert angemessener Frist;
- c. kann im Falle eines nichtrichterlich angeordneten Freiheitsentzugs jederzeit das Gericht anrufen, damit dieses raschmöglichst über die Rechtmässigkeit des Freiheitsentzugs entscheidet.

Art. 26 Strafverfahren

¹ Jede Person gilt bis zum gesetzlichen Nachweis ihrer Schuld als unschuldig.

² Jede Person, die wegen einer strafbaren Handlung angeklagt wird, muss rechtzeitig und umfassend über die gegen sie erhobenen Beschuldigungen in Kenntnis gesetzt werden und die Möglichkeit haben, die ihr zustehenden Verteidigungsrechte geltend zu machen.

³ Jede Person, die wegen einer strafbaren Handlung verurteilt worden ist, hat das Recht, das Urteil von einem höheren Gericht überprüfen zu lassen. Ausgenommen sind die Fälle, in denen das Bundesgericht als einzige Instanz urteilt.

Art. 27 Petitionsfreiheit

Jede Person hat das Recht, Petitionen an Behörden zu richten, ohne dass ihr daraus Nachteile erwachsen. Die Behörden haben davon Kenntnis zu nehmen.

Art. 28 Wahl- und Abstimmungsfreiheit

¹ Die Wahl- und Abstimmungsfreiheit ist gewährleistet.

² Sie schützt die freie Willensbildung und die unverfälschte Stimmabgabe.

³ Die Kantone können Ausnahmen vom Grundsatz der geheimen Stimmabgabe vorsehen.

Art. 29 Wirkungen der Grundrechte

¹ Die Grundrechte müssen in der ganzen Rechtsordnung zur Geltung kommen.

² Wer staatliche Aufgaben wahrnimmt, ist an die Grundrechte gebunden und trägt zu ihrer Verwirklichung bei.

2. Titel Grundrechte und Sozialziele

Art. 30 Schranken der Grundrechte

¹ Einschränkungen von Grundrechten bedürfen einer gesetzlichen Grundlage; sie müssen durch ein öffentliches Interesse oder entgegenstehende Grundrechte Dritter gerechtfertigt und verhältnismässig sein.

² Schwerwiegende Einschränkungen müssen im Gesetz selbst vorgesehen sein. Vorbehalten bleiben Fälle ernster, unmittelbarer und nicht anders abwendbarer Gefahr.

³ Der Kerngehalt der Grundrechte ist unantastbar.

2. Kapitel Sozialziele

Art. 31

¹ Bund und Kantone treffen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten Vorkehren, dass jede Person:

- a. ihren Lebensunterhalt durch frei gewählte Arbeit zu angemessenen Bedingungen bestreiten kann und vor einem ungerechtfertigten Verlust ihres Arbeitsplatzes geschützt ist;
- b. für sich und ihre Familie eine angemessene Wohnung zu tragbaren Bedingungen finden kann und vor Missbräuchen im Mietwesen geschützt ist;
- c. an der sozialen Sicherheit teilhat und besonders gegen die Folgen von Alter, Invalidität, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Verwaisung oder Verwitwung gesichert ist; Familien, Mütter und Kinder geniessen besonderen Schutz;
- d. die für ihre Gesundheit notwendige Vorsorge und Pflege erhält;
- e. sich nach ihren Fähigkeiten und Neigungen bilden und weiterbilden kann.

² Sie verwirklichen diese Ziele in Ergänzung zur privaten Initiative und Verantwortung im Rahmen der verfügbaren Mittel. Das Gesetz bestimmt, unter welchen Voraussetzungen Ansprüche auf staatliche Leistungen bestehen.

3. Titel Bund und Kantone

1. Kapitel: Verhältnis von Bund und Kantonen

1. Abschnitt: Stellung der Kantone

Art. 32 Aufgaben

- ¹ Die Kantone sind zuständig für alle Aufgaben, die nicht durch die Bundesverfassung dem Bund übertragen sind.
- ² Sie wirken nach Massgabe der Verfassung mit bei der Willensbildung im Bunde.
- ³ Sie vollziehen das Bundesrecht, soweit dieses nichts anderes bestimmt. Sie stehen dabei unter der Aufsicht des Bundes.
- ⁴ Bund und Kantone unterstützen sich in der Erfüllung ihrer Aufgaben. Sie schulden einander Rücksicht und Beistand.

Art. 33 Eigenständigkeit

- ¹ Der Bund wahrt die Eigenständigkeit der Kantone.
- ² Die Gemeindeautonomie ist nach Massgabe des kantonalen Rechts gewährleistet.

Art. 34 Zusammenarbeit

- ¹ Die Kantone können miteinander Verträge schliessen sowie gemeinsame Einrichtungen und Organe schaffen.
- ² Die Verträge dürfen dem Bundesrecht und den Interessen des Bundes sowie den Rechten anderer Kantone nicht zuwiderlaufen.
- ³ Sie bedürfen der Genehmigung des Bundes.

Art. 35 Beachtung des Bundesrechts

- ¹ Bundesrecht bricht kantonales Recht.
- ² Der Bund sorgt dafür, dass die Kantone das Bundesrecht einhalten, und ergreift nötigenfalls Massnahmen zu seiner Durchsetzung.

Art. 36 Amts- und Rechtshilfe

Bund und Kantone leisten sich gegenseitig Amts- und Rechtshilfe. Rechtskräftige Zivilurteile sind in der ganzen Schweiz vollstreckbar.

2. Abschnitt: Bundesgarantien

Art. 37 Verfassungsmässige Ordnung und Gebiet

- ¹ Der Bund schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes sowie die verfassungsmässige Ordnung und das Gebiet der Kantone.
- ² Ist die Ordnung im Innern eines Kantons gestört oder droht von einem anderen Kanton Gefahr, so kann der Bund eingreifen und die erforderlichen Massnahmen treffen, soweit der Kanton dazu nicht in der Lage ist. Die Kosten der Intervention tragen die betroffenen Kantone, sofern die Bundesversammlung nichts anderes beschliesst.

3. Titel Bund und Kantone

Art. 38 Kantonsverfassungen

¹ Jeder Kanton gibt sich eine demokratische Verfassung; sie bedarf der Zustimmung des Volkes und muss revidiert werden können, wenn die Mehrheit der Stimmberechtigten dies verlangt.

² Jeder Kanton unterbreitet dem Bund seine Verfassung zur Gewährleistung. Der Bund gewährleistet die Verfassung, wenn sie dem Bundesrecht nicht widerspricht.

Art. 39 Änderungen im Bestand und im Gebiet der Kantone

Änderungen im Bestand und im Gebiet der Kantone bedürfen der Zustimmung der betroffenen Bevölkerung und der betroffenen Kantone sowie der Zustimmung des Volkes und der Stände.

Variante Änderungen im Bestand und im Gebiet der Kantone

¹ Änderungen im Bestand und im Gebiet der Kantone bedürfen der Zustimmung der betroffenen Bevölkerung und der betroffenen Kantone.

² Änderungen im Bestand der Kantone bedürfen ausserdem der Zustimmung von Volk und Ständen.

³ Gebietsveränderungen zwischen den Kantonen unterliegen der Genehmigung der Bundesversammlung in der Form eines allgemeinverbindlichen Bundesbeschlusses.

⁴ Grenzbereinigungen können die Kantone unter sich durch Vertrag vornehmen.

3. Abschnitt: Bürgerrecht und Stimmrecht

Art. 40 Bürgerrechte und Staatsangehörigkeit

¹ Jede Schweizerin und jeder Schweizer besitzen ein Gemeinde- und ein Kantonsbürgerrecht sowie das Schweizer Bürgerrecht.

² Schweizerinnen und Schweizer dürfen aufgrund ihres Kantonsbürgerrechts nicht bevorzugt oder benachteiligt werden. Die Kantone können über die Stimmberechtigung in Bürger- und Korporationsgemeinden sowie über den Anteil an deren Vermögen abweichende Bestimmungen erlassen.

Art. 41 Erwerb und Verlust des Bürgerrechts

¹ Der Bund regelt Erwerb und Verlust der Bürgerrechte durch Abstammung, Heirat und Adoption sowie den Verlust des Schweizer Bürgerrechts und die Wiedereinbürgerung.

² Der Bund erlässt Mindestvorschriften über die Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern durch die Kantone und erteilt die Einbürgerungsbewilligung.

Art. 42 Ausübung des Stimm- und Wahlrechts

¹ Das Stimm- und Wahlrecht wird am Wohnsitz ausgeübt. Bund und Kantone können Ausnahmen vorsehen.

3. Titel Bund und Kantone

² Der Bund regelt das Stimm- und Wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten, die Kantone jenes in kantonalen und kommunalen Angelegenheiten.

³ Die Kantone können vorsehen, dass Neuzugezogene das Stimm- und Wahlrecht in kantonalen und kommunalen Angelegenheiten erst nach einer Wartefrist von höchstens drei Monaten seit der Niederlassung ausüben dürfen. Die kantonalen Gesetze über das Stimmrecht der Niedergelassenen in den Gemeinden bedürfen der Genehmigung des Bundes.

Art. 43 Stellung der Auslandschweizerinnen und -schweizer

¹ Der Bund fördert die Beziehungen der Auslandschweizerinnen und -schweizer unter sich und zur Schweiz.

² Der Bund kann die Rechte und Pflichten der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer gegenüber der Schweiz regeln, insbesondere die Ausübung der politischen Rechte, die Erfüllung der Wehrpflicht und die Unterstützung.

2. Kapitel: Zuständigkeiten

1. Abschnitt: Beziehungen zum Ausland

Art. 44 Auswärtige Angelegenheiten

¹ Die auswärtigen Angelegenheiten sind Sache des Bundes.

² Der Bund setzt sich ein für die Wahrung der Unabhängigkeit der Schweiz und ihrer Wohlfahrt; er trägt bei zur Linderung von Not und Armut in der Welt sowie zur friedlichen Beilegung von Konflikten.

Variante

Auswärtige Angelegenheiten

Abs. 1 und 2 unverändert.

³ *Der Bund berücksichtigt im Bereich der Aussenpolitik die Zuständigkeiten der Kantone und wahrt ihre Interessen. Er informiert dabei die Kantone rechtzeitig und umfassend, hört sie an und zieht sie bei der Vorbereitung von Entscheiden bei. Soweit die Umsetzung des internationalen Rechts den Kantonen obliegt, sind diese verpflichtet, rechtzeitig die erforderlichen Anpassungen vorzunehmen. Der Bund unterstützt sie bei der Erfüllung ihrer Aufgabe.*

Art. 45

Verkehr der Kantone mit dem Ausland

¹ Die Kantone können mit dem Ausland Verträge über Gegenstände ihres Zuständigkeitsbereichs abschliessen.

² Diese Verträge dürfen dem Bundesrecht und den Interessen des Bundes sowie den Rechten anderer Kantone nicht zuwiderlaufen. Sie bedürfen der Genehmigung des Bundes.

³ Der amtliche Verkehr der Kantone mit dem Ausland findet durch die Vermittlung des Bundes statt. Mit untergeordneten ausländischen Behörden können die Kantone direkt verkehren.

3. Titel Bund und Kantone

Art. 46 Zuwendungen und Auszeichnungen ausländischer Regierungen

¹ Wer Zuwendungen oder Auszeichnungen ausländischer Regierungen entgegennimmt, ist als Mitglied von Bundesbehörden und als Bediensteter oder Bedienstete des Bundes sowie als Mitglied kantonaler Regierungen und Parlamente nicht wählbar oder muss aus dem Amt ausscheiden.

² Angehörige der Armee dürfen keine Auszeichnungen ausländischer Regierungen annehmen oder behalten.

2. Abschnitt: Landesverteidigung und Zivilschutz

Art. 47 Wehrpflicht

¹ Jeder Schweizer ist wehrpflichtig. Das Gesetz regelt den zivilen Ersatzdienst.

² Wer die Wehrpflicht nicht durch persönliche Dienstleistung erfüllt, schuldet eine Ersatzabgabe.

³ Das Gesetz kann Ausnahmen von der Wehrpflicht vorsehen.

⁴ Personen, die in Erfüllung ihrer Dienstpflicht gesundheitlichen Schaden erleiden oder ihr Leben verlieren, haben für sich oder ihre Familien Anspruch auf Unterstützung des Bundes.

⁵ Der Bund erlässt Vorschriften über den angemessenen Ersatz des Erwerbsausfalls, der durch die Erfüllung der Dienstpflicht entsteht.

Art. 48 Armee

¹ Die Schweizer Armee ist eine Milizarmee. Sie verteidigt die Schweiz und ihre Bevölkerung und unterstützt die zivilen Behörden bei der Abwehr von schwerwiegenden Bedrohungen der inneren Sicherheit (Aktivdienst). Das Gesetz kann weitere Einsatzarten vorsehen.

² Die Militärgesetzgebung sowie Organisation, Ausbildung und Bewaffnung der Armee sind Sache des Bundes.

³ Die Kantone sind im Rahmen des Bundesrechts zuständig für die Bekleidung und die Ausrüstung der Armee, für die Bildung kantonaler Formationen sowie für die Ernennung und die Beförderung der Offiziere kantonaler Formationen.

⁴ Der Bund kann militärische Einrichtungen der Kantone gegen billige Entschädigung übernehmen.

Art. 49 Einsatz der Armee

¹ Die Verfügung über die Armee ist Sache des Bundes.

² Die Kantone können ihre Formationen auf ihrem Gebiet einsetzen, wenn die Mittel der zivilen Behörden zur Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit nicht mehr ausreichen.

Art. 50 Zivilschutz

¹ Die Gesetzgebung über den zivilen Schutz der Bevölkerung und der Güter bei bewaffneten Konflikten ist Sache des Bundes.

3. Titel Bund und Kantone

² Der Bund erlässt Vorschriften über den Einsatz des Zivilschutzes bei Katastrophen und in Notlagen.

³ Er kann den Zivilschutzdienst für Männer obligatorisch erklären. Frauen können freiwillig Zivilschutzdienst leisten.

⁴ Versicherung und Erwerbsersatz sind durch das Gesetz zu regeln.

3. Abschnitt: Umwelt und Raumplanung

Art. 51 Umweltschutz

Der Bund erlässt Vorschriften über den Schutz des Menschen und seiner natürlichen Umwelt gegen schädliche oder lästige Einwirkungen; er bekämpft insbesondere die Luftverunreinigung und den Lärm.

Art. 52 Wasser

¹ Der Bund erlässt Vorschriften zur Abwehr schädigender Einwirkungen des Wassers, über den Gewässerschutz, über die Sicherung angemessener Restwassermengen, über die Beeinflussung der Niederschläge sowie über die Beschaffung und Auswertung hydrologischer Grundlagen.

² Der Bund erlässt auf dem Weg der Gesetzgebung Grundsätze über die haushälterische Nutzung der Wasservorkommen, über Eingriffe in den Wasserkreislauf und über die Nutzung der Gewässer zur Energieerzeugung und für Kühlzwecke.

³ Er bestimmt, in welchem Rahmen die Kantone Wassernutzungsabgaben erheben dürfen. Über Rechte und Abgaben an internationalen Wasservorkommen entscheidet der Bund unter Beizug der betroffenen Kantone. Können sich die Kantone über Rechte an interkantonalen Wasservorkommen nicht einigen, entscheidet ebenfalls der Bund.

⁴ Der Bund kann gegen Entschädigung für seine Verkehrsbetriebe Wasser zur Energieerzeugung nutzen.

⁵ Der Bund nimmt bei der Erfüllung dieser Aufgaben Rücksicht auf die Anliegen der Kantone, aus denen das Wasser stammt.

Art. 53 Wald

¹ Der Bund erlässt auf dem Weg der Gesetzgebung Grundsätze über den Schutz des Waldes.

² Er fördert Massnahmen zur Erhaltung des Waldes.

³ Er sorgt dafür, dass der Wald seine Schutz-, Wohlfahrts- und Nutzfunktionen erfüllen kann.

Art. 54 Natur- und Heimatschutz

¹ Der Bund nimmt bei der Erfüllung seiner Aufgaben Rücksicht auf die Anliegen des Natur- und Heimatschutzes; er schützt Ortsbilder, Landschaften, geschichtliche Stätten sowie Natur- und Kulturdenkmäler.

² Er kann Bestrebungen des Natur- und Heimatschutzes unterstützen und schützenswerte Objekte von nationaler Bedeutung erwerben oder sichern.

3. Titel Bund und Kantone

³ Er erlässt Vorschriften zum Schutz der einheimischen Tier- und Pflanzenwelt und zur Erhaltung ihrer Lebensräume in der natürlichen Vielfalt; er schützt bedrohte Arten vor Ausrottung.

⁴ Moore und Moorlandschaften von besonderer Schönheit und nationaler Bedeutung sind Schutzobjekte. Es dürfen darin weder Anlagen gebaut noch Bodenveränderungen irgendwelcher Art vorgenommen werden. Ausgenommen sind Einrichtungen, die der Aufrechterhaltung des Schutzzweckes und der bisherigen landwirtschaftlichen Nutzung dienen.

Art. 55 Fischerei und Jagd

Der Bund erlässt auf dem Weg der Gesetzgebung Grundsätze über die Ausübung der Fischerei und der Jagd, namentlich zur Erhaltung des Hochwildes und zum Schutz der Vögel.

Art. 56 Tierschutz

¹ Die Gesetzgebung über den Tierschutz ist Sache des Bundes.

² Der Bund erlässt insbesondere Vorschriften über:

- a. die Einfuhr, den Handel und den Transport von Tieren;
- b. das Halten, die Pflege und das Töten von Tieren;
- c. Eingriffe und Versuche am lebenden Tier.

Art. 57 Raumplanung

¹ Der Bund erlässt auf dem Weg der Gesetzgebung Grundsätze für eine durch die Kantone zu schaffende, der zweckmässigen Nutzung des Bodens und der geordneten Besiedlung des Landes dienende Raumplanung.

² Er fördert und koordiniert die Bestrebungen der Kantone und nimmt bei der Erfüllung seiner Aufgaben Rücksicht auf die Anliegen der Raumplanung.

Art. 58 Öffentliche Werke

Der Bund kann im Interesse des Landes oder eines grossen Teils davon öffentliche Werke errichten und betreiben oder ihre Errichtung durch andere unterstützen.

4. Abschnitt: Verkehr, Energie und elektronische Medien

Art. 59 Strassenverkehr

¹ Der Bund erlässt Vorschriften über den Strassenverkehr.

² Er übt die Oberaufsicht über die Strassen von nationaler Bedeutung aus; er kann bestimmen, welche Durchgangsstrassen für den Verkehr offen bleiben müssen.

³ Der Verkehr auf öffentlichen Strassen ist gebührenfrei, soweit in besonderen Fällen die Bundesversammlung nichts anderes bestimmt.

3. Titel Bund und Kantone

Art. 60 Nationalstrassen

- ¹ Der Bund stellt die Errichtung und Benützung eines Netzes von Nationalstrassen sicher.
- ² Die Kantone bauen und unterhalten die Nationalstrassen nach den Vorschriften und unter der Oberaufsicht des Bundes.
- ³ Bund und Kantone tragen die Kosten der Nationalstrassen gemeinsam; dabei sind die Belastung der einzelnen Kantone durch die Nationalstrassen sowie ihr Interesse und ihre Finanzkraft zu berücksichtigen.

Art. 61 Alpenquerender Transitverkehr

- ¹ Der Bund schützt das Alpengebiet vor den negativen Auswirkungen des Transitverkehrs. Er begrenzt die Belastungen durch den Transitverkehr auf ein Mass, das für Menschen, Tiere und Pflanzen sowie deren Lebensräume nicht schädlich ist.
- ² Der alpenquerende Gütertransitverkehr von Grenze zu Grenze erfolgt auf der Schiene. Der Bundesrat regelt die notwendigen Massnahmen. Ausnahmen sind nur zulässig, wenn sie unumgänglich sind. Diese müssen durch ein Gesetz näher bestimmt werden.
- ³ Die Transitstrassen-Kapazität im Alpengebiet darf nicht erhöht werden. Ausgenommen sind Umfahrungsstrassen zur Entlastung von Ortschaften vom Durchgangsverkehr.

Übergangsbestimmung

Die Verlagerung des Gütertransitverkehrs auf die Schiene muss innert zehn Jahren seit Annahme der Volksinitiative zum Schutz des Alpengebietes vor dem Transitverkehr abgeschlossen sein. Der Bundesrat regelt die notwendigen Massnahmen.

Art. 62 Strassenverkehrsabgaben

- ¹ Der Bund kann auf dem Schwerverkehr eine leistungs- oder verbrauchsabhängige Abgabe erheben, soweit der Schwerverkehr der Allgemeinheit Kosten verursacht, die nicht anderweitig gedeckt sind. Die Kantone sind am Reinertrag zu beteiligen.
- ² Der Bund erhebt für die Benützung der Nationalstrassen durch Motorfahrzeuge, die nicht der Schwerverkehrsabgabe unterstehen, eine jährliche Abgabe von 40 Franken.
- ³ Der Bund verwendet den Reinertrag der Schwerverkehrsabgabe und der Nationalstrassenabgabe sowie die Hälfte des Reinertrages der Mineralölsteuer auf Treibstoffen für Aufgaben im Zusammenhang mit dem Strassenverkehr, namentlich für:
 - a. die Errichtung, den Unterhalt und den Betrieb von Nationalstrassen sowie die Errichtung von Hauptstrassen;
 - b. Massnahmen zur Förderung des kombinierten Verkehrs, des Transports begleiteter Motorfahrzeuge und des Baus von Bahnhofparkanlagen sowie zur Trennung von Schiene und Strasse;
 - c. strassenverkehrsbedingte Massnahmen des Umwelt- und Landschaftsschutzes.

2640
= 1746

= d

3. Titel Bund und Kantone

⁴ Soweit der Reinertrag dieser Abgaben zur Erfüllung der Aufgaben im Zusammenhang mit dem Strassenverkehr nicht ausreicht, erhebt der Bund einen Zuschlag zur Mineralölsteuer.

Übergangsbestimmung: Strassenverkehrsverordnungen des Bundesrats

¹ Der Bund erhebt für die Benützung der dem allgemeinen Verkehr geöffneten Strassen auf in- und ausländischen Motorfahrzeugen und Anhängern mit einem Gesamtgewicht von je über 3,5 Tonnen eine jährliche Abgabe.

² Diese Abgabe beträgt:

- a. für Lastwagen und Sattelmotorfahrzeuge
 - von über 3,5 bis 12 Tonnen Fr. 650.–
 - von über 12 bis 18 Tonnen Fr. 2000.–
 - von über 18 bis 26 Tonnen Fr. 3000.–
 - von über 26 Tonnen Fr. 4000.–
- b. für Anhänger
 - von über 3,5 bis 8 Tonnen Fr. 650.–
 - von über 8 bis 10 Tonnen Fr. 1500.–
 - von über 10 Tonnen Fr. 2000.–
- c. für Gesellschaftswagen Fr. 650.–

³ Die Abgabesätze der Abgabe nach Absatz 2 und der Nationalstrassenabgabe können mit einem allgemeinverbindlichen, dem fakultativen Referendum unterstellten Bundesbeschluss angepasst werden, sofern die Strassenverkehrskosten dies rechtfertigen.

⁴ Ausserdem kann der Bundesrat die Tarifikategorie ab 12 Tonnen nach Absatz 2 auf dem Verordnungsweg an allfällige Änderungen der Gewichtskategorien im Strassenverkehrsgesetz anpassen.

⁵ Der Bundesrat bestimmt für Motorfahrzeuge im Sinne von Absatz 1, die nicht das ganze Jahr in der Schweiz im Verkehr stehen, entsprechend abgestufte Abgabesätze; er berücksichtigt den Erhebungsaufwand.

⁶ Der Bundesrat regelt die Erhebung der Abgaben nach Absatz 2 und der Nationalstrassenabgabe. Er kann für besondere Fahrzeugkategorien die Ansätze im Sinne von Absatz 2 festlegen, bestimmte Fahrzeuge von der Abgabe befreien und Sonderregelungen treffen, insbesondere für Fahrten im Grenzbereich. Dadurch dürfen im Ausland immatrikulierte Fahrzeuge nicht besser gestellt werden als schweizerische. Der Bundesrat kann für Übertretungen Bussen vorsehen. Die Kantone ziehen die Abgabe für die im Inland immatrikulierten Fahrzeuge ein.

⁷ Der Reinertrag dieser Abgaben wird wie der Ertrag des Zuschlags zur Mineralölsteuer gemäss Artikel 62 Absatz 4 verwendet.

⁸ Auf dem Weg der Gesetzgebung kann ganz oder teilweise auf diese Abgaben verzichtet werden.

⁹ Dieser Artikel gilt mit Wirkung ab 1. Januar 1995 und bleibt längstens bis zum 31. Dezember 2004 in Kraft.

Art. 63

Fuss- und Wanderwege

¹ Der Bund erlässt auf dem Weg der Gesetzgebung Grundsätze über Fuss- und Wanderwege. Er kann die Tätigkeit der Kantone unterstützen und koordinieren.

² In Erfüllung seiner Aufgaben nimmt der Bund Rücksicht auf Fuss- und Wanderwegnetze. Er ersetzt Wege, die er aufheben muss.

Art. 64

Eisenbahnen, Schifffahrt, Luftfahrt

Die Gesetzgebung über die Eisenbahnen, die Schifffahrt und die Luftfahrt ist Sache des Bundes.

3. Titel Bund und Kantone

Art. 65 Energiepolitik

- ¹ Bund und Kantone sorgen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für eine ausreichende, breitgefächerte, sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung sowie für einen sparsamen und rationellen Energieverbrauch.
- ² Der Bund erlässt auf dem Weg der Gesetzgebung Grundsätze über die Nutzung einheimischer und erneuerbarer Energien und über den sparsamen und rationellen Energieverbrauch.
- ³ Der Bund erlässt Vorschriften über den Energieverbrauch von Anlagen, Fahrzeugen und Geräten; er fördert insbesondere die Entwicklung von Techniken, die den Energieverbrauch reduzieren und der Nutzung erneuerbarer Energien dienen.
- ⁴ Massnahmen betreffend den Verbrauch von Energie in Gebäuden werden vor allem von den Kantonen getroffen.
- ⁵ Der Bund berücksichtigt in seiner Energiepolitik die Anstrengungen der Kantone und ihrer Gemeinwesen sowie der Wirtschaft und trägt den unterschiedlichen Verhältnissen der einzelnen Gebiete des Landes und der wirtschaftlichen Tragbarkeit Rechnung.

Art. 66 Atomenergie, elektrische Energie und Rohrleitungen

- ¹ Die Gesetzgebung auf dem Gebiet der Atomenergie, über die Fortleitung und die Abgabe elektrischer Energie und über die Rohrleitungsanlagen zur Beförderung flüssiger oder gasförmiger Brenn- oder Treibstoffe ist Sache des Bundes.
- ² Energie aus Wasserkraft darf nur mit Bewilligung des Bundes ins Ausland exportiert werden.

Übergangsbestimmung

Bis zum Jahr 2000 werden keine Rahmen-, Bau-, Inbetriebnahme- oder Betriebsbewilligungen für neue Einrichtungen zur Erzeugung von Atomenergie erteilt.

Art. 67 Post- und Fernmeldewesen

- ¹ Das Post- und Fernmeldewesen ist Sache des Bundes.
- ² Der Bund stellt sicher, dass ~~allen~~ Landesteilen zuverlässige, preiswerte und nach den gleichen Grundsätzen ausgestaltete Post- und Fernmeldedienste angeboten werden. / in ?
- ³ Der Gewinn der Post- und Fernmeldedienste des Bundes ist dem Bund abzuliefern.

Art. 68 Radio und Fernsehen

- ¹ Die Gesetzgebung über Radio und Fernsehen sowie über andere Formen der öffentlichen fernmeldetechnischen Verbreitung von Darbietungen und Informationen ist Sache des Bundes.
- ² Radio und Fernsehen tragen zur kulturellen Entfaltung, zur freien Meinungsbildung und zur Unterhaltung bei. Sie berücksichtigen die kulturelle Vielfalt des Landes und die Bedürfnisse der Kantone. Sie stellen die Ereignisse sachgerecht dar und bringen die Vielfalt der Ansichten angemessen zum Ausdruck.

3. Titel Bund und Kantone

³ Die Unabhängigkeit von Radio und Fernsehen sowie die Autonomie in der Programmgestaltung sind gewährleistet.

⁴ Auf die Stellung und die Aufgabe anderer Kommunikationsmittel, vor allem der Presse, ist Rücksicht zu nehmen.

⁵ Der Bund richtet eine unabhängige Beschwerdeinstanz ein.

5. Abschnitt: Bildung, Forschung, Kultur und Sport

Art. 69 Bildung

¹ Die Kantone sorgen für ausreichenden und unentgeltlichen Grundschulunterricht. Dieser ist obligatorisch und untersteht staatlicher Leitung. Das Schuljahr beginnt zwischen Mitte August und Mitte September.

² Der Bund kann Hochschulen und andere höhere Unterrichtsanstalten betreiben oder unterstützen; er fördert die interkantonale Zusammenarbeit.

Art. 70 Ausbildungsbeihilfen

¹ Der Bund kann den Kantonen an ihre Aufwendungen für Stipendien und andere Ausbildungsbeihilfen Beiträge gewähren.

² Er kann darüber hinaus eigene Massnahmen zur Förderung der Ausbildung ergreifen.

Art. 71 Berufsbildung

Die Gesetzgebung über die Berufsbildung in Industrie, Gewerbe, Handel, Landwirtschaft und Hausdienst ist Sache des Bundes.

Art. 72 Forschung

¹ Der Bund fördert die wissenschaftliche Forschung.

² Er kann seine Leistungen insbesondere davon abhängig machen, dass die Koordination sichergestellt ist.

³ Er kann Forschungsstätten errichten, übernehmen oder betreiben.

Art. 73 Kultur

¹ Der Bund nimmt bei der Erfüllung seiner Aufgaben Rücksicht auf die kulturelle Vielfalt des Landes.

² Er kann kulturelle Bestrebungen von gesamtschweizerischem Interesse unterstützen.

³ Er fördert die Verständigung und den Austausch unter den Sprachgemeinschaften; er unterstützt Massnahmen der Kantone zur Erhaltung und Förderung bedrohter Landessprachen.

⁴ Er kann Vorschriften erlassen über:

a. die Förderung der Schweizer Filmproduktion und filmkultureller Bestrebungen;

3. Titel Bund und Kantone

- b. die Filmeinfuhr, den Filmverleih sowie die Eröffnung und Umwandlung von Kinos; wenn allgemeine kultur- und staatspolitische Interessen es rechtfertigen, kann der Bund nötigenfalls vom Grundsatz des freien Wettbewerbs abweichen.

Art. 74 Turnen und Sport

- ¹ Der Bund kann Vorschriften erlassen über Turnen und Sport der Jugend.
² Er fördert Turnen und Sport der Erwachsenen und unterhält eine Sportschule.

6. Abschnitt: Wirtschaft

Art. 75 Grundsätze der Wirtschaftsordnung

Bund und Kantone wahren bei der Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung den Grundsatz des freien Wettbewerbs. Vorbehalten bleiben die in der Bundesverfassung vorgesehenen Abweichungen und die kantonalen Regalrechte.

Art. 76 Privatwirtschaftliche Erwerbstätigkeit

- ¹ Der Bund kann Vorschriften erlassen über die Ausübung der privatwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit.
² Er trifft Massnahmen für die Verwirklichung eines einheitlichen schweizerischen Wirtschaftsraumes. Er gewährleistet namentlich, dass wissenschaftlich ausgebildete Personen ihren Beruf in der ganzen Schweiz ausüben können.

Übergangsbestimmung

Einstweilen sind die Kantone zur gegenseitigen Anerkennung von Fähigkeitsausweisen verpflichtet.

Art. 77 Strukturpolitik

- ¹ Bund und Kantone schaffen günstige Rahmenbedingungen für die private Wirtschaft.
² Zum Schutz wirtschaftlich bedrohter Landesteile oder in ihrer Existenz bedrohter Wirtschaftszweige kann der Bund nötigenfalls vom Grundsatz des freien Wettbewerbs abweichen.
³ Die Kantone können die Zahl gleichartiger Gastgewerbebetriebe vom Bedürfnis abhängig machen, sofern dieses Gewerbe durch übermässige Konkurrenz in seiner Existenz bedroht ist.

Art. 78 Wettbewerbspolitik

- ¹ Der Bund erlässt Vorschriften gegen volkswirtschaftlich oder sozial schädliche Auswirkungen von Kartellen und ähnlichen Organisationen.
² Er trifft Massnahmen zur Verhinderung von Missbräuchen in der Preisbildung durch marktmächtige Unternehmen und Organisationen des privaten und öffentlichen Rechts.
³ Er trifft Massnahmen gegen den unlauteren Wettbewerb sowie zum Schutze der Konsumentinnen und Konsumenten.

3. Titel Bund und Kantone

Art. 79 Geld- und Währungspolitik

¹ Das Geld- und Währungswesen ist Sache des Bundes. Das Recht zur Ausgabe von Münzen und Banknoten steht ausschliesslich dem Bund zu.

² Die Schweizerische Nationalbank ist als unabhängige Zentralbank zuständig für eine Geld-, und Währungspolitik, die dem Gesamtinteresse des Landes dient. Sie wird unter Mitwirkung und Aufsicht des Bundes verwaltet.

³ Der Reingewinn der Nationalbank steht wenigstens zu zwei Dritteln den Kantonen zu.

Art. 80 Konjunkturpolitik

¹ Der Bund trifft Massnahmen für eine ausgeglichene konjunkturelle Entwicklung, insbesondere zur Verhütung und Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Teuerung. Er nimmt dabei auf die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Gebiete des Landes Rücksicht.

² In den Bereichen des Geld- und Kreditwesens, der Aussenwirtschaft und der öffentlichen Finanzen kann er nötigenfalls vom Grundsatz des freien Wettbewerbs abweichen.

³ Bund, Kantone und Gemeinden berücksichtigen bei der Einnahmen- und Ausgabengestaltung die Erfordernisse der Konjunkturlage.

⁴ Der Bund kann zur Stabilisierung der Konjunktur vorübergehend auf bundesrechtlichen Abgaben Zuschläge erheben oder Rabatte gewähren. Der Bund kann die Unternehmen im Interesse einer ausgeglichenen konjunkturellen Entwicklung zur Bildung von steuerbegünstigten Arbeitsbeschaffungsreserven verpflichten; er kann die Kantone zur steuerlichen Begünstigung dieser Reserven verpflichten.

Art. 81 Aussenwirtschaftspolitik

¹ Der Bund wahrt die Interessen der schweizerischen Wirtschaft im Ausland.

² Er kann Massnahmen zum Schutz der inländischen Wirtschaft treffen. Er kann dabei nötigenfalls vom Grundsatz des freien Wettbewerbs abweichen.

Art. 82 Landesversorgung

¹ Der Bund sorgt bei schweren Mangellagen, denen die Wirtschaft nicht selber begegnen kann, sowie bei kriegesischen und machtpolitischen Bedrohungen des Landes. Er trifft auch in Zeiten in denen keine Mangel- oder Bedrohungslage besteht, vorsorgliche Massnahmen zur wirtschaftlichen Landesverteidigung.

² Er sorgt für eine gesicherte Versorgung des Landes mit Brotgetreide, Backmehl und Brot zu angemessenen Preisen.

³ Er kann nötigenfalls vom Grundsatz des freien Wettbewerbs abweichen.

Art. 83 Landwirtschaft

Der Bund kann Vorschriften zur Erhaltung eines gesunden Bauernstandes und einer leistungsfähigen Landwirtschaft sowie zur Festigung des bäuerlichen Grundbesitzes erlassen. Er kann dabei nötigenfalls vom Grundsatz des freien Wettbewerbs abweichen.

3. Titel Bund und Kantone

Art. 84 Alkohol

Die Gesetzgebung über die Einfuhr, die Herstellung, die Reinigung und den Verkauf gebrannter Wasser ist Sache des Bundes.

Art. 85 Banken, Börsen und Versicherungen

¹ Der Bund erlässt Vorschriften über das Banken- und Börsenwesen sowie über das Privatversicherungswesen.

² Der besonderen Aufgabe und Stellung der Kantonalbanken ist Rechnung zu tragen.

Art. 86 Glücksspiele

¹ Die Gesetzgebung über Errichtung, Betrieb und Besteuerung von Spielbanken ist Sache des Bundes.

² Spielbanken bedürfen einer Konzession des Bundes.

³ Die Gesetzgebung über Geschicklichkeitsspielautomaten mit Gewinnmöglichkeit ist Sache der Kantone.

⁴ Die Gesetzgebung über die Lotterien ist Sache des Bundes.

Art. 87 Waffen und Kriegsmaterial

¹ Der Bund erlässt Vorschriften gegen den Missbrauch von Waffen, Waffenzubehör und Munition.

² Er erlässt Vorschriften über die Herstellung, die Beschaffung und den Vertrieb sowie über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial.

³ Fabrikation und Verkauf des Schiesspulvers sind Sache des Bundes.

7. Abschnitt: Wohnen, Arbeit, soziale Sicherheit und Gesundheit**Art. 88 Wohnbau- und Eigentumsförderung**

¹ Der Bund trifft Massnahmen zur Förderung, Verbilligung und Rationalisierung des Wohnungsbaus sowie zur Erschliessung von Land für den Wohnungsbau.

² Er berücksichtigt dabei namentlich die Interessen von Familien, Bedürftigen, Behinderten und Betagten.

³ Er fördert den Erwerb von Wohnungs- und Hauseigentum, das dem Eigenbedarf Privater oder gemeinnützigen Zwecken dient.

Art. 89 Mieterschutz

¹ Der Bund kann Vorschriften gegen Missbräuche im Mietwesen erlassen.

² Er kann Rahmenmietverträge und sonstige Vorkehren von Mieter- und Vermieterverbänden allgemeinverbindlich erklären, wenn sie begründeten Minderheitsinteressen und regionalen Verschiedenheiten angemessen Rechnung tragen und weder die Rechtsgleichheit noch die Verbandsfreiheit beeinträchtigen.

3. Titel Bund und Kantone

Art. 90 Öffentliches Arbeitsrecht

¹ Der Bund kann Vorschriften erlassen über:

- a. den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer;
- b. das Verhältnis zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite, insbesondere über die gemeinsame Regelung betrieblicher und beruflicher Angelegenheiten;
- c. die Arbeitsvermittlung;
- d. die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen und von anderen gemeinsamen Vorgehen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden zur Förderung des Arbeitsfriedens; die Allgemeinverbindlicherklärung ist nur zulässig, wenn die Regelung begründeten Minderheitsinteressen und regionalen Verschiedenheiten angemessen Rechnung trägt und die Rechtsgleichheit sowie die Koalitionsfreiheit nicht beeinträchtigt.

² Der Bundesfeiertag (1. August) ist arbeitsrechtlich den Sonntagen gleichgestellt.

Übergangsbestimmung zu Absatz 2

¹ Bis zum Inkrafttreten der geänderten Bundesgesetzgebung regelt der Bundesrat die Einzelheiten.

² Der Bundesfeiertag wird der Zahl der Feiertage nach Artikel 18 Absatz 2 des Arbeitsgesetzes nicht angerechnet.

Art. 91 Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge

¹ Der Bund trifft Massnahmen für eine ausreichende Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge. Diese beruht auf den drei Säulen der eidgenössischen Versicherung, der beruflichen Vorsorge und der Selbstvorsorge.

² Der Bund sorgt dafür, dass sich sowohl die eidgenössische Versicherung als auch die berufliche Vorsorge langfristig ihrem Zweck gemäss entwickeln können.

³ Er kann die Kantone verpflichten, Einrichtungen der eidgenössischen Versicherung und der beruflichen Vorsorge von der Steuerpflicht zu befreien und auf Beiträgen und Ansprüchen der Versicherten und ihrer Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber Steuererleichterungen zu gewähren.

⁴ Er fördert in Zusammenarbeit mit den Kantonen die Selbstvorsorge namentlich durch Massnahmen der Fiskal- und Eigentumspolitik.

Art. 92 Eidgenössische Versicherung

¹ Der Bund erlässt Vorschriften über die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung. Er beachtet dabei folgende Grundsätze:

- a. Die Versicherung ist obligatorisch.
- b. Die Renten sollen den Existenzbedarf angemessen decken. Die Höchstrente darf das Doppelte der Mindestrente nicht übersteigen. Die Renten sind mindestens der Preisentwicklung anzupassen.
- c. Die Versicherung wird durch Beiträge der Versicherten sowie durch finanzielle Leistungen des Bundes und, soweit es das Gesetz vorsieht, der Kantone finanziert. Sind die Versicherten Unselbständigerwerbende, so bezahlen ihre Arbeitgeberinnen und ihre Arbeitgeber die Hälfte der Beiträge.

3. Titel Bund und Kantone

² Die Leistungen des Bundes sind in erster Linie aus dem Reinertrag der Tabaksteuer, der Steuer auf gebrannten Wassern und der Abgabe aus dem Betrieb von Spielbanken zu decken.

³ Solange die Versicherung den Existenzbedarf nicht deckt, richtet der Bund den Kantonen Beiträge an die Finanzierung von Ergänzungsleistungen aus.

⁴ Der Bund fördert die Eingliederung Invaliden und unterstützt Bestrebungen zugunsten Betagter, Hinterlassener und Invaliden. Für diesen Zweck kann er Mittel aus der eidgenössischen Versicherung heranziehen.

Art. 93

Berufliche Vorsorge

¹ Der Bund erlässt Vorschriften über die berufliche Vorsorge. Er beachtet dabei folgende Grundsätze:

- a. Die berufliche Vorsorge soll zusammen mit der eidgenössischen Versicherung die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise ermöglichen.
- b. Der Beitritt kann für Arbeitnehmer obligatorisch erklärt werden. Die Arbeitnehmer werden von ihren Arbeitgebern bei einer Vorsorgeeinrichtung versichert. Jeder Arbeitgeber soll die Möglichkeit erhalten, seine Arbeitnehmer bei einer Vorsorgeeinrichtung zu versichern; der Bund kann eine eidgenössische Kasse errichten.
- c. Selbständigerwerbende können sich bei einer Vorsorgeeinrichtung freiwillig versichern. Der Beitritt kann für bestimmte Gruppen von Selbständigerwerbenden allgemein oder für einzelne Risiken obligatorisch erklärt werden.
- d. Die berufliche Vorsorge wird durch Beiträge der Versicherten finanziert. Sind die Versicherten Arbeitnehmer, so tragen die Arbeitgeber mindestens die Hälfte der Beiträge.

² Vorsorgeeinrichtungen müssen den bundesrechtlichen Mindestanforderungen genügen; für die Lösung besonderer Aufgaben können gesamtschweizerische Lösungen vorgesehen werden.

Übergangsbestimmung

Versicherte der Eintrittsgeneration erhalten je nach Höhe ihres Einkommens nach 10 bis 20 Jahren seit Inkrafttreten des Gesetzes den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestschutz.

Art. 94

Arbeitslosenversicherung

¹ Der Bund erlässt Vorschriften über die Arbeitslosenversicherung. Er beachtet dabei folgende Grundsätze:

- a. Die Versicherung soll angemessenen Erwerbsersatz gewähren und durch finanzielle Leistungen Massnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Arbeitslosigkeit fördern.
- b. Der Beitritt ist für Arbeitnehmer obligatorisch; das Gesetz bestimmt die Ausnahmen. Selbständigerwerbende sollen sich freiwillig versichern können.

3. Titel Bund und Kantone

c. Die Versicherung wird durch Beiträge der Versicherten finanziert. Sind die Versicherten Arbeitnehmer, so tragen ihre Arbeitgeber die Hälfte der Beiträge. Bund und Kantone erbringen bei ausserordentlichen Verhältnissen finanzielle Leistungen.

² Der Bund kann Vorschriften über die Arbeitslosenfürsorge erlassen.

Art. 95 Unterstützungspflicht für Bedürftige

¹ Bedürftige werden von dem Kanton unterstützt, in dem sie sich aufhalten. Die Kosten trägt der Wohnkanton.

² Der Bund kann Bestimmungen erlassen über den Rückgriff auf einen früheren Wohnkanton oder den Heimatkanton.

Art. 96 Familienzulagen und Mutterschaftsversicherung

¹ Der Bund berücksichtigt bei der Erfüllung seiner Aufgaben die Bedürfnisse der Familie.

² Er kann Vorschriften über die Familienzulagen erlassen und eine Eidgenössische Ausgleichskasse errichten.

³ Er richtet eine Mutterschaftsversicherung ein. Dabei können auch Personen zu Beiträgen verpflichtet werden, die nicht in den Genuss der Versicherungsleistungen kommen können.

⁴ Er kann den Beitritt zu Familienausgleichskassen und zur Mutterschaftsversicherung allgemein oder für einzelne Bevölkerungsgruppen obligatorisch erklären und seine Leistungen von angemessenen Leistungen der Kantone abhängig machen.

Art. 97 Kranken- und Unfallversicherung

¹ Der Bund erlässt Vorschriften über die Kranken- und Unfallversicherung.

² Er kann den Beitritt allgemein oder für einzelne Bevölkerungsgruppen obligatorisch erklären.

Art. 98 Schutz der Gesundheit

¹ Der Bund trifft Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung und der Tiere vor Beeinträchtigungen der Gesundheit.

² Er erlässt Vorschriften über:

- a. den Umgang mit Lebensmitteln und Heilmitteln sowie mit Organismen, Stoffen und Gegenständen, welche die Gesundheit gefährden können;
- b. die Bekämpfung übertragbarer, stark verbreiteter oder bösartiger Krankheiten von Menschen und Tieren;
- c. den Schutz vor Strahlen und vergleichbaren Einwirkungen.

3. Titel Bund und Kantone

Art. 99 Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie

¹ Der Mensch und seine Umwelt sind gegen Missbräuche der Fortpflanzungs- und Gentechnologie geschützt.

² Der Bund erlässt Vorschriften über den Umgang mit:

- a. menschlichem Keim- und Erbgut; er sorgt dabei für den Schutz der Menschenwürde, der Persönlichkeit und der Familie und lässt sich insbesondere von den folgenden Grundsätzen leiten:
 1. Eingriffe in das Erbgut von menschlichen Keimzellen und Embryonen sind unzulässig.
 2. Nichtmenschliches Keim- und Erbgut darf nicht in menschliches Keimgut eingebracht oder mit ihm verschmolzen werden.
 3. Die Verfahren der Fortpflanzungshilfe dürfen nur angewendet werden, wenn die Unfruchtbarkeit oder die Gefahr der Übertragung einer schweren Krankheit nicht anders behoben werden kann, nicht aber um beim Kind bestimmte Eigenschaften herbeizuführen oder um Forschung zu betreiben. Die Befruchtung menschlicher Eizellen ausserhalb des Körpers der Frau ist nur unter den vom Gesetz festzulegenden Bedingungen erlaubt. Es dürfen nur so viele menschliche Eizellen ausserhalb des Körpers der Frau zu Embryonen entwickelt werden, als ihr sofort eingepflanzt werden können.
 4. Die Embryonenspende und alle Arten von Leihmutterschaften sind unzulässig.
 5. Mit menschlichem Keimgut und mit Erzeugnissen aus Embryonen darf kein Handel getrieben werden.
 6. Das Erbgut einer Person darf nur mit ihrer Zustimmung oder aufgrund gesetzlicher Anordnung untersucht, registriert oder offenbart werden.
 7. Der Zugang einer Person zu den Daten über ihre Abstammung ist zu gewährleisten.
- b. Keim- und Erbgut von Tieren, Pflanzen und andern Organismen; er trägt dabei der Würde der Kreatur sowie der Sicherheit von Mensch, Tier und Umwelt Rechnung und schützt die genetische Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten.

8. Abschnitt: Niederlassung von Ausländerinnen und Ausländern, Asyl

Art. 100

¹ Die Gesetzgebung über die Ein- und Ausreise, den Aufenthalt und die Niederlassung von Ausländerinnen und Ausländern sowie über die Gewährung von Asyl ist Bundessache.

² Die Entscheidung über Aufenthalt und Niederlassung treffen die Kantone, soweit es das Bundesrecht vorsieht.

³ Der Bund kann Ausländerinnen und Ausländer aus der Schweiz ausweisen, wenn sie die Sicherheit des Landes gefährden.

3. Titel Bund und Kantone

9. Abschnitt: Zivilrecht, Strafrecht, Messwesen

Art. 101 Zivilrecht

¹ Die Gesetzgebung im Gebiet des Zivilrechts ist Sache des Bundes.

² Die Organisation der Gerichte, das gerichtliche Verfahren und die Rechtsprechung in Zivilsachen verbleiben wie bis anhin den Kantonen.

Art. 102 Strafrecht

¹ Die Gesetzgebung im Gebiet des Strafrechts ist Sache des Bundes.

² Der Bund kann den Kantonen Beiträge gewähren für die Errichtung von Anstalten und für Verbesserungen im Straf- und Massnahmenvollzug sowie an Einrichtungen, die erzieherische Massnahmen an Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen vollziehen.

³ Die Organisation der Gerichte, das gerichtliche Verfahren und die Rechtsprechung in Strafsachen verbleiben wie bis anhin den Kantonen.

Art. 103 Opferhilfe

Bund und Kantone sorgen dafür, dass Personen, die durch eine Straftat in ihrer körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität beeinträchtigt worden sind, Hilfe erhalten sowie eine angemessene Entschädigung, wenn sie durch die Straftat in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten.

Art. 104 Messwesen

Die Gesetzgebung über das Messwesen ist Bundessache.

3. Kapitel: Finanzordnung

Art. 105 Haushaltführung

¹ Die Ausgaben und Einnahmen des Bundes sind auf die Dauer im Gleichgewicht zu halten.

² Der Bund trägt den Fehlbetrag seiner Bilanz ab.

Art. 106 Allgemeine Steuererhebungsgrundsätze

¹ Die Ausgestaltung der Steuern, namentlich der Kreis der Steuerpflichtigen, der Gegenstand der Steuer und deren Bemessung, ist in den Grundzügen im Gesetz selbst zu regeln.

² Die interkantonale Doppelbesteuerung ist untersagt. Der Bund trifft die erforderlichen Vorkehren.

Art. 107 Direkte Steuern

¹ Der Bund kann eine direkte Steuer erheben:

a. auf dem Einkommen der natürlichen Personen von höchstens 11,5 Prozent;

b. auf dem Reinertrag der juristischen Personen von höchstens 9,8 Prozent;

c. auf dem Kapital und auf den Reserven der juristischen Personen von höchstens 0,825 Promille.

3. Titel Bund und Kantone

² Die Folgen der kalten Progression für die Steuer auf dem Einkommen der natürlichen Personen sind periodisch auszugleichen.

³ Vom Steuerertrag fallen drei Zehntel den Kantonen zu; davon ist wenigstens ein Sechstel für den Finanzausgleich unter den Kantonen zu verwenden.

Art. 108

Steuerharmonisierung

¹ Der Bund erlässt auf dem Weg der Gesetzgebung Grundsätze zur Harmonisierung der direkten Steuern von Bund, Kantonen und Gemeinden. Von der Harmonisierung ausgenommen bleiben insbesondere die Bestimmung der Steuertarife, Steuersätze und Steuerfreibeträge.

² Der Bund nimmt bei seiner Gesetzgebung Rücksicht auf die Harmonisierungsbestrebungen der Kantone.

³ Bund und Kantone arbeiten bei der Weiterentwicklung der Steuerharmonisierung zusammen.

⁴ Der Bund kann Vorschriften erlassen gegen Abkommen mit Steuerpflichtigen über die Einräumung ungerechtfertigter steuerlicher Vergünstigungen.

Art. 109

Mehrwertsteuer

¹ Der Bund kann auf den Lieferungen von Gegenständen, auf Dienstleistungen sowie auf Einfuhren eine Mehrwertsteuer mit einem Höchstsatz von 6,5 Prozent erheben.

² Fünf Prozent des Steuerertrags werden für Massnahmen zur Entlastung unterer Einkommensschichten verwendet.

³ Ist wegen der Entwicklung des Altersaufbaues die Finanzierung der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge nicht mehr gewährleistet, so kann der Satz der Mehrwertsteuer mit einem allgemeinverbindlichen, dem fakultativen Referendum unterstellten Bundesbeschluss um höchstens einen Prozentpunkt angehoben werden.

Übergangsrecht

Art. 1 Mehrwertsteuer

¹ Bis zum Inkrafttreten eines Mehrwertsteuergesetzes werden die Ausführungsbestimmungen durch den Bundesrat erlassen. Für die Ausführungsbestimmungen gelten die folgenden Grundsätze:

a. Der Steuer unterliegen:

1. die Lieferungen von Gegenständen und die Dienstleistungen, die ein Unternehmen im Inland gegen Entgelt ausführt (einschliesslich Eigenverbrauch);
2. die Einfuhr von Gegenständen.

b. Von der Steuer sind, ohne Anspruch auf Vorsteuerabzug, ausgenommen:

1. die von den Schweizerischen PTT-Betrieben erbrachten Leistungen mit Ausnahme der Personenbeförderung und des Fernmeldewesens;
2. die Leistungen im Bereich des Gesundheitswesens;
3. die Leistungen im Bereich der Sozialfürsorge und der sozialen Sicherheit;
4. die Leistungen im Bereich der Erziehung, des Unterrichts sowie der Kinder- und Jugendbetreuung;
5. die kulturellen Leistungen;
6. die Versicherungsumsätze;
7. die Umsätze im Bereich des Geld- und Kapitalverkehrs mit Ausnahme der Vermögensverwaltung und des Inkassogeschäfts;

3. Titel Bund und Kantone

- 8. die Lieferung, die Vermietung auf Dauer sowie die Verpachtung von Grundstücken;
- 9. Wetten, Lotterien und sonstige Glücksspiele;
- 10. die Leistungen, die Einrichtungen ohne Gewinnstreben ihren Mitgliedern gegen einen statutarisch festgesetzten Beitrag erbringen;
- 11. die Lieferungen von als solchen verwendeten inländischen amtlichen Wertzeichen.

Zur Wahrung der Wettbewerbsneutralität oder zur Vereinfachung der Steuererhebung kann die freiwillige Versteuerung von in diesem Buchstaben genannten Umsätzen mit Anspruch auf Vorsteuerabzug zugelassen werden.

- c. Von der Steuer sind, mit Anspruch auf Vorsteuerabzug, befreit:
 - 1. die Ausfuhr von Gegenständen und die ins Ausland erbrachten Dienstleistungen;
 - 2. die mit der Ausfuhr oder Durchfuhr von Gegenständen zusammenhängenden Dienstleistungen.
- d. Von der Steuerpflicht für die Umsätze im Inland sind ausgenommen:
 - 1. Unternehmen mit einem jährlichen steuerbaren Gesamtumsatz von nicht mehr als 75000 Franken;
 - 2. Unternehmen mit einem jährlichen steuerbaren Gesamtumsatz von nicht mehr als 250000 Franken, sofern der Steuerbetrag, nach Abzug der Vorsteuer, regelmässig 4000 Franken pro Jahr nicht übersteigt;
 - 3. Landwirte, Forstwirte und Gärtner, die ausschliesslich Erzeugnisse aus dem eigenen Betrieb liefern, sowie Viehhändler;
 - 4. Kunstmaler und Bildhauer für die von ihnen persönlich hergestellten Kunstwerke.

Zur Wahrung der Wettbewerbsneutralität oder zur Vereinfachung der Steuererhebung kann die freiwillige Unterstellung unter die Steuerpflicht mit Anspruch auf Vorsteuerabzug zugelassen werden.

- e. Die Steuer beträgt:
 - 1. 2,0 Prozent auf den Lieferungen und der Einfuhr folgender Gegenstände, die der Bundesrat näher umschreiben kann:
 - Wasser in Leitungen,
 - Ess- und Trinkwaren, ausgenommen alkoholische Getränke,
 - Vieh, Geflügel, Fische,
 - Getreide,
 - Sämereien, Setzknollen und -zwiebeln, lebende Pflanzen, Stecklinge, Pfropfreiser sowie Schnittblumen und Zweige, auch zu Sträussen, Kränzen und dergleichen gebunden,
 - Futtermittel, Silagesäuren, Streumittel, Düngemittel und Pflanzenschutzstoffe,
 - Medikamente,
 - Zeitungen, Zeitschriften, Bücher und andere Druckerzeugnisse in dem vom Bundesrat zu bestimmenden Ausmass;
 - 2. 2,0 Prozent auf den Leistungen der Radio- und Fernsehanstalten mit Ausnahme derjenigen mit gewerblichem Charakter;
 - 3. 6,5 Prozent auf den Lieferungen und der Einfuhr anderer Gegenstände sowie auf allen übrigen der Steuer unterstellten Leistungen.
- f. Die Steuer wird vom Entgelt berechnet; beim Fehlen eines Entgelts sowie bei der Einfuhr ist der Wert des Gegenstandes oder der Dienstleistung massgebend.
- g. Die Steuer schuldet:
 - 1. der Steuerpflichtige, der einen steuerbaren Umsatz bewirkt;
 - 2. der Empfänger von Dienstleistungen, die aus dem Ausland bezogen werden, sofern deren Gesamtbetrag jährlich 10000 Franken übersteigt;
 - 3. der Zollzahlungs- oder Zollmeldepflichtige, der einen Gegenstand einführt.
- h. Der Steuerpflichtige schuldet die Steuer auf seinem steuerbaren Umsatz; verwendet er die ihm gelieferten Gegenstände und die ihm erbrachten Dienstleistungen für steuerbare Umsätze im In- oder Ausland, so kann er in seiner Steuerabrechnung von der von ihm geschuldeten Steuer als Vorsteuer abziehen:
 - 1. die von anderen Steuerpflichtigen auf ihn überwälzte und
 - 2. die auf der Einfuhr von Gegenständen oder auf dem Bezug von Dienstleistungen aus dem Ausland entrichtete Steuer;
 - 3. 2,0 Prozent des Preises der Urprodukte, die er von nicht steuerpflichtigen Unternehmen nach Buchstabe d Ziffer 3 bezogen hat.

3. Titel Bund und Kantone

Für Ausgaben, die keinen geschäftlichen Charakter haben, besteht kein Vorsteuerabzugsrecht.

- i. Über die Steuer und die Vorsteuer wird in der Regel vierteljährlich abgerechnet.
- k. Für die Umsatzbesteuerung von Münz- und Feingold sowie von Gegenständen, die bereits einer fiskalischen Sonderbelastung unterliegen, können abweichende Bestimmungen erlassen werden.
- l. Vereinfachungen können angeordnet werden, wenn sich daraus weder auf die Steuereinnahmen noch auf die Wettbewerbsverhältnisse in wesentlichem Ausmass Auswirkungen ergeben und sofern dadurch die Steuerabrechnung für andere Steuerpflichtige nicht übermässig erschwert wird.
- m. Steuerhinterziehung und Steuergefährdung werden analog des übrigen Steuerstrafrechts des Bundes bestraft.
- n. Die in Artikel 7 des Bundesgesetzes über das Verwaltungsstrafrecht für die Strafbarkeit der Geschäftsbetriebe vorgesehene Sonderordnung kann auch auf Fälle angewendet werden, in denen eine Busse von mehr als 5000 Franken in Betracht kommt.

² Während der ersten fünf Jahre nach Einführung der Mehrwertsteuer werden pro Jahr fünf Prozent des Ertrages dieser Steuer für die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung zugunsten unterer Einkommensschichten verwendet. Die eidgenössischen Räte beschliessen, wie dieser zweckgebundene Anteil der Umsatzsteuer nach Ablauf dieser Frist weiterzuverwenden ist.

³ Für bestimmte im Inland erbrachte Tourismusleistungen kann der Bund auf dem Weg der Gesetzgebung einen tieferen Satz der Umsatzsteuer festlegen, sofern diese Dienstleistungen in erheblichem Ausmass durch Ausländer konsumiert werden und die Wettbewerbsfähigkeit es erfordert.

Art. 110

Stempelsteuer, Verrechnungssteuer, Retorsionssteuer

¹ Der Bund kann eine Stempelsteuer auf Wertpapieren, auf Quittungen von Versicherungsprämien und auf anderen Urkunden des Handelsverkehrs erheben; ausgenommen sind Urkunden des Grundstücks- und Grundpfandverkehrs.

² Der Bund kann eine Verrechnungssteuer auf dem Ertrag von beweglichem Kapitalvermögen, auf Lotteriegewinnen und auf Versicherungsleistungen erheben.

³ Der Bund kann zur Abwehr von Besteuerungsmassnahmen des Auslandes eine Sondersteuer zu Lasten im Ausland wohnhafter Personen erheben.

Art. 111

Besondere Verbrauchssteuern

¹ Der Bund kann besondere Verbrauchssteuern erheben:

- a. auf Tabak und Tabakwaren;
- b. auf gebrannten Wassern;
- c. auf Bier;
- d. auf Erdöl, andern Mineralölen, Erdgas und den bei ihrer Verarbeitung gewonnenen Produkten sowie auf Treibstoffen (Mineralölsteuer);
- e. auf Treibstoffen einen Mineralölsteuerzuschlag;
- f. auf Automobilen und ihren Bestandteilen.

² Vom Reinertrag des Bundes aus der Besteuerung der gebrannten Wasser erhalten die Kantone zehn Prozent zur Bekämpfung von Suchtproblemen in ihren Ursachen und Wirkungen.

3. Titel Bund und Kantone

Art. 112 Zölle

Die Gesetzgebung über Zölle und andere Abgaben auf dem grenzüberschreitenden Warenverkehr ist Bundessache.

Art. 113 Ausschliessliche Besteuerung durch den Bund

¹ Was die Bundesgesetzgebung als Gegenstand der Mehrwertsteuer, der Verrechnungssteuer, der Stempelsteuer und der besonderen Verbrauchssteuern bezeichnet oder für steuerfrei erklärt, ist der Belastung durch gleichgeartete Kantons- und Gemeindesteuern entzogen.

² Frachtkunden der Schweizerischen Bundesbahn und der vom Bund konzessionierten Transportunternehmungen dürfen von den Kantonen nicht mit Stempelabgaben oder Registriergebühren belegt werden.

Art. 114 Finanzausgleich

Der Bund fördert den Finanzausgleich unter den Kantonen. Er nimmt bei der Gewährung von Bundesbeiträgen Rücksicht auf die Finanzkraft der Kantone und auf die Berggebiete.

Übergangsrecht

Art. 2 Dauer der Steuererhebung

Die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer dürfen längstens bis Ende 2006 erhoben werden.

Art. 3 Biersteuer

Die Biersteuer wird bis zum Erlass eines Bundesgesetzes nach dem bisherigen Recht erhoben.

Art. 4 Kantonsanteil an der Verrechnungssteuer

Bis zur Neuordnung des Finanzausgleichs unter den Kantonen beträgt der Kantonsanteil an der Verrechnungssteuer 12 Prozent, resp. 10 Prozent in den Jahren, in denen der Satz der Verrechnungssteuer 30 Prozent übersteigt.

4. Titel Volk und Stände

1. Kapitel: Stimm- und Wahlrecht

Art. 115

¹ Stimm- und wahlberechtigt in Bundessachen sind alle Schweizerinnen und Schweizer, die das 18. Altersjahr zurückgelegt haben und nicht wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche entmündigt sind. Alle Stimmberechtigten haben die gleichen politischen Rechte und Pflichten.

² Die Stimm- und Wahlberechtigten können an den Nationalratswahlen und an den Abstimmungen des Bundes teilnehmen sowie Volksinitiativen und Referenden in Bundesangelegenheiten ergreifen und unterzeichnen.

2. Kapitel: Initiative und Referendum

Art. 116 Volksinitiative auf Totalrevision der Bundesverfassung

Schlagen 100 000 Stimmberechtigte die Totalrevision der Bundesverfassung vor, so entscheidet das Volk, ob diese durchzuführen sei. Stimmt das Volk für eine Totalrevision, so sind die beiden Räte neu zu wählen.

Art. 117 Volksinitiative auf Teilrevision der Bundesverfassung

¹ 100 000 Stimmberechtigte können die Teilrevision der Bundesverfassung verlangen.

² Die Volksinitiative auf Teilrevision der Bundesverfassung kann die Form der allgemeinen Anregung oder des ausgearbeiteten Entwurfs haben.

³ Verletzt die Initiative die Einheit der Form oder die Einheit der Materie oder zwingende Bestimmungen des Völkerrechts, so erklärt die Bundesversammlung sie für ungültig.

⁴ Ist die Bundesversammlung mit einer Initiative in Form der allgemeinen Anregung einverstanden, so arbeitet sie die Teilrevision im Sinn der Initiative aus und legt sie Volk und Ständen zur Abstimmung vor. Lehnt sie die Initiative ab, so entscheidet das Volk, ob ihr Folge zu geben sei. Stimmt das Volk der Initiative zu, so arbeitet die Bundesversammlung eine entsprechende Vorlage aus.

⁵ Stimmt die Bundesversammlung einer Initiative in Form des ausgearbeiteten Entwurfs zu, so ist diese Volk und Ständen zur Abstimmung vorzulegen. Die Bundesversammlung kann eine Volksinitiative, die als ausgearbeiteter Entwurf eingebracht wird, ablehnen oder ihr einen Gegenentwurf gegenüberstellen.

Übergangsbestimmung

Volk und Stände stimmen gleichzeitig über die Initiative und den Gegenentwurf ab. Die Stimmberechtigten können beiden Vorlagen zustimmen und sich darüber aussprechen, welcher sie im Falle der Annahme beider Vorlagen den Vorrang geben.

Art. 118 Obligatorisches Referendum

¹ Der Zustimmung von Volk und Ständen bedürfen:

- a. die Änderungen der Bundesverfassung;
- b. der Beitritt zu Organisationen für kollektive Sicherheit oder zu supranationalen Gemeinschaften;

4. Titel Volk und Stände

- c. die Änderungen im Bestand und im Gebiet der Kantone;
- d. dringlich erklärte allgemeinverbindliche Bundesbeschlüsse, die keine Verfassungsgrundlage haben und deren Geltungsdauer ein Jahr übersteigt. Solche Bundesbeschlüsse müssen innerhalb eines Jahres nach Annahme durch die Bundesversammlung zur Abstimmung vorgelegt werden.

² Der Zustimmung des Volkes bedürfen:

- a. die Volksinitiativen auf Totalrevision der Bundesverfassung;
- b. die Volksinitiativen auf Teilrevision der Bundesverfassung in der Form der allgemeinen Anregung, die von der Bundesversammlung abgelehnt worden sind;
- c. die Frage, ob eine Totalrevision der Bundesverfassung durchzuführen sei, bei Uneinigkeit der beiden Räte.

Art. 119 Fakultatives Referendum

¹ 50 000 Stimmberechtigte oder acht Kantone können verlangen, dass dem Volk zur Abstimmung unterbreitet werden:

- a. Bundesgesetze;
- b. allgemeinverbindliche Bundesbeschlüsse;
- c. dringlich erklärte allgemeinverbindliche Bundesbeschlüsse, deren Geltungsdauer ein Jahr übersteigt;
- d. völkerrechtliche Verträge, die:
 - 1. unbefristet und unkündbar sind;
 - 2. den Beitritt zu einer internationalen Organisation vorsehen;
 - 3. eine multilaterale Rechtsvereinheitlichung herbeiführen.

² Die Bundesversammlung kann weitere völkerrechtliche Verträge dem fakultativen Referendum unterstellen.

Art. 120 Erforderliche Mehrheiten

¹ Die Vorlagen, die dem Volk zur Abstimmung unterbreitet werden, sind angenommen, wenn die Mehrheit der Stimmenden sich dafür ausspricht.

² Die Vorlagen, die Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet werden, sind angenommen, wenn die Mehrheit der Stimmenden und die Mehrheit der Stände sich dafür aussprechen.

³ Das Ergebnis der Volksabstimmung im Kanton gilt als dessen Standesstimme.

⁴ Die Kantone Obwalden, Nidwalden, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Appenzell-Ausserrhoden und Appenzell-Innerrhoden haben je eine halbe Standesstimme.

5. Titel Die Bundesbehörden

1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen

Art. 121 Wählbarkeit

In den Nationalrat, in den Bundesrat und in das Bundesgericht können alle Stimmberechtigten weltlichen Standes gewählt werden.

Art. 122 Unvereinbarkeit

¹ Die Mitglieder des Nationalrates, des Ständerates und des Bundesrates sowie die Richterinnen und Richter des Bundesgerichts können nicht gleichzeitig einer anderen dieser Behörden angehören.

² Die Mitglieder des Bundesrates und die vollamtlichen Richterinnen und Richter des Bundesgerichts dürfen kein anderes Amt des Bundes oder eines Kantons bekleiden und keine Erwerbstätigkeit ausüben.

³ Bedienstete des Bundes können weder Mitglieder des Nationalrates noch Richterinnen oder Richter des Bundesgerichts sein.

⁴ Das Gesetz kann weitere Unvereinbarkeiten vorsehen.

Art. 123 Amtsdauer

Nationalrat und Bundesrat sowie die Bundeskanzlerin oder der Bundeskanzler werden auf die Dauer von vier Jahren gewählt. Für die Richterinnen und Richter des Bundesgerichts beträgt die Amtsdauer sechs Jahre.

Art. 124 Amtssprachen

Die Amtssprachen des Bundes sind Deutsch, Französisch und Italienisch. Im Verkehr mit Personen rätoromanischer Sprache ist auch das Rätoromanische Amtssprache des Bundes.

Art. 125 Verantwortlichkeit

Der Bund haftet für den Schaden, den seine Organe bei der Ausübung amtlicher Tätigkeiten widerrechtlich verursachen.

2. Kapitel: Bundesversammlung

1. Abschnitt: Organisation

Art. 126 Stellung

¹ Die Bundesversammlung übt unter Vorbehalt der Rechte des Volkes und der Kantone die oberste Gewalt im Bunde aus.

² Die Bundesversammlung besteht aus zwei Kammern, dem Nationalrat und dem Ständerat; sie sind einander gleichgestellt.

Art. 127 Zusammensetzung und Wahl des Nationalrates

¹ Der Nationalrat besteht aus 200 Abgeordneten des Volkes.

² Die Mitglieder der Nationalrates werden vom Volk in direkter Wahl nach dem Grundsatz des Proporz bestimmt. Alle vier Jahre findet eine Gesamterneuerung statt.

5. Titel Die Bundesbehörden

³ Jeder Kanton bildet einen Wahlkreis.

⁴ Die Sitze werden nach der Bevölkerungszahl auf die Kantone verteilt. Jeder Kanton hat mindestens einen Sitz.

Art. 128 Zusammensetzung und Wahl des Ständerates

¹ Der Ständerat besteht aus 46 Abgeordneten der Kantone.

² Die Kantone Obwalden, Nidwalden, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Appenzell-Ausser rhoden und Appenzell-Innerrhoden wählen je ein Mitglied; die übrigen Kantone wählen je zwei Mitglieder.

³ Das Verfahren für die Wahl in den Ständerat wird vom Kanton bestimmt.

Art. 129 Sessionen

¹ Die Räte versammeln sich regelmässig zu Sessionen. Das Gesetz regelt die Einberufung.

² Die Räte werden ausserordentlich einberufen, wenn der Bundesrat, ein Viertel der Mitglieder des Nationalrates oder fünf Kantone dies verlangen.

Art. 130 Vorsitz

¹ Jeder Rat wählt aus seiner Mitte für die Dauer eines Jahres eine Präsidentin oder einen Präsidenten sowie eine Vizepräsidentin oder einen Vizepräsidenten. Eine Wiederwahl für das folgende Jahr ist ausgeschlossen, ebenso die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten zur Vizepräsidentin oder zum Vizepräsidenten.

² Die Präsidentin oder der Präsident des Ständerates sowie dessen Vizepräsidentin oder dessen Vizepräsident dürfen nicht den gleichen Kanton vertreten wie die Präsidentin oder der Präsident des vorangehenden Amtsjahres. Ratsmitglieder aus dem gleichen Kanton dürfen nicht in zwei aufeinanderfolgenden Jahren die Stelle der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten bekleiden.

Art. 131 Kommissionen

¹ Jeder Rat kann aus seiner Mitte Kommissionen einsetzen.

² Das Gesetz kann gemeinsame Kommissionen vorsehen.

Art. 132 Fraktionen

Die Mitglieder der Bundesversammlung können sich zu Fraktionen zusammenschliessen.

Art. 133 Parlamentsdienste

Für die Vorbereitung der Geschäfte stehen der Bundesversammlung Parlamentsdienste zur Verfügung. Diese unterstehen der Bundeskanzlei.

5. Titel Die Bundesbehörden

2. Abschnitt: Verfahren

Art. 134 Getrennte Verhandlung

¹ Nationalrat und Ständerat verhandeln getrennt.

² Für Beschlüsse der Bundesversammlung ist die Übereinstimmung der beiden Räte erforderlich.

Art. 135 Vereinigte Bundesversammlung

¹ Nationalrat und Ständerat versammeln sich unter dem Vorsitz der Nationalratspräsidentin oder des Nationalratspräsidenten zur Vereinigten Bundesversammlung, um

a. Wahlen vorzunehmen;

b. Zuständigkeitskonflikte zwischen den obersten Bundesbehörden zu entscheiden;

c. Begnadigungen auszusprechen.

² Die Vereinigte Bundesversammlung kann ausserdem zusammenkommen bei besonderen Anlässen und um Erklärungen des Bundesrates entgegenzunehmen.

Art. 136 Öffentlichkeit der Sitzungen

Die Sitzungen der Räte sind öffentlich. Das Gesetz kann Ausnahmen vorsehen.

Art. 137 Verhandlungsfähigkeit und erforderliches Mehr

¹ Die Räte können gültig verhandeln, wenn die Mehrheit ihrer Mitglieder anwesend ist.

² In beiden Räten und in der Vereinigten Bundesversammlung entscheidet die Mehrheit der Stimmenden.

³ Der Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder beider Räte bedürfen jedoch Subventionsbestimmungen in Gesetzen und allgemeinverbindlichen Bundesbeschlüssen sowie Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen, die neue einmalige Ausgaben von mehr als 20 Millionen Franken oder neue wiederkehrende Ausgaben von mehr als zwei Millionen Franken nach sich ziehen.

⁴ Die Bundesversammlung kann durch allgemeinverbindlichen, nicht dem Referendum unterstehenden Bundesbeschluss die Beiträge nach Absatz 3 der Teuerung anpassen.

Art. 138 Vorschlagsrecht

Das Recht, der Bundesversammlung Vorschläge zu unterbreiten, steht jedem Rat, jedem Ratsmitglied, jeder Fraktion und jeder parlamentarischen Kommission zu. Das gleiche Recht können die Kantone auf dem Korrespondenzweg ausüben.

Art. 139 Instruktionsverbot

Die Mitglieder der Bundesversammlung stimmen ohne Weisungen. Sie legen ihre Interessenbindungen offen.

5. Titel Die Bundesbehörden

Art. 140 Immunität

¹ Die Mitglieder der Bundesversammlung und des Bundesrates sowie die Bundeskanzlerin oder der Bundeskanzler können für ihre Äusserungen in den Räten und in deren Kommissionen rechtlich nicht zur Verantwortung gezogen werden.

² Das Gesetz kann weitere Arten von Immunität vorsehen und diese auf weitere Personen ausdehnen.

3. Abschnitt: Zuständigkeit

Art. 141 Gesetzgebung

¹ Die Bundesversammlung ist zuständig für den Erlass von Bundesgesetzen und allgemeinverbindlichen Bundesbeschlüssen.

² Rechtsetzungsbefugnisse können durch Bundesgesetz oder dem Referendum unterstehenden allgemeinverbindlichen Bundesbeschluss übertragen werden, soweit dies nicht durch die Bundesverfassung ausgeschlossen wird. Die ermächtigende Bestimmung muss die Grundzüge der Regelung festlegen.

Art. 142 Gesetzgebung bei Dringlichkeit

¹ Allgemeinverbindliche Bundesbeschlüsse, deren Inkrafttreten keinen Aufschub erträgt, können von der Mehrheit der Mitglieder jedes Rates dringlich erklärt und sofort in Kraft gesetzt werden. Sie sind zu befristen.

² Wird gegen einen dringlich erklärten Bundesbeschluss die Volksabstimmung verlangt, so tritt dieser ein Jahr nach Annahme durch die Bundesversammlung ausser Kraft, wenn er nicht innerhalb dieser Frist vom Volk gutgeheissen wird.

³ Ein dringlich erklärter Bundesbeschluss, der keine Verfassungsgrundlage hat, tritt ein Jahr nach Annahme durch die Bundesversammlung ausser Kraft, wenn er nicht innerhalb dieser Frist von Volk und Ständen gutgeheissen wird.

⁴ Dringlich erklärte Bundesbeschlüsse, die in der Volksabstimmung nicht gutgeheissen werden, können nicht erneuert werden.

Art. 143 Völkerrechtliche Verträge

Die Bundesversammlung genehmigt völkerrechtliche Verträge, soweit nicht der Bundesrat zum Abschluss ermächtigt ist.

Art. 144 Finanzbefugnisse

Die Bundesversammlung beschliesst die Ausgaben des Bundes, setzt den Voranschlag fest und nimmt die Staatsrechnung ab.

Art. 145 Wahlen

¹ Die Bundesversammlung wählt die Mitglieder des Bundesrates, die Bundeskanzlerin oder den Bundeskanzler, die Richterinnen und Richter des Bundesgerichts sowie den General (als Oberbefehlshaber der Armee).

² Das Gesetz kann der Bundesversammlung die Vornahme oder die Bestätigung weiterer Wahlen übertragen.

5. Titel Die Bundesbehörden

Art. 146 Oberaufsicht

Die Bundesversammlung hat die Oberaufsicht über den Bundesrat, über die Bundesverwaltung, über die eidgenössischen Gerichte und über die anderen Träger von Aufgaben des Bundes.

Art. 147 Weitere Aufgaben und Befugnisse

¹ Die Bundesversammlung hat zudem folgende Aufgaben und Befugnisse:

- a. sie kann Einfluss nehmen auf die Gestaltung der Aussenpolitik; sie beaufsichtigt die Pflege der Beziehungen zum Ausland und trifft Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz;
- b. sie beaufsichtigt die Wahrung der inneren Sicherheit und trifft die dafür notwendigen Massnahmen;
- c. wenn es ausserordentliche Umstände erfordern, erlässt sie, unmittelbar gestützt auf Buchstabe a oder b, allgemeinverbindliche Bundesbeschlüsse und Verfügungen; sie kann die Bundesbeschlüsse dem Referendum entziehen;
- d. sie ordnet den Aktivdienst an und bietet dafür die Armee oder Teile davon auf;
- e. sie beaufsichtigt die Pflege der Beziehungen zwischen Bund und Kantonen durch den Bundesrat und gewährleistet die Kantonsverfassungen; sie genehmigt die Verträge der Kantone unter sich oder mit dem Ausland, wenn der Bundesrat die Genehmigung verweigert oder ein Kanton Einsprache erhebt;
- f. sie beschliesst Massnahmen zur Durchsetzung des Bundesrechts;
- g. sie befindet über die Gültigkeit zustandegekommener Volksinitiativen;
- h. sie legt die Grundsätze für die Organisation der Bundesbehörden fest;
- i. sie entscheidet über Zuständigkeitskonflikte zwischen den obersten Bundesbehörden;
- k. sie spricht Begnadigungen aus und entscheidet über Amnestie.

² Die Bundesversammlung behandelt ausserdem Geschäfte, die in die Zuständigkeit des Bundes fallen und keiner anderen Behörde zugewiesen sind.

³ Das Gesetz kann der Bundesversammlung weitere Aufgaben und Befugnisse einräumen.

3. Kapitel: Bundesrat und Bundesverwaltung

1. Abschnitt: Organisation und Verfahren

Art. 148 Bundesrat

¹ Der Bundesrat ist die oberste leitende und vollziehende Behörde des Bundes.

² Er vertritt die Schweiz nach aussen.

5. Titel Die Bundesbehörden

Art. 149 Zusammensetzung und Wahl

- ¹ Der Bundesrat besteht aus sieben Mitgliedern.
- ² Der Bundesrat wird von der Bundesversammlung nach jeder Gesamterneuerung des Nationalrates auf die Dauer von vier Jahren gewählt.
- ³ Aus dem gleichen Kanton darf nicht mehr als ein Mitglied des Bundesrates gewählt werden.

Art. 150 Vorsitz

- ¹ Die Bundespräsidentin oder der Bundespräsident führt den Vorsitz im Bundesrat.
- ² Die Bundespräsidentin oder der Bundespräsident und die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident werden von der Bundesversammlung aus den Mitgliedern des Bundesrates auf die Dauer eines Jahres gewählt.
- ³ Eine Wiederwahl für das folgende Jahr ist ausgeschlossen, ebenso die Wahl der Bundespräsidentin oder des Bundespräsidenten zur Vizepräsidentin oder zum Vizepräsidenten.

Art. 151 Kollegial- und Departementalprinzip

- ¹ Der Bundesrat entscheidet als Kollegium.
- ² Die Geschäfte des Bundesrates werden für Vorbereitung und Vollzug nach Departementen auf die einzelnen Mitglieder verteilt.
- ³ Durch die Gesetzgebung können den Departementen oder ihnen unterstellten Verwaltungseinheiten Geschäfte zur selbständigen Erledigung übertragen werden. Der Rechtsschutz bleibt gewährleistet.

Art. 152 Bundesverwaltung

- ¹ Der Bundesrat leitet die Bundesverwaltung. Er sorgt für die zweckmässige Organisation und eine zielgerichtete Erfüllung der Aufgaben.
- ² Die Bundesverwaltung wird in Departemente gegliedert; jedem Departement steht ein Mitglied des Bundesrates vor.
- ³ Das Gesetz kann Bundesaufgaben Organisationen und Personen des öffentlichen oder des privaten Rechts übertragen, die ausserhalb der Bundesverwaltung stehen.

Art. 153 Bundeskanzlei

- ¹ Die Bundeskanzlei ist die allgemeine Stabsstelle des Bundesrates und besorgt das Sekretariat der Bundesversammlung.
- ² Die Bundeskanzlei wird von einer Bundeskanzlerin oder einem Bundeskanzler geleitet. Sie oder er wird von der Bundesversammlung auf die Dauer von vier Jahren gleichzeitig mit den Mitgliedern des Bundesrates gewählt.

5. Titel Die Bundesbehörden

2. Abschnitt: Zuständigkeit

Art. 154 Regierungspolitik

¹ Der Bundesrat bestimmt Ziele und Mittel seiner Regierungspolitik. Er plant und koordiniert die staatlichen Tätigkeiten.

² Er informiert die Öffentlichkeit rechtzeitig und umfassend über seine Tätigkeit, soweit nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen entgegenstehen.

Variante **Regierungspolitik**

Abs. 1 unverändert.

² Die Bundesbehörden informieren die Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und gewähren allen Personen Einsicht in amtliche Akten, soweit nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen entgegenstehen.

Art. 155 Vorbereitung der Parlamentsgeschäfte

¹ Die Kantone, die politischen Parteien und die interessierten Kreise werden in der Regel bei der Vorbereitung wichtiger Erlasse und völkerrechtlicher Verträge und bei Vorhaben von grosser Tragweite angehört.

² Der Bundesrat unterbreitet der Bundesversammlung Entwürfe und stellt Anträge zu Verfassungsänderungen, Bundesgesetzen und Bundesbeschlüssen.

³ Die Mitglieder des Bundesrates und die Bundeskanzlerin oder der Bundeskanzler nehmen an den Verhandlungen der Bundesversammlung mit beratender Stimme teil und haben das Recht, Anträge zu stellen.

Art. 156 Rechtsetzung und Vollzug

¹ Der Bundesrat erlässt rechtsetzende Bestimmungen in der Form der Verordnung, soweit er durch Verfassung oder Gesetz dazu ermächtigt ist.

² Er sorgt für den Vollzug der Gesetzgebung, der Beschlüsse der Bundesversammlung und der Urteile von richterlichen Behörden des Bundes. Er erlässt die erforderlichen Vollzugsbestimmungen.

Art. 157 Finanzbefugnisse

Der Bundesrat erarbeitet den Finanzplan, entwirft den Voranschlag und erstellt die Staatsrechnung. Er sorgt für eine ordnungsgemässe Haushaltsführung.

Art. 158 Beziehungen zum Ausland

¹ Der Bundesrat besorgt die auswärtigen Angelegenheiten.

² Er unterbreitet der Bundesversammlung die völkerrechtlichen Verträge zur Genehmigung. Insbesondere provisorische oder dringliche Verträge sowie Verträge von geringer Tragweite kann der Bundesrat selbständig abschliessen; die nachträgliche Genehmigung durch die Bundesversammlung ist dabei grundsätzlich vorbehalten. Der Bundesrat kann auch durch Gesetz oder völkerrechtlichen Vertrag ermächtigt werden, bestimmte Verträge selbständig abzuschliessen.

5. Titel Die Bundesbehörden

Art. 159 Äussere und innere Sicherheit

¹ Der Bundesrat trifft Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz.

² Der Bundesrat sorgt für die innere Sicherheit und trifft die dafür notwendigen Massnahmen.

³ Wenn es ausserordentliche Umstände erfordern, kann er, unmittelbar gestützt auf diesen Artikel, Verordnungen und Verfügungen erlassen.

⁴ Der Bundesrat kann in dringlichen Fällen den Aktivdienst anordnen und dafür die Armee oder Teile davon aufbieten. Bietet er mehr als 2000 Angehörige der Armee auf oder dauert der Einsatz länger als drei Wochen, beruft er unverzüglich die Bundesversammlung ein.

Art. 160 Beziehungen zwischen Bund und Kantonen

¹ Der Bundesrat pflegt die Beziehungen des Bundes zu den Kantonen. Er übt die Bundesaufsicht über die Kantone aus und trifft die erforderlichen Massnahmen.

² Er genehmigt die Erlasse der Kantone, wo es die Durchführung des Bundesrechts verlangt.

³ Er genehmigt die Verträge der Kantone unter sich und mit dem Ausland.

Art. 161 Weitere Aufgaben und Befugnisse

¹ Der Bundesrat hat zudem folgende Aufgaben und Befugnisse:

- a. er wacht über die Einhaltung des Bundesrechts sowie der Kantonsverfassungen und der Verträge der Kantone und trifft die erforderlichen Massnahmen;
- b. er beaufsichtigt die Bundesverwaltung und die anderen Träger von Aufgaben des Bundes;
- c. er erstattet der Bundesversammlung regelmässig Bericht über seine Geschäftsführung sowie über den Zustand der Eidgenossenschaft;
- d. er nimmt die Wahlen vor, die nicht einer anderen Behörde zustehen;
- e. er behandelt Beschwerden, soweit das Gesetz es vorsieht.

² Das Gesetz kann dem Bundesrat weitere Aufgaben und Befugnisse einräumen.

4. Kapitel: Bundesgericht

Art. 162 Stellung

¹ Das Bundesgericht ist die oberste rechtsprechende Behörde des Bundes.

² Das Gesetz bestimmt Organisation und Verfahren der Bundesgerichtsbarkeit.

Art. 163 Verfassungsgerichtsbarkeit

¹ Das Bundesgericht beurteilt:

- a. Beschwerden wegen Verletzung verfassungsmässiger Rechte;
- b. Beschwerden wegen Verletzung von Staatsverträgen oder von Verträgen der Kantone;

5. Titel Die Bundesbehörden

c. öffentlich-rechtliche Streitigkeiten zwischen Bund und Kantonen oder zwischen Kantonen.

² Das Gesetz kann bestimmte Fälle anderen Bundesbehörden zur Entscheidung zuweisen.

Art. 164 Zivil-, Straf- und Verwaltungsgerichtsbarkeit

¹ Das Gesetz bestimmt die Zuständigkeit des Bundesgerichts in Zivil-, Straf- und Verwaltungssachen sowie in anderen Bereichen des Rechts.

² Die Kantone können dem Bundesgericht mit Zustimmung der Bundesversammlung Streitigkeiten aus dem kantonalen Verwaltungsrecht zur Beurteilung zuweisen.

Art. 165 Bundesassisen

Das Bundesgericht urteilt mit Zuziehung von Geschworenen, welche sich über die Schuldfrage aussprechen, in Strafsachen über:

- a. Hochverrat gegen die Eidgenossenschaft sowie Aufruhr und Gewalttat gegen die Bundesbehörden;
- b. Verbrechen und Vergehen im Zusammenhang mit Störungen der Beziehungen zum Ausland;
- c. politische Verbrechen und Vergehen im Zusammenhang mit einer bewaffneten Bundesintervention;
- d. Fälle von straffälligen Bundesbeamten, die den Bundesassisen von einer Bundesbehörde überwiesen werden.

Art. 166 Massgebendes Recht

Bundesgesetze, allgemeinverbindliche Bundesbeschlüsse und Staatsverträge sind für das Bundesgericht und die anderen Behörden massgebend.

6. Titel Revision der Bundesverfassung und Schlussbestimmungen

1. Kapitel: Revision

Art. 167 Grundsatz

¹ Die Bundesverfassung kann jederzeit ganz oder teilweise revidiert werden.

² Wo die Bundesverfassung und die auf ihr beruhende Gesetzgebung nichts anderes bestimmen, erfolgt die Revision auf dem Weg der Gesetzgebung.

Art. 168 Totalrevision

¹ Die Totalrevision der Bundesverfassung kann von 100 000 Stimmberechtigten vorgeschlagen oder von der Bundesversammlung oder von einem der beiden Räte beschlossen werden.

² Die Frage, ob eine Totalrevision durchzuführen sei, wird dem Volk zur Abstimmung vorgelegt, wenn die Initiative vom Volk ausgeht oder sich die beiden Räte darüber nicht einig sind.

³ Stimmt das Volk für eine Totalrevision, so sind die beiden Räte neu zu wählen.

Art. 169 Teilrevision

¹ Die Teilrevision der Bundesverfassung kann von 100 000 Stimmberechtigten verlangt oder von der Bundesversammlung beschlossen werden.

² Die Volksinitiative auf Teilrevision der Bundesverfassung muss die Einheit der Form wahren.

³ Jede Teilrevision der Bundesverfassung muss die Einheit der Materie wahren und die zwingenden Bestimmungen des Völkerrechts achten. Die Einheit der Materie ist gewahrt, wenn zwischen den einzelnen Teilen einer Vorlage ein sachlicher Zusammenhang besteht.

⁴ Die Teilrevision kann auch mehrere Bestimmungen umfassen.

Art. 170 Inkrafttreten

Die ganz oder teilweise revidierte Bundesverfassung tritt in Kraft, wenn sie von Volk und Ständen angenommen ist.

2. Kapitel: Schlussbestimmungen

Verfassungsentwurf

1. Vorwort	1
2. Verfassungstext mit Varianten	5
3. Reformvorschläge Volksrechte	51
4. Reformvorschläge Justiz	57
5. Anmerkungen zum Verfassungstext	61
6. Konkordanztafel Bundesverfassung / Entwurf	77
7. Abkürzungen	89

Weitere Verfassungsbestimmungen zu den Volksrechten

Allgemeine Grundsätze des staatlichen Handelns

Art. 4 Bindung an das Recht

¹

²

³ Bundesrecht bricht kantonales Recht.

⁴ *Völkerrecht geht entgegenstehendem Landesrecht vor.*

Volksrechte*

1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen

Art. 115 Stimm- und Wahlrecht

¹ Stimm- und wahlberechtigt in Bundessachen sind alle Schweizerinnen und Schweizer, die das 18. Altersjahr zurückgelegt haben und nicht wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche entmündigt sind. Alle Stimmberechtigten haben die gleichen politischen Rechte.

² Die Stimmberechtigten können an den Nationalratswahlen und an den Abstimmungen des Bundes teilnehmen sowie Volksinitiativen und Referenden in Bundesangelegenheiten unterzeichnen.

Art. 116 Meinungs- und Willensbildung des Volkes

¹ Die politischen Parteien wirken an der Meinungs- und Willensbildung des Volkes mit.

² In der Regel werden die Kantone, die politischen Parteien und die interessierten Kreise bei der Vorbereitung der Gesetzgebung und bei Vorhaben von grosser Tragweite angehört. Das Gesetz regelt die Einzelheiten.

³ *Das Gesetz regelt die Einzelheiten der Ausübung der politischen Rechte. Es trifft insbesondere Regelungen über die Finanzierung der Ausübung.*

2. Kapitel: Volksinitiative

Art. 117 Volksinitiative auf Totalrevision der Bundesverfassung

200 000 Stimmberechtigte können die Totalrevision der Bundesverfassung vorschlagen. Das Volk entscheidet, ob die Revision durchzuführen sei.

Art. 118 Formulierte Volksinitiative auf Teilrevision der Bundesverfassung

¹ 200 000 Stimmberechtigte können *in der Form eines ausgearbeiteten Entwurfs* die Teilrevision der Bundesverfassung verlangen.

² Die Initiative muss die Grundsätze der Einheit der Form und der Materie wahren sowie *die zwingenden Bestimmungen des Völkerrechts* achten.

³ Die Initiative wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet. Die Bundesversammlung kann die Initiative zur Annahme oder zur Verwerfung empfehlen; in letzterem Fall kann sie ihr einen Gegenentwurf gegenüberstellen.

* Kursiv gedruckt sind diejenigen Bestimmungen, die materielle Neuerungen enthalten; formelle Änderungen sind nicht speziell hervorgehoben. Mit Blick auf eine harmonische Einfügung der Reformen zu den Volksrechten wurden Aufbau, Terminologie und Numerierung auf den Entwurf einer nachgeführten Bundesverfassung abgestimmt.

Art. 119 **Allgemeine Volksinitiative**

¹ 100 000 Stimmberechtigte können in der Form einer allgemeinen Anregung die Annahme oder Aufhebung von Verfassungs- oder Gesetzesbestimmungen verlangen.

² Die Initiative muss die Grundsätze der Einheit der Form und der Materie wahren sowie die zwingenden Bestimmungen des Völkerrechts achten.

³ Lehnt die Bundesversammlung die Initiative ab, so wird sie dem Volk zur Abstimmung unterbreitet.

⁴ Stimmt die Bundesversammlung der Initiative zu, so sorgt sie durch eine entsprechende Änderung der Bundesverfassung oder Bundesgesetzgebung für ihre Umsetzung. Dies gilt ebenfalls, wenn die von der Bundesversammlung abgelehnte Initiative in der Volksabstimmung angenommen wird. Die Bundesversammlung kann auch einen Alternativtext vorlegen.

3. Kapitel: **Referendum****Art. 120** **Obligatorisches Referendum von Volk und Ständen**

Dem Volk und den Ständen werden zur Abstimmung unterbreitet:

- a. die Total- oder Teilrevisionen der Bundesverfassung;
- b. der Beitritt zu Organisationen für kollektive Sicherheit oder zu supranationalen Gemeinschaften;
- c. die Änderungen im Bestand und im Gebiet der Kantone;
- d. dringlich erklärte allgemeinverbindliche Bundesbeschlüsse, die sich nicht auf die Verfassung stützen können und deren Geltungsdauer ein Jahr übersteigt, innerhalb eines Jahres seit ihrer Annahme durch die Bundesversammlung.

Art. 121 **Obligatorisches Referendum des Volkes**

Dem Volk werden zur Abstimmung unterbreitet:

- a. die Volksinitiativen auf Totalrevision der Bundesverfassung;
- b. die von der Bundesversammlung abgelehnten allgemeinen Volksinitiativen.

Art. 122 **Fakultatives Gesetzesreferendum**

¹ 100 000 Stimmberechtigte oder acht Kantone können verlangen, dass dem Volk zur Abstimmung unterbreitet werden:

- a. Bundesgesetze;
- b. allgemeinverbindliche Bundesbeschlüsse;
- c. dringlich erklärte allgemeinverbindliche Bundesbeschlüsse, deren Geltungsdauer ein Jahr übersteigt, innerhalb eines Jahres seit ihrer Annahme durch die Bundesversammlung.

² Bundesgesetze und allgemeinverbindliche Bundesbeschlüsse enthalten rechtsetzende Normen.

Art. 123 **Fakultatives Verwaltungs- und Finanzreferendum**

¹ Auf Antrag eines Drittels der Mitglieder jeder der beiden Kammern werden Beschlüsse der Bundesversammlung, die keine rechtsetzenden Normen enthalten, in die Form des allgemeinverbindlichen Bundesbeschlusses gekleidet.

² Davon ausgenommen sind Beschlüsse betreffend die innere oder äussere Sicherheit der Schweiz, die Verfügung über die Armee, die Ausübung des Oberaufsichtsrechts über Regierung, Verwaltung, Justiz und Kantone, der Voranschlag, die Staatsrechnung, die Anleihen sowie reine Rechtsanwendungsakte, Antworten auf Petitionen, Verfahrensentscheide und Beschlüsse der Vereinigten Bundesversammlung.

Art. 124 Fakultatives Referendum in internationalen Belangen

¹ Auf Verlangen von 100 000 Stimmberechtigten oder acht Kantonen werden dem Volk die Genehmigungsbeschlüsse der Bundesversammlung zu völkerrechtlichen Verträgen zur Abstimmung unterbreitet, die:

- a. unbefristet und unkündbar sind;
- b. den Beitritt zu einer internationalen Organisation vorsehen; oder
- c. *rechtsetzende Normen enthalten oder zum Erlass von Bundesgesetzen oder allgemeinverbindlichen Bundesbeschlüssen verpflichten.*

² Die Bundesversammlung kann die Genehmigungsbeschlüsse weiterer völkerrechtlicher Verträge dem fakultativen Referendum unterstellen.

Art. 125 Ausführungsgesetzgebung zu völkerrechtlichen Verträgen

Untersteht der Genehmigungsbeschluss eines völkerrechtlichen Vertrags dem obligatorischen oder fakultativen Referendum, so kann er die Bundesversammlung ermächtigen, die Gesetzesänderungen, die aufgrund des Vertrags notwendig sind, unter Ausschluss des Referendums anzunehmen.

4. Kapitel: Weitere Bestimmungen zum Referendum

Art. 126 Vorlage von Alternativen

¹ Nimmt die Bundesversammlung eine Verfassungsänderung an, so kann sie zwei Alternativtexte dem obligatorischen Referendum von Volk und Ständen unterbreiten.

² Nimmt die Bundesversammlung ein Gesetz oder einen allgemeinverbindlichen Bundesbeschluss an, so kann sie einen Haupttext und einen Alternativtext dem fakultativen Referendum unterstellen. Wird keine Volksabstimmung verlangt, tritt der Haupttext in Kraft.

³ Bei der Genehmigung völkerrechtlicher Verträge sind Alternativen ausgeschlossen.

Art. 127 Dringlichkeitsrecht

¹ Ein allgemeinverbindlicher Bundesbeschluss, dessen Anwendung keinen Aufschub erträgt, kann durch eine Dringlichkeitsklausel sofort in Kraft gesetzt werden; die Klausel wird durch die Mehrheit der Mitglieder jeder der beiden Kammern angenommen; die Beschlüsse sind zu befristen.

² Nur ausschliesslich rechtsetzende Beschlüsse können mit der Dringlichkeitsklausel versehen werden.

³ Wird der Beschluss dem Volk oder, falls erforderlich, Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet und wird er abgelehnt, tritt er ein Jahr nach seiner Annahme ausser Kraft und kann nicht erneuert werden.

Art. 128 Feststellung des Abstimmungsergebnisses

¹ Die Vorlage, die dem Volk zur Abstimmung unterbreitet wird, ist angenommen, wenn die Mehrheit der Stimmenden dafür stimmt.

² Die Vorlage, die Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet wird, ist angenommen, wenn sie die Mehrheit der Stimmenden und die Mehrheit der Ständesstimmen erreicht.

³ Die Ständesstimmen werden durch das Ergebnis der Volksabstimmung in jedem Kanton festgelegt.

⁴ Jeder Kanton hat eine Stimme. Die Kantone Obwalden, Nidwalden, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Appenzell-Ausserrhoden und Appenzell-Innerrhoden haben je eine halbe Stimme.

Art. 129 Abstimmung über Alternativen und Gegenentwürfe

¹ *Bei der Abstimmung über Alternativtexte können die Stimmberechtigten dem einen oder dem andern Text oder beiden Texten zustimmen oder beide verwerfen. Werden beide Texte angenommen, können die Stimmberechtigten darüber befinden, welchen sie vorziehen.*

² Dasselbe Verfahren kommt zur Anwendung, wenn ein Gegenentwurf einer formulierten Volksinitiative gegenübergestellt wird.

Art. 130 Mehrheit von Volksinitiativen

Werden kurz aufeinanderfolgend zwei oder mehrere Volksinitiativen zum gleichen Gegenstand eingereicht, so kann die Bundesversammlung diese nach einem ähnlichen Verfahren, wie es bei der Abstimmung über Alternativen vorgesehen ist, der Abstimmung unterbreiten. Die Stimmberechtigten müssen ihren Willen klar und unverfälscht ausdrücken und darüber befinden können, welchen Text sie vorziehen.

Bundesversammlung**Art. 143 Genehmigung völkerrechtlicher Verträge**

Die Bundesversammlung genehmigt die völkerrechtlichen Verträge. Der Bundesrat kann provisorische oder dringliche Verträge sowie Verträge von geringer Tragweite abschliessen; er legt sie der Bundesversammlung zur nachträglichen Genehmigung vor. Die Verfassung, das Gesetz oder ein völkerrechtlicher Vertrag kann den Bundesrat zum selbständigen Abschluss von Verträgen ermächtigen.

Bundesrat**Art. 158 Beziehungen zum Ausland**

¹ Der Bundesrat besorgt die auswärtigen Angelegenheiten und vertritt die Schweiz nach aussen.

² Er unterzeichnet die völkerrechtlichen Verträge und ratifiziert sie; er unterbreitet sie der Bundesversammlung zur Genehmigung, soweit er nicht selbst zum Abschluss ermächtigt ist.

Bundesgericht**Art. 163^{bis} Verfassungsgerichtsbarkeit im Bereich der Volksinitiative**

¹ Ist die Bundesversammlung der Ansicht, dass eine Volksinitiative nicht den für sie geltenden Regeln entspricht, so ruft sie das Bundesgericht an.

² Das Bundesgericht erklärt die Volksinitiative, die die Grundsätze der Einheit der Form oder der Materie nicht wahrt oder die zwingenden Bestimmungen des Völkerrechts nicht achtet, vollständig oder teilweise ungültig. Es fällt seinen Entscheid innerhalb von dreissig Tagen seit der Anrufung durch die Bundesversammlung. Der Entscheid bindet die Bundesversammlung.

Art. 166^{bis} Konflikt zwischen Völkerrecht und Landesrecht

Das Bundesgericht prüft in Anwendungsfällen auf Klage oder auf Beschwerde hin oder wenn es von einer Vorinstanz angerufen wird, ob ein Bundesgesetz oder ein allgemeinverbindlicher Bundesbeschluss völkerrechtskonform ist. Es entscheidet, ob und in welchem Mass das Gesetz oder der Beschluss anzuwenden ist.

Revision der Bundesverfassung**Art. 167 Grundsatz**

Die Bundesverfassung kann jederzeit ganz oder teilweise revidiert werden.

Art. 168 Totalrevision

¹ Die Totalrevision kann von 200 000 Stimmberechtigten vorgeschlagen oder von der Bundesversammlung beschlossen werden.

² Wird die Totalrevision von 200 000 Stimmberechtigten vorgeschlagen, so entscheidet das Volk, ob sie durchzuführen sei. Entscheidet es sich für die Durchführung, so werden die beiden Kammern neu gewählt, um die Revision auszuarbeiten.

³ Das Gesetzgebungsverfahren gilt für die Totalrevision sinngemäss.

Art. 169 Teilrevision

¹ Die Teilrevision der Bundesverfassung kann von 200 000 Stimmberechtigten verlangt oder von der Bundesversammlung beschlossen werden.

² Wird die Teilrevision von der Bundesversammlung beschlossen, so gilt das Gesetzgebungsverfahren sinngemäss. Der Grundsatz der Einheit der Materie ist zu wahren.

³ Wird die Teilrevision von 200 000 Stimmberechtigten verlangt, gelten die Bestimmungen über die formulierte Volksinitiative.

Art. 170 Inkrafttreten der revidierten Bundesverfassung

Die ganz oder teilweise revidierte Bundesverfassung tritt in Kraft, wenn sie von Volk und Ständen angenommen worden ist.

Verfassungsentwurf

1. Vorwort	1
2. Verfassungstext mit Varianten	5
3. Reformvorschläge Volksrechte	51
4. Reformvorschläge Justiz	57
5. Anmerkungen zum Verfassungstext	61
6. Konkordanztable Bundesverfassung / Entwurf	77
7. Abkürzungen	89

Art. 101 Zivilrecht

¹ Der Bund ist zur Gesetzgebung im Gebiet des Zivilrechts befugt.

² *Er kann Bestimmungen über die Vereinheitlichung des gerichtlichen Verfahrens erlassen.*

Art. 102 Strafrecht

¹ Der Bund ist zur Gesetzgebung im Gebiet des Strafrechts befugt.

² ...

³ *Er kann Bestimmungen über das Verfahren erlassen.*

4. Kapitel: Bundesgerichtsbarkeit**Art. 162 Bundesgericht**

¹ Das Bundesgericht ist das oberste Gericht des Bundes.

² *Es bestellt seine Kanzlei.*

Art. 163 Zuständigkeit des Bundesgerichts

¹ Das Bundesgericht beurteilt Streitigkeiten wegen Verletzung:

a. *von Bundesrecht, interkantonalem Recht und internationalem Recht;*

b. *von kantonalen verfassungsmässigen Rechten;*

c. *von verfassungsmässigen Garantien der Kantone zugunsten der Gemeinden und anderer öffentlichrechtlicher Körperschaften;*

d. *von eidgenössischen und kantonalen Bestimmungen über die politischen Rechte.*

² *Das Gesetz kann weitere Zuständigkeiten des Bundesgerichts begründen oder die Zuständigkeit unter Vorbehalt der Vorlagemöglichkeit für bestimmte Sachgebiete ausschliessen.*

Art. 164 Zugang zum Bundesgericht

¹ Das Bundesgericht beurteilt:

a. *Beschwerden gegen Entscheide letzter kantonalen Instanzen;*

b. *Beschwerden gegen Entscheide richterlicher Vorinstanzen des Bundes;*

c. *Klagen in Streitigkeiten zwischen Bund und Kantonen oder Kantonen unter sich und über Schadenersatzansprüche aus der Amtstätigkeit von Magistratspersonen des Bundes.*

² *Das Gesetz kann den Zugang zum Bundesgericht beschränken. Dieser ist zu gewährleisten, wenn es um eine Rechtsfrage von grundlegender Bedeutung geht oder einer Partei ein gewichtiger Nachteil droht.*

Art. 165 Weitere richterliche Behörden des Bundes

¹ *Der Bund bestellt ein Strafgericht, das für die Beurteilung von Fällen zuständig ist, welche das Gesetz der Strafgerichtsbarkeit des Bundes zuweist. Durch Gesetz können weitere Zuständigkeiten des Bundesstrafgerichts begründet werden.*

² *Der Bund schafft weitere richterliche Behörden für die Beurteilung von Beschwerden gegen Akte der Bundesverwaltung.*

³ *Das Gesetz kann weitere richterliche Behörden des Bundes vorsehen.*

Art. 166 Richterliche Behörden der Kantone

Die Kantone bestellen:

- a. richterliche Behörden für die Beurteilung zivilrechtlicher Streitigkeiten und von Straffällen;*
- b. richterliche Behörden für die Beurteilung öffentlichrechtlicher Streitigkeiten.*

Art. 167 Rechtsweggarantie

¹ *Natürliche und juristische Personen können in Streitigkeiten eine richterliche Behörde anrufen. Bund und Kantone sind jedoch befugt, die richterliche Beurteilung in Ausnahmefällen durch Gesetz auszuschliessen.*

² *Akte der Bundesversammlung und des Bundesrates können beim Bundesgericht nicht angefochten werden.*

Art. 168 Normenkontrolle

¹ *Völkerrecht, Bundesgesetze und allgemeinverbindliche Bundesbeschlüsse sind massgebend.*

² *Das Bundesgericht prüft im Zusammenhang mit einem Anwendungsakt auf Beschwerde oder auf Vorlage einer Vorinstanz sowie auf Klage hin, ob ein Bundesgesetz oder ein allgemeinverbindlicher Bundesbeschluss gegen verfassungsmässige Rechte oder internationales Recht verstösst. Es entscheidet, ob und in welchem Mass das Bundesgesetz oder der Bundesbeschluss anzuwenden ist.*

³ *In diesen Fällen kann das Bundesgericht überdies die Rüge eines Kantons prüfen, dass ein Bundesgesetz oder ein Bundesbeschluss die verfassungsmässig gewährleisteten Kompetenzen der Kantone verletzt.*

Art. 169 Richterliche Unabhängigkeit

Die richterlichen Behörden sind in ihrer rechtsprechenden Tätigkeit unabhängig und nur dem Recht verpflichtet.

Verfassungsentwurf

1. Vorwort	1
2. Verfassungstext mit Varianten	5
3. Reformvorschläge Volksrechte	51
4. Reformvorschläge Justiz	57
5. Anmerkungen zum Verfassungstext	61
6. Konkordanztafel Bundesverfassung / Entwurf	77
7. Abkürzungen	89

Anmerkungen zum Verfassungstext

VE-Artikel Anmerkungen

- Präambel** Die Präambel beschränkt sich auf die Anrufung Gottes und die Nennung von Volk und Ständen.
- 1** Art. 1 VE übernimmt die geltende Aufzählung der Kantone von Art. 1 BV, verzichtet aber auf die Unterscheidung der Halbkantone durch die Klammern. Die Gleichheit der Kantone ist heute der verfassungsrechtlich bedeutsamere Aspekt; die Sonderbestimmungen über die Halbkantone sind im 4. Titel integriert.
- 2** Art. 2 VE ist eine neue Formulierung von Art. 2 BV im Sinn einer Aktualisierung des geltenden Rechts.
- 3** Im Sinn eines Traditionsanschlusses wird der Verfassungstext von Art. 3 BV aufgenommen. Weil der Identifikationsgehalt von hervorragender Bedeutung ist, wird der Begriff der «Souveränität» der Kantone beibehalten; dieser hat allerdings in Lehre und Praxis eine Relativierung erfahren.
- 4** Der Artikel führt das Recht der folgenden Bestimmungen nach: Art. 4 BV und ungeschriebenes Recht; ungeschriebenes Völkerrecht, Art. 26, 27, 53 und 64 Wiener Vertragsrechtskonvention.
Abs. 1 verankert die beiden Aspekte des Legalitätsprinzips, nämlich den Vorrang und den Vorbehalt des Rechts. Unter dem Begriff des Rechts ist jede Stufe des Rechts zu verstehen (internationales Recht, Landesrecht, Verfassungsrecht, Gesetzesrecht und Ordnungsrecht), wobei gilt, dass höherrangiges Recht vorgeht (insbesondere geht Bundesrecht kantonalem Recht vor) und dass neues oder spezielles Recht älterem oder generellem Recht vorgeht.
Abs. 2 und 3 nennen allgemeine Rechtsgrundsätze, deren Konkretisierung Sache der Praxis ist. Siehe auch Art. 8 VE, welcher u. a. den Grundsatz von Treu und Glauben auch als Individualrecht festhält.
- 5** Der Artikel führt das Recht von Art. 116 BV nach. Vgl. auch Art. 14 (Sprachenfreiheit), 73 (Kultur) und 124 (Amtssprachen) VE, die weitere Elemente des schweizerischen Sprachenrechts enthalten.
- 6** Der Artikel führt das Recht von Art. 53 Abs. 2 BV und ungeschriebenes Recht nach. Art. 6 VE verankert den Grundsatz der Menschenwürde, der vom Bundesgericht als Teil der persönlichen Freiheit anerkannt worden ist (BGE 90 I 36). Die Achtung der Menschenwürde umfasst auch das Recht auf ein schickliches Begräbnis, das in Art. 53 Abs. 2 BV aufgeführt ist. Die Verfügung über Begräbnisplätze steht nach geltendem Verfassungsrecht den zivilen Behörden zu; wollte man diese Selbstverständlichkeit ausdrücklich erwähnen, müsste man dies im Kompetenzteil tun.
- 7** Der Artikel führt das Recht der folgenden Bestimmungen nach: Art. 4 BV, Art. 2 Abs. 1 und 26 Pakt II (mit einem Vorbehalt der Schweiz), Art. 3 und 7 Pakt I.
Abs. 1 verankert den Gleichheitsgrundsatz, der sowohl die Gleichheit bei der Ausarbeitung des Gesetzes als auch die Gleichheit in der Anwendung des Gesetzes umfasst. Mit «Menschen» sind auch juristische Personen gemeint (historische Formulierung).
Abs. 2 übernimmt in aktualisierter Form den zweiten Satz von Art. 4 Abs. 1 BV und hält das Diskriminierungsverbot fest. Die Aufzählung der Kriterien der Diskriminierung ist nicht abschliessend. Ausserdem ist dieses Verbot nicht absolut.
Abs. 3 übernimmt Art. 4 Abs. 2 BV in unveränderter Formulierung.
- 8** Der Artikel führt das Recht von Art. 4 BV nach. Art. 8 VE verleiht den genannten Grundsätzen die Qualität von Grundrechten (siehe insbesondere BGE 119 Ia 117; 118 Ia 245). Die Konkretisierung der Grundsätze ist Aufgabe der Rechtsprechung.
- 9** Der Artikel führt das Recht der folgenden Bestimmungen nach: Ungeschriebenes Recht, Art. 4, 48 Abs. 1, 59 Abs. 3 und 65 BV; Art. 2–5 EMRK und Protokoll 6 zur EMRK, Art. 11 Abs. 1 Pakt I, Art. 6–12 Pakt II und Protokoll Nr. 2.
Abs. 2 garantiert die traditionellen Gehalte der persönlichen Freiheit und übernimmt das in der EMRK, in Pakt II und in der Folterkonvention verankerte absolute Verbot der Folter oder jeder andern grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung.

- Abs. 3 ist im geltenden Verfassungsrecht an verschiedenen Orten verankert (Menschenwürde, Recht auf Leben, persönliche Freiheit, Art. 4 und 48 Abs. 1). Er ist auch im Art. 11 Abs. 1 Pakt I verankert.
- 10** Der Artikel führt das Recht der folgenden Bestimmungen nach: Ungeschriebenes Recht und Art. 34^{quinquies} Abs. 1 und 36 Abs. 4 BV; Art. 8 EMRK, Art. 17 Pakt II. Abs. 1 übernimmt den Inhalt von Art. 8 EMRK. Abs. 2 übernimmt den Inhalt von Art. 36 Abs. 4 BV. Abs. 3: Der Anspruch auf Schutz vor Datenmissbrauch geniesst in der modernen Informationsgesellschaft unzweifelhaft Verfassungsrang (vgl. BGE 117 Ia 488). Er enthält den Grundsatz des Datenschutzes, der insbesondere auch den Anspruch auf Richtigkeit der Daten umfasst sowie die Datensicherheit und die Rechtmässigkeit und Zweckgebundenheit der Datenbearbeitung verlangt. Er gibt jeder Person das Recht, Daten und Akten einzusehen, die sie betreffen, und gegebenenfalls Berichtigung oder Beseitigung zu verlangen.
- 11** Der Artikel führt das Recht der folgenden Bestimmungen nach: Art. 54 BV; Art. 12 EMRK, Art. 23 Abs. 2 Pakt II. Art. 11 VE aktualisiert den geltenden Art. 54 BV und lässt die obsoleten Teile (Abs. 6) weg, ebenso diejenigen Bestimmungen, die in der Gesetzgebung ausgeführt worden sind (Schluss von Abs. 1, Abs. 2, 3 und 5).
- 12** Der Artikel führt das Recht der folgenden Bestimmungen nach: Art. 27 Abs. 3, 49 und 50 BV; Art. 9 EMRK, Art. 18 Pakt II. Art. 12 VE ist eine Neuformulierung, die der Entwicklung der Rechtsprechung des Bundesgerichts Rechnung trägt und die überflüssigen oder obsoleten Elemente weglässt. Diese sind in folgenden Bestimmungen bereits verankert: Art. 49 Abs. 3 BV in Art. 303 ZGB; die Abs. 4–6 in Art. 12 Abs. 2 VE; Art. 50 Abs. 1 BV in Art. 12 Abs. 1 VE; Art. 50 Abs. 2 BV – soweit noch von Bedeutung – im StGB. Die Notstandsklausel und die polizeiliche Generalklausel bleiben natürlich vorbehalten. Der Inhalt von Art. 50 Abs. 3 BV kann künftig auf der Gesetzesstufe geregelt und muss nicht in die Verfassung aufgenommen werden.
- 13** Der Artikel führt das Recht der folgenden Bestimmungen nach: Ungeschriebenes Recht und Art. 55 BV; Art. 10 EMRK, Art. 19 Pakt II. Art. 13 VE trägt der Praxis des Bundesgerichts (insbesondere der Informationsfreiheit aus allgemein zugänglichen Quellen) und der Organe der EMRK Rechnung. Abs. 1 hält die Meinungs- und Informationsfreiheit fest. Die Abs. 2 und 3 konkretisieren den in Abs. 1 enthaltenen Grundsatz. Abs. 4 fasst die Freiheit der Medien, die bisher in den Artikeln 55 und 55^{bis} BV in zwei Bestimmungen untergebracht war, in einer Bestimmung zusammen. Unter den Schutz der Pressefreiheit fallen regelmässig oder unregelmässig erscheinende Druckerzeugnisse; die Radio- und Fernsehfreiheit gilt für alle Veranstalter. Das Verbot der Vorzensur gilt gegenüber Privatpersonen allgemein; es wird jedoch in Abs. 4 aufgeführt, weil es nur für die Medien praktische Bedeutung hat.
- 14** Ungeschriebenes Recht, Art. 27 Pakt II. Die Sprachenfreiheit, mit dem Korrektiv des Territorialitätsprinzips, wird vom Bundesgericht als ungeschriebenes Grundrecht anerkannt (BGE 91 I 480).
- 15** Ungeschriebenes Recht; Art. 10 EMRK, Art. 15 Pakt I. Das Bundesgericht hat die Freiheit der Kunst und der wissenschaftlichen Lehre und Forschung der Meinungsfreiheit zugeordnet und sie nicht als eigenständige Grundrechte behandelt.
- 16** Ungeschriebenes Recht; Art. 11 EMRK, Art. 21 Pakt II. Art. 16 VE fasst die Grundzüge der Bundesgerichtspraxis zusammen. Die Frage, ob Kundgebungen auch ohne Rechtsgrundlage einer vorgängigen Bewilligung unterstellt werden können, ist umstritten. Ein Teil der Lehre vertritt heute die Auffassung, dass eine solche Beschränkung der Versammlungsfreiheit eine Rechtsgrundlage in einem formellen Gesetz brauche (siehe auch BGE 119 Ia 445, 449).
- 17** Art. 56 BV; Art. 11 EMRK, Art. 22 Pakt II. Die Vereinsfreiheit umfasst auch, dass grundsätzlich niemand gezwungen werden kann, einer Vereinigung beizutreten. Im Unterschied zur Versammlungsfreiheit kann die Ausübung der Vereinsfreiheit nicht einer vorgängigen Bewilligung unterstellt werden.
- 18** Der Artikel führt das Recht der folgenden Bestimmungen nach: Art. 45 Abs. 1 BV; Art. 12 Pakt II.

- Abs. 2 ist eine Konkretisierung der Niederlassungsfreiheit, die auch das Recht auf Auswanderung umfasst. Art. 12 Pakt II garantiert die freie Wahl der Niederlassung im ganzen Land für alle Personen, auch für Ausländerinnen und Ausländer, die sich rechtmässig hier aufhalten. Die Schweiz hat zum Pakt II deshalb einen Vorbehalt angebracht, der die Geltung für Ausländer einschränkt.
- 19** Der Artikel führt das Recht der folgenden Bestimmungen nach: Art. 45 Abs. 2 BV; Art. 7 IRSG, Rechtsprechung zu Art. 3 EMRK, Art. 3 Folterverbotskonvention, Art. 33 Flüchtlingsübereinkommen.
 Abs. 1 Satz 2 übernimmt das grundsätzliche Auslieferungsverbot für Personen mit Schweizer Bürgerrecht, das nach dem Auslieferungsgesetz vom 22. Januar 1892 und heute nach Art. 7 IRSG als unbestrittener Grundsatz gilt.
 Abs. 2 Satz 1 schützt die anerkannten Flüchtlinge vor jeder Auslieferung oder Ausschaffung in den Verfolgerstaat. Der zweite Satz stellt sicher, dass keine Ausländerinnen und Ausländer in einen Staat verbracht werden, in welchem sie gefoltert oder grausam oder unmenschlich behandelt werden.
- 20** Der Artikel führt das Recht von Art. 22^{ter} BV nach. Die Frage der Schranken der Eigentumsgarantie (geltender Art. 22^{ter} Abs. 2 BV) wird durch Art. 30 VE (Schranken der Grundrechte) geregelt.
- 21** Der Artikel führt das Recht von Art. 31 BV nach.
 Abs. 2 hebt die anerkannten individuellen Teilgehalte der heutigen Handels- und Gewerbefreiheit hervor; die eher wirtschaftssystembezogenen Teilgehalte des Grundrechts (Gleichbehandlung der Gewerbetreibenden, Schutz vor «wirtschaftspolitischen» Massnahmen) werden durch Abs. 3 abgedeckt.
 Abs. 3: Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts sind Massnahmen unzulässig, «mit denen in den freien Wettbewerb eingegriffen wird, um einzelne Gewerbetreibenden oder Unternehmensformen zu bevorteilen und das Wirtschaftsleben nach einem festen Plan zu lenken» (BGE 111 Ia 186; Verbot sog. wirtschaftspolitischer Massnahmen). Gewerbetreibenden sind gleich zu behandeln (BGE 112 Ia 34). Grundsätzlich zulässig sind dagegen insbesondere Massnahmen wirtschaftspolizeilicher, sozialpolitischer, umweltpolitischer Natur. Allgemeine Fragen der Grundrechtsbeschränkung sind nunmehr in Art. 30 VE (Schranken der Grundrechte) geregelt; vgl. im übrigen Art. 75 VE (Grundsätze der Wirtschaftsordnung), wo auch der Vorbehalt der kantonalen Regalrechte statuiert wird.
- 22** Koalitionsfreiheit: Art. 56 BV, Art. 11 EMRK, Art. 22 Pakt II, Art. 8 Pakt I; Streikrecht: Art. 56, Art. 8 Abs. 1 Bst. d Pakt I, IAO-Konvention Nr. 87. Die herrschende Lehre nimmt an, dass die Koalitionsfreiheit auch das Streikrecht miteinschliesst. Das Bundesgericht hat in einem Urteil von 1985 die Frage, ob das Streikrecht grundrechtlich geschützt sei, offengelassen (BGE 111 II 245, 253). Das Aussperrungsrecht wird aus Gründen der «Kampfparität» als Bestandteil der Koalitionsfreiheit angesehen.
- 23** Der Artikel führt das Recht der folgenden Bestimmungen nach: Art. 4 BV; Art. 6 EMRK; Art. 14 Pakt II. Die verschiedenen Absätze des Art. 23 VE fassen die Praxis des Bundesgerichts und der Organe der EMRK zusammen.
 Abs. 1 garantiert das Recht auf gleiche und gerechte Behandlung, das vor allem die Verbote der formellen Rechtsverweigerung, der Rechtsverzögerung und des überspitzten Formalismus enthält.
 Abs. 2 garantiert das rechtliche Gehör, das insbesondere das Recht auf vorgängige Orientierung und Äusserung, auf Akteneinsicht sowie auf Anhörung, auf Prüfung von Beweisanträgen und auf Begründung der Entscheide umfasst. Auch das Recht, sich durch einen Rechtsbeistand seiner Wahl vertreten zu lassen, ist grundsätzlich garantiert (BGE 105 Ia 288).
 Auch Abs. 3 bezieht sich grundsätzlich auf Gerichts- und Verwaltungsverfahren. Die Bestimmung gibt damit den heutigen Stand von Lehre und Praxis wieder, wonach unter bestimmten Voraussetzungen die unentgeltliche Rechtspflege auch in nicht-streitigen Verwaltungsverfahren zu gewähren ist (BGE 112 Ia 14, 18; 117 Ia 277).
- 24** Der Artikel führt das Recht der folgenden Bestimmungen nach: Art. 58, 59 Abs. 1 und 2 BV; Art. 6 EMRK; Art. 14 Pakt II.
 Abs. 1: Die Fälle, in denen sich ein Gericht mit einem Fall befassen muss, ergeben sich weiterhin aus dem Völkerrecht. In einem gerichtlichen Verfahren zu beurteilen

sind insbesondere zivilrechtliche Ansprüche und strafrechtliche Anklagen im Sinn von Art. 6 EMRK.

Abs. 2 Satz 2 erfasst Gesetze von Bund und Kantonen sowie Staatsverträge (vgl. insbesondere das Lugano-Übereinkommen, das mit einem Vorbehalt versehen ist). Mit der Aufnahme der vorgeschlagenen Bestimmung wird damit die Verfassungslage des Jahres 1999 bereits vorweggenommen.

- 25** Ungeschriebenes Recht; Art. 5 EMRK; Art. 9 Pakt II. Die verschiedenen Absätze des Art. 25 VE fassen die Praxis des Bundesgerichts und der Organe der EMRK zusammen.
- 26** Der Artikel führt das Recht der folgenden Bestimmungen nach: Art. 4 BV und ungeschriebenes Recht; Art. 6 EMRK; Art. 14 Pakt II. Art. 26 VE fasst die Praxis des Bundesgerichts und der Organe der EMRK zusammen. Zu den in Abs. 2 erwähnten Verteidigungsrechten zählen insbesondere (vgl. Art. 6 Ziff. 3 EMRK) das Recht auf ausreichende Vorbereitung der Verteidigung, das Recht sich selbst zu verteidigen oder einen Verteidiger eigener Wahl zu bestellen, das Recht, Fragen an die Belastungszeugen zu stellen oder stellen zu lassen, das Recht auf einen unentgeltlichen Dolmetscher.
- 27** Der Artikel führt das Recht von Art. 57 BV nach. Nach der Praxis des Bundesgerichts umfasst die Petitionsfreiheit die Pflicht der Behörde, die Petition zur Kenntnis zu nehmen und sie wenn nötig an die zuständige Behörde weiterzuleiten (BGE 98 Ia 484, 488 ff.; 119 Ia 53, 55).
- 28** Ungeschriebenes Recht und Art. 25 Pakt II (mit Vorbehalt wegen Landsgemeinden). Artikel 28 VE verankert ein bisher ungeschriebenes Grundrecht (BGE 117 Ia 41, 46; 452, 455; 118 Ia 259, 261; 119 Ia 271, 272). Abs. 2 konkretisiert die Wahl- und Abstimmungsfreiheit. Diese garantiert insbesondere das Stimm- und Wahlgeheimnis; Abs. 3 behält Ausnahmen des kantonalen Rechts vor, insbesondere Ausnahmen betreffend Landsgemeinden und Gemeindeversammlungen.
- 29** Ungeschriebenes Recht. Art. 29 VE gibt in der Form einer Verfassungsbestimmung die Grundsätze der Rechtsprechung und der allgemeinen Grundrechtstheorie wieder. Diese Formulierung deckt auch die sogenannte Drittwirkung im Verhältnis von Privaten ab (im Rahmen der bundesgerichtlichen Rechtsprechung). Abs. 1 drückt die Auffassung aus, wonach die Grundrechte neben ihrer klassischen Abwehrfunktion auch eine positive Wirkung haben. Abs. 2 hält ausdrücklich fest, dass nicht nur die Behörden, sondern alle Personen, die staatliche Aufgaben erfüllen, die Grundrechte zu achten haben (Abwehrfunktion) und zu ihrer Verwirklichung beitragen müssen (Gestaltungsfunktion).
- 30** Ungeschriebenes Recht. Art. 30 VE gibt in der Form einer Verfassungsbestimmung die Grundsätze der Rechtsprechung und der Lehre über die Grundrechtsschranken wieder. Dieser Artikel gibt den Massstab für alle Grundrechtsbeschränkungen, die verfassungskonform erlassen werden. Abs. 1 nennt die Voraussetzungen, die verfassungskonforme Einschränkungen erfüllen müssen. Der Hinweis auf die entgegenstehenden Grundrechte Dritter nimmt die Idee auf, dass die Ausübung von Grundrechten immer durch die legitime Wahrnehmung von Grundrechten Dritter beschränkt ist. Abs. 2 präzisiert, dass die Anforderungen an die gesetzliche Grundlage bei schweren Eingriffen in Grundrechte höher sind als bei geringen Eingriffen. Schwerwiegende Einschränkungen müssen in einem Gesetz im formellen Sinn vorgesehen werden. Abs. 2 zweiter Satz behält die polizeiliche Generalklausel vor. Abs. 3 verlangt, dass die Grundrechte durch Einschränkungen nicht ausgehöhlt werden dürfen (Kerngehalt).
- 31** Der Artikel führt das Recht der folgenden Bestimmungen nach: Teilweise enthalten in Art. 24^{novies}, 27 Abs. 2, 31^{quinquies} Abs. 1, 34–34^{novies}, 69 BV; Art. 6–13 Pakt I. Mit der Ratifizierung des Paktes I hat sich die Schweiz verpflichtet, die Rechte auf Arbeit, auf Wohnung, auf soziale Sicherheit, auf Gesundheit und auf Bildung anzuerkennen. Diese Rechte sind grundsätzlich nicht unmittelbar anwendbar, können aber gewisse unmittelbar anwendbare Teilgehalte enthalten (zur ganzen Problematik siehe BGE 120 Ia 1 ff.).

- 3. Titel** Die Kompetenzen des Bundes werden nach folgender Terminologie umschrieben:
 Ausschliessliche Kompetenzen: «... ist Sache des Bundes»;
 Konkurrierende Kompetenzen: «... erlässt Vorschriften ...»;
 Grundsatz- oder Rahmengesetzgebungskompetenzen: «... erlässt auf dem Weg der Gesetzgebung Grundsätze über ...».
- 32** Der Artikel führt das Recht von Art. 3 BV nach; Bundestreue als ungeschriebenes materielles Verfassungsrecht.
- 33** Der Artikel führt das Recht von Art. 3 BV nach; Die Gemeindeautonomie ist ungeschriebenes Verfassungsrecht.
 Die Gemeindeautonomie wird von der bundesgerichtlichen Rechtsprechung als verfassungsmässiges Recht der untersten Gemeinwesen anerkannt.
- 34** Der Artikel führt das Recht von Art. 7 BV nach sowie ungeschriebenes Verfassungsrecht. Dass die Verträge unter den Kantonen Vorrang vor dem Recht der vertragschliessenden Kantone haben, versteht sich von selbst.
 Abs. 3: Die Genehmigung des Bundes ist nicht konstitutiv; eine Beschränkung auf rechtsetzende Verträge wäre eine Einschränkung des geltenden Wortlauts von Art. 7 Abs. 2 BV, der verlangt, dass Verträge «den Bundesbehörden zur Einsicht vorzulegen» sind.
- 35** Der Artikel führt das Recht von Art. 3 BV und 2 UeB nach. Vgl. dazu auch die Bemerkung zu Art. 4 VE.
- 36** Der Artikel führt das Recht von Art. 61 und 67 BV nach. Für die Schuldbetreibung und den Konkurs sieht Art. 81 Abs. 1 und 2 SchKG eine besondere Lösung vor. Art. 67 BV ist obsolet geworden.
- 37** Der Artikel führt das Recht von Art. 5 und 16 BV nach. Die übrigen Garantien des Art. 5 BV können entweder unter den Begriff der verfassungsmässigen Ordnung subsumiert werden oder sind in anderen Bestimmungen des VE enthalten.
- 38** Der Artikel führt das Recht von Art. 6 BV nach.
- 39** Der Artikel führt das Recht von Art. 1 und 5 BV nach.
- 40** Der Artikel führt das Recht folgender Bestimmungen nach: Art. 43 Abs. 1 und 4, 44 Abs. 3, 2. Satz, 46 Abs. 1, 47, 60 BV.
- 41** Der Artikel führt das Recht von Art. 44 und 68 BV nach. Art. 44 Abs. 3 Satz 1 BV enthält eine Selbstverständlichkeit, auf die im VE verzichtet werden kann. Soweit Art. 68 BV Übergangsrecht enthält, ist er obsolet geworden.
- 42** Der Artikel führt das Recht folgender Bestimmungen nach: 43 Abs. 2, 3, 5 und 6; 74 Abs. 4 BV.
 Abs. 3: Vgl. auch die allgemeine Regelung betreffend die Genehmigungspflicht in Art. 160 VE.
- 43** Der Artikel führt das Recht von Art. 45^{bis} BV nach.
- 44** Der Artikel führt das Recht von Art. 8 BV nach.
- 45** Der Artikel führt das Recht von Art. 9 und 10 BV nach. Die über den Wortlaut des Art. 9 BV hinausgehende heutige Praxis des Bundes (vgl. BBI 1994 II 624ff.) wird verfassungsrechtlich bestätigt; der Ausnahmecharakter der Zuständigkeit ergibt sich aus Art. 44 Abs. 1 i. V. m. 45 Abs. 2 VE
- 46** Der Artikel führt das Recht von Art. 12 BV nach. Die Übergangsbestimmung nach Art. 12 Abs. 4 BV ist durch Zeitablauf erledigt (vgl. BRB vom 12. 3. 1934 über das Ordensverbot für die Armee; SR 514.118). Eigentlich enthält dieser Artikel Gesetzesmaterie. Die Bestimmung ist aber als Verfassungsgrundlage für Mitglieder kantonaler Regierungen und Parlamente notwendig.
- 47** Der Artikel führt das Recht folgender Bestimmungen nach: 18, 20, 34^{ter} Abs. 1 Bst. d BV, 6 UeB.
- 48** Der Artikel führt das Recht folgender Bestimmungen nach: 11, 13, 15, 17, 18, 19, 21, 22, 34^{ter} Abs. 1 Bst. d BV.

- Abs. 3, 1. Teilsatz: Streichung beantragt im Rahmen des Sanierungsprogramms 1994 (vgl. BBl 1994 I 112).
- 49** Der Artikel führt das Recht von Art. 15 und 19 Abs. 4 BV nach. Art. 15 BV hat heute nur noch eine marginale Bedeutung als Bestimmung des Notrechts des Bundes.
- 50** Der Artikel führt das Recht von Art. 22^{bis} und 31^{bis} Abs. 3 Bst. e BV nach. Die Bestimmung fasst die ausschliessliche und umfassende Kompetenz des Artikels 22^{bis} Abs. 1 BV im Sinne der Zweckartikel des neuen Zivilschutzgesetzes neu.
- 51** Der Artikel führt das Recht von Art. 24^{septies} BV nach. Art. 24^{septies} Abs. 2 BV wird in allgemeiner Weise durch Art. 32 Abs. 3 VE fortgeführt.
- 52** Der Artikel führt das Recht von Art. 24 und 24^{bis} BV nach. Die Bestimmung vereinigt die klassischen Bereiche des Wasserrechts (Nutzung der Wasserkräfte, Schutz der Wasservorkommen und Wasserbau). Der Vollzugsvorbehalt zugunsten der Kantone (Art. 24^{bis} Abs. 5 BV) wird durch Art. 32 Abs. 3 VE nachgeführt.
- 53** Der Artikel führt das Recht von Art. 24 BV nach (vgl. Art. 1 WaG). Der Begriff «Recht der Oberaufsicht» entspricht gemäss herrschender Auffassung einer Grundsatzgesetzgebungskompetenz.
- 54** Der Artikel führt das Recht von Art. 24^{sexies} BV nach. Art. 24^{sexies} Abs. 1 BV fällt weg. Abs. 4 des VE übernimmt den Text der Rothenthurm-Initiative (ohne Übergangsbestimmung).
- 55** Der Artikel führt das Recht von Art. 25 BV nach. Entgegen dem Wortlaut von Art. 25 BV nimmt die herrschende Lehre an, dass der Bund im Bereich von Jagd und Fischerei lediglich zum Erlass von Grundsätzen befugt sei. Zum sachlichen Geltungsbereich gehören nicht nur Fische, sondern auch die übrigen Wassertiere.
- 56** Der Artikel führt das Recht von Art. 25^{bis} BV nach. Der Auftrag an den Gesetzgeber (Art. 25^{bis} Abs. 2 BV) bleibt nur in vereinfachter Form bestehen, da er durch das Tierschutzgesetz hinreichend ausgeführt ist. Der Vollzugsvorbehalt zugunsten der Kantone (Art. 25^{bis} Abs. 3 BV) ist wegen Art. 32 Abs. 3 VE nicht notwendig.
- 57** Der Artikel führt das Recht von Art. 22^{quater} BV nach. Die Kompetenzzuweisung an die Kantone («... durch die Kantone zu schaffende ... Raumplanung») muss weitergeführt werden, da sie – anders als der Vorbehalt in Art. 24^{sexies} Abs. 1 BV – für die Aufgabenteilung von erheblicher Bedeutung ist (Verbot der unmittelbaren Plansetzung durch den Bund). Die Verpflichtung zur Zusammenarbeit (Art. 22^{quater} Abs. 2 BV) ist selbstverständliche Konsequenz des Bundesstaatsprinzips; sie bedarf keiner Erwähnung.
- 58** Der Artikel führt das Recht von Art. 23 BV nach. Die Enteignungskompetenz (Art. 23 Abs. 2 BV) hat wegen Art. 22^{ter} Abs. 2 BV bzw. Art. 20 VE keine selbständige Bedeutung mehr; sie kann wegbleiben. Der Vorbehalt militärischer Interessen (Art. 23 Abs. 3 BV) folgt bereits aus den Sachkompetenzen des Bundes auf dem Gebiete der Landesverteidigung.
- 59** Der Artikel führt das Recht von Art. 37 und 37^{bis} BV nach. Im wesentlichen eine redaktionelle Verdichtung. Der Begriff «Vorschriften über den Strassenverkehr» umfasst selbstverständlich auch die «Vorschriften über Automobile und Fahrräder». «Oberaufsicht» im Sinne von Art. 37 Abs. 1 BV schliesst kein Recht zur Grundsatzgesetzgebung ein; der Bund hat lediglich das Recht, den mangelhaften Unterhalt vorhandener Strassen und (ausnahmsweise) auch die Nichterstellung oder den Nichtausbau bestimmter Verbindungen zu beanstanden und die nötigen Massnahmen anzuordnen. Im übrigen bleiben die Kantone Träger der Strassenhoheit.
- 60** Der Artikel führt das Recht von Art. 36^{bis} BV nach. Die Definition der Nationalstrassen (Art. 36^{bis} Abs. 1 Satz 2) ist durch NSG und Netzbeschluss mittlerweile ausreichend etabliert. Die Pflicht zur Schonung des Kulturlandes (Art. 36^{bis} Abs. 3 BV) wird in allgemeiner Form durch Art. 57 Abs. 2 zweiter Halbsatz VE aufgenommen (Rücksichtnahme auf die Anliegen der Raumplanung). Die fragmentarische Erwähnung der kantonalen Strassenhoheit (Art. 36^{bis} Abs. 6 BV) kann mit Rücksicht auf Art. 3 BV (Art. 32 VE) wegbleiben.

- 61 Der Artikel führt das Recht von Art. 36^{sexies} BV und 22 UeB nach. Der VE übernimmt den Text der Alpeninitiative praktisch unverändert.
- 62 Der Artikel führt das Recht folgender Bestimmungen nach: 36^{ter}, 36^{quater}, 36^{quinquies} BV; 21 UeB. Im wesentlichen eine reaktionelle Verdichtung. Der Bund erhebt für die Teilnahme am privaten Verkehr drei Abgaben: eine Mineralölsteuer (einschliesslich Zuschlag), eine Schwerverkehrsabgabe (vorerst noch in pauschaler Form, später leistungsabhängig), eine Nationalstrassenabgabe (Autobahnvignette). Die Grundlage für die Mineralölsteuer figuriert in Art. 111 VE. Die Einzelheiten der Nationalstrassenabgabe (Art. 36^{quinquies} BV) gehören in das Gesetz.
- 63 Der Artikel führt das Recht von Art. 37^{quater} BV nach. Art. 37^{quater} Abs. 2 Satz 1 (Aufgabenzuweisung an die Kantone) fällt weg. Art. 37^{quater} Abs. 4 BV (Zusammenarbeit mit privaten Organisationen) ist durch Art. 8 FWG ausreichend verankert.
- 64 Der Artikel führt das Recht folgender Bestimmungen nach: 24^{ter}, 26, 37^{ter} BV; nur redaktionelle Änderungen.
- 65 Der Artikel führt das Recht von Art. 24^{octies} BV nach. Die Grundsätze der Energiepolitik beeinflussen mit ihrer Zielsetzung insbesondere das Atom-, Wasserwirtschafts-, Umweltschutz-, Landesversorgungs-, Konsumentenschutz- und Forschungsrecht. Damit erhalten die im nachfolgenden Artikel 65 VE aufgezählten einzelnen Zuständigkeiten des Bundes eine übergreifende Dachbestimmung, die dem Querschnittscharakter der Energiepolitik gerecht wird.
- 66 Der Artikel führt das Recht folgender Bestimmungen nach: 24^{quater}, 24^{quinquies}, 26^{bis} BV; 19 UeB. Nur bei der Kernenergie ist die Bundeszuständigkeit eine umfassende, die dem Gesetzgeber angesichts der unabsehbaren Entwicklung der Atomtechnik sämtliche Möglichkeiten offenlässt; bei der elektrischen Energie betrifft sie nur deren Fortleitung (Transport und Transformation) sowie deren Abgabe; bei den Ölen, Treibstoffen und Gasen nur deren Transport in Rohrleitungen.
- 67 Der Artikel führt das Recht von Art. 36 BV nach. Die Gewinnablieferungspflicht (Art. 36 Abs. 2 BV) muss auf Verfassungsebene beibehalten werden und kann nicht im Rahmen einer blossen Nachführung in das Ermessen des Gesetzgebers gestellt werden. Art. 36 Abs. 4 BV (Postgeheimnis) erscheint neu im Grundrechtsteil (Schutz des Privat- und Familienlebens).
- 68 Der Artikel führt das Recht von Art. 55^{bis} BV nach. Mit Ausnahme weniger redaktioneller Retuschen unverändert (Streichung von «der Zuhörer und Zuschauer» aus Abs. 2 und von «im Rahmen von Absatz 2» aus Abs. 3).
- 69 Der Artikel führt das Recht von Art. 27 BV und 4 UeB nach. Auf die Aufsichtskompetenz des Bundes in diesem Bereich muss nicht speziell hingewiesen werden. Für das Erfordernis konfessionell neutralen Unterrichts (Art. 27 Abs. 3 BV) vgl. 2. Titel Grundrechte.
- 70 Der Artikel führt das Recht von Art. 27^{quater} BV nach. Die Schulhoheit (27^{quater} Abs. 3 BV) braucht hier nicht ausdrücklich wiederholt zu werden. Das Anhörungsrecht der Kantone (27^{quater} Abs. 4 BV) wird allgemein geregelt.
- 71 Der Artikel führt das Recht von Art. 34^{ter} Abs. 1 Bst. g BV nach.
- 72 Der Artikel führt das Recht von Art. 27^{sexies} BV nach. Das Bundesstatistikgesetz (BStatG, SR 431.01) stützt sich auf Art. 27^{sexies}, 31^{quinquies} Abs. 5 und 85 Ziff. 1 BV sowie auf die stillschweigende Kompetenz kraft Sachzusammenhangs (BBI 1992 I 387). Eine besondere Statistikbestimmung ist deshalb nicht zwingend nötig.
- 73 Der Artikel führt das Recht von Art. 27^{ter} und 116 BV sowie ungeschriebenes Verfassungsrecht (BBI 1992 I 540, VPB 1986 Nr. 47, 314) nach. Das Anhörungsrecht (27^{ter} Abs. 2 BV) wird allgemein geregelt. Die Beteiligung der Kantone am Vollzug des Filmgesetzes ist auf Gesetzesebene genügend geregelt (vgl. Art. 20 Filmgesetz, SR 443.1). Die Ablehnung eines Kulturartikels ändert nichts an der Tatsache, dass das Engagement des Bundes auf dem Gebiet der Kulturförderung weiterhin im Rahmen der bisherigen Aktivitäten als Verfassungsrecht bestehen bleibt.

- 74** Der Artikel führt das Recht von Art. 27^{quinquies} BV nach. Das Turn- und Sportobligatorium an Schulen ist in der Gesetzgebungskompetenz von Abs. 1 enthalten und zudem durch das Erfordernis «genügender Grundschulunterricht» (Art. 69 VE) abgedeckt; es braucht nicht ausdrücklich erwähnt zu werden. Der Vollzug der Vorschriften durch die Kantone (27^{quinquies} BV, Abs. 1, letzter Satz) ist in der Gesetzgebung genügend verankert; er bedarf hier keiner Erwähnung mehr. Das Anhörungsrecht (27^{quinquies} Abs. 4 BV) wird allgemein geregelt.
- 75** Der Artikel führt das Recht von Art. 31 und Art. 31^{bis} BV nach. Vgl. auch Anm. zu Art. 21 VE. Die Grundsätze des Art. 32 BV gehen auf in allgemeinen Regelungen (Legalitätsprinzip; Anhörung von Kantonen und Wirtschaftsverbänden, Art. 155 VE; Vollzug durch Kantone, Art. 32 Abs. 3 VE; Heranziehen der Wirtschaftsverbände im Vollzug, Art. 152 Abs. 3 VE). Art. 31^{ter} Abs. 2 BV ist Ausdruck eines allgemeinen Grundsatzes, der hier keiner expliziten Erwähnung bedarf. Der Artikel führt das Recht von Art. 31 Abs. 2 Satz 2 nach.
- 76** Der Artikel führt das Recht folgender Bestimmungen nach: Art. 31^{bis} Abs. 2, Art. 33 BV, Art. 5 UeB sowie Art. 31 Abs. 1 BV. Indem Abs. 2 Satz 1 die Schaffung eines schweizerischen Binnenmarktes zum verfassungsrechtlichen Anliegen erhebt, wird der in Abs. 1 statuierten «Globalkompetenz» des Bundes ein gewisser Akzent aufgesetzt. Diese Verdeutlichung ist durch die anerkannte «Binnenmarktdimension» der Handels- und Gewerbefreiheit hinreichend abgedeckt (Art. 31 Abs. 1 BV: «im ganzen Umfang der Eidgenossenschaft»).
- 77** Der Artikel führt das Recht folgender Bestimmungen nach: Art. 31^{bis} Abs. 2 und Abs. 3; Art. 31^{ter} Abs. 1 BV. Die explizite Erwähnung des Befähigungsausweises erübrigt sich in Absatz 3 (kantonale Kompetenz).
- 78** Der Artikel führt das Recht folgender Bestimmungen nach: Art. 31^{bis} Abs. 2 und 3, Art. 31^{sexies}, Art. 31^{septies} BV. Art. 31^{sexies} Abs. 2 ist auf Gesetzesstufe hinlänglich verankert. Das Weglassen von Art. 31^{sexies} Abs. 3 (einfaches und rasches Verfahren usw.) erfordert eine Regelung auf Gesetzesstufe.
- 79** Der Artikel führt das Recht von Art. 38 und Art. 39 BV nach.
 Abs. 1: Art. 38 Abs. 2 und 3 BV sind auf Gesetzesstufe hinlänglich verankert (vgl. Art. 2 sowie Art. 4 des BG vom 18.12.1970 über das Münzwesen, SR 941.10) und sind auf Verfassungsstufe entbehrlich.
 Abs. 2: Die Übertragung des Banknotenmonopols vom Bund auf die Schweizerische Nationalbank (SNB) kann auch auf Gesetzesstufe erfolgen. Die Frage der konkreten Rechtsform der SNB kann auf Verfassungsstufe weiterhin offen bleiben. Dass der Gesetzgeber der SNB auch andere Aufgaben zuweisen kann (insb.: Erleichterung des Zahlungsverkehrs), versteht sich von selbst. Die explizite Steuerbefreiung der Nationalbank (Art. 39 Abs. 5 BV) kann entfallen, zumal sie auf Gesetzesstufe (Art. 12 NBG) hinlänglich verankert ist. Ein Fallenlassen der Einlöspflicht sowie der Golddeckung (Art. 39 Abs. 6 und 7 BV) erscheint angesichts der heutigen Verfassungswirklichkeit und des gegenwärtigen Standes der internationalen Währungsordnung (vgl. Art. IV des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds, AS 1992, 2571) vertretbar.
 Abs. 3: Der Gegenstand des heutigen Art. 39 Abs. 4 BV ist auf Gesetzesstufe einlässlich geregelt (Art. 27 NBG).
- 80** Der Artikel führt das Recht von Art. 31^{quinquies} BV nach. Eine explizite Erwähnung der Konjunkturstatistik (Art. 31^{quinquies} Abs. 5) ist nicht erforderlich (implizite Aufgabe). Abs. 4: Die Regelung der Mittelverwendung bzw. -rückerstattung kann an sich der Gesetzesstufe überlassen bleiben. Wollte man diese Grundsätze weiterhin im Verfassungstext ausdrücklich festhalten, so liegt eine Formulierung nach dem Vorbild der geltenden Verfassungsbestimmung nahe.
- 81** Im bisherigen Recht (vgl. Art. 2, Art. 29 sowie Art. 31^{bis} BV) implizit enthalten. Vgl. auch Art. 2 VE sowie Art. 44 Abs. 2 VE.
- 82** Der Artikel führt das Recht von Art. 31^{bis} Abs. 3 und Art. 23^{bis} BV nach.
- 83** Der Artikel führt das Recht von Art. 31^{bis} Abs. 3 BV nach.

- 84** Der Artikel führt das Recht folgender Bestimmungen nach: Art. 32^{bis}, 32^{ter}, 32^{quater} BV. Auf eine explizite Nennung des Absinthverbotes auf Verfassungsstufe kann – angesichts der bestehenden (und künftig auf Art. 98 VE abstützbaren) Gesetzgebung (SR 817.451) – verzichtet werden; es sei denn, man wolle den Handlungsspielraum des Gesetzgebers weiterhin einschränken.
Die Absätze 1 und 2 des geltenden Art. 32^{quater} erscheinen unter kompetenzrechtlichem wie unter grundrechtlichem Blickwinkel entbehrlich. Abs. 1 ist indessen beizubehalten, wenn man es als Aufgabe des Verfassungsrechts ansieht, die Frage nach der Eignung der Bedürfnisklausel als Mittel zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs abschliessend zu beantworten. Abs. 4 Satz 1 versteht sich heute von selbst. Abs. 4 Satz 2 ist durch den hier vorgeschlagenen Abs. 2 abgedeckt. – Im Rahmen der Finanzordnung ist zu prüfen, ob Abs. 3 allenfalls weitergeführt werden muss (was fraglich ist, da den Kantonen angesichts der allgemeinen Bestimmungen der Finanzordnung hier wohl gar kein Handlungsspielraum mehr verbleibt). Abs. 6 gehört auf Gesetzesstufe. Eine Fortführung von Abs. 5 hätte angesichts der globalen Kompetenzen des Bundes betreffend Handel bzw. Lebensmittel (vgl. Art. 76 VE und Art. 98 VE) nur noch negativ die Bedeutung, dem Bund die Regelung des Kleinhandels mit alkoholischen Getränken zu verwehren.
- 85** Der Artikel führt das Recht folgender Bestimmungen nach: Art. 31^{quater}, Art. 34 Abs. 2 sowie Art. 31^{bis} Abs. 2 (Börsen) BV. Art. 76 VE bietet eine verfassungsrechtliche Grundlage für die bundesrechtliche Regelung weiterer Finanzdienstleistungen.
- 86** Der Artikel führt das Recht von Art. 35 BV nach.
Ein Verzicht auf die expliziten Regelungen des kürzlich angenommenen Art. 35 betreffend regionale Rücksichtnahme bei der Konzessionsvergabe, Einsatzlimiten, maximale Höhe der Abgabe, Widmung der Abgabe erscheint vertretbar (Sache der Gesetzgebung). Die Einbindung des Gesetzgebers ist mit Hilfe einer Übergangsbestimmung abzusichern.
- 87** Der Artikel führt das Recht von Art. 40^{bis} und Art. 41 BV nach. Grundsätzlich wörtliche Übernahme von Art. 40^{bis} sowie Art. 41 Abs. 1 BV. Die Bestimmungen über Herstellung, Beschaffung und Vertrieb von Waffen und Kriegsmaterial (Art. 41 Abs. 2–4 BV) werden zu einer Kurzformel zusammengefasst (Abs. 2 des VE).
Abs. 3: Das Schiesspulverregal soll aufgehoben werden. Ein Vernehmlassungsverfahren zur ersatzlosen Streichung von Art. 41 Abs. 1 BV ist im Gange.
- 88** Der Artikel führt das Recht von Art. 34^{sexies} BV nach. Der Vollzugsvorbehalt zugunsten der Kantone (Art. 34^{sexies} Abs. 4 BV) ist wegen Art. 32 Abs. 3 VE obsolet. Wegfallen kann ferner die Anhörungspflicht gemäss Art. 34^{sexies} Abs. 5 BV (vgl. die allgemeine Bestimmung über das Vernehmlassungsverfahren im 4. Teil des VE).
- 89** Der Artikel führt das Recht von Art. 34^{septies} BV nach. Der Begriff des Missbrauchs ist in Anlehnung an gefestigte Wertungen der Rechtsordnung im Gesetz näher zu umschreiben. Die im geltenden Recht ausführlich dargelegten Teilaspekte (Art. 34^{septies} Abs. 1 Satz 2 BV) haben in der Mietrechtsgesetzgebung Eingang gefunden und brauchen nicht mehr erwähnt zu werden.
- 90** Der Artikel führt das Recht von Art. 34 Abs. 1 und 34^{ter} BV nach. Art. 34 Abs. 2 BV (Versicherungsaufsicht) wird in die Wirtschaftsverfassung transferiert. Art. 34^{ter} Abs. 1 Bst. g BV (Berufsbildung) erscheint bei den Bildungsartikeln (Art. 71 VE), Art. 34^{ter} Abs. 1 Bst. d (Erwerbsersatz) bei den Bestimmungen über die Landesverteidigung (Art. 47 VE).
Der Absatz 2 des Artikels führt das Recht von Art. 116^{bis} BV und 20 Abs. 2 und 3 UeB nach. Art. 20 Abs. 1 UeB ist obsolet geworden (Inkraftsetzung des Verfassungsartikels «binnen drei Jahren nach Annahme durch Volk und Stände»).
- 91** Der Artikel führt das Recht von Art. 34^{quater} Abs. 1, 4, 5, 6 BV nach. Art. 34^{quater} über die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge wird wie folgt in drei Artikel geteilt: Art. 91 VE: Dreisäulenprinzip, säulenübergreifende Bestimmungen, 3. Säule; Art. 92 VE: 1. Säule; Art. 93: 2. Säule.
- 92** Der Artikel führt das Recht von Art. 34^{quater} Abs. 2, 7 BV sowie 11 Abs. 1 UeB nach. Thema von Art. 92 VE ist allein die 1. Säule. Punkte, die bereits auf Gesetzesstufe

verankert sind, wurden zur Entlastung des Verfassungstextes nicht mehr aufgenommen, so z. B. über die Zusammensetzung und Berechnung des Bundesbeitrags. Auf die einst als Provisorium gedachten Ergänzungsleistungen kann auch in Zukunft nicht verzichtet werden. Deshalb wird der wesentliche Inhalt von Art. 11 Abs. 1 UeB BV als Definitivum in den VE aufgenommen.

- 93** Der Artikel führt das Recht von Art. 34^{quater} Abs. 3 BV und 11 Abs. 2 UeB nach. Thema von Art. 93 VE ist allein die 2. Säule. Es gilt sinngemäss das in der vorstehenden Anmerkung Gesagte.
- 94** Der Artikel führt das Recht von Art. 34^{novies} BV nach. Abs. 4 Satz 2 (Begrenzung der Höhe des beitragspflichtigen Einkommens sowie des Beitragssatzes) hat in die Bundesgesetzgebung Eingang gefunden. Der Vollzugsvorbehalt zugunsten der Kantone (Art. 34^{novies} Abs. 5 BV) wird durch Art. 32 Abs. 3 VE nachgeführt.
- 95** Der Artikel führt das Recht von Art. 48 BV nach. Die vom Aufenthaltskanton vorerst erbrachten Kosten der Unterstützung gehen zulasten des Wohnkantons. In der Gesetzgebung ist diese Zuständigkeitsregel faktisch umgekehrt worden: Die Unterstützung obliegt dem Wohnkanton. Der Aufenthaltskanton muss nur nötige Soforthilfe leisten.
- 96** Der Artikel führt das Recht von Art. 34^{quinquies} BV nach. Der Vollzugsvorbehalt zugunsten der Kantone (Art. 34^{quinquies} Abs. 5 BV) wird durch Art. 32 Abs. 3 VE nachgeführt. Der Beizug von Organisationen zum Vollzug ist auf Gesetzesstufe zu regeln, ebenso die Regelung, wonach die Beiträge des Bundes von Leistungen der Kantone abhängig gemacht werden können.
- 97** Der Artikel führt das Recht von Art. 34^{bis} BV nach. Die Verpflichtung, auf die bestehenden Kassen Rücksicht zu nehmen (Art. 34^{bis} Abs. 1 am Ende), war in der Aufbauphase der Bundesgesetzgebung von Bedeutung; heute erscheint sie überholt.
- 98** Der Artikel führt das Recht folgender Bestimmungen nach: Art. 69, 69^{bis} und 24^{quinquies} Abs. 2 BV. Der Artikel deckt Absatz 1 von Artikel 69^{bis} BV ab. Die Absätze 2 und 3 von Artikel 69^{bis} BV über den Vollzug sind zu starr und sollen zugunsten einer flexiblen Lösung auf Gesetzesstufe aufgegeben werden. Artikel 69 BV ist nur redaktionell überarbeitet worden.
- 99** Der Artikel führt das Recht von Art. 24^{novies} BV nach. Der VE übernimmt Absatz 1 von Artikel 24^{novies} BV wörtlich. Die Absätze 2 und 3 von Artikel 24^{novies} BV enthalten neben einer Gesetzgebungskompetenz auch ausführliche Gesetzgebungsaufträge.
- 100** Der Artikel führt das Recht von Art. 69^{ter} und 70 BV nach.
- 101** Der Artikel führt das Recht von Art. 64 und 53 Abs. 1 BV nach. Auf die historisch bedingte Aufzählung der einzelnen Teilbereiche des Privatrechts (Handlungsfähigkeit, Obligationenrecht, Urheberrecht, Patent-, Muster- und Modellrecht, Betreibungs- und Konkursrecht, Beurkundung des Zivilstandes) wird verzichtet. Der Gehalt von Art. 53 Abs. 1 BV ist in der allgemeinen Zivilrechtskompetenz enthalten und braucht keine besondere Erwähnung.
- 102** Der Artikel führt das Recht von Art. 64^{bis} BV nach.
- 103** Der Artikel führt das Recht von Art. 64^{ter} BV nach.
- 104** Der Artikel führt das Recht von Art. 40 BV nach. Der Vollzug ist in der Ausführungsgesetzgebung genügend geregelt. Ein Hinweis auf Verfassungsstufe erübrigt sich.
- 106** Der Artikel führt das Recht von Art. 41^{bis} Abs. 3 und 41^{ter} Abs. 6 BV nach. Zumindest Absatz 1 gilt auch für Lenkungsabgaben. Die internationale Doppelbesteuerung, in der Praxis von grösster Bedeutung, ist in Abs. 2 nicht aufzunehmen. Sie ist bislang in der BV nicht ausdrücklich erwähnt, ergibt sich aber aus der Pflicht des Bundes zur Abgrenzung gegenüber Massnahmen des Auslandes.
- 107** Der Artikel führt das Recht von Art. 41^{ter} Abs. 1 und 5 Bst. b und c BV nach. Gestrichen wurden Mindesteinkommen, die besteuert werden können, da diese durch das DBG längst überholt sind und im übrigen davon ausgegangen werden kann, dass der Staat das Existenzminimum von steuerpflichtigen Personen nicht besteuern darf. Forderungen, die sich aus Artikel 4 BV ergeben, müssen hier nicht wiederholt werden.

705
(= 42 bis BV)

- 108** Der Artikel führt das Recht von Art. 42^{quinqies} BV nach. Die Auflistung der Regelungsgegenstände nach Art. 42^{quinqies} Abs. 2 BV ist entbehrlich, da diese ebenso Eingang in die Bundesgesetzgebung gefunden haben wie deren Überwachung; die Vorbehaltsbereiche der Kantone hingegen sind unerlässlich. Gestrichen wurde die Anpassungsfrist, die für jede Änderung selbstverständlich ist, wenn auch nicht im Umfang wie bei der Einführung des StHG (8 Jahre). Abs. 4 entspricht Art. 42^{quater} BV.
- 109** Der Artikel führt das Recht von Art. 41^{ter} Abs. 1 Bst b., 1^{bis}, 3 und 3^{bis} BV nach:
Übergangsrecht Abs. 1 führt die folgenden Bestimmungen nach: Art. 8, 8^{bis} und 8^{ter} UeB.
Übergangsrecht Abs. 1 Bst. m: siehe Art. 8 UeB.
- 110** Der Artikel führt das Recht von Art. 41^{bis} Abs. 1 Bst. a, b und d BV nach.
- 111** Der Artikel führt das Recht von Art. 41^{bis} Abs. 1 Bst. c und 41^{ter} Abs. 1 Bst. b und 4 BV nach.
Abs. 1 Bst. b führt den Art. 32^{bis} BV nach. Die Besteuerung der gebrannten Wasser gehört systematisch zu den besonderen Verbrauchssteuern. Allerdings gilt damit auch der Grundsatz, dass die Kantone und Gemeinden keine gleichgeartete Steuer erheben dürfen (vgl. Art. 113), was jedoch schon heute geltendes Verfassungsrecht darstellt.
- 112** Der Artikel führt das Recht folgender Bestimmungen nach: Art. 28, 29 und 30 BV, Art. 1 UeB.
- 113** Der Artikel führt das Recht von Art. 41^{bis} Absatz 2 und 41^{ter} Absatz 2 BV nach.
Der Artikel führt das Recht von Art. 7 UeB nach.
- 114** Der Artikel führt das Recht folgender Bestimmungen nach: Art. 32^{bis} Abs. 9, 41^{ter} Abs. 5, 42^{ter} BV; 10 UeB; 41^{ter} Abs. 1 BV; 9 UeB.
Die Formulierung entspricht Art. 42^{ter} BV. Der Finanzausgleich kann materiell nicht übernommen werden. Der Bundesrat hat im Juni 1994 ein neues System beschlossen, das aber heute noch nicht ausformuliert werden kann. So bleibt es vorläufig bei der Kompetenznorm, die zu gegebener Zeit noch zu ergänzen sein wird.
- 115** Der Artikel führt das Recht folgender Bestimmungen nach: 73, 74, 89 Abs. 2–5, 89^{bis} Abs. 2 und 3, 120, 121, 123 BV.
Abs. 1 der Bestimmung des VE übernimmt Art. 74 Abs. 1 und 2 BV. Art. 74 Abs. 3 BV entfällt. Art. 74 Abs. 4 BV (Vorbehalt des kantonalen Rechts) wird bei der Ausübung des Stimm- und Wahlrechts (Art. 42 VE) geregelt. Der VE enthält die Stimmausschlussgründe von Art. 2 BPR: Entmündigung wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche (Art. 369 ZGB). Der zweite Satz von Abs. 1 statuiert das Prinzip des allgemeinen Stimm- und Wahlrechts und erklärt alle Stimmberechtigten als politisch gleichberechtigt. Art. 66 BV (Verlust der politischen Rechte) entfällt.
Abs. 2 stellt eine neue Bestimmung dar, die das Stimm- und Wahlrecht auf Bundesebene inhaltlich festlegt. Sie beruht auf verschiedenen Artikeln: 73, 74, 89 Abs. 2–5, 89^{bis} Abs. 2 und 3, 120, 121, 123 BV. Die freie Willensbildung und die unverfälschte Stimmgabe sind in allgemeiner Form in Art. 28 VE (Wahl- und Abstimmungsfreiheit) verankert.
- 116** Der Artikel führt das Recht von Art. 120 BV nach.
- 117** Der Artikel führt das Recht von Art. 121 Abs. 1–6 BV nach.
Abs. 3 verankert die beiden für die Volksinitiative auf Teilrevision der Verfassung geltenden formellen Schranken: die Einheit der Form und die Einheit der Materie (Art. 75 BPR). Als materielle Schranke des Initiativrechts werden die zwingenden Bestimmungen des Völkerrechts aufgeführt; im Einklang mit der herrschenden Lehre gelten diese nach der neuesten Praxis der Bundesbehörden als inhaltliche Grenze jeder Verfassungsrevision (vgl. BBl 1994 III 1488).
Abs. 5: Das detaillierte Verfahren bei Abstimmungen über Initiative und Gegenentwurf (Abstimmung mit «doppeltem Ja»), das heute in Art. 121^{bis} BV festgehalten ist, soll neu auf Gesetzesebene, im BPR, geregelt werden.

- 118** Der Artikel führt das Recht folgender Bestimmungen nach: Art. 1, 5, 89 Abs. 5, 89^{bis} Abs. 3, 120 Abs. 1, 121 Abs. 5, 123 Abs. 1 BV. Neuformulierung, die sämtliche Fälle des obligatorischen Referendums mit doppeltem Mehr sowie mit Volksmehr auf-führt.
Abs. 1 Bst. c: Vgl. Art. 39 VE (Änderungen im Bestand und im Gebiet der Kantone).
Abs. 1 Bst. d: Zum Dringlichkeitsrecht siehe Art. 142 VE.
- 119** Der Artikel führt das Recht von Art. 89 Abs. 2–4 und 89^{bis} Abs. 2 BV nach.
Art. 90 BV (Formen und Fristen der Volksabstimmung) fällt weg.
Abs. 1 Bst. b: Die nicht referendumpflichtigen allgemeinverbindlichen Bundesbe-schlüsse nach Art. 7 GVG sind in Art. 141 VE (Gesetzgebung) geregelt.
Abs. 1 Bst. c: Zum Dringlichkeitsrecht siehe Art. 142 VE.
- 120** Der Artikel führt das Recht von Art. 123 BV nach. Ausgedehnt auf alle Fälle von Abstimmungen mit doppeltem Mehr und ergänzt durch eine Bestimmung über das Ergebnis bei Abstimmungen mit einfachem Volksmehr.
- 121** Der Artikel führt das Recht folgender Bestimmungen nach: Art. 75, 96 Abs. 1, 108 Abs. 1 BV.
- 122** Der Artikel führt das Recht folgender Bestimmungen nach: Art. 77, 81, 97 und 108 BV. Zu Abs. 4 siehe z. B. Art. 31 und 32 VwOG.
- 123** Der Artikel führt das Recht folgender Bestimmungen nach: Art. 76, 96, 105 BV. Die Amtsdauer der Mitglieder des Bundesgerichts ist derzeit auf Gesetzesstufe geregelt (vgl. Art. 107 Abs. 2 BV), verdiente aber – wie die Amtsdauer für die in Art. 123 VE erwähnten Amtsträger – eine Erwähnung in der Verfassung selbst.
- 124** Der Artikel führt das Recht von Art. 116 Abs. 2 BV nach. Entspricht weitgehend dem Beschluss des Nationalrats vom 1. Februar 1995 zu Art. 116 Abs. 4 BV.
- 125** Der Artikel führt das Recht von Art. 117 BV nach. Der Begriff «widerrechtlich» schliesst auch das internationale Recht mit ein.
- 126** Der Artikel führt das Recht von Art. 71 BV nach.
- 127** Der Artikel führt das Recht von Art. 72 und 73 Abs. 1 BV nach. Art. 79 BV ist genü-gend verankert im Entschädigungsgesetz.
- 128** Der Artikel führt das Recht von Art. 80 BV nach. Art. 83 BV wird relegiert auf Geset-zesebene (Anpassung Entschädigungsgesetz).
- 129** Der Artikel führt das Recht von Art. 86 BV nach.
Abs. 1 entspricht sinngemäss der parl. Initiative zur Parlamentsreform der Staats-politischen Kommission des Nationalrates zu Art. 86 Abs. 1 und 3 BV (BBI 1995 I 1133, 1160f.).
Die Entschädigung der Nationalräte und partiell der Ständeräte (Art. 79 und 83 BV) ist bereits heute im Entschädigungsgesetz geregelt. Der Vorschlag der parl. Initia-tive zur Parlamentsreform der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates (BBI 1995 I 1133, 1153 f.), die Ständeräte allein durch den Bund zu entschädigen, ist daher auf Gesetzesstufe zu realisieren.
- 130** Der Artikel führt das Recht von Art. 78 und 82 BV nach. Zum Wahl- und Stimmrecht der Präsidentin oder des Präsidenten (Art. 78 Abs. 3 und Art. 82 Abs. 4 BV) vgl. die Bemerkung zu Art. 137 VE (Verhandlungsfähigkeit und erforderliches Mehr).
- 131** Neue Bestimmung; materielles Verfassungsrecht; vgl. einschlägige Artikel im GVG.
- 132** Neue Bestimmung; materielles Verfassungsrecht; vgl. Art. 8^{septies} GVG.
- 134** Der Artikel führt das Recht von Art. 92 und 89 Abs. 1 BV nach.
- 135** Der Artikel führt das Recht von Art. 92 BV nach. Nach geltender BV ist nicht klar, ob und wie weit das Gesetz weitere Befugnisse der Vereinigten Bundesversammlung übertragen kann. Die Praxis bejaht dies (vgl. Art. 5 sowie Art. 15 Garantiegesetz); in der Lehre wird die Verfassungsmässigkeit entsprechender Kompetenzzuweisungen bezweifelt.
- 136** Der Artikel führt das Recht von Art. 94 BV nach. Heute sehen auch die Ratsregle-mente Ausnahmen vor: Art. 57 GRN und 47 GRS.

- 137** Der Artikel führt das Recht folgender Bestimmungen nach: Art. 87, 88 und 92 BV. Abs. 3 und 4 entsprechen dem von Volk und Ständen am 12. März 1995 angenommenen Art. 88 Abs. 2 und 3 BV; der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten (Bundesbeschluss vom 7. Oktober 1994 über die Ausgabenbremse, BBl 1994 III 1803). Bei der Dringlicherklärung gemäss Art. 142 Abs. 1 VE ist ebenfalls eine qualifizierte Mehrheit erforderlich. Das Wahl- und Stimmrecht der Präsidentin oder des Präsidenten (Art. 78 Abs. 3 und Art. 82 Abs. 4 BV) ist im GVG zu regeln, sofern die heutige Normierung in den Geschäftsreglementen (GRN und GRS) als ungenügend erachtet wird.
- 138** Der Artikel führt das Recht von Art. 93 BV nach.
- 139** Der Artikel führt das Recht von Art. 91 BV nach. Satz 2 entspricht Art. 3^{bis} GVG, der als materielles Verfassungsrecht betrachtet wird.
- 140** Neue Bestimmung; materielles Verfassungsrecht; vgl. einschlägige Artikel im Garantiesetz und im Verantwortlichkeitsgesetz.
- 141** Der Artikel führt das Recht von Art. 85 Ziff. 2 BV nach. Vgl. zur Organisationsgewalt der Bundesversammlung Art. 147 Abs. 1 Bst. h VE.
- 142** Der Artikel führt das Recht von Art. 89^{bis} BV nach. Nach geltender Praxis kann die Bundesversammlung einen dringlich erklärten allgemeinverbindlichen Bundesbeschluss dem Referendum entziehen, indem sie seine Geltungsdauer auf weniger als ein Jahr festlegt. Diese Möglichkeit wird hier nicht ausdrücklich erwähnt.
- 143** Der Artikel führt Teile des Rechts von Art. 85 Ziff. 5 BV nach. Vgl. auch Art. 158 VE (Beziehungen zum Ausland). Der in Lehre und Praxis übliche Begriff der Genehmigung ist anerkanntermassen weit zu verstehen und umfasst zum Beispiel auch die Befugnis, einen Vorbehalt anzubringen.
- 144** Der Artikel führt das Recht von Art. 85 Ziff. 10 BV nach. Die Aufnahme von Anleihen, welche das Parlament in ununterbrochener Praxis jeweils für die Dauer einer Legislaturperiode an den Bundesrat überträgt, ist durch Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in das FHG in diesem Sinne zu regeln.
- 145** Der Artikel führt das Recht von Art. 85 Ziff. 4 BV nach.
- 146** Der Artikel führt das Recht von Art. 85 Ziff. 11 BV nach.
- 147** Der Artikel führt das Recht folgender Bestimmungen nach: Art. 85 Ziff. 6; 85 Ziff. 7 und 8 (Teile davon); 85 Ziff. 9; 85 Ziff. 5 und 7; 85 Ziff. 13; 85 Ziff. 1 und 3; 85 Ziff. 7 (letzter Teil); 84; Ingress 85; 121 Abs. 3 und 4 BV.
 Abs. 1 Bst. c ist nicht ausdrücklich in der BV erwähnt, ergibt sich nach herrschender Lehre und Praxis jedoch implizit. In der Lehre wird postuliert, dass derartige Massnahmen nur vorübergehender Natur sein dürfen bzw. zu befristen sind.
 Abs. 1 Bst. d lehnt sich eng an den Wortlaut von Art. 77 Abs. 1 MG an (BBl 1995 I 666).
 Abs. 1 Bst. g findet sich in Art. 75 Abs. 1 BPR und Art. 24 Abs. 1 GVG geregelt, soweit es um die Frage der Einheit der Form bzw. der Materie geht; zur Frage der inhaltlichen Schranken des Initiativrechts schweigt das geschriebene Recht, die Praxis geht jedoch von der Zuständigkeit der Bundesversammlung aus (vgl. BBl 1994 III 1486, Asylinitiative der Schweizer Demokraten; vgl. Art. 117 Abs. 3 und Art. 169 Abs. 2 und 3 VE).
 Art. 85 Ziff. 12 und 14 BV werden nicht mehr in den Verfassungstext aufgenommen. Die heute weitgehend unbedeutende Rechtspflegekompetenz der Bundesversammlung wird durch Gesetz umschrieben (VwVG); die Beteiligung der Bundesversammlung bei der Revision der BV ergibt sich aus den einschlägigen Verfassungsnormen im Kapitel der Revisionsbestimmungen.
 Abs. 1 Bst. h führt das Recht von Art. 85 Ziff. 1 und 3 BV nach. Der Parlamentsvorbehalt betreffend die Errichtung von Ämtern und die Besoldung (Ziff. 3) wird nicht mehr ausdrücklich erwähnt. Wird dies als nicht ausreichend erachtet, so müsste der Wortlaut von Bst. h entsprechend ergänzt werden.
- 148** Der Artikel führt das Recht von Art. 95 und 102 Ziff. 8 BV nach. Vgl. auch Art. 1 VwOG.

- 149** Der Artikel führt das Recht von Art. 95 und 96 BV nach. Vgl. Art. 121 VE (Wählbarkeit), 122 VE (Unvereinbarkeit), 123 VE (Amtsdauer) und 145 (Wahlen [Bundesversammlung]). Art. 99 BV (Entschädigung) ist auf Gesetzesstufe (BG über Besoldung und berufliche Vorsorge der Magistratspersonen) hinreichend verankert.
- 150** Der Artikel führt das Recht von Art. 98 BV nach.
- 151** Der Artikel führt das Recht von Art. 103 BV nach. Vgl. auch Art. 26 und 42 VwOG. Art. 100 BV ist auf Gesetzesstufe (Art. 14 VwOG) hinreichend verankert.
- 152** Der Artikel führt das Recht von Art. 102 Ziff. 12 und Teile von Art. 103 BV nach. Zur Organisationsgewalt der Bundesversammlung vgl. Art. 147 Abs. 1 Bst. h VE. Art. 104 BV (Beizug Sachverständiger) ist auf Gesetzesstufe (Art. 40 VwOG) hinreichend verankert.
Abs. 3 ist gemäss herrschender Lehre und Praxis materielles Verfassungsrecht; vgl. Art. 42 Abs. 2 VwOG.
- 153** Der Artikel führt das Recht von Art. 105 BV nach. Vgl. Art. 133 VE. Vgl. Art. 121 VE (Wählbarkeit), 122 VE (Unvereinbarkeit), 123 VE (Amtsdauer) und 145 (Wahlen [Bundesversammlung]).
- 154** Der Artikel führt das Recht von Art. 102 generell, besonders von 102 Ziff. 1 BV nach. Die Information der Öffentlichkeit ist Teil der Regierungsaufgaben und nach zeitgemässer Auffassung materielles Verfassungsrecht (vgl. Art. 8 VwOG).
- 155** Der Artikel führt das Recht von Art. 101 und 102 Ziff. 4 und 5 BV nach. Diverse punktuelle Bestimmungen der BV (22^{bis}, 27^{ter}, 27^{quinquies}, 32, 34^{ter}, 34^{sexies}, 45^{bis}) verlangen, dass die Kantone bzw. Interessenorganisationen vor Erlass der Ausführungsbestimmungen angehört werden. Sie müssen künftig auf Gesetzesstufe verankert werden (Herabstufung). Art. 155 Abs. 1 VE folgt einer neuen Konzeption, in dem die verschiedenen Bestimmungen in eine Grundsatzbestimmung zusammengefasst werden, die die Verfassungsgrundlage für die Anhörung schafft. Vgl. auch Art. 7 VwOG. Vgl. zu Abs. 3 auch die einlässliche Regelung in Art. 65^{bis} ff. GVG.
- 156** Der Artikel führt das Recht von Art. 102 Ziff. 4 und 5 BV nach. Vgl. auch Art. 7 Abs. 3 VwOG. Die Kompetenz zum Erlass von Vollzugsverordnungen ist unbestrittenes materielles Verfassungsrecht.
- 157** Der Artikel führt das Recht von Art. 102 Ziff. 14 BV nach. Vgl. auch einschlägige Artikel im FHG.
- 158** Der Artikel führt das Recht von Art. 102 Ziff. 8 BV nach. Entspricht der heutigen Praxis zur Vertragsschlusskompetenz des Bundesrates.
- 159** Der Artikel führt das Recht von Art. 102 Ziff. 8, 9, 10 und 11 BV nach. Die verfassungsunmittelbare Verordnungskompetenz des Bundesrates (Abs. 3) in den Bereichen der inneren und äusseren Sicherheit ist nach herrschender Lehre und Praxis materielles Verfassungsrecht. In der Lehre wird postuliert, dass derartige Verordnungen nur vorübergehender Natur sein dürfen bzw. zu befristen sind. Dies wird in der Regel auch von der Praxis befolgt. Absatz 4 lehnt sich eng an den Wortlaut von Art. 77 Abs. 3 MG an (BBJ 1995 I 666).
- 160** Der Artikel führt das Recht von Art. 102 Ziff. 2, 3, 7 und 13 BV nach. Dem Bund stehen im Prinzip alle zweckdienlichen Aufsichtsmittel zur Verfügung, um die Kantone im Bereich des delegierten sowie des originären Wirkungskreises beaufsichtigen zu können. Die Genehmigungspflicht des Abs. 2 kommt wesensgemäss in erster Linie dort zum Zuge, wo die Kantone Bundesrecht vollziehen.
- 161** Der Artikel führt das Recht folgender Bestimmungen nach: Art. 102 Ziff. 2 und 3; Ziff. 15; Ziff. 16; Ziff. 6; Ziff. 2 und 15, 103 Abs. 2 und 3 BV (vgl. auch 113 Abs. 2, 85 Ziff. 12); Ingress zu Art. 102 BV. Statt des zu engen Begriffs «Konkordate» wird in Abs. 1 Bst. a der Begriff «Verträge der Kantone» verwendet.
- 162** Der Artikel führt das Recht folgender Bestimmungen nach: Art. 106 Abs. 1, 107, 109 BV. Vgl. zur Wahl Art. 145 VE (Wahlen [der Bundesversammlung]). Die Berücksichtigung der drei Amtssprachen ist bereits im OG (Art. 1 Abs. 2) hinreichend verankert.

- 163** Der Artikel führt das Recht von Art. 113 Abs. 1 und 2 BV nach. In Abs. 1 Bst. b wird anstelle des zu engen Begriffs «Konkordate» der Begriff «Verträge der Kantone» verwendet.
- 164** Der Artikel führt das Recht folgender Bestimmungen nach: Art. 110, 111, 114 und 114^{bis} BV (ohne Abs. 3).
- 165** Der Artikel führt das Recht von Art. 112 BV nach. Vgl. zu Bst. b Art. 296 ff. StGB. Die Terminologie von Bst. b lehnt sich an jene des StGB an. Das Verfahren vor Bundesassisen stellt eine juristische Rarität dar; der letzte Prozess wurde 1933 geführt. Diese Verfassungsbestimmung könnte, soweit sie überhaupt noch Geltung beanspruchen soll, auf die Gesetzesebene herabgestuft werden.
- 166** Der Artikel führt das Recht von Art. 113 Abs. 3 und 114^{bis} Abs. 3 BV nach. Für das Bundesgericht sind auch im vereinfachten Verfahren (d.h. ohne ausdrückliche Genehmigung der Bundesversammlung, siehe dazu Art. 143 und Art. 158 VE) abgeschlossene Staatsverträge verbindlich. Vgl. BGE 120 Ib 360, E. 2, unter Hinweis auf Art. 46 VRK. Art. 166 VE stellt eine Durchbrechung des allgemeinen Grundsatzes der Normenhierarchie (Art. 4 Abs. 1 VE) dar, indem er in der Rechtsanwendung Bundesgesetzen, allgemeinverbindlichen Bundesbeschlüssen und Staatsverträgen Vorrang gegenüber der Bundesverfassung einräumt.
- 167** Absatz 1 dieses Artikels übernimmt Art. 118 BV. Absatz 2 beruht auf den Art. 119, 121 Abs. 1 und 122 BV.
- 168** Der Artikel führt das Recht von Art. 120 BV nach.
- 169** Der Artikel führt das Recht von Art. 121 Abs. 1–4 BV nach.
Abs. 2: Vgl. Art. 117 Abs. 3 VE, der die für die Volksinitiative auf Teilrevision der Bundesverfassung geltenden Schranken aufführt.
Abs. 3: Im Einklang mit der herrschenden Lehre gelten nach der neuesten Praxis der Bundesbehörden die zwingenden Normen des Völkerrechts als materielle Schranke einer Verfassungsrevision (vgl. Botschaft über die Volksinitiative «für eine vernünftige Asylpolitik», BBl 1994 III 1488, und ihre Ungültigerklärung durch den Ständerat in seiner Sitzung vom 16. März 1995). Diese Schranke beansprucht Geltung gegenüber Volksinitiativen wie auch gegenüber Behördenvorlagen auf Verfassungsrevision.
Die Formulierung zur Einheit der Materie ist aus Art. 75 Abs. 2 BPR übernommen worden. Der Grundsatz beansprucht Geltung gegenüber Volksinitiativen wie auch gegenüber Behördenvorlagen auf Verfassungsrevision.
- 170** Der Artikel führt das Recht von Art. 123 BV nach.

Verfassungsentwurf

1. Vorwort	1
2. Verfassungstext mit Varianten	5
3. Reformvorschläge Volksrechte	51
4. Reformvorschläge Justiz	57
5. Anmerkungen zum Verfassungstext	61
6. Konkordanztafel Bundesverfassung / Entwurf	77
7. Abkürzungen	89

Bundesverfassung					Entwurf	
Art.		Abs.	Bst.	Ziff.	Art.	Sachtitel
1					1	Bestand
1					39	Änderungen im Bestand und im Gebiet der Kantone
2					2	Zweck
3					3	Bundesstaatlichkeit
3					32	Aufgaben
3					33	Eigenständigkeit
4					7	Rechtsgleichheit
5					37	Verfassungsmässige Ordnung und Gebiet
5					39	Änderungen im Bestand und im Gebiet der Kantone
6					38	Kantonsverfassungen
7					34	Zusammenarbeit
8					44	Auswärtige Angelegenheiten
9					45	Verkehr der Kantone mit dem Ausland
10					45	Verkehr der Kantone mit dem Ausland
11					48	Armee
12					46	Zuwendungen und Auszeichnungen ausländischer Regierungen
13					48	Armee
14					3	Bundesstaatlichkeit
15					49	Einsatz der Armee
16					37	Verfassungsmässige Ordnung und Gebiet
17					48	Armee
18					47	Wehrpflicht
18					48	Armee
19					48	Armee
19		2-4			49	Einsatz der Armee
20					48	Armee
21					48	Armee
22					48	Armee
22	bis				50	Zivilschutz
22	bis	2			155	Vorbereitung der Parlamentsgeschäfte
22	ter				20	Eigentumsgarantie
22	ter	2			30	Schranken der Grundrechte
22	quater				57	Raumplanung
23					58	Öffentliche Werke
23	bis				82	Landesversorgung
24					52	Wasser
24					53	Wald
24	bis				52	Wasser

Bundesverfassung					Entwurf	
Art.		Abs.	Bst.	Ziff.	Art.	Sachtitel
24	ter				64	Eisenbahnen, Schifffahrt, Luftfahrt
24	quater				66	Atomenergie, elektrische Energie und Rohrleitungen
24	quinquies				66	Atomenergie, elektrische Energie und Rohrleitungen
24	quinquies	2			98	Schutz der Gesundheit
24	sexies				54	Natur- und Heimatschutz
24	septies				51	Umweltschutz
24	octies				65	Energiepolitik
24	novies				31	Sozialziele
24	novies				99	Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie
25					55	Fischerei und Jagd
25	bis				56	Tierschutz
26					64	Eisenbahnen, Schifffahrt, Luftfahrt
26	bis				66	Atomenergie, elektrische Energie und Rohrleitungen
27					69	Bildung
27		2			31	Sozialziele
27		3			12	Glaubens- und Gewissensfreiheit
27	ter				73	Kultur
27	ter	2			155	Vorbereitung der Parlamentsgeschäfte
27	quater				70	Ausbildungsbeihilfen
27	quinquies				74	Turnen und Sport
27	quinquies	4			155	Vorbereitung der Parlamentsgeschäfte
27	sexies				72	Forschung
28					112	Zölle
28					81	Aussenwirtschaftspolitik
29					112	Zölle
30					112	Zölle
31		1			21	Wirtschaftsfreiheit
31					75	Grundsätze der Wirtschaftsordnung
31	bis				75	Grundsätze der Wirtschaftsordnung
31	bis	2			85	Banken, Börsen und Versicherungen
31	bis	2			75	Grundsätze der Wirtschaftsordnung
31	bis	2			77	Strukturpolitik
31	bis	2			78	Wettbewerbspolitik
31	bis	3	e		50	Zivilschutz
31	bis	3			77	Strukturpolitik
31	bis	3			78	Wettbewerbspolitik
31	bis	3			82	Landesversorgung
31	bis	3			83	Landwirtschaft
31	ter	1			77	Strukturpolitik

Bundesverfassung					Entwurf	
Art.		Abs.	Bst.	Ziff.	Art.	Sachtitel
31	quater				85	Banken, Börsen und Versicherungen
31	quinquies				80	Konjunkturpolitik
31	quinquies	1			31	Sozialziele
31	sexies				78	Wettbewerbspolitik
31	septies				78	Wettbewerbspolitik
32		2			155	Vorbereitung der Parlamentsgeschäfte
32		3			155	Vorbereitung der Parlamentsgeschäfte
32	bis				84	Alkohol
32	bis	1			111	Besondere Verbrauchssteuern
32	bis	9			114	Finanzausgleich
32	ter				84	Alkohol
32	quater				84	Alkohol
33					76	Privatwirtschaftliche Erwerbstätigkeit
34		1			31	Sozialziele
34		1			90	Öffentliches Arbeitsrecht
34		2			85	Banken, Börsen und Versicherungen
34	bis	2			31	Sozialziele
34	bis				97	Kranken- und Unfallversicherung
34	ter	1	a		31	Sozialziele
34	ter	1	d		47	Wehrpflicht
34	ter	1	g		71	Berufsbildung
34	ter	4			155	Vorbereitung der Parlamentsgeschäfte
34	ter				90	Öffentliches Arbeitsrecht
34	quater	1			31	Sozialziele
34	quater	1			91	Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge
34	quater	2			92	Eidgenössische Versicherung
34	quater	3			93	Berufliche Vorsorge
34	quater	4			91	Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge
34	quater	5			91	Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge
34	quater	6			91	Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge
34	quater	7			92	Eidgenössische Versicherung
34	quinquies				96	Familienzulagen und Mutterschaftsversicherung
34	quinquies	1			31	Sozialziele
34	quinquies	1			10	Schutz des Privat- und Familienlebens
34	sexies				88	Wohnbau- und Eigentumsförderung
34	sexies	5			155	Vorbereitung der Parlamentsgeschäfte
34	sexies	1			31	Sozialziele
34	septies				89	Mieterschutz
34	septies	1			31	Sozialziele

Bundesverfassung					Entwurf	
Art.		Abs.	Bst.	Ziff.	Art.	Sachtitel
34	novies	1			31	Sozialziele
34	novies	2			31	Sozialziele
34	novies				94	Arbeitslosenversicherung
35					86	Glücksspiele
36					67	Post- und Fernmeldewesen
36		4			10	Schutz des Privat- und Familienlebens
36	bis				60	Nationalstrassen
36	ter				62	Strassenverkehrsabgaben
36	quater				62	Strassenverkehrsabgaben
36	quinqies				62	Strassenverkehrsabgaben
36	sexies				61	Alpenquerender Verkehr
37					59	Strassenverkehr
37	bis				59	Strassenverkehr
37	ter				64	Eisenbahnen, Schifffahrt, Luftfahrt
37	quater				63	Fuss- und Wanderwege
38					79	Geld-, Kredit- und Währungspolitik
39					79	Geld-, Kredit- und Währungspolitik
40					104	Messwesen
40	bis				87	Waffen und Kriegsmaterial
41					87	Waffen und Kriegsmaterial
41	bis	1	a		110	Stempelsteuer, Verrechnungssteuer, Retorsionssteuer
41	bis	1	b		110	Stempelsteuer, Verrechnungssteuer, Retorsionssteuer
41	bis	1	c		111	Besondere Verbrauchssteuern
41	bis	1	d		110	Stempelsteuer, Verrechnungssteuer, Retorsionssteuer
41	bis	2			106	Allgemeine Steuererhebungsgrundsätze
41	bis	3			106	Allgemeine Steuererhebungsgrundsätze
41	ter	1			107	Direkte Steuern
41	ter	1			114	Finanzausgleich
41	ter	1	a		109	Mehrwertsteuer
41	ter	1	b		109	Mehrwertsteuer
41	ter	1	b		111	Besondere Verbrauchssteuern
41	ter	1 ^{bis}			109	Mehrwertsteuer
41	ter	2			106	Allgemeine Steuererhebungsgrundsätze
41	ter	3			109	Mehrwertsteuer
41	ter	3 ^{bis}			109	Mehrwertsteuer
41	ter	4			111	Besondere Verbrauchssteuern
41	ter	5	a		107	Direkte Steuern
41	ter	5	b		114	Finanzausgleich
41	ter	5	c		107	Direkte Steuern

Bundesverfassung					Entwurf	
Art.		Abs.	Bst.	Ziff.	Art.	Sachtitel
41	ter	5			114	Finanzausgleich
41	ter	6			106	Allgemeine Steuererhebungsgrundsätze
42	bis			105	80	Konjunkturpolitik
42	ter				114	Finanzausgleich
42	quater				108	Steuerharmonisierung
42	quinquies				108	Steuerharmonisierung
43		1			40	Bürgerrechte und Staatsangehörigkeit
43		2			42	Ausübung des Stimm- und Wahlrechts
43		3			42	Ausübung des Stimm- und Wahlrechts
43		4			40	Bürgerrechte und Staatsangehörigkeit
43		5			42	Ausübung des Stimm- und Wahlrechts
43		6			42	Ausübung des Stimm- und Wahlrechts
44					41	Erwerb und Verlust des Bürgerrechts
44		3			40	Bürgerrechte und Staatsangehörigkeit
45		1			18	Niederlassungsfreiheit
45		2			19	Schutz vor Ausweisung, Auslieferung und Ausschaffung
45	bis				43	Stellung der Auslandschweizerinnen und -schweizer
45	bis	2			155	Vorbereitung der Parlamentsgeschäfte
46		1			40	Bürgerrechte und Staatsangehörigkeit
46		2			106	Allgemeine Steuererhebungsgrundsätze
47					40	Bürgerrechte und Staatsangehörigkeit
48		1			9	Recht auf Leben, persönliche Freiheit und menschenwürdiges Dasein
48					95	Unterstützungspflicht für Bedürftige
49					12	Glaubens- und Gewissensfreiheit
50					12	Glaubens- und Gewissensfreiheit
53		1			101	Zivilrecht
53		2			6	Menschenwürde
54					11	Recht auf Ehe
55					13	Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit
55	bis				68	Radio und Fernsehen
56					17	Vereinsfreiheit
56					22	Koalitionsfreiheit
57					27	Petitionsfreiheit
58					24	Gerichtliche Verfahren
59		1			24	Gerichtliche Verfahren
59		2			24	Gerichtliche Verfahren
59		3			6	Menschenwürde

Bundesverfassung					Entwurf	
Art.		Abs.	Bst.	Ziff.	Art.	Sachtitel
59		3			9	Recht auf Leben, persönliche Freiheit und menschenwürdiges Dasein
60					40	Bürgerrechte und Staatsangehörigkeit
61					36	Amts- und Rechtshilfe
62						—
63						—
64					101	Zivilrecht
64 ^{bis}					102	Strafrecht
64 ^{ter}					102	Opferhilfe
65					6	Menschenwürde
65					9	Recht auf Leben, persönliche Freiheit und menschenwürdiges Dasein
66					115	Stimm- und Wahlrecht
67					36	Amts- und Rechtshilfe
68					41	Erwerb und Verlust des Bürgerrechts
69					31	Sozialziele
69					98	Schutz der Gesundheit
69 ^{bis}					98	Schutz der Gesundheit
69 ^{ter}					100	Niederlassung von Ausländerinnen und Ausländern, Asyl
70					100	Niederlassung von Ausländerinnen und Ausländern, Asyl
71					126	Stellung
72					127	Zusammensetzung und Wahl des Nationalrates
73					115	Stimm- und Wahlrecht
73		1			127	Zusammensetzung und Wahl des Nationalrates
74		1			115	Stimm- und Wahlrecht
74		2			115	Stimm- und Wahlrecht
74		3			115	Stimm- und Wahlrecht
74		4			42	Ausübung des Stimm- und Wahlrechts
75					121	Wählbarkeit
76					123	Amtsdauer
77					122	Unvereinbarkeit
78					130	Vorsitz
78		3			137	Verhandlungsfähigkeit und erforderliches Mehr
79					127	Zusammensetzung und Wahl des Nationalrates
80					128	Zusammensetzung und Wahl des Ständerats
81					122	Unvereinbarkeit
82					130	Vorsitz
82		4			137	Verhandlungsfähigkeit und erforderliches Mehr

Bundesverfassung					Entwurf	
Art.		Abs.	Bst.	Ziff.	Art.	Sachtitel
83					128	Zusammensetzung und Wahl des Ständerates
84					147	Weitere Aufgaben und Befugnisse
85				1	147	Weitere Aufgaben und Befugnisse
85				2	141	Gesetzgebung
85				3	147	Weitere Aufgaben und Befugnisse
85				4	145	Wahlen
85				5	147	Weitere Aufgaben und Befugnisse
85				6	147	Weitere Aufgaben und Befugnisse
85				7	147	Weitere Aufgaben und Befugnisse
85				8	147	Weitere Aufgaben und Befugnisse
85				9	147	Weitere Aufgaben und Befugnisse
85				10	144	Finanzbefugnisse
85				11	146	Oberaufsicht
85				12	147	Weitere Aufgaben und Befugnisse
85				13	147	Weitere Aufgaben und Befugnisse
85				14	147	Weitere Aufgaben und Befugnisse
85					147	Weitere Aufgaben und Befugnisse
86					129	Sessionen
87					137	Verhandlungsfähigkeit und erforderliches Mehr
88					137	Verhandlungsfähigkeit und erforderliches Mehr
89		1			134	Getrennte Verhandlung
89		2			115	Stimm- und Wahlrecht
89		2			119	Fakultatives Referendum
89		3			115	Stimm- und Wahlrecht
89		3			119	Fakultatives Referendum
89		4			115	Stimm- und Wahlrecht
89		4			119	Fakultatives Referendum
89		5			115	Stimm- und Wahlrecht
89		5			118	Obligatorisches Referendum
89	bis				142	Gesetzgebung bei Dringlichkeit
89	bis	2			119	Fakultatives Referendum
89	bis	2			115	Stimm- und Wahlrecht
89	bis	3			115	Stimm- und Wahlrecht
89	bis	3			118	Obligatorisches Referendum
90					119	Fakultatives Referendum
91					139	Instruktionsverbot
92					134	Getrennte Verhandlung
92					135	Vereinigte Bundesversammlung
92					137	Verhandlungsfähigkeit und erforderliches Mehr

Bundesverfassung					Entwurf	
Art.		Abs.	Bst.	Ziff.	Art.	Sachtitel
93					138	Vorschlagsrecht
94					136	Öffentlichkeit der Sitzungen
95					148	Bundesrat
95					149	Zusammensetzung und Wahl
96					123	Amtsduer
96					149	Zusammensetzung und Wahl
96		1			121	Wählbarkeit
97					122	Unvereinbarkeit
98					150	Vorsitz
99					149	Zusammensetzung und Wahl
100					151	Kollegial- und Departementalprinzip
101					155	Vorbereitung der Parlamentsgeschäfte
102					154	Regierungspolitik
102					161	Weitere Aufgaben und Befugnisse
102				1	154	Regierungspolitik
102				2	160	Beziehungen zwischen Bund und Kantonen
102				2	161	Weitere Aufgaben und Befugnisse
102				3	161	Weitere Aufgaben und Befugnisse
102				3	160	Beziehungen zwischen Bund und Kantonen
102				4	155	Vorbereitung der Parlamentsgeschäfte
102				5	155	Vorbereitung der Parlamentsgeschäfte
102				6	161	Weitere Aufgaben und Befugnisse
102				7	160	Beziehungen zwischen Bund und Kantonen
102				8	159	Äussere und innere Sicherheit
102				8	148	Bundesrat
102				9	159	Äussere und innere Sicherheit
102				10	159	Äussere und innere Sicherheit
102				11	159	Aussere und innere Sicherheit
102				12	152	Bundesverwaltung
102				13	160	Beziehungen zwischen Bund und Kantonen
102				14	157	Finanzbefugnisse
102				15	161	Weitere Aufgaben und Befugnisse
102				16	161	Weitere Aufgaben und Befugnisse
103					151	Kollegial- und Departementalprinzip
103					152	Bundesverwaltung
103		2			161	Weitere Aufgaben und Befugnisse
103		3			161	Weitere Aufgaben und Befugnisse
104					152	Bundesverwaltung
105					123	Amtsduer

Bundesverfassung				Entwurf	
Art.		Abs.	Bst.	Ziff.	Art. Sachtitel
105					153 Bundeskanzlei
106		1			162 Stellung
107		1			145 Wahlen
107					162 Stellung
108					122 Unvereinbarkeit
108		1			121 Wählbarkeit
109					162 Stellung
110					164 Zivil-, Straf- und Verwaltungsgerichtsbarkeit
111					164 Zivil-, Straf- und Verwaltungsgerichtsbarkeit
112					165 Bundesassisen
113		1			163 Verfassungsgerichtsbarkeit
113		2			163 Verfassungsgerichtsbarkeit
113		3			166 Massgebendes Recht
114	bis	3			166 Massgebendes Recht
114					164 Zivil-, Straf- und Verwaltungsgerichtsbarkeit
114	bis				164 Zivil-, Straf- und Verwaltungsgerichtsbarkeit
115					—
116					73 Kultur
116		2			124 Amtssprachen
116	bis				90 Öffentliches Arbeitsrecht
117					125 Verantwortlichkeit
118					167 Grundsatz
119					167 Grundsatz
120					116 Volksinitiative auf Totalrevision der Bundesverfassung
120		1			118 Obligatorisches Referendum
120					168 Totalrevision
120					115 Stimm- und Wahlrecht
121					115 Stimm- und Wahlrecht
121		1			117 Volksinitiative auf Teilrevision der Bundesverfassung
121		1			167 Grundsatz
121		1			169 Teilrevision
121		2			117 Volksinitiative auf Teilrevision der Bundesverfassung
121		2			169 Teilrevision
121		3			147 Weitere Aufgaben und Befugnisse
121		3			169 Teilrevision
121		4			117 Volksinitiative auf Teilrevision der Bundesverfassung
121		4			147 Weitere Aufgaben und Befugnisse
121		4			169 Teilrevision
121		5			118 Obligatorisches Referendum

Bundesverfassung					Entwurf	
Art.		Abs.	Bst.	Ziff.	Art.	Sachtitel
121		5			117	Volksinitiative auf Teilrevision der Bundesverfassung
121		6			117	Volksinitiative auf Teilrevision der Bundesverfassung
121	bis				117	Volksinitiative auf Teilrevision der Bundesverfassung
122					167	Grundsatz
123					115	Stimm- und Wahlrecht
123					120	Erforderliche Mehrheiten
123					170	Inkrafttreten
123		1			118	Obligatorisches Referendum

Übergangsbestimmungen BV

1	Ueb				112	Zölle
2	Ueb				35	Beachtung des Bundesrechts
3	Ueb				162	Stellung
4	Ueb				69	Bildung
5	Ueb				76	Privatwirtschaftliche Erwerbstätigkeit
6	Ueb				47	Wehrpflicht
7	Ueb				110	Stempelsteuer, Verrechnungssteuer, Retorsionssteuer
8	Ueb				109	Mehrwertsteuer
8	bis Ueb				109	Mehrwertsteuer
8	ter Ueb				109	Mehrwertsteuer
9	Ueb				114	Finanzausgleich
10	Ueb				114	Finanzausgleich
11	Ueb	1			92	Eidgenössische Versicherung
11	Ueb	2			93	Berufliche Vorsorge
19	Ueb				66	Atomenergie, elektrische Energie und Rohrleitungen
20	Ueb	2			90	Öffentliches Arbeitsrecht
20	Ueb	3			90	Öffentliches Arbeitsrecht
21	Ueb				62	Strassenverkehrsabgaben
22	Ueb				61	Alpenquerender Transitverkehr

Keine entsprechende Bestimmung in der BV haben:

*					4	Grundsätze staatlichen Handelns
*					6	Menschenwürde
*					8	Willkürverbot und Treu und Glauben
*					9	Recht auf Leben, persönliche Freiheit und menschenwürdiges Dasein
*					10	Schutz des Privat- und Familienlebens
*					13	Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit
*					14	Sprachenfreiheit

Bundesverfassung					Entwurf	
Art.		Abs.	Bst.	Ziff.	Art.	Sachtitel
*					15	Freiheit der Kunst und der Wissenschaft
*					16	Versammlungsfreiheit
*					23	Allgemeine Verfahrensgarantien
*					24	Gerichtliche Verfahren
*					25	Freiheitsentzug
*					26	Strafverfahren
*					29	Wirkungen der Grundrechte
*					30	Schranken der Grundrechte
*					77	Strukturpolitik
*					123	Amtsdauer (Bundesrichter, Satz 2)
*					131	Kommissionen
*					132	Fraktionen
*					133	Parlamentsdienste
*					139	Instruktionsverbot (Satz 2)
*					140	Immunität

Verfassungsentwurf

1. Vorwort	1
2. Verfassungstext mit Varianten	5
3. Reformvorschläge Volksrechte	51
4. Reformvorschläge Justiz	57
5. Anmerkungen zum Verfassungstext	61
6. Konkordanztable Bundesverfassung/Entwurf	77
7. Abkürzungen	89

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AJP	Aktuelle Juristische Praxis
Art.	Artikel
AS	Amtliche Sammlung des Bundesrechts
BBl	Bundesblatt
BG	Bundesgesetz
BGE	Urteil des Bundesgerichts (Bundesgerichtsentscheid)
BPR	Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte
BRB	Beschluss des Bundesrats
Bst.	Buchstabe
BStP	Bundesgesetz vom 15. Juni 1934 über die Bundesstrafrechtspflege (SR 312.0)
BtG	Beamtengesetz vom 30. Juni 1927 (SR 172.221.10)
BV	Bundesverfassung vom 29. Mai 1874
DBG	Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (SR 642.11)
EFTA	European Free Trade Association
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 (SR 0.101)
EntG	Bundesgesetz vom 20. Juni 1930 über die Enteignung (SR 711)
EU	Europäische Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWR-Vertrag	Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum
FHG	Bundesgesetz vom 6. Oktober 1989 über den eidgenössischen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltsgesetz)
Fn.	Fussnote
FWG	Bundesgesetz vom 4. Oktober 1985 über Fuss- und Wanderwege
GRN	Geschäftsreglement des Nationalrates vom 22. Juni 1990
GRS	Geschäftsreglement des Ständerates vom 24. September 1986
GVG	Bundesgesetz vom 23. März 1962 über den Geschäftsverkehr der Bundesversammlung sowie über die Form, die Bekanntmachung und das Inkrafttreten ihrer Erlasse (Geschäftsverkehrsgesetz)
IRSG	Bundesgesetz vom 20. März 1981 über internationale Rechtshilfe (Rechtshilfegesetz)
Kölz/Müller	Alfred Kölz und Jörg Paul Müller: Entwurf für eine neue Bundesverfassung, 2. Aufl. vom 14. Juli 1990
Modell-Studie	des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements vom 6. November 1985
NBG	Nationalbankgesetz vom 23. Dezember 1953
NSG	Bundesgesetz vom 8. März 1960 über die Nationalstrassen (Nationalstrassengesetz)
OG	Bundesgesetz vom 16. Dezember 1943 über die Organisation der Bundesrechtspflege (SR 173.110)
OHG	Bundesgesetz vom 4. Oktober 1991 über die Hilfe an Opfer von Straftaten (SR 312.5)

Pakt I	UNO-Pakt vom 16. Dezember 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (SR 0.103.1)
Pakt II	UNO-Pakt vom 16. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte (SR 0.103.2)
PRG	Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte (SR 161.1)
recht	recht, Zeitschrift für juristische Ausbildung und Praxis
Rz.	Randziffer
SAV	Schweizerischer Anwaltsverband
SchKG	Bundesgesetz vom 11. April 1889 über Schuldbetreibung und Konkurs (SR 281.1)
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung
SNB	Schweizerische Nationalbank
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937
StHG	Bundesgesetz vom 14. Dezember 1990 über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden
SZIER	Schweizerische Zeitschrift für internationales und europäisches Recht
UeB	Übergangsbestimmung
VE	Verfassungsentwurf vom 29. Mai 1995
VE-77	Verfassungsentwurf 1977, Expertenkommission für die Vorbereitung einer Totalrevision der Bundesverfassung
VPB	Verwaltungspraxis der Bundesbehörden
VRK	Wiener Konvention über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969
VStrR	Bundesgesetz vom 22. März 1974 über das Verwaltungsstrafrecht (SR 313.0)
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwOG	Bundesgesetz vom 19. September 1978 über die Organisation und die Geschäftsführung des Bundesrates und der Bundesverwaltung (Verwaltungsorganisationsgesetz)
VwVG	Bundesgesetz vom 20. Dezember 1968 über das Verwaltungsverfahren
WAG	Bundesgesetz vom 4. Oktober über den Wald (Waldgesetz)
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZBJV	Zeitschrift des bernischen Juristenvereins
ZBI	Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907
ZSR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht
ZStR	Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht

Renforcer la Suisse

Réforme de la Constitution fédérale

Consolider l'acquis

Construire l'avenir

Projet de Constitution

Projet de Constitution

1 Introduction	1
2 Texte constitutionnel avec variantes	5
3 Réforme des droits populaires	51
4 Réforme de la justice	57
5 Notes	61
6 Table de concordance Constitution fédérale / Projet	79
7 Abréviations	91

Chères concitoyennes et chers concitoyens,

Le Conseil fédéral soumet à la procédure de consultation le projet de réforme de la Constitution fédérale. Celui-ci comprend:

- un projet de nouvelle Constitution fédérale, qui reprend le droit constitutionnel en vigueur, écrit et non écrit,
- quatre innovations ponctuelles,
- ainsi que deux trains de réformes, l'un concernant le domaine des «droits populaires», l'autre celui de la «justice».

Le Conseil fédéral n'a pas encore arrêté définitivement sa position à l'égard de ce projet de réforme. En ouvrant la procédure de consultation, il espère susciter une large discussion publique sur les principes fondamentaux de l'Etat. Nous vous invitons donc à prendre connaissance de ce projet et à nous faire connaître votre avis jusqu'à fin février 1996.

Notre Constitution fédérale aura bientôt 150 ans. En tant que fondement de l'Etat fédéral, elle a fait ses preuves et elle conserve, sur l'essentiel, toute sa pertinence. Durant cette longue période, elle a toutefois été modifiée 136 fois. Nous nous trouvons donc aujourd'hui devant un texte difficilement compréhensible, parfois même hermétique, et dans lequel seuls quelques spécialistes se retrouvent encore. Faute d'être intelligible, la Constitution fédérale laisse aujourd'hui la plupart des Suisses indifférents. On perd ainsi de vue que la Constitution est la loi la plus importante de l'Etat, celle qui définit les fondements de nos institutions. Notre but est donc d'élaborer une nouvelle Constitution, plus compréhensible, à laquelle nos concitoyennes et nos concitoyens puissent à nouveau s'identifier, une Constitution qui facilite aussi l'action des institutions étatiques.

La mise à jour

Le 3 juin 1987, l'Assemblée fédérale nous a chargé d'élaborer un projet de nouvelle Constitution. Aux termes de ce mandat, le projet mettra à jour le droit constitutionnel actuel, écrit et non écrit, le rendra compréhensible, l'ordonnera systématiquement et en unifiera la langue ainsi que la densité normative. Le projet de Constitution doit refléter, dans un langage moderne, l'Etat fédéral suisse tel qu'il se présente aujourd'hui, au terme de l'évolution des 150 dernières années. Tout en améliorant la transparence, cette démarche confère au droit constitutionnel en vigueur une nouvelle légitimité démocratique, dans la mesure surtout où la mise à jour fait prendre conscience de l'importance du droit constitutionnel non écrit, qui s'est développé, pendant des décennies, en marge du droit constitutionnel écrit. La votation populaire sur le projet de nouvelle Constitution offrira une occasion bienvenue de renforcer le lien fédéral. L'Assemblée fédérale a accepté, dans ce sens, une motion demandant que les travaux relatifs à la réforme de la Constitution soient entrepris de manière à permettre qu'un projet susceptible d'être soumis à la votation populaire puisse être adopté en 1998, année commémorative des 150 ans de l'Etat

fédéral. Le Conseil fédéral et le Parlement sont ainsi invités à mener à bonne fin les quelque 30 ans de travaux préparatoires relatifs à la revision de la Constitution, et cela avant la fin du siècle.

Les innovations ponctuelles

Lors de l'adoption, en 1987, de l'arrêté fédéral sur la revision totale de la Constitution fédérale, les Chambres fédérales étaient d'avis qu'en plus de la mise à jour, le Conseil fédéral pourrait également proposer des modifications ponctuelles de la Constitution. Pour des raisons de transparence, celles-ci devraient toutefois être présentées sous la forme de «variantes». Le projet de réforme de la Constitution que nous vous soumettons contient ainsi quatre variantes. On s'est limité à un nombre restreint d'innovations, de nature politique, qui visent toutes à améliorer le fonctionnement ou le cadre général des institutions étatiques. La répartition actuelle des compétences entre la Confédération et les cantons n'a délibérément pas été modifiée. Ces variantes viennent ainsi compléter la mise à jour du droit constitutionnel.

La réforme des droits populaires et de la justice

La réforme de la Constitution vise également à renforcer nos institutions démocratiques et à améliorer les conditions-cadre de l'action étatique. Il s'agit de faciliter et d'assurer à l'avenir la capacité d'action et de décision de la Suisse. La réforme de la Constitution nous donne l'occasion de «mettre de l'ordre dans la maison» et de nous renouveler de l'intérieur, en l'absence de toute pression extérieure. Elle renforce ainsi la Suisse et la prépare à mieux relever les défis du XXI^e siècle.

A elle seule, la mise à jour du droit constitutionnel en vigueur ne suffirait toutefois pas pour atteindre ces objectifs. Des réformes matérielles sont également nécessaires. Le Conseil fédéral propose donc, en plus des variantes, deux trains de réformes, l'un concernant les «droits populaires», l'autre la «justice».

Le Conseil fédéral a débattu des propositions de réforme que lui a soumises le Département fédéral de justice et police, propositions elles-mêmes fondées sur les travaux préparatoires de deux commissions d'experts. Il considère que les orientations fondamentales de ces réformes vont dans la bonne direction. Il attache une importance particulière au fait que ces réformes permettront de préserver et d'affiner le processus de décision démocratique. A ce stade, le Conseil fédéral renonce toutefois à se déterminer de manière définitive à l'égard de ces innovations. Ce qui lui paraît important, c'est que l'ensemble des propositions contenues dans ces trains de réformes fassent l'objet d'un vaste débat public. Il est dans la nature de ces propositions de donner lieu à des opinions ou à des accents différents. C'est pourquoi le Conseil fédéral souhaite attendre le résultat de la discussion publique avant d'arrêter sa position. Il ne se déterminera, à titre définitif, que lors de l'adoption du message sur la réforme de la Constitution qu'il adressera aux Chambres fédérales.

La réforme de la Constitution comme processus ouvert

D'autres domaines de la vie publique appellent aussi des réformes. Mais il serait illusoire de penser que toutes les réformes souhaitables puissent être réalisées à la faveur d'une seule révision de la Constitution. Une politique du «tout ou rien» risquerait, par ailleurs, de compromettre grandement la réussite de l'exercice.

C'est pourquoi le Conseil fédéral considère la présente réforme de la Constitution comme un processus ouvert. La nouvelle Constitution mise à jour servira de fondement et de cadre à d'autres réformes, qui pourront être réalisées simultanément ou par étapes. Le projet de nouvelle Constitution qui vous est soumis aujourd'hui ne met donc nullement un terme à la discussion d'autres réformes de nos institutions, mais leur offre, au contraire, un point d'appui.

La nouvelle Constitution doit être l'œuvre commune de l'ensemble de la population et de toutes les régions du pays. C'est ainsi qu'elle renforcera notre identité. Le Conseil fédéral est convaincu que le peuple et les cantons ont la ferme volonté d'élaborer une Constitution qui – tout en préservant la spécificité du pays – contribuera à l'émergence d'une Suisse forte et confiante, apte à relever les défis du futur.

Le Conseil fédéral espère que les citoyennes et les citoyens participeront nombreux à ce débat sur l'avenir de nos institutions.

Le Chancelier de la Confédération

A stylized, handwritten signature in black ink, featuring a large, sweeping initial 'F' followed by a series of connected loops and a final horizontal stroke.

F. Couchepin

Le Président de la Confédération

A handwritten signature in black ink, starting with a large, bold 'N' and followed by several fluid, connected strokes that end in a sharp, downward-pointing tail.

K. Villiger

Projet de Constitution

1 Introduction	1
2 Texte constitutionnel avec variantes	5
3 Réforme des droits populaires	51
4 Réforme de la justice	57
5 Notes	61
6 Table de concordance Constitution fédérale / Projet	79
7 Abréviations	91

Table des matières

Préambule	11
Titre 1^{er}: Dispositions générales	11
Art. 1 Structure	11
Art. 2 But	11
Art. 3 Fédéralisme	11
Art. 4 Principes de l'activité de l'Etat	11
Art. 5 Langues nationales	11
Titre 2: Droits fondamentaux et buts sociaux	12
Chapitre 1^{er}: Droits fondamentaux	12
Art. 6 Dignité humaine	12
Art. 7 Principe d'égalité	12
Art. 8 Protection contre l'arbitraire et protection de la bonne foi	12
Art. 9 Droit à la vie, liberté personnelle et droit à une existence conforme à la dignité humaine	12
Art. 10 Respect de la vie privée et de la vie familiale	12
Art. 11 Droit au mariage	12
Art. 12 Liberté de conscience et de croyance	12
Art. 13 Liberté d'opinion et d'information et liberté des médias	13
Variante	
Art. 14 Liberté de la langue	13
Art. 15 Libertés de l'art et de la science	13
Art. 16 Liberté de réunion	13
Art. 17 Liberté d'association	13
Art. 18 Liberté d'établissement	13
Art. 19 Protection contre l'expulsion, l'extradition et le refoulement	14
Art. 20 Garantie de la propriété	14
Art. 21 Liberté économique	14
Art. 22 Liberté syndicale	14
Art. 23 Garanties générales de procédure	14
Art. 24 Garanties de procédure judiciaire	14
Art. 25 Privation de liberté	15
Art. 26 Procédure pénale	15
Art. 27 Droit de pétition	15
Art. 28 Liberté de vote	15
Art. 29 Réalisation des droits fondamentaux	15
Art. 30 Restrictions des droits fondamentaux	16
Chapitre 2: Buts sociaux	16
Art. 31	16
Titre 3: Confédération et cantons	17
Chapitre 1^{er}: Rapports entre la Confédération et les cantons	17
Section 1: Statut des cantons	17
Art. 32 Tâches	17
Art. 33 Indépendance	17
Art. 34 Collaboration	17

Table des matières

Art. 35	Respect du droit fédéral	17
Art. 36	Entraide administrative et entraide judiciaire	17
Section 2:	Garanties fédérales	17
Art. 37	Ordre constitutionnel et territoire	17
Art. 38	Constitutions cantonales	18
Art. 39	Modification du nombre et du territoire des cantons	18
	Variante	
Section 3:	Nationalité et droit de vote	18
Art. 40	Droit de cité et nationalité	18
Art. 41	Acquisition et perte de la nationalité	18
Art. 42	Exercice du droit de vote	18
Art. 43	Statut des Suisses de l'étranger	19
Chapitre 2:	Compétences	19
Section 1:	Relations avec l'étranger	19
Art. 44	Affaires étrangères	19
	Variante	
Art. 45	Relations des cantons avec l'étranger	19
Art. 46	Prestations ou décorations offertes par des gouvernements étrangers	19
Section 2:	Défense nationale et protection civile	20
Art. 47	Obligation de servir	20
Art. 48	Armée	20
Art. 49	Intervention de l'armée	20
Art. 50	Protection civile	20
Section 3:	Environnement et aménagement du territoire	21
Art. 51	Protection de l'environnement	21
Art. 52	Eaux	21
Art. 53	Forêts	21
Art. 54	Protection de la nature et du paysage	21
Art. 55	Pêche et chasse	22
Art. 56	Protection des animaux	22
Art. 57	Aménagement du territoire	22
Art. 58	Travaux publics	22
Section 4:	Transports, énergie et médias électroniques	22
Art. 59	Circulation routière	22
Art. 60	Routes nationales	22
Art. 61	Transit alpin	23
Art. 62	Redevances routières	23
Art. 63	Chemins et sentiers pédestres	24
Art. 64	Chemins de fer, navigation et aviation	24
Art. 65	Politique énergétique	25
Art. 66	Energie nucléaire, électricité et conduites	25
Art. 67	Services postaux et télécommunications	25
Art. 68	Radio et télévision	25

Table des matières

Section 5:	Formation, recherche, culture et sport	26
Art. 69	Formation	26
Art. 70	Aides à la formation	26
Art. 71	Formation professionnelle	26
Art. 72	Recherche	26
Art. 73	Culture	26
Art. 74	Gymnastique et sport	27
Section 6:	Economie	27
Art. 75	Principes de l'ordre économique	27
Art. 76	Activité économique privée	27
Art. 77	Politique structurelle	27
Art. 78	Politique de concurrence	27
Art. 79	Politique financière et politique monétaire	28
Art. 80	Politique conjoncturelle	28
Art. 81	Politique économique extérieure	28
Art. 82	Approvisionnement du pays	28
Art. 83	Agriculture	29
Art. 84	Alcool	29
Art. 85	Banques, bourses et assurances	29
Art. 86	Jeux de hasard	29
Art. 87	Armes et matériel de guerre	29
Section 7:	Logement, travail, sécurité sociale et santé	29
Art. 88	Encouragement de la construction de logements et de l'accèsion à la propriété	29
Art. 89	Protection des locataires	30
Art. 90	Droit public du travail	30
Art. 91	Prévoyance pour les cas de vieillesse, de décès et d'invalidité	30
Art. 92	Assurance fédérale	31
Art. 93	Prévoyance professionnelle	31
Art. 94	Assurance-chômage	32
Art. 95	Devoir d'assistance envers les personnes dans le besoin	32
Art. 96	Allocations familiales et assurance-maternité	32
Art. 97	Assurance-accident et assurance-maladie	32
Art. 98	Protection de la santé	32
Art. 99	Procréation assistée et génie génétique	33
Section 8:	Etablissement des étrangers et asile	33
Art. 100		33
Section 9:	Droit civil, droit pénal, métrologie	34
Art. 101	Droit civil	34
Art. 102	Droit pénal	34
Art. 103	Aide aux victimes	34
Art. 104	Métrologie	34
Chapitre 3:	Régime financier	34
Art. 105	Gestion des finances	34
Art. 106	Principes généraux régissant la perception d'impôts	34

Table des matières

Art. 107	Impôts directs	34
Art. 108	Harmonisation fiscale	35
Art. 109	Taxe sur la valeur ajoutée	35
Art. 110	Droit de timbre, impôt anticipé, impôt de rétorsion	37
Art. 111	Impôts spéciaux sur les produits de consommation	37
Art. 112	Droits de douane	38
Art. 113	Imposition exclusive par la Confédération	38
Art. 114	Péréquation financière	38
Titre 4:	Peuple et cantons	39
Chapitre 1^{er}:	Droit de vote	39
Art. 115		39
Chapitre 2:	Initiative et référendum	39
Art. 116	Initiative populaire tendant à la revision totale de la Constitution	39
Art. 117	Initiative populaire tendant à la revision partielle de la Constitution	39
Art. 118	Référendum obligatoire	39
Art. 119	Référendum facultatif	40
Art. 120	Majorités requises	40
Titre 5:	Autorités fédérales	41
Chapitre 1^{er}:	Dispositions générales	41
Art. 121	Eligibilité	41
Art. 122	Incompatibilités	41
Art. 123	Durée de fonction	41
Art. 124	Langues officielles	41
Art. 125	Responsabilité	41
Chapitre 2:	Assemblée fédérale	41
Section 1:	Organisation	41
Art. 126	Rôle de l'Assemblée fédérale et principe du bicamérisme	41
Art. 127	Composition et élection du Conseil national	41
Art. 128	Composition et élection du Conseil des Etats	42
Art. 129	Sessions	42
Art. 130	Présidence	42
Art. 131	Commissions	42
Art. 132	Groupes	42
Art. 133	Services du Parlement	42
Section 2:	Procédure	42
Art. 134	Délibération séparée	42
Art. 135	Délibération commune	42
Art. 136	Publicité des séances	43
Art. 137	Quorum et majorité	43
Art. 138	Droit de proposition	43
Art. 139	Interdiction du mandat impératif	43
Art. 140	Immunité	43

Table des matières

Section 3:	Compétences	43
Art. 141	Compétences législatives	43
Art. 142	Législation d'urgence	44
Art. 143	Traités internationaux	44
Art. 144	Compétence financière	44
Art. 145	Elections	44
Art. 146	Haute surveillance	44
Art. 147	Autres tâches et compétences	44
Chapitre 3:	Conseil fédéral et administration fédérale	45
Section 1:	Organisation et procédure	45
Art. 148	Conseil fédéral	45
Art. 149	Composition et élection	45
Art. 150	Présidence	45
Art. 151	Principe de l'autorité collégiale et division en départements	46
Art. 152	Administration fédérale	46
Art. 153	Chancellerie fédérale	46
Section 2:	Compétences	46
Art. 154	Politique gouvernementale	46
	Variante	
Art. 155	Préparation des affaires parlementaires	46
Art. 156	Compétences législatives et d'exécution	47
Art. 157	Compétence financière	47
Art. 158	Relations avec l'étranger	47
Art. 159	Sécurité intérieure et extérieure	47
Art. 160	Relations entre la Confédération et les cantons	47
Art. 161	Autres tâches et compétences	48
Chapitre 4:	Tribunal fédéral	48
Art. 162	Rôle du Tribunal fédéral	48
Art. 163	Juridiction constitutionnelle	48
Art. 164	Juridiction civile, pénale et administrative	48
Art. 165	Assises fédérales	48
Art. 166	Droit applicable	49
Titre 6:	Revision de la Constitution et dispositions finales	50
Chapitre 1^{er}:	Revision	50
Art. 167	Principe	50
Art. 168	Revision totale	50
Art. 169	Revision partielle	50
Art. 170	Entrée en vigueur	50
Chapitre 2:	Dispositions finales	50

Titre 1^{er}: Dispositions générales

Préambule Au nom de Dieu Tout Puissant !

Le peuple et les cantons de la Confédération suisse se sont donné la Constitution que voici:

Titre 1^{er}: Dispositions générales

Art. 1 Structure

La Confédération suisse se compose des cantons de Zurich, de Berne, de Lucerne, d'Uri, de Schwyz, d'Obwald, de Nidwald, de Glaris, de Zoug, de Fribourg, de Soleure, de Bâle-Ville, de Bâle-Campagne, de Schaffhouse, d'Appenzell Rhodes-Extérieures, d'Appenzell Rhodes-Intérieures, de Saint-Gall, des Grisons, d'Argovie, de Thurgovie, du Tessin, de Vaud, du Valais, de Neuchâtel, de Genève et du Jura.

Art. 2 But

La Confédération suisse assure l'indépendance et la sécurité du pays et protège les libertés et les droits du peuple; elle encourage la prospérité commune ainsi que la cohésion interne du pays et sa diversité culturelle; elle coopère à la conservation du milieu vital naturel et contribue à un ordre international juste et pacifique.

Art. 3 Fédéralisme

Les cantons sont souverains en tant que leur souveraineté n'est pas limitée par la Constitution et, comme tels, ils exercent tous les droits qui ne sont pas délégués au pouvoir fédéral.

Art. 4 Principes de l'activité de l'Etat

¹ Le droit est la base et la limite de toute activité de l'Etat.

² L'activité de l'Etat doit répondre à un intérêt public et doit être proportionnée au but visé.

³ Dans leurs rapports mutuels, les organes de l'Etat et les particuliers se conforment aux règles de la bonne foi.

Art. 5 Langues nationales

Les langues nationales de la Suisse sont l'allemand, le français, l'italien et le romanche.

Titre 2: Droits fondamentaux et buts sociaux

Chapitre 1^{er}: Droits fondamentaux

Art. 6 Dignité humaine

La dignité humaine doit être respectée et protégée.

Art. 7 Principe d'égalité

¹ Tous sont égaux devant la loi.

² Nul ne doit subir de discrimination du fait notamment de son origine, de son sexe, de sa race, de sa langue, de sa situation sociale non plus que de ses convictions religieuses, philosophiques ou politiques.

³ L'homme et la femme sont égaux en droits. La loi pourvoit à l'égalité, en particulier dans les domaines de la famille, de l'instruction et du travail. L'homme et la femme ont droit à un salaire égal pour un travail de valeur égale.

Art. 8 Protection contre l'arbitraire et protection de la bonne foi

Toute personne a le droit d'être protégée contre les actes arbitraires des organes de l'Etat et d'être traitée selon les règles de la bonne foi.

Art. 9 Droit à la vie, liberté personnelle et droit à une existence conforme à la dignité humaine

¹ Toute personne a droit à la vie. La peine de mort est interdite.

² Toute personne a droit à la liberté personnelle, notamment à l'intégrité physique et psychique et à la liberté de mouvement. La torture et les traitements cruels, inhumains ou dégradants sont absolument interdits.

³ Toute personne qui est dans la détresse a le droit d'être aidée et soutenue et de recevoir les moyens nécessaires à une existence conforme à la dignité humaine.

Art. 10 Respect de la vie privée et de la vie familiale

¹ Toute personne a droit au respect de sa vie privée, de sa vie familiale, de son domicile et de sa correspondance.

² Le secret des postes et des télécommunications est garanti.

³ Toute personne a le droit d'être protégée contre l'emploi abusif des données personnelles.

Art. 11 Droit au mariage

Le droit au mariage est garanti.

Art. 12 Liberté de conscience et de croyance

¹ La liberté de conscience et de croyance est garantie.

² Toute personne peut librement choisir sa religion ou ses convictions philosophiques et les professer individuellement ou en communauté. Toute personne peut appartenir à une communauté religieuse, y adhérer et suivre un enseignement religieux. Nul n'y peut être contraint.

Titre 2: Droits fondamentaux et buts sociaux

³ Toute personne a le droit de fréquenter les écoles publiques sans qu'elle ait à souffrir d'aucune façon dans sa liberté de conscience et de croyance.

⁴ Il ne peut être érigé d'évêché sans l'approbation de la Confédération.

Art. 13 Liberté d'opinion et d'information et liberté des médias

¹ La liberté d'opinion et d'information est garantie.

² Toute personne peut librement former son opinion, l'exprimer et la répandre par la parole, l'écrit, l'image ou d'une autre manière.

³ Toute personne peut librement recevoir des informations, se les procurer aux sources généralement accessibles et les répandre.

⁴ La liberté de la presse, de la radio et de la télévision est garantie; la censure préalable est interdite.

Art. 13 Liberté d'opinion et d'information et liberté des médias

Al. 1 à 4 inchangés.

⁵ Le secret de rédaction est garanti.

Art. 14 Liberté de la langue

La liberté de la langue est garantie.

Art. 15 Libertés de l'art et de la science

La liberté de l'art et celle de l'enseignement et de la recherche scientifiques sont garanties.

Art. 16 Liberté de réunion

¹ La liberté de réunion est garantie.

² Toute personne a le droit de participer à une réunion et nul n'y peut être contraint.

³ Les réunions et les manifestations organisées sur le domaine public peuvent être subordonnées au régime de l'autorisation préalable.

Art. 17 Liberté d'association

¹ La liberté d'association est garantie.

² Toute personne a le droit de créer des associations, d'y adhérer et d'exercer en leur sein les activités associatives.

Art. 18 Liberté d'établissement

¹ Tout ressortissant suisse peut s'établir en un lieu quelconque du pays.

² Il peut, en tout temps, quitter la Suisse et y rentrer.

Titre 2: Droits fondamentaux et buts sociaux

Art. 19 Protection contre l'expulsion, l'extradition et le refoulement

¹ Aucun ressortissant suisse ne peut être expulsé du pays ni remis, sans son consentement, à une autorité étrangère.

² Les réfugiés ne peuvent être remis à l'autorité de l'Etat dans lequel ils sont persécutés ni refoulés sur le territoire de celui-ci. En aucun cas une personne ne peut être acheminée vers le territoire d'un Etat dans lequel elle risque la torture ou des traitements ou des peines cruels et inhumains.

Art. 20 Garantie de la propriété

¹ La propriété est garantie.

² Une pleine indemnité est due en cas d'expropriation ou d'une restriction de la propriété qui équivaut à une expropriation.

Art. 21 Liberté économique

¹ La liberté économique est garantie.

² Elle comprend notamment le libre choix de la profession, le libre accès à une activité économique privée et son libre exercice.

³ Toute dérogation au principe de la libre concurrence doit avoir une base dans la Constitution.

Art. 22 Liberté syndicale

¹ Les travailleurs, les employeurs et leurs organisations ont le droit de se syndiquer pour la défense de leurs intérêts, de créer des associations et d'y adhérer; ils ne peuvent y être contraints.

² Le droit de grève et le droit de lock-out sont garantis. La loi peut en régler les modalités et interdire le recours à la grève pour certaines catégories de personnes du service public.

Art. 23 Garanties générales de procédure

¹ Toute personne a le droit, en procédure judiciaire ou administrative, à ce que sa cause soit traitée équitablement.

² Les parties ont le droit d'être entendues.

³ Toute partie à une procédure judiciaire ou administrative qui ne dispose pas de ressources suffisantes a droit, si sa cause ne paraît pas dépourvue de chance de succès, à l'assistance judiciaire gratuite. Celle-ci comprend le droit à l'assistance gratuite d'un défenseur si l'intérêt de la justice le requiert.

Art. 24 Garanties de procédure judiciaire

¹ Toute personne dont la cause doit être jugée en procédure judiciaire a droit à ce que le tribunal saisi soit établi par la loi, compétent, indépendant et impartial.

² Pour les actions civiles, le défendeur doit être recherché devant le juge de son domicile. La loi peut déterminer d'autres fors.

³ L'audience et le prononcé du jugement sont publics.

Titre 2: Droits fondamentaux et buts sociaux

Art. 25 Privation de liberté

¹ Nul ne peut être privé de sa liberté autrement que dans les cas et selon les formes prévus par la loi même.

² Toute personne privée de sa liberté:

- a. doit aussitôt être instruite, dans une langue qu'elle comprend, des raisons de cette privation et des droits qui lui appartiennent; elle doit être mise en état de faire valoir ses droits;
- b. doit, si elle est en détention préventive sans qu'un juge l'ait ordonné, aussitôt être traduite devant le juge, qui statue sur le maintien de la détention ou sur la libération; elle a le droit d'être jugée dans un délai raisonnable;
- c. peut, si elle est privée de sa liberté sans qu'un juge l'ait ordonné, en tout temps saisir le tribunal, qui statue dans le plus bref délai sur la légalité de cette privation.

Art. 26 Procédure pénale

¹ Toute personne poursuivie pour une infraction est présumée innocente jusqu'à ce que sa culpabilité ait été légalement établie.

² Toute personne accusée d'une infraction doit être informée, en temps utile et de manière détaillée, des accusations portées contre elle et mise en état de faire valoir les droits de la défense qui lui appartiennent.

³ Toute personne jugée coupable d'une infraction a le droit de faire examiner le jugement par une juridiction supérieure. Sont réservés les cas où le Tribunal fédéral statue en instance unique.

Art. 27 Droit de pétition

Toute personne a le droit, sans qu'elle en subisse de préjudice, d'adresser des pétitions aux autorités. Les autorités doivent en prendre connaissance.

Art. 28 Liberté de vote

¹ La liberté de vote est garantie.

² Elle protège la libre formation de l'opinion et l'expression fidèle et sûre de la volonté des citoyens.

³ Les cantons peuvent prévoir des exceptions au principe du secret du vote.

Art. 29 Réalisation des droits fondamentaux

¹ Les droits fondamentaux doivent être réalisés dans l'ensemble de l'ordre juridique.

² Quiconque assume une tâche de l'Etat est tenu de respecter les droits fondamentaux et de contribuer à leur réalisation.

Titre 2: Droits fondamentaux et buts sociaux

Art. 30 Restrictions des droits fondamentaux

¹ Toute restriction d'un droit fondamental doit être fondée sur une base légale; elle doit être justifiée par la protection d'un intérêt public ou d'un droit fondamental d'autrui et elle doit être proportionnée au but visé.

² Quand elle est grave, la restriction doit être prévue dans la loi même. Sont réservés les cas de danger sérieux, direct et imminent.

³ Les droits fondamentaux ne doivent pas être atteints dans leur essence.

Chapitre 2: Buts sociaux

Art. 31

¹ Dans le cadre de leurs compétences, la Confédération et les cantons prennent des mesures pour que toute personne:

- a. puisse assurer son entretien par un travail qu'elle a librement choisi et qu'elle exerce dans des conditions équitables, et qu'elle soit protégée contre la perte injustifiée de son emploi;
- b. puisse trouver, pour elle-même et sa famille, un logement approprié à des conditions supportables, et qu'elle soit protégée contre les abus commis dans le secteur locatif;
- c. bénéficie de la sécurité sociale, et qu'elle soit assurée en particulier contre les conséquences de l'âge, de l'invalidité, de la maladie, de l'accident, du chômage, du veuvage ou de la condition d'orphelin; la famille, la mère et l'enfant bénéficient d'une protection particulière;
- d. bénéficie des mesures de prévention et des soins médicaux nécessaires à sa santé;
- e. puisse bénéficier d'une formation initiale et d'une formation continue correspondant à ses aptitudes et à ses goûts.

² Ils réalisent ces buts en complément de l'initiative et de la responsabilité privées et dans le cadre des moyens disponibles. La loi détermine les conditions dont dépend l'existence d'une prétention à des prestations de l'Etat.

Titre 3: Confédération et cantons

Chapitre 1^{er}: Rapports entre la Confédération et les cantons

Section 1: Statut des cantons

Art. 32 Tâches

¹ Les cantons sont compétents pour assumer les tâches qui ne sont pas attribuées à la Confédération par la Constitution.

² Ils participent, dans le cadre de la Constitution, au processus de décision au niveau fédéral.

³ Ils mettent en oeuvre le droit fédéral pour autant que celui-ci n'en dispose pas autrement. Ce faisant, ils sont soumis à la surveillance de la Confédération.

⁴ La Confédération et les cantons se soutiennent mutuellement dans l'accomplissement de leurs tâches. Ils se doivent égard et assistance.

Art. 33 Indépendance

¹ La Confédération respecte l'indépendance des cantons.

² L'autonomie communale est garantie dans les limites fixées par le droit cantonal.

Art. 34 Collaboration

¹ Les cantons peuvent conclure entre eux des conventions et créer des institutions et organes communs.

² Ces conventions ne doivent rien contenir de contraire au droit fédéral, aux intérêts de la Confédération et aux droits des autres cantons.

³ Elles sont soumises à l'approbation de la Confédération.

Art. 35 Respect du droit fédéral

¹ Le droit fédéral prime le droit cantonal qui lui est contraire.

² La Confédération veille à ce que les cantons respectent le droit fédéral et prend, si nécessaire, des mesures pour le faire appliquer.

Art. 36 Entraide administrative et entraide judiciaire

La Confédération et les cantons s'accordent réciproquement l'entraide administrative et l'entraide judiciaire. Les jugements civils ayant force de chose jugée sont exécutoires dans toute la Suisse.

Section 2: Garanties fédérales

Art. 37 Ordre constitutionnel et territoire

¹ La Confédération protège la liberté et les droits du peuple, ainsi que l'ordre constitutionnel et le territoire des cantons.

² Si l'ordre intérieur d'un canton est troublé, ou menacé par un danger venant du territoire d'un autre canton, la Confédération peut intervenir et prendre les mesures nécessaires pour autant que le canton ne soit pas en mesure de le faire. Le coût de l'intervention est supporté par les cantons concernés, à moins que l'Assemblée fédérale n'en décide autrement.

Titre 3: Confédération et cantons

Art. 38 Constitutions cantonales

¹ Chaque canton se dote d'une constitution démocratique; celle-ci doit avoir été adoptée par le peuple et pouvoir être révisée à la demande de la majorité des citoyens ayant le droit de vote.

² Chaque canton demande à la Confédération la garantie de sa constitution. La Confédération accorde cette garantie si la constitution ne renferme rien de contraire au droit fédéral.

Art. 39 Modification du nombre et du territoire des cantons

Toute modification du nombre ou du territoire des cantons doit être approuvée par la population et les cantons concernés, de même que par un vote du peuple et des cantons.

Art. 39 Modification du nombre et du territoire des cantons

¹ Les modifications du nombre et du territoire des cantons requièrent l'approbation de la population et des cantons concernés.

² De plus, les modifications du nombre des cantons doivent être approuvées par un vote du peuple et des cantons.

³ Les modifications du territoire des cantons sont soumises à l'approbation de l'Assemblée fédérale sous forme d'un arrêté fédéral de portée générale.

⁴ Les rectifications de frontières intercantionales se font par conventions entre les cantons.

Section 3: Nationalité et droit de vote

Art. 40 Droit de cité et nationalité

¹ Tout ressortissant suisse a un droit de cité communal et un droit de cité cantonal de même que la nationalité suisse.

² Aucun ressortissant suisse ne doit être discriminé ou favorisé en raison de son droit de cité cantonal. Les cantons peuvent édicter des dispositions qui dérogent à ce principe pour régler l'exercice du droit de vote dans les bourgeoisies et les corporations ainsi que la participation aux biens de ces dernières.

Art. 41 Acquisition et perte de la nationalité

¹ La Confédération règle l'acquisition et la perte des droits de cité par filiation, mariage ou adoption ainsi que la perte de la nationalité suisse et la réintégration.

² Elle édicte des dispositions minimales sur la naturalisation des étrangers par les cantons et octroie l'autorisation de naturalisation.

Art. 42 Exercice du droit de vote

¹ Les électeurs exercent le droit de vote au lieu de leur domicile. La Confédération et les cantons peuvent prévoir des exceptions.

² La Confédération règle le droit de vote au niveau fédéral; les cantons règlent ce droit aux niveaux cantonal et communal.

³ Les cantons peuvent prévoir que les personnes nouvellement établies doivent

Titre 3: Confédération et cantons

respecter un délai d'attente de trois mois au plus depuis leur établissement avant de pouvoir exercer leur droit de vote aux niveaux cantonal et communal. Les lois cantonales sur le droit de vote au niveau communal des personnes établies sont soumises à l'approbation de la Confédération.

Art. 43 Statut des Suisses de l'étranger

¹ La Confédération favorise les relations entre les Suisses de l'étranger ainsi que celles qu'ils entretiennent avec la Suisse.

² La Confédération peut légiférer sur les droits et les devoirs des Suisses de l'étranger par rapport à la Suisse, notamment sur l'exercice des droits politiques, l'accomplissement des obligations militaires ainsi qu'en matière d'assistance.

Chapitre 2: Compétences

Section 1: Relations avec l'étranger

Art. 44 Affaires étrangères

¹ Les affaires étrangères relèvent de la compétence de la Confédération.

² La Confédération s'engage pour le maintien de son indépendance et de sa prospérité; elle contribue à combattre la faim et la pauvreté dans le monde, de même qu'à résoudre les conflits de manière pacifique.

Art. 44 Affaires étrangères

Al. 1 et 2 inchangés

³ La Confédération tient compte des compétences des cantons dans la conduite de la politique étrangère et sauvegarde leurs intérêts. A cet effet, elle informe les cantons à temps et de manière complète, les consulte et les associe à la préparation des décisions. Dans la mesure où la mise en œuvre du droit international leur incombe, les cantons sont tenus de procéder à temps aux adaptations nécessaires. La Confédération les assiste dans l'accomplissement de cette tâche.

Art. 45 Relations des cantons avec l'étranger

¹ Les cantons peuvent conclure avec des Etats étrangers des traités portant sur des objets relevant de leur compétence.

² Ces traités ne doivent rien contenir de contraire au droit fédéral, aux intérêts de la Confédération et aux droits des autres cantons. Ils sont soumis à l'approbation de la Confédération.

³ Les relations officielles des cantons avec les Etats étrangers ont lieu par l'intermédiaire de la Confédération. Les cantons peuvent traiter directement avec les autorités étrangères de niveau inférieur.

Art. 46 Prestations ou décorations offertes par des gouvernements étrangers

¹ Quiconque accepte de recevoir des prestations ou des décorations de gouvernements étrangers n'est pas éligible en qualité de membre des autorités fédérales, d'agent de la Confédération ou de membre d'un gouvernement ou d'un parlement cantonal, ou doit démissionner de sa fonction.

Titre 3: Confédération et cantons

² Il est interdit aux militaires d'accepter ou de conserver des décorations de gouvernements étrangers.

Section 2: Défense nationale et protection civile

Art. 47 Obligation de servir

¹ Tout homme de nationalité suisse est astreint au service militaire. La loi institue un service civil de remplacement.

² Celui qui ne remplit pas personnellement son obligation de servir doit s'acquitter d'une taxe d'exemption.

³ La loi peut prévoir des exceptions à l'obligation de servir.

⁴ Les personnes qui, dans l'accomplissement de leurs obligations militaires, subissent un dommage corporel ou perdent la vie ont droit, pour eux ou pour leur famille, à des prestations de la Confédération.

⁵ La Confédération édicte des dispositions sur une compensation appropriée de la perte de salaire pendant le service militaire.

Art. 48 Armée

¹ L'armée suisse est une armée de milice. Elle assure la défense de la Suisse et de sa population et soutient les autorités civiles dans leur lutte contre de graves menaces à la sécurité intérieure (service actif). La loi peut prévoir d'autres types d'interventions.

² La législation, de même que l'organisation, l'instruction et l'armement militaires relèvent de la compétence de la Confédération.

³ L'habillement et l'équipement militaires, la création des formations cantonales ainsi que la nomination et la promotion des officiers de ces formations relèvent, dans les limites du droit fédéral, de la compétence des cantons.

⁴ La Confédération peut reprendre à son compte des installations militaires des cantons moyennant une indemnité équitable.

Art. 49 Intervention de l'armée

¹ La mise sur pied de l'armée relève de la compétence de la Confédération.

² Les cantons peuvent engager leurs formations sur leur territoire lorsque les moyens des autorités civiles ne suffisent pas à écarter une grave menace à leur sécurité intérieure.

Art. 50 Protection civile

¹ La législation sur la protection civile des personnes et des biens en cas de conflits armés relève de la compétence de la Confédération.

² La Confédération édicte des dispositions sur l'intervention de la protection civile en cas de catastrophe et dans les situations de crise.

³ Elle peut déclarer le service de protection civile obligatoire pour les hommes. Les femmes peuvent s'engager à titre volontaire.

⁴ L'assurance et les allocations pour perte de gain sont réglées par la loi.

Titre 3: Confédération et cantons

Section 3: Environnement et aménagement du territoire

Art. 51 Protection de l'environnement

La Confédération édicte des dispositions sur la protection de l'homme et de son environnement naturel contre les atteintes nuisibles ou incommodantes; elle lutte en particulier contre la pollution atmosphérique et le bruit.

Art. 52 Eaux

¹ La Confédération édicte des dispositions sur la lutte contre l'action dommageable de l'eau, sur la protection des eaux, sur le maintien de débits résiduels appropriés, sur les interventions visant à influencer les précipitations ainsi que sur la recherche et la mise en valeur de données hydrologiques.

² Elle établit, par voie législative, les principes applicables à une gestion rationnelle des ressources en eau, aux atteintes au cycle de l'eau ainsi qu'à l'utilisation de l'eau pour la production d'énergie et le refroidissement.

³ Elle détermine les limites dans lesquelles les cantons peuvent percevoir des redevances d'utilisation. Elle arrête, d'entente avec les cantons, les droits et redevances pour les ressources en eau qui intéressent plusieurs Etats. Lorsque les cantons ne s'entendent pas, elle arrête également ces droits pour les ressources en eau qui intéressent plusieurs cantons.

⁴ Elle peut, contre indemnisation, utiliser pour la production d'énergie les ressources en eau au profit de ses entreprises de transports.

⁵ Dans l'accomplissement de ces tâches, la Confédération tient compte des besoins des cantons d'où proviennent les eaux.

Art. 53 Forêts

¹ La Confédération établit, par voie législative, les principes applicables à la protection des forêts.

² Elle encourage les mesures de conservation des forêts.

³ Elle veille à ce que les forêts puissent remplir leurs fonctions protectrice, sociale et économique.

Art. 54 Protection de la nature et du paysage

¹ La Confédération tient compte, dans l'accomplissement de ses tâches, des objectifs de la protection de la nature et du paysage; elle préserve l'aspect caractéristique des localités et des paysages, les sites historiques, les curiosités naturelles et les monuments culturels.

² Elle peut soutenir les efforts visant à protéger la nature et le paysage et acquérir ou sauvegarder les objets d'importance nationale qui sont dignes de protection.

³ Elle édicte des dispositions sur la protection de la faune et de la flore indigènes dans leur diversité ainsi que sur le maintien de leur milieu naturel. Elle protège les espèces menacées d'extinction.

⁴ Les marais et les sites marécageux d'une beauté particulière et présentant un intérêt national sont placés sous protection. Dans ces zones protégées, il est inter-

Titre 3: Confédération et cantons

dit d'aménager des installations ou de modifier le terrain sous une forme ou sous une autre. Font exception les installations servant à assurer la protection conformément au but visé et à la poursuite de l'exploitation à des fins agricoles.

Art. 55 Pêche et chasse

La Confédération établit, par voie législative, les principes applicables à la pratique de la pêche et de la chasse, et notamment à la préservation du gibier et à la protection des oiseaux.

Art. 56 Protection des animaux

¹ La législation sur la protection des animaux relève de la compétence de la Confédération.

² La Confédération édicte en particulier des dispositions sur:

- a. l'importation, le commerce et le transport d'animaux;
- b. la garde d'animaux, les soins à leur donner ainsi que leur mise à mort;
- c. les interventions et expériences sur les animaux vivants.

Art. 57 Aménagement du territoire

¹ La Confédération établit, par voie législative, des principes applicables aux plans d'aménagement que les cantons sont appelés à adopter en vue d'assurer une utilisation judicieuse du sol et une occupation rationnelle du territoire.

² Elle encourage et coordonne les efforts des cantons et tient compte, dans l'accomplissement de ses tâches, des besoins en matière d'aménagement du territoire.

Art. 58 Travaux publics

La Confédération peut, dans l'intérêt du pays ou d'une grande partie de ce dernier, ordonner et exploiter des travaux publics ou encourager leur réalisation par des tiers.

Section 4: Transports, énergie et médias électroniques

Art. 59 Circulation routière

¹ La Confédération édicte des dispositions sur la circulation routière.

² Elle exerce la haute surveillance sur les routes d'importance nationale; elle peut désigner des routes de transit qui doivent rester ouvertes au trafic.

³ La circulation sur les routes publiques est gratuite, à moins que l'Assemblée fédérale ne prévoie des exceptions dans des cas particuliers.

Art. 60 Routes nationales

¹ La Confédération assure la création d'un réseau de routes nationales et veille à ce qu'il soit utilisable.

² Les cantons construisent et entretiennent les routes nationales conformément aux dispositions de la Confédération et sous sa haute surveillance.

Titre 3: Confédération et cantons

³ Les coûts de ce réseau incombent à la Confédération et aux cantons; il sera tenu compte, dans la répartition des coûts, de la charge que représentent pour chaque canton les routes nationales, de même que de son intérêt et de sa capacité financière.

Art. 61

Transit alpin

¹ La Confédération protège les régions alpines des effets négatifs du trafic de transit. Elle limite les effets négatifs de ce trafic de manière qu'ils ne portent pas atteinte aux hommes, aux animaux, aux végétaux et à leur milieu naturel.

² Le trafic de marchandises de frontière à frontière par les axes alpins se fait par rail. Le Conseil fédéral prévoit les mesures nécessaires. Les exceptions ne sont admises que lorsqu'elles sont inévitables. Elles doivent être précisées dans une loi.

³ La capacité des routes de transit des régions alpines ne peut être augmentée. Font exception les routes de contournement destinées à décharger les localités du trafic de transit.

Disposition transitoire

Le trafic de transit des marchandises doit avoir été transféré de la route au rail dans un délai de dix ans à compter de la date à laquelle a été adoptée l'initiative populaire pour la protection des régions alpines contre le trafic de transit. Le Conseil fédéral prévoit les mesures nécessaires.

Art. 62

Redevances routières

¹ La Confédération peut prélever sur la circulation des poids lourds une redevance proportionnelle aux prestations ou à la consommation, si ce trafic entraîne pour la communauté des coûts non couverts d'une autre manière. Les cantons reçoivent une part du produit net de cette redevance.

² Elle prélève une redevance annuelle de 40 francs sur l'utilisation des routes nationales par les véhicules à moteur qui ne sont pas soumis à la redevance sur les poids lourds.

³ Elle affecte le produit net de la redevance sur les poids lourds et de la redevance sur les routes nationales, ainsi que la moitié du produit net de l'impôt sur les huiles minérales utilisées comme carburant, à l'accomplissement de tâches liées à la circulation routière, notamment:

- a. la construction, l'entretien et l'exploitation des routes nationales ainsi que la construction des routes principales;
- b. les mesures visant à promouvoir le trafic combiné, le transport de véhicules routiers accompagnés et la construction de places de parc dans les gares ainsi que celles visant à séparer des courants de trafic;
- c. la protection de l'environnement et du paysage par des mesures relevant du domaine de la circulation routière.

⁴ Si le produit net des redevances ne suffit pas à l'accomplissement des tâches liées à la circulation routière, la Confédération prélève un supplément à l'impôt sur les huiles minérales.

Titre 3: Confédération et cantons

Disposition transitoire: Ordonnances du Conseil fédéral relatives à la circulation routière

¹ La Confédération perçoit une redevance annuelle sur l'utilisation des routes ouvertes au trafic général, par les véhicules automobiles et les remorques immatriculés en Suisse ou à l'étranger d'un poids total supérieur à 3,5 tonnes.

² Cette redevance s'élève à:

a. pour les camions et les véhicules articulés	Francs
– de plus de 3,5 tonnes à 12 tonnes	650
– de plus de 12 tonnes à 18 tonnes	2000
– de plus de 18 tonnes à 26 tonnes	3000
– de plus de 26 tonnes	4000
b. pour les remorques	
– de plus de 3,5 tonnes à 8 tonnes	650
– de plus de 8 tonnes à 10 tonnes	1500
– de plus de 10 tonnes	2000
c. pour les autocars	650

³ Les taux de redevance selon l'alinéa 2 ainsi que la redevance sur les routes nationales peuvent être adaptés, dans la mesure où les coûts du trafic routier le justifient, par un arrêté fédéral de portée générale sujet au référendum facultatif.

⁴ En outre, le Conseil fédéral peut, par voie d'ordonnance, adapter les taux de redevance applicables au-dessus de 12 tonnes, mentionnés au 2^e alinéa, en fonction d'éventuelles modifications des catégories de poids définies dans la loi sur la circulation routière.

⁵ Pour les véhicules automobiles, entendus au sens de l'alinéa 1, qui ne sont mis en circulation qu'une partie de l'année, le Conseil fédéral fixe les taux de redevance en fonction de cette durée; il prend en considération le coût de la perception.

⁶ Le Conseil fédéral règle la perception de redevances selon l'alinéa 2 ainsi que celles sur les routes nationales. Il peut établir pour des catégories de véhicules spéciaux les montants au sens du 2^e alinéa, exempter de la redevance certains véhicules et établir, notamment pour les déplacements dans les zones frontalières, une réglementation particulière. Celle-ci ne doit pas privilégier les véhicules immatriculés à l'étranger au détriment des véhicules suisses. Le Conseil fédéral peut prévoir des amendes en cas d'infraction. Les cantons perçoivent la redevance pour les véhicules immatriculés en Suisse.

⁷ Le produit net de ces redevances est utilisé comme le produit du supplément à l'impôt sur les huiles minérales prévu à l'article 62, 4^e alinéa.

⁸ La perception de ces redevances peut être restreinte ou supprimée par une loi.

⁹ Le présent article entre en vigueur le 1^{er} janvier 1995 et a effet jusqu'au 31 décembre 2004 au plus tard.

Art. 63

Chemins et sentiers pédestres

¹ La Confédération établit, par voie législative, les principes applicables aux chemins et aux sentiers pédestres. Elle peut soutenir et coordonner les activités des cantons.

² Elle prend en considération, dans l'accomplissement de ses tâches, les réseaux de chemins et sentiers pédestres. Elle remplace les chemins et les sentiers qu'elle est obligée de supprimer.

Art. 64

Chemins de fer, navigation et aviation

La législation sur les chemins de fer, la navigation et l'aviation relève de la compétence de la Confédération.

Titre 3: Confédération et cantons

Art. 65 Politique énergétique

¹ La Confédération et les cantons veillent, dans les limites de leurs compétences respectives, d'une part à assurer un approvisionnement énergétique du pays qui soit suffisant, diversifié dans ses sources, sûr, économique et compatible avec les exigences de la protection de l'environnement et, d'autre part, à promouvoir une utilisation économe et rationnelle de l'énergie.

² La Confédération établit, par voie législative, les principes applicables à l'utilisation des énergies indigènes et des énergies renouvelables ainsi qu'à l'utilisation économe et rationnelle de l'énergie.

³ La Confédération édicte des dispositions sur la consommation d'énergie des installations, des véhicules et des appareils; elle encourage en particulier le développement des techniques qui permettent de réduire la consommation d'énergie et d'utiliser les énergies renouvelables.

⁴ Les mesures concernant la consommation d'énergie dans les bâtiments relèvent au premier chef de la compétence des cantons.

⁵ La Confédération prend en considération dans sa politique en matière d'énergie les efforts des cantons, de leurs collectivités et des milieux économiques; elle tient compte des disparités régionales et de ce qui peut être exigé du point de vue économique.

Art. 66 Energie nucléaire, électricité et conduites

¹ La législation sur l'énergie nucléaire, sur le transport et la distribution de l'électricité et sur les installations de transport par conduites de combustibles ou de carburants liquides ou gazeux relève de la compétence de la Confédération.

² L'exportation d'électricité produite par l'énergie hydraulique est subordonnée à l'autorisation de la Confédération.

Disposition transitoire

Jusqu'en l'an 2000, aucune autorisation générale, ni aucune autorisation de construire, de mettre en service ou d'exploiter de nouvelles installations destinées à la production d'énergie nucléaire ne sera accordée.

Art. 67 Services postaux et télécommunications

¹ Les services postaux et les télécommunications relèvent de la compétence de la Confédération.

² La Confédération veille à ce que les services postaux et les télécommunications soient assurés dans toutes les régions du pays de manière fiable, à des prix équitables et selon les mêmes principes.

³ Les bénéfices des services postaux et des télécommunications fédéraux doivent être versés à la Confédération.

Art. 68 Radio et télévision

¹ La législation sur la radio et la télévision ainsi que sur les autres formes de diffusion de productions et d'informations ressortissant aux télécommunications publiques relève de la compétence de la Confédération.

Titre 3: Confédération et cantons

² La radio et la télévision contribuent au développement culturel, à la libre formation de l'opinion et au divertissement. Elles tiennent compte de la diversité culturelle du pays et des besoins des cantons. Elles présentent les événements fidèlement et reflètent équitablement la diversité des opinions.

³ L'indépendance de la radio et de la télévision ainsi que l'autonomie dans la conception des programmes sont garanties.

⁴ Il sera tenu compte de la situation et des tâches des autres moyens de communication, en particulier de la presse.

⁵ La Confédération institue une autorité indépendante chargée de l'examen des plaintes.

Section 5: Formation, recherche, culture et sport

Art. 69 Formation

¹ Les cantons pourvoient à un enseignement de base de qualité et gratuit. Cet enseignement est obligatoire et placé sous la direction des autorités publiques. L'année scolaire débute entre la mi-août et la mi-septembre.

² La Confédération peut exploiter et soutenir des établissements d'enseignement supérieur; elle encourage la collaboration entre les cantons.

Art. 70 Aides à la formation

¹ La Confédération peut accorder des aides financières aux cantons pour l'octroi de bourses ou d'autres aides à la formation.

² Elle peut par ailleurs elle-même prendre des mesures visant à encourager la formation.

Art. 71 Formation professionnelle

La législation sur la formation professionnelle dans l'industrie, les arts et métiers, le commerce, l'agriculture et le service de maison relève de la compétence de la Confédération.

Art. 72 Recherche

¹ La Confédération encourage la recherche scientifique.

² Elle peut notamment faire dépendre ses prestations de la fourniture d'une garantie de coordination.

³ Elle peut créer, reprendre à son compte ou exploiter des centres de recherche.

Art. 73 Culture

¹ La Confédération tient compte, dans l'accomplissement de ses tâches, de la diversité culturelle du pays.

² Elle peut encourager les activités culturelles d'intérêt national.

³ Elle encourage la compréhension et les échanges entre les communautés linguistiques et soutient les mesures que les cantons prennent pour maintenir et promouvoir les langues nationales menacées.

⁴ Elle peut édicter des dispositions concernant:

Titre 3: Confédération et cantons

- a. la promotion de la production de films et d'activités culturelles suisses dans le domaine du cinéma;
- b. l'importation et la distribution de films ainsi que l'ouverture et la transformation de cinémas; elle peut si nécessaire, lorsque des raisons d'ordre politique ou culturel l'exigent, déroger au principe de la libre concurrence.

Art. 74 **Gymnastique et sport**

¹ La Confédération peut édicter des dispositions sur la pratique de la gymnastique et du sport par les jeunes.

² Elle encourage la pratique du sport par les adultes et exploite une école de sports.

Section 6: **Economie**

Art. 75 **Principes de l'ordre économique**

La Confédération et les cantons respectent, dans l'élaboration de l'ordre économique, le principe de la libre concurrence. Sont réservées les dérogations prévues par la Constitution ainsi que les régles cantonales.

Art. 76 **Activité économique privée**

¹ La Confédération peut édicter des dispositions sur l'exercice d'une activité économique privée.

² Elle prend des mesures visant à réaliser un espace économique suisse. Elle garantit notamment aux personnes exerçant une activité libérale la possibilité de pratiquer leur activité dans toute la Suisse.

Disposition transitoire

Les cantons sont provisoirement tenus à la reconnaissance réciproque des certificats de capacité.

Art. 77 **Politique structurelle**

¹ La Confédération et les cantons créent des conditions-cadres propres à favoriser l'économie privée.

² Pour protéger des régions économiquement menacées ou des branches dont l'existence est menacée, la Confédération peut, si nécessaire, déroger au principe de la libre concurrence.

³ Les cantons peuvent soumettre à la clause du besoin le nombre des cafés et des restaurants de même genre, si l'existence de ce secteur est menacée par une concurrence excessive.

Art. 78 **Politique de concurrence**

¹ La Confédération édicte des dispositions contre les conséquences sociales et économiques nuisibles des cartels et organisations analogues.

² Elle prend des mesures visant à empêcher les abus, dans la fixation des prix, d'entreprises ou d'organisations de droit privé ou de droit public bénéficiant d'une position dominante sur le marché.

³ Elle prend des mesures visant à lutter contre la concurrence déloyale et à assurer la protection des consommateurs.

Titre 3: Confédération et cantons

Art. 79 Politique financière et politique monétaire

¹ La politique financière et la politique monétaire relèvent de la compétence de la Confédération. Le droit de battre monnaie et celui d'émettre des billets de banque appartiennent exclusivement à la Confédération.

² En sa qualité de banque centrale indépendante, la Banque nationale suisse mène une politique financière et une politique monétaire servant les intérêts généraux du pays. Elle est gérée en collaboration avec la Confédération et sous sa surveillance.

³ Elle verse au moins deux tiers de son bénéfice net aux cantons.

Art. 80 Politique conjoncturelle

¹ La Confédération prend des mesures visant à assurer une évolution régulière de la conjoncture, et en particulier à prévenir et à combattre le chômage et le renchérissement. Ce faisant, elle tient compte des différences de développement économique entre les différentes régions du pays.

² Dans le cadre de la politique financière et de la politique de crédit, du commerce extérieur et des finances publiques, elle peut si nécessaire déroger au principe de la libre concurrence.

³ La Confédération, les cantons et les communes fixent leurs recettes et leurs dépenses en fonction de la situation conjoncturelle.

⁴ La Confédération peut, à titre temporaire, prélever des suppléments ou accorder des dégrèvements sur les impôts et les taxes fédéraux, afin de stabiliser la conjoncture. Dans l'intérêt d'un développement économique équilibré, elle peut obliger les entreprises à créer des réserves de crise bénéficiant d'allègements fiscaux; elle peut obliger les cantons à accorder des allègements fiscaux sur ces réserves.

Art. 81 Politique économique extérieure

¹ La Confédération veille aux intérêts de l'économie suisse à l'étranger.

² Elle prend des mesures visant à protéger l'économie suisse. Ce faisant elle peut, si nécessaire, déroger au principe de la libre concurrence.

Art. 82 Approvisionnement du pays

¹ La Confédération veille, en cas de pénurie grave ou en présence d'une menace de guerre ou d'une autre manifestation de force, à garantir l'approvisionnement du pays que l'économie n'est plus en mesure d'assurer seule. Même s'il n'y a pas de pénurie ou si la situation n'est pas menaçante, la Confédération prend les mesures que commande la défense économique du pays.

² Elle veille à assurer l'approvisionnement du pays en céréales panifiables, en farine panifiable et en pain à des prix équitables.

³ Elle peut, si nécessaire, déroger au principe de la libre concurrence.

Titre 3: Confédération et cantons

Art. 83 **Agriculture**

La Confédération peut édicter des dispositions visant à conserver une forte population paysanne, à assurer la productivité de l'agriculture et à consolider la propriété foncière rurale. Ce faisant, elle peut si nécessaire déroger au principe de la libre concurrence.

Art. 84 **Alcool**

La législation sur l'importation, la fabrication, la rectification et la vente de l'alcool obtenu par distillation relève de la compétence de la Confédération.

Art. 85 **Banques, bourses et assurances**

¹ La Confédération édicte des dispositions sur les banques, sur les bourses et sur les assurances privées.

² Les tâches et le statut particuliers des banques cantonales doivent être pris en considération.

Art. 86 **Jeux de hasard**

¹ La législation sur l'ouverture, l'exploitation et l'imposition des maisons de jeu relève de la compétence de la Confédération.

² Les maisons de jeu doivent obtenir une concession de la Confédération.

³ La législation sur l'admission des appareils à sous servant aux jeux d'adresse relève de la compétence des cantons.

⁴ La législation sur les loteries relève de la compétence de la Confédération.

Art. 87 **Armes et matériel de guerre**

¹ La Confédération édicte des dispositions contre l'usage abusif d'armes, d'accessoires d'armes et de munitions.

² Elle édicte des dispositions sur la fabrication, l'acquisition, la distribution, de même que sur l'importation, l'exportation et le transit de matériel de guerre.

³ La fabrication et la vente de poudre de guerre relèvent de la compétence de la Confédération.

Section 7: **Logement, travail, sécurité sociale et santé**

Art. 88 **Encouragement de la construction de logements et de l'accession à la propriété**

¹ La Confédération prend des mesures visant à encourager la construction de logements, à en faire baisser les coûts et à la rationaliser; elle prend également des mesures visant à équiper les terrains en vue de la construction de logements.

² Ce faisant, elle prend notamment en considération les intérêts des familles, des personnes dans le besoin, des handicapés et des personnes âgées.

³ Elle encourage l'acquisition de logements et de maisons d'habitation destinés aux besoins personnels des particuliers ou à ceux de la collectivité.

Titre 3: Confédération et cantons

Art. 89 Protection des locataires

¹ La Confédération peut édicter des dispositions contre les abus dans le domaine du bail à loyer.

² Elle peut déclarer les contrats-cadre de bail ou d'autres accords entre associations de bailleurs et de locataires comme étant de force obligatoire générale à condition qu'ils tiennent dûment compte des intérêts légitimes des minorités et des diversités régionales et respectent l'égalité devant la loi et la liberté d'association.

Art. 90 Droit public du travail

¹ La Confédération peut édicter des dispositions:

- a. sur la protection des travailleurs;
- b. sur les rapports entre employeurs et travailleurs et notamment sur la réglementation en commun des questions intéressant l'entreprise et la protection des travailleurs;
- c. sur le service de placement;
- d. sur la force obligatoire des contrats collectifs de travail ou autres accords entre associations d'employeurs et de travailleurs en vue de favoriser la paix du travail. Ces contrats collectifs ou accords doivent, pour pouvoir être déclarés de force obligatoire générale, tenir dûment compte des intérêts légitimes des minorités et des diversités régionales et respecter l'égalité devant la loi et la liberté d'association.

² La fête nationale (1^{er} août) est, du point de vue du droit du travail, assimilée à un dimanche.

Disposition transitoire

¹ Le Conseil fédéral règle les détails jusqu'à l'entrée en vigueur de la nouvelle législation fédérale.

² Le jour de la fête nationale n'est pas compté au nombre des jours fériés fixés à l'article 18, 2^e alinéa, de la loi sur le travail.

Art. 91 Prévoyance pour les cas de vieillesse, de décès et d'invalidité

¹ La Confédération prend les mesures propres à assurer une prévoyance suffisante pour les cas de vieillesse, de décès et d'invalidité. Cette prévoyance repose sur les trois piliers que sont l'assurance fédérale, la prévoyance professionnelle et la prévoyance individuelle.

² La Confédération veille à ce que l'assurance fédérale et la prévoyance professionnelle puissent se développer à long terme conformément à leur but.

³ Elle peut obliger les cantons à accorder des exonérations fiscales aux institutions relevant de l'assurance fédérale ou de la prévoyance professionnelle, ainsi que des allègements fiscaux sur les cotisations des assurés et de leurs employeurs et sur les droits auxquels ils peuvent prétendre.

⁴ Elle encourage, en collaboration avec les cantons, la prévoyance individuelle, notamment par des mesures fiscales et par une politique facilitant l'accession à la propriété.

Titre 3: Confédération et cantons

Art. 92

Assurance fédérale

¹ La Confédération édicte des dispositions sur l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité. Ce faisant, elle respecte les principes suivants:

- a. l'assurance est obligatoire;
- b. les rentes doivent couvrir les besoins vitaux de manière appropriée. La rente maximale n'est pas supérieure au double de la rente minimale. Les rentes sont adaptées au moins à l'évolution des prix;
- c. l'assurance est financée par les cotisations des assurés ainsi que par des aides financières de la Confédération et, si la loi le prévoit, des cantons. Pour les salariés, l'employeur prend à sa charge la moitié du montant de la cotisation.

² Les prestations de la Confédération doivent être financées prioritairement par les produits nets des impôts sur le tabac, sur les boissons distillées et sur les maisons de jeu.

³ Tant que les rentes ne couvrent pas les besoins vitaux, la Confédération verse aux cantons des aides visant à financer des prestations complémentaires.

⁴ La Confédération encourage la réadaptation des invalides et soutient les efforts entrepris en faveur des personnes âgées, des survivants et des invalides. Elle peut utiliser à cette fin les ressources financières de l'assurance fédérale.

Art. 93

Prévoyance professionnelle

¹ La Confédération édicte des dispositions en matière de prévoyance professionnelle. Ce faisant, elle respecte les principes suivants:

- a. la prévoyance professionnelle conjuguée à l'assurance fédérale doit permettre de maintenir de manière appropriée le niveau de vie antérieur des assurés;
- b. l'affiliation peut être déclarée obligatoire pour les salariés. L'employeur assure ses salariés auprès d'une institution de prévoyance. Tout employeur doit en avoir la possibilité; la Confédération peut créer une caisse fédérale;
- c. les personnes exerçant une activité indépendante peuvent s'assurer librement auprès d'une institution de prévoyance. La Confédération peut déclarer l'affiliation obligatoire pour certaines catégories de personnes exerçant une activité indépendante, d'une façon générale ou pour couvrir des risques particuliers;
- d. la prévoyance professionnelle est financée par les cotisations des assurés. L'employeur prend à sa charge au moins la moitié du montant de la cotisation des salariés qu'il emploie.

² Les institutions de prévoyance doivent satisfaire aux exigences minimales fixées par le droit fédéral; la Confédération peut, pour résoudre des problèmes particuliers, prévoir des mesures s'appliquant à l'ensemble du pays.

Disposition transitoire

Les assurés de la génération d'entrée reçoivent, en fonction de leur revenu, la protection minimale accordée par la loi dix à vingt ans après l'entrée en vigueur de celle-ci.

Titre 3: Confédération et cantons

Art. 94 Assurance-chômage

¹ La Confédération édicte des dispositions en matière d'assurance-chômage. Ce faisant, elle respecte les principes suivants:

- a. l'assurance garantit une compensation appropriée de la perte du revenu et favorise par des aides financières les mesures visant à prévenir et à combattre le chômage;
- b. l'affiliation est obligatoire pour les salariés; la loi fixe les exceptions. Les personnes exerçant une activité indépendante peuvent s'assurer librement;
- c. l'assurance-chômage est financée par les cotisations des assurés. L'employeur prend à sa charge la moitié du montant de la cotisation des salariés qu'il emploie. La Confédération et les cantons accordent des aides financières dans des circonstances exceptionnelles.

² La Confédération peut édicter des dispositions sur l'aide aux chômeurs.

Art. 95 Devoir d'assistance envers les personnes dans le besoin

¹ L'assistance aux personnes dans le besoin incombe au canton où elles séjournent. Les coûts sont pris en charge par le canton de domicile.

² La Confédération peut édicter des dispositions sur le recours contre le canton où la personne était domiciliée antérieurement ou contre son canton d'origine.

Art. 96 Allocations familiales et assurance-maternité

¹ La Confédération tient compte, dans l'accomplissement de ses tâches, des besoins de la famille.

² Elle peut édicter des dispositions sur les allocations familiales et créer une caisse fédérale de compensation.

³ Elle institue une assurance-maternité. Ce faisant, elle peut également soumettre à l'obligation de payer des cotisations des personnes non susceptibles de bénéficier des prestations d'assurance.

⁴ Elle peut déclarer l'affiliation à une caisse de compensation familiale ou à l'assurance-maternité obligatoire, de manière générale ou pour certaines catégories de personnes, et faire dépendre ses prestations de contributions appropriées des cantons.

Art. 97 Assurance-accident et assurance-maladie

¹ La Confédération édicte des dispositions sur l'assurance en cas d'accident et sur l'assurance en cas de maladie.

² La Confédération peut déclarer l'affiliation obligatoire, de manière générale ou pour certaines catégories de personnes.

Art. 98 Protection de la santé

¹ La Confédération prend des mesures visant à protéger la population et les animaux contre les atteintes à la santé.

² La Confédération édicte des dispositions sur:

Titre 3: Confédération et cantons

- a. le commerce des denrées alimentaires, des médicaments, ainsi que des organismes, substances et objets qui peuvent présenter un danger pour la santé;
- b. la lutte contre les maladies transmissibles, les maladies très répandues et les maladies particulièrement dangereuses de l'homme et des animaux;
- c. la protection contre les dangers des rayons ionisants et autres atteintes comparables.

Art. 99

Procréation assistée et génie génétique

¹ L'homme et son environnement sont protégés contre les abus en matière de procréation assistée et de génie génétique.

² La Confédération édicte des dispositions sur l'utilisation:

- a. du patrimoine germinal et génétique humain; elle veille par là à assurer la protection de la dignité humaine, de la personnalité et de la famille et se conforme notamment aux principes suivants:
 - 1. Les interventions dans le patrimoine génétique de gamètes et d'embryons humains sont interdites.
 - 2. Le patrimoine génétique et germinal non humain ne peut être ni transféré dans le patrimoine germinal humain ni fusionné avec celui-ci.
 - 3. Le recours aux méthodes de procréation assistée n'est autorisé que lorsque la stérilité ou le danger de transmission d'une grave maladie ne peuvent être écartés d'une autre manière, et non pour développer chez l'enfant certaines qualités ou pour faire de la recherche. La fécondation d'ovules humains hors du corps de la femme n'est autorisée qu'aux conditions prévues par la loi. Ne peuvent être développées hors du corps de la femme jusqu'au stade de l'embryon que le nombre d'ovules humains pouvant être immédiatement implantés.
 - 4. Le don d'embryons et toutes les formes de maternité de substitution sont interdits.
 - 5. Il ne peut être fait commerce du patrimoine germinal humain et des produits résultant d'embryons.
 - 6. Le patrimoine génétique d'une personne ne peut être analysé, enregistré et révélé qu'avec le consentement de celle-ci ou sur la base d'une prescription légale.
 - 7. L'accès d'une personne aux données relatives à son ascendance est garanti.
- b. du patrimoine germinal et génétique des animaux, des végétaux et des autres organismes. Ce faisant, elle respecte l'intégrité des organismes vivants et la sécurité de l'homme, de l'animal et de l'environnement et protège la diversité génétique des espèces animales et végétales.

Section 8:

Etablissement des étrangers et asile

Art. 100

¹ La législation sur l'entrée, la sortie, le séjour et l'établissement des étrangers, de même que sur l'octroi de l'asile, relève de la compétence de la Confédération.

Titre 3: Confédération et cantons

² Les cantons décident du séjour et de l'établissement, pour autant que le droit fédéral le prévoie.

³ La Confédération peut expulser du territoire suisse les étrangers qui menacent la sécurité du pays.

Section 9: Droit civil, droit pénal, métrologie

Art. 101 Droit civil

¹ La législation en matière de droit civil relève de la compétence de la Confédération.

² L'organisation judiciaire, la procédure et l'administration de la justice en matière de droit civil demeurent de la compétence des cantons dans la même mesure que par le passé.

Art. 102 Droit pénal

¹ La législation en matière de droit pénal relève de la compétence de la Confédération.

² La Confédération peut octroyer aux cantons des aides financières pour la construction d'établissements, pour l'amélioration de l'exécution des peines et des mesures ainsi que pour des institutions où sont exécutées les mesures éducatives pour les enfants, les adolescents et les jeunes adultes.

³ L'organisation judiciaire, la procédure et l'administration de la justice en matière de droit pénal demeurent de la compétence des cantons dans la même mesure que par le passé.

Art. 103 Aide aux victimes

La Confédération et les cantons veillent à ce que les victimes d'une infraction contre la vie, l'intégrité physique ou l'intégrité sexuelle bénéficient d'une aide et reçoivent, si elles connaissent des difficultés matérielles en raison de l'infraction, une indemnité équitable.

Art. 104 Métrologie

La législation sur la métrologie relève de la compétence de la Confédération.

Chapitre 3: Régime financier

Art. 105 Gestion des finances

¹ Les dépenses et les recettes de la Confédération doivent être équilibrées à long terme.

² La Confédération amortit le déficit de son bilan.

Art. 106 Principes généraux régissant la perception d'impôts

¹ La loi fixe les principes généraux régissant le régime fiscal, notamment le cercle des contribuables, l'objet de l'impôt et son calcul.

² La double imposition des citoyens par les cantons est interdite. La Confédération prend les mesures nécessaires.

Titre 3: Confédération et cantons

Art. 107 Impôts directs

¹ La Confédération peut percevoir des impôts directs:

- a. d'un taux de 11,5 pour cent au plus sur les revenus des personnes physiques;
- b. d'un taux de 9,8 pour cent au plus sur le bénéfice net des personnes morales;
- c. d'un taux de 0,825 pour mille au plus sur le capital et sur les réserves des personnes morales.

² Elle compense périodiquement, pour les impôts sur le revenu des personnes physiques, les conséquences de la progression à froid.

³ Trois dixièmes du produit brut de l'impôt sont attribués aux cantons; un sixième au moins du montant revenant aux cantons doit être affecté à la péréquation financière intercantonale.

Art. 108 Harmonisation fiscale

¹ La Confédération détermine, par voie législative, les principes de l'harmonisation des impôts directs de la Confédération, des cantons et des communes et en surveille l'application. Sont notamment exclus de la législation sur l'harmonisation fiscale les barèmes, les taux et les montants exonérés de l'impôt.

² Lorsqu'elle légifère, la Confédération tient compte des efforts des cantons en matière d'harmonisation.

³ La Confédération et les cantons collaborent au développement de l'harmonisation fiscale.

⁴ La Confédération édicte des prescriptions contre les arrangements conclus avec des contribuables en vue de leur assurer des avantages fiscaux injustifiés.

Art. 109 Taxe sur la valeur ajoutée

¹ La Confédération peut percevoir une taxe sur la valeur ajoutée, d'un taux de 6,5 pour cent au plus, sur les livraisons de biens, les prestations de services et les importations.

² Cinq pour cent du produit de cette taxe sont affectés à des mesures en faveur des classes inférieures de revenus.

³ Si, par suite de l'évolution de la pyramide des âges, le financement de l'assurance-vieillesse et survivants et de l'assurance-invalidité n'est plus assuré, la Confédération peut, par un arrêté de portée générale sujet au référendum facultatif, relever d'un point au plus le taux de la taxe sur la valeur ajoutée.

Droit transitoire

Article premier Taxe sur la valeur ajoutée

¹ Jusqu'à l'entrée en vigueur d'une loi sur la taxe sur la valeur ajoutée, le Conseil fédéral édicte des dispositions d'exécution. Pour les dispositions d'exécution, les principes suivants sont applicables:

- a. Sont soumises à l'impôt:
 - 1. Les livraisons de biens et les prestations de services qu'une entreprise effectue à titre onéreux sur le territoire suisse (y compris la livraison à soi-même);
 - 2. Les importations de biens.
- b. Ne sont pas soumis à l'impôt, sans droit à la déduction de l'impôt préalable:

Titre 3: Confédération et cantons

1. Les prestations effectuées par les entreprises des PTT suisses, à l'exception des transports de personnes et des télécommunications;
 2. Les prestations dans le domaine de la santé;
 3. Les prestations dans le domaine de l'assistance sociale et de la sécurité sociale;
 4. Les prestations de services dans le domaine de l'éducation, de l'enseignement, de la protection de l'enfance et de la jeunesse;
 5. Les prestations de services culturels;
 6. Les opérations d'assurances;
 7. Les opérations dans le domaine du marché monétaire et du marché des capitaux, à l'exception de la gestion de fortune et du recouvrement de créances;
 8. La livraison, la location durable et l'affermage de biens-fonds;
 9. Les paris, loteries et autres jeux de hasard;
 10. Les prestations de services fournies à leurs membres, moyennant une cotisation fixée conformément aux statuts, par des organismes sans but lucratif;
 11. Les livraisons de timbres officiels suisses utilisés comme tels.
- En vue de sauvegarder la neutralité concurrentielle ou de simplifier la perception de l'impôt, l'imposition volontaire des transactions mentionnées ci-dessus, avec droit de déduire l'impôt préalable, peut être autorisée.
- c. Sont exonérées de l'impôt, avec droit à la déduction de l'impôt préalable:
 1. L'exportation de biens et les prestations de services effectuées à l'étranger;
 2. Les prestations de services liées à l'exportation et au transit de biens.
 - d. Ne sont pas assujettis à l'impôt grevant les transactions effectuées sur le territoire suisse:
 1. Les entreprises dont le chiffre d'affaires annuel imposable n'est pas supérieur à 75 000 francs;
 2. Les entreprises dont le chiffre d'affaires annuel imposable n'est pas supérieur à 250 000 francs, à la condition qu'après déduction de l'impôt préalable, le montant d'impôt restant ne dépasse pas régulièrement 4000 francs par année;
 3. Les agriculteurs, sylviculteurs et horticulteurs livrant exclusivement des produits provenant de leur propre exploitation, ainsi que les marchands de bétail;
 4. Les artistes-peintres et les sculpteurs pour les œuvres d'art qu'ils ont créées personnellement.

En vue de sauvegarder la neutralité concurrentielle ou de simplifier la perception de l'impôt, l'assujettissement volontaire des entreprises et des personnes mentionnées ci-dessus, avec le droit de déduire l'impôt préalable, peut être autorisé.
 - e. L'impôt s'élève:
 1. A 2 pour cent sur les livraisons et l'importation des biens suivants, qui peuvent être définis de manière plus précise par le Conseil fédéral:
 - eau amenée par conduites;
 - denrées alimentaires solides et liquides, à l'exclusion des boissons alcooliques;
 - bétail, volailles, poissons;
 - céréales;
 - semences, tubercules et oignons à planter, plantes vivantes, boutures, greffons, ainsi que fleurs coupées et rameaux, même en bouquets, couronnes et arrangements similaires;
 - fourrages, acides destinés à l'ensilage, litières, engrais et préparations pour la protection des plantes;
 - médicaments;
 - journaux, revues et livres, ainsi que d'autres imprimés dans la mesure définie par le Conseil fédéral;
 2. A 2 pour cent sur les activités des organismes de radio et de télévision, lorsqu'elle n'ont pas un caractère commercial;
 3. A 6,5 pour cent sur les livraisons et l'importation d'autres biens, ainsi que sur les autres prestations soumises à l'impôt.
 - f. L'impôt se calcule sur la contre-prestation et, lorsqu'il n'y a pas de contre-prestation ou qu'il s'agit d'une importation, sur la valeur du bien ou de la prestation de service.
 - g. Est redevable de l'impôt:
 1. Le contribuable qui effectue une transaction imposable;
 2. Le destinataire de prestations de services en provenance de l'étranger, pour autant que leur coût soit supérieur à 10 000 francs par an;

Titre 3: Confédération et cantons

3. Celui qui, important un bien, est assujetti aux droits de douane ou tenu de faire une déclaration en douane.
- h. Le contribuable doit l'impôt sur son chiffre d'affaires imposable; s'il destine les biens qui lui ont été livrés et les prestations de services qui lui ont été fournies à des transactions imposables en Suisse et à l'étranger, il peut déduire dans son décompte à titre d'impôt préalable:
1. L'impôt que lui ont transféré d'autres contribuables et
 2. L'impôt payé lors de l'importation de biens ou pour l'acquisition de prestations de services en provenance de l'étranger;
 3. 2 pour cent du prix des produits naturels qu'il a acquis auprès d'entreprises qui, selon la lettre d, chiffre 3, ne sont pas assujetties à l'impôt.
- Les dépenses n'ayant pas un caractère commercial n'ouvrent pas droit à la déduction de l'impôt préalable.
- i. La période de décompte de l'impôt et de la déduction de l'impôt préalable s'étend, en règle générale, au trimestre civil.
- k. Des règles dérogatoires peuvent être édictées pour l'imposition au titre de l'impôt sur le chiffre d'affaires de l'or frappé en pièces de monnaie, de l'or fin, ainsi que des biens déjà grevés d'une charge fiscale spéciale.
- l. Des simplifications peuvent être ordonnées si elles n'affectent de façon notable ni les recettes fiscales, ni les conditions de concurrence et si elles n'entraînent pas de complications excessives des décomptes d'autres contribuables.
- m. La soustraction d'impôt et la mise en péril de l'impôt sont punis par analogie avec les autres dispositions pénales fiscales de la Confédération.
- n. La réglementation spéciale relative à la punissabilité des entreprises, prévue à l'article 7 de la loi fédérale sur le droit pénal administratif, peut s'appliquer aussi au cas où une amende supérieure à 5000 francs entre en ligne de compte.
- ² Pour les cinq premières années consécutives à l'introduction de la taxe sur la valeur ajoutée, 5 pour cent annuels du produit de cette taxe sont affectés à la réduction des primes de l'assurance-maladie en faveur des classes de revenus inférieures. Les chambres fédérales décident du mode d'utilisation ultérieure de cette partie affectée de la taxe sur la valeur ajoutée.
- ³ La Confédération peut, par la voie législative, fixer un taux inférieur de la taxe sur la valeur ajoutée pour les prestations touristiques fournies sur le territoire suisse, pour autant qu'elles soient consommées dans une large mesure par des étrangers et pour autant que la situation concurrentielle l'exige.

Art. 110

Droit de timbre, impôt anticipé, impôt de rétorsion

- ¹ La Confédération peut percevoir des droits de timbre sur les titres, sur les quittances de primes d'assurance et sur d'autres documents concernant des opérations commerciales, à l'exclusion des documents concernant les opérations immobilières et hypothécaires.
- ² La Confédération peut prélever un impôt anticipé sur les revenus des capitaux mobiliers, les gains de loterie et les prestations d'assurances.
- ³ La Confédération peut percevoir des impôts spéciaux à la charge des personnes domiciliées à l'étranger pour contrecarrer des mesures fiscales prises par les Etats étrangers.

Art. 111

Impôts spéciaux sur les produits de consommation

- ¹ La Confédération peut percevoir sur les produits de consommation les impôts spéciaux suivants:
- a. un impôt sur le tabac brut et sur le tabac manufacturé;

Titre 3: Confédération et cantons

- b. un impôt sur les boissons distillées;
- c. un impôt sur la bière;
- d. un impôt sur le pétrole, les autres huiles minérales, le gaz naturel, les produits résultant de leur raffinage et sur les carburants provenant d'autres matières;
- e. une surtaxe sur les carburants;
- f. un impôt sur les automobiles.

² Le dixième des recettes nettes que la Confédération retire de l'imposition de boissons distillées revient aux cantons pour combattre, dans leurs causes et dans leurs effets, l'abus de substances engendrant la dépendance.

Art. 112 Droits de douane

La législation sur les droits de douane et sur les autres redevances à la frontière relève de la compétence de la Confédération.

Art. 113 Imposition exclusive par la Confédération

¹ Les objets que la législation soumet à la taxe sur la valeur ajoutée, à l'impôt anticipé, au droit de timbre, à d'autres impôts de consommation spéciaux ou qu'elle déclare exonérés, ne peuvent être soumis par les cantons et les communes à un impôt du même genre.

² Les documents de transport des chemins de fer fédéraux et des entreprises de transport auxquelles la Confédération a accordé une concession ne peuvent être frappés par les cantons d'un droit de timbre ou d'enregistrement.

Art. 114 Péréquation financière

La Confédération encourage la péréquation financière entre les cantons. Elle tient compte, lors de l'octroi de subventions fédérales, de la capacité financière des cantons et des régions de montagne.

Droit transitoire

Art. 2 Durée du prélèvement de l'impôt

L'impôt fédéral direct et la taxe sur la valeur ajoutée peuvent être prélevés jusqu'à fin 2006 au plus tard.

Art. 3 Impôt sur la bière

L'impôt sur la bière sera perçu selon le droit en vigueur jusqu'à l'adoption de la nouvelle législation fédérale.

Art. 4 Part des cantons au produit de l'impôt anticipé

Jusqu'à la nouvelle réglementation de la péréquation financière entre les cantons, la part des cantons au produit de l'impôt anticipé est de 12 pour cent, respectivement de 10 pour cent les années au cours desquelles le taux de l'impôt anticipé dépasse 30 pour cent.

Titre 4: Peuple et cantons

Chapitre 1^{er}: Droit de vote

Art. 115

¹ Ont le droit de vote en matière fédérale tous les Suisses âgés de 18 ans qui ne sont pas interdits pour cause de maladie mentale ou de faiblesse d'esprit. Tous les citoyens actifs ont les mêmes droits et devoirs politiques.

² Tout citoyen actif peut prendre part aux élections au Conseil national et aux votations fédérales et peut lancer et signer des initiatives populaires et des demandes de référendum en matière fédérale.

Chapitre 2: Initiative et référendum

Art. 116 Initiative populaire tendant à la revision totale de la Constitution

Lorsque 100 000 citoyens actifs proposent la revision totale de la Constitution, le peuple décide si celle-ci doit être entreprise. Si le peuple approuve le principe d'une revision totale, les deux conseils sont renouvelés.

Art. 117 Initiative populaire tendant à la revision partielle de la Constitution

¹ 100 000 citoyens actifs peuvent demander la revision partielle de la Constitution.

² Les initiatives populaires tendant à la revision partielle de la Constitution peuvent revêtir la forme d'une proposition conçue en termes généraux ou celle d'un projet rédigé de toutes pièces.

³ Lorsqu'une initiative populaire ne respecte pas le principe de l'unité de la forme, de l'unité de la matière ou des règles impératives du droit international, l'Assemblée fédérale la déclare nulle.

⁴ Si l'Assemblée fédérale approuve une initiative populaire conçue en termes généraux, elle élabore la revision partielle dans le sens de l'initiative et la soumet au vote du peuple et des cantons. Si elle rejette l'initiative, le peuple décide s'il faut lui donner suite. Si le peuple approuve l'initiative, l'Assemblée fédérale élabore un projet qui la réalise.

⁵ Si l'Assemblée fédérale approuve une initiative présentée sous forme d'un projet rédigé, celui-ci est soumis au vote du peuple et des cantons. L'Assemblée fédérale peut proposer le rejet d'une initiative populaire présentée sous forme d'un projet rédigé ou lui opposer un contre-projet.

Disposition transitoire

Le peuple et les cantons votent simultanément sur l'initiative et sur le contre-projet. Les citoyens actifs peuvent approuver les deux projets et marquer leur préférence pour le cas où les deux projets sont acceptés.

Art. 118 Référendum obligatoire

¹ Doivent être approuvés par le peuple et les cantons:

- a. les revisions de la Constitution;
- b. l'adhésion à des organisations de sécurité collective ou à des communautés supranationales;
- c. la modification du nombre ou du territoire des cantons;

Titre 4: Peuple et cantons

d. dans le délai d'un an dès leur adoption par l'Assemblée fédérale, les arrêtés fédéraux de portée générale déclarés urgents qui sont dépourvus de base constitutionnelle et dont la durée de validité dépasse une année.

² Doivent être approuvés par le peuple:

- a. les initiatives populaires tendant à la revision totale de la Constitution;
- b. les initiatives populaires conçues en termes généraux qui tendent à la revision partielle de la Constitution et qui ont été rejetées par l'Assemblée fédérale;
- c. la question sur le principe d'une revision totale, en cas de désaccord des deux conseils.

Art. 119 Référendum facultatif

¹ Sont soumis au vote du peuple, lorsque 50 000 citoyens actifs ou huit cantons le demandent:

- a. les lois fédérales;
- b. les arrêtés fédéraux de portée générale;
- c. les arrêtés fédéraux de portée générale déclarés urgents dont la durée de validité dépasse une année;
- d. les traités internationaux qui:
 - 1. sont d'une durée indéterminée et ne sont pas dénonçables;
 - 2. prévoient l'adhésion à une organisation internationale;
 - 3. entraînent une unification multilatérale du droit.

² L'Assemblée fédérale peut exposer d'autres traités au référendum facultatif.

Art. 120 Majorités requises

¹ Les actes soumis au vote du peuple sont acceptés à la majorité des votants.

² Les actes soumis au vote du peuple et des cantons sont acceptés lorsque la majorité des votants et la majorité des cantons les approuvent.

³ Le résultat du vote populaire dans un canton donne la voix du canton.

⁴ Les cantons d'Obwald, de Nidwald, de Bâle-Ville, de Bâle-Campagne, d'Appenzell Rhodes-extérieures et d'Appenzell Rhodes-intérieures comptent chacun pour une demi-voix.

Titre 5: Autorités fédérales

Chapitre 1^{er}: Dispositions générales

Art. 121 **Eligibilité**

Tout citoyen actif laïque est éligible au Conseil national, au Conseil fédéral et au Tribunal fédéral.

Art. 122 **Incompatibilités**

¹ Les fonctions de membre du Conseil national, du Conseil des Etats, du Conseil fédéral et de juge du Tribunal fédéral sont incompatibles.

² Les membres du Conseil fédéral, de même que les juges du Tribunal fédéral assumant une charge complète, ne peuvent revêtir aucune autre fonction au service de la Confédération ou d'un canton, ni exercer d'autre activité lucrative.

³ Les agents de la Confédération ne peuvent être membres du Conseil national, ni juges au Tribunal fédéral.

⁴ La loi peut prévoir d'autres incompatibilités.

Art. 123 **Durée de fonction**

Les membres du Conseil national et du Conseil fédéral, ainsi que le chancelier de la Confédération, sont élus pour quatre ans. Les juges du Tribunal fédéral sont élus pour six ans.

Art. 124 **Langues officielles**

Les langues officielles de la Confédération sont l'allemand, le français et l'italien. Les autorités fédérales emploient le romanche comme langue officielle dans leurs rapports avec les personnes de langue romanche.

Art. 125 **Responsabilité**

La Confédération répond du dommage causé sans droit par ses organes dans l'exercice de leurs tâches publiques.

Chapitre 2: Assemblée fédérale

Section 1: **Organisation**

Art. 126 **Rôle de l'Assemblée fédérale et principe du bicamérisme**

¹ L'Assemblée fédérale est l'autorité suprême de la Confédération, sous réserve des droits du peuple et des cantons.

² Elle se compose de deux chambres, le Conseil national et le Conseil des Etats, qui ont les mêmes compétences.

Art. 127 **Composition et élection du Conseil national**

¹ Le Conseil national se compose de 200 députés.

² Les députés au Conseil national sont élus par le peuple au suffrage direct selon le système proportionnel. Le Conseil national est renouvelé intégralement tous les quatre ans.

³ Chaque canton forme un cercle électoral.

Titre 5: Autorités fédérales

⁴ Les sièges sont répartis entre les cantons proportionnellement à leur population. Chaque canton a droit à un siège au moins.

Art. 128 Composition et élection du Conseil des Etats

¹ Le Conseil des Etats se compose de 46 députés.

² Les cantons d'Obwald, de Nidwald, de Bâle-Ville, de Bâle-Campagne, d'Appenzell Rhodes-externes et d'Appenzell Rhodes-internes élisent chacun un député, les autres cantons chacun deux députés.

³ Les cantons règlent le mode d'élection.

Art. 129 Sessions

¹ Les deux conseils se réunissent régulièrement. La loi règle la convocation des sessions.

² Les conseils sont convoqués en session extraordinaire, lorsque le Conseil fédéral, un quart des membres du Conseil national ou cinq cantons le demandent.

Art. 130 Présidence

¹ Chaque conseil élit, parmi ses membres, un président et un vice-président pour la durée d'un an. Ils ne peuvent être reconduits dans cette charge pour l'année suivante; le président ne peut l'être dans celle de vice-président.

² Le président et le vice-président du Conseil des Etats ne peuvent être choisis parmi les députés du même canton que le président sortant. Le vice-président du Conseil des Etats ne peut être choisi deux ans de suite parmi les députés d'un même canton.

Art. 131 Commissions

¹ Chaque conseil peut constituer des commissions pour préparer ses délibérations.

² La loi peut prévoir des commissions conjointes.

Art. 132 Groupes

Les membres de l'Assemblée fédérale peuvent former des groupes.

Art. 133 Services du Parlement

L'Assemblée fédérale dispose des Services du Parlement pour la préparation de ses affaires. Ils sont rattachés à la Chancellerie fédérale.

Section 2: Procédure

Art. 134 Délibération séparée

¹ Le Conseil national et le Conseil des Etats délibèrent séparément.

² Les décisions de l'Assemblée fédérale requièrent l'accord des deux conseils.

Art. 135 Délibération commune

¹ Le Conseil national et le Conseil des Etats siègent en commun, sous la direction du président du Conseil national:

Titre 5: Autorités fédérales

- a. pour procéder à des élections;
- b. pour statuer sur les conflits de compétence entre les autorités fédérales suprêmes;
- c. pour statuer sur les recours en grâce.

² En outre, l'Assemblée fédérale peut siéger en conseils réunis en certaines occasions et pour prendre connaissance des déclarations du Conseil fédéral.

Art. 136 **Publicité des séances**

Les séances des deux conseils sont publiques. La loi peut prévoir des exceptions.

Art. 137 **Quorum et majorité**

¹ Les conseils ne peuvent délibérer valablement qu'autant que la majorité de leurs membres est présente.

² Les décisions sont prises à la majorité des votants dans les deux conseils, qu'ils siègent séparément ou en conseils réunis.

³ Doivent cependant être adoptés à la majorité des membres de chaque conseil les dispositions législatives et les arrêtés fédéraux de portée générale relatifs aux subventions, ainsi que les crédits d'engagement et les plafonds de dépenses, qui entraînent de nouvelles dépenses uniques de plus de 20 millions de francs ou de nouvelles dépenses périodiques de plus de 2 millions de francs.

⁴ L'Assemblée fédérale peut adapter au renchérissement les montants fixés au 3^e alinéa par un arrêté fédéral de portée générale non soumis au référendum.

Art. 138 **Droit de proposition**

Les deux conseils, leurs membres, leurs groupes et leurs commissions parlementaires ont le droit de faire des propositions à l'Assemblée fédérale. Les cantons peuvent exercer le même droit par correspondance.

Art. 139 **Interdiction du mandat impératif**

Les membres de l'Assemblée fédérale votent sans instructions. Ils rendent publics les liens qui les lient à des groupements d'intérêts.

Art. 140 **Immunité**

¹ Les membres de l'Assemblée fédérale et ceux du Conseil fédéral, de même que le chancelier de la Confédération, n'encourent aucune responsabilité juridique pour les propos qu'ils tiennent devant les conseils et dans leurs commissions.

² La loi peut prévoir d'autres formes d'immunité et l'étendre à d'autres personnes.

Section 3: **Compétences**

Art. 141 **Compétences législatives**

¹ L'Assemblée fédérale édicte les lois fédérales et les arrêtés fédéraux de portée générale.

Titre 5: Autorités fédérales

² La compétence d'édicter des règles de droit peut être déléguée à d'autres autorités par une loi ou un arrêté de portée générale soumis au référendum, pour autant que la Constitution ne l'exclue pas. La norme de délégation doit fixer, dans ses principes, le contenu de la règle de droit.

Art. 142 **Législation d'urgence**

¹ Les arrêtés fédéraux de portée générale dont l'entrée en vigueur ne souffre aucun retard peuvent être déclarés urgents et produire un effet immédiat par décision prise à la majorité des membres de chacun des conseils. Ils doivent être limités dans le temps.

² Si le référendum est demandé contre un arrêté fédéral déclaré urgent, ce dernier cesse de produire effet un an après son adoption par l'Assemblée fédérale s'il n'est pas approuvé par le peuple dans l'intervalle.

³ Un arrêté fédéral déclaré urgent dépourvu de base constitutionnelle cesse de produire effet un an après son adoption par l'Assemblée fédérale s'il n'est pas approuvé dans l'intervalle par le peuple et les cantons.

⁴ Les arrêtés fédéraux déclarés urgents qui ne sont pas approuvés en vote populaire ne peuvent pas être renouvelés.

Art. 143 **Traités internationaux**

L'Assemblée fédérale approuve les traités internationaux que le Conseil fédéral n'est pas habilité à conclure seul.

Art. 144 **Compétence financière**

L'Assemblée fédérale vote les dépenses de la Confédération, établit le budget et approuve le compte d'Etat.

Art. 145 **Elections**

¹ L'Assemblée fédérale élit les membres du Conseil fédéral, le chancelier, les juges du Tribunal fédéral et le général en sa qualité de commandant en chef de l'armée.

² La loi peut attribuer à l'Assemblée fédérale d'autres droits d'élection ou de confirmation.

Art. 146 **Haute surveillance**

L'Assemblée fédérale exerce la haute surveillance sur le Conseil fédéral, l'administration fédérale, les tribunaux fédéraux et les autres organes agissant pour la Confédération.

Art. 147 **Autres tâches et compétences**

¹ L'Assemblée fédérale a en outre les tâches et les compétences suivantes:

- a. elle peut contribuer à l'orientation de la politique étrangère et elle veille aux relations avec l'étranger; elle prend les mesures qu'appellent la sécurité extérieure du pays, son indépendance et le maintien de la neutralité;

Titre 5: Autorités fédérales

- b. elle veille à la sécurité intérieure et prend les mesures qu'appelle son maintien;
- c. elle adopte, lorsque des circonstances extraordinaires l'exigent et en se fondant directement sur les lettres a et b, des arrêtés fédéraux de portée générale qu'elle peut soustraire au référendum, ainsi que des décisions;
- d. elle ordonne le service actif et met sur pied l'armée ou des parties de l'armée;
- e. elle veille aux relations entre la Confédération et les cantons, par l'intermédiaire du Conseil fédéral, et garantit les constitutions cantonales; il lui appartient d'approuver les conventions que les cantons ont conclues entre eux ou avec les Etats étrangers, lorsque le Conseil fédéral refuse de les approuver ou qu'un canton élève une réclamation;
- f. elle prend des mesures pour garantir l'application du droit fédéral;
- g. elle examine la validité des initiatives populaires;
- h. elle fixe les principes régissant l'organisation des autorités fédérales;
- i. elle statue sur les conflits de compétence entre les autorités fédérales suprêmes;
- k. elle statue sur les recours en grâce et prononce l'amnistie.

² L'Assemblée fédérale traite en outre tous les objets que la Constitution attribue à la Confédération et qui ne ressortissent pas à une autre autorité fédérale.

³ La loi peut attribuer d'autres tâches et compétences à l'Assemblée fédérale.

Chapitre 3: Conseil fédéral et administration fédérale

Section 1: Organisation et procédure

Art. 148 Conseil fédéral

¹ Le Conseil fédéral est l'autorité directoriale et exécutive suprême de la Confédération.

² Il représente la Suisse à l'extérieur.

Art. 149 Composition et élection

¹ Le Conseil fédéral est composé de sept membres.

² Les membres du Conseil fédéral sont élus par l'Assemblée fédérale pour une période de quatre ans, après chaque renouvellement intégral du Conseil national.

³ Le Conseil fédéral ne peut compter deux membres du même canton.

Art. 150 Présidence

¹ Le Conseil fédéral est présidé par le président de la Confédération.

² Le président de la Confédération et le vice-président du Conseil fédéral sont élus par l'Assemblée fédérale pour une période d'un an, parmi les membres du Conseil fédéral.

³ Ils ne peuvent être reconduits dans la même charge pour l'année suivante; le président ne peut être élu à celle de vice-président.

Titre 5: Autorités fédérales

Art. 151 Principe de l'autorité collégiale et division en départements

- ¹ Le Conseil fédéral décide en autorité collégiale.
- ² Pour la préparation et l'exécution des décisions, les affaires du Conseil fédéral sont réparties, par départements, entre ses membres.
- ³ Les départements ou les unités administratives qui leur sont subordonnées peuvent être autorisés par la législation à régler eux-mêmes des affaires. Le droit de recours demeure garanti.

Art. 152 Administration fédérale

- ¹ Le Conseil fédéral dirige l'administration fédérale. Il veille à la bonne exécution des tâches qui lui sont confiées.
- ² L'administration fédérale est divisée en départements, dirigés chacun par un membre du Conseil fédéral.
- ³ La loi peut confier des tâches de la Confédération à des organisations et des personnes de droit public ou de droit privé qui sont extérieures à l'administration fédérale.

Art. 153 Chancellerie fédérale

- ¹ La Chancellerie fédérale est le service général de coordination du Conseil fédéral; elle assume le secrétariat de l'Assemblée fédérale.
- ² Elle est dirigée par le chancelier de la Confédération. L'Assemblée fédérale élit celui-ci, pour une période de quatre ans, en même temps que les membres du Conseil fédéral.

Section 2: Compétences

Art. 154 Politique gouvernementale

- ¹ Le Conseil fédéral fixe les buts et les moyens de la politique gouvernementale. Il planifie et coordonne les tâches de l'Etat.
- ² Il renseigne le public sur son activité en temps utile et de manière détaillée, dans la mesure où aucun intérêt public ou privé prépondérant ne s'y oppose.

Art. 154 Politique gouvernementale

Al. 1 inchangé

- ² *Les autorités fédérales informent le public sur leurs activités et garantissent à toute personne l'accès aux actes administratifs, dans la mesure où aucun intérêt public ou privé prépondérant ne s'y oppose.*

Art. 155 Préparation des affaires parlementaires

- ¹ Les cantons, les partis politiques et les milieux intéressés sont en principe consultés lors de l'élaboration d'actes législatifs et de traités internationaux d'importance ainsi que sur les projets de grande portée.
- ² Le Conseil fédéral soumet à l'Assemblée fédérale des projets de révision de la Constitution, de lois et d'arrêtés fédéraux et fait des propositions à leur sujet.

Titre 5: Autorités fédérales

³ Les membres du Conseil fédéral et le chancelier participent aux débats de l'Assemblée fédérale avec voix consultative et ont le droit de faire des propositions.

Art. 156 Compétences législatives et d'exécution

¹ Le Conseil fédéral édicte des règles de droit en la forme d'ordonnance, dans la mesure où il y est autorisé par la Constitution ou la loi.

² Il veille à l'exécution de la législation, des arrêtés de l'Assemblée fédérale et des jugements rendus par les autorités judiciaires fédérales. Il édicte les dispositions d'exécution.

Art. 157 Compétence financière

Le Conseil fédéral élabore le plan financier et un projet de budget et établit le compte d'Etat. Il veille à une gestion financière correcte.

Art. 158 Relations avec l'étranger

¹ Le Conseil fédéral est chargé des affaires étrangères.

² Il soumet les traités internationaux à l'approbation de l'Assemblée fédérale. Il peut conclure seul notamment des traités provisoires ou urgents ainsi que des traités d'importance mineure, en principe sous la réserve d'une approbation subséquente de l'Assemblée fédérale. Si une loi ou un traité international l'y habilite, le Conseil fédéral peut aussi conclure seul d'autres traités.

Art. 159 Sécurité intérieure et extérieure

¹ Le Conseil fédéral prend des mesures pour maintenir la sécurité extérieure, l'indépendance et la neutralité de la Suisse.

² Il veille à la sécurité intérieure et prend les mesures qu'appelle son maintien.

³ Lorsque des circonstances extraordinaires l'exigent, il peut, en se fondant directement sur le présent article, adopter des ordonnances et prendre des décisions.

⁴ Le Conseil fédéral peut, dans les cas d'urgence, ordonner le service actif et mettre sur pied l'armée ou des parties de l'armée. Si la mise sur pied dépasse 2000 militaires ou dure plus de trois semaines, il convoque immédiatement l'Assemblée fédérale.

Art. 160 Relations entre la Confédération et les cantons

¹ Le Conseil fédéral entretient les relations entre Confédération et cantons. Il exerce sur ces derniers la haute surveillance et prend les mesures qui s'imposent.

² Il approuve les actes législatifs des cantons, lorsque l'exécution du droit fédéral le requiert.

³ Il approuve les conventions que les cantons passent entre eux ou avec des Etats étrangers.

Titre 5: Autorités fédérales

Art. 161 **Autres tâches et compétences**

¹ Le Conseil fédéral a en outre les tâches et les compétences suivantes:

- a. il veille au respect du droit fédéral, ainsi que des constitutions et des conventions des cantons, et prend les mesures qui s'imposent;
- b. il surveille l'administration fédérale et les autres organes chargés d'assumer des tâches fédérales;
- c. il rend compte régulièrement de sa gestion et de la situation du pays à l'Assemblée fédérale;
- d. il procède aux nominations qui ne relèvent pas d'une autre autorité;
- e. il traite des recours, dans la mesure où la loi le prévoit.

² La loi peut attribuer d'autres tâches et compétences au Conseil fédéral.

Chapitre 4: Tribunal fédéral

Art. 162 **Rôle du Tribunal fédéral**

¹ Le Tribunal fédéral est l'autorité judiciaire suprême de la Confédération.

² La loi fixe l'organisation du Tribunal fédéral et la procédure devant sa juridiction.

Art. 163 **Juridiction constitutionnelle**

¹ Le Tribunal fédéral connaît:

- a. des réclamations pour violation de droits constitutionnels;
- b. des réclamations pour violation de traités internationaux ou de conventions intercantionales;
- c. des réclamations de droit public entre la Confédération et les cantons ou entre cantons.

² La loi peut confier à d'autres autorités fédérales le soin de trancher certains litiges.

Art. 164 **Juridiction civile, pénale et administrative**

¹ La loi fixe la compétence du Tribunal fédéral en matière civile, pénale et administrative ainsi que dans les autres domaines du droit.

² Les cantons peuvent, avec l'approbation de l'Assemblée fédérale, placer sous la juridiction du Tribunal fédéral des réclamations qui relèvent du droit administratif cantonal.

Art. 165 **Assises fédérales**

Le Tribunal fédéral, assisté d'un jury qui statue sur la culpabilité, connaît en matière pénale des cas:

- a. de haute trahison envers la Confédération ainsi que de révolte ou de violence contre les autorités fédérales;

Titre 5: Autorités fédérales

- b. de crimes et de délits de nature à compromettre les relations avec l'étranger;
- c. de crimes et de délits liés à une intervention fédérale armée;
- d. de poursuite pénale contre des fonctionnaires fédéraux, quand une autorité fédérale en saisit les Assises fédérales.

Art. 166

Droit applicable

Le Tribunal fédéral et les autres autorités appliquent les lois fédérales, les arrêtés fédéraux de portée générale et les traités internationaux.

Titre 6: Revision de la Constitution et dispositions finales

Chapitre 1^{er}: Revision

Art. 167 Principe

- ¹ La Constitution peut être révisée en tout temps, totalement ou partiellement.
- ² Lorsque la Constitution et la législation pertinente en la matière n'en disposent pas autrement, la revision se fait selon la procédure applicable à la législation.

Art. 168 Revision totale

- ¹ La revision totale de la Constitution peut être proposée par 100 000 citoyens actifs ou décrétée par l'Assemblée fédérale ou par l'un des deux conseils.
- ² La question sur le principe d'une revision totale doit être soumise au vote du peuple, si l'initiative émane du peuple ou en cas de désaccord des deux conseils.
- ³ Si le peuple approuve le principe d'une revision totale, les deux conseils sont renouvelés.

Art. 169 Revision partielle

- ¹ La revision partielle de la Constitution peut être demandée par 100 000 citoyens actifs ou décidée par l'Assemblée fédérale.
- ² L'initiative populaire tendant à la revision partielle de la Constitution doit respecter le principe de l'unité de la forme.
- ³ Chaque revision partielle de la Constitution doit respecter le principe de l'unité de la matière et les règles impératives du droit international. L'unité de la matière est respectée lorsqu'il existe un rapport intrinsèque entre les différentes parties d'un projet.
- ⁴ La revision partielle peut aussi porter sur plusieurs dispositions.

Art. 170 Entrée en vigueur

La Constitution révisée totalement ou partiellement entre en vigueur en cas d'acceptation par le peuple et les cantons.

Chapitre 2: Dispositions finales

Projet de Constitution

1 Introduction	1
2 Texte constitutionnel avec variantes	5
3 Réforme des droits populaires	51
4 Réforme de la justice	57
5 Notes	61
6 Table de concordance Constitution fédérale / Projet	79
7 Abréviations	91

Projet de dispositions constitutionnelles.**Art. 4 Respect du droit**¹²³ Le droit fédéral prime le droit cantonal.⁴ *Le droit international est supérieur au droit interne.***Chapitre 1^{er}: Dispositions générales****Art. 115 Droit de vote**¹ Ont le droit de vote en matière fédérale tous les Suisses âgés de 18 ans qui ne sont pas interdits pour cause de maladie mentale ou de faiblesse d'esprit. Tous les citoyens actifs ont les mêmes droits politiques.² Tout citoyen actif peut prendre part aux élections du Conseil national et aux votations fédérales et peut signer des initiatives populaires et des demandes de référendum en matière fédérale.**Art. 116 Formation de l'opinion et de la volonté populaires**¹ Les partis politiques contribuent à former l'opinion et la volonté populaires.² En principe, les cantons, les partis politiques et les milieux intéressés sont entendus lors de l'élaboration de la législation et de projets de grande portée. La loi règle les modalités.³ *La loi règle les modalités de l'exercice des droits politiques; elle contiendra en particulier des dispositions sur son financement.***Chapitre 2: Initiative populaire****Art. 117 Initiative populaire tendant à la revision totale de la Constitution**

200 000 citoyens actifs peuvent proposer la revision totale de la Constitution. Le peuple décide si la revision doit être entreprise.

Art. 118 Initiative populaire *rédigée* tendant à la revision partielle de la Constitution¹ 200 000 citoyens actifs peuvent, *sous la forme d'un projet rédigé*, demander la revision partielle de la Constitution.² L'initiative doit respecter les principes de l'unité de la forme et de l'unité de la matière *ainsi que les règles impératives du droit international.*³ L'initiative est soumise au vote du peuple et des cantons. L'Assemblée fédérale peut en recommander l'acceptation ou le rejet; dans ce dernier cas, elle peut lui opposer un contreprojet.

Seules les dispositions introduisant des innovations matérielles sont en italiques. Les modifications et réagencements formels ne sont pas mis en évidence sur le plan typographique. La structure des articles, leur terminologie et leur numérotation ont été conçues de manière à pouvoir s'intégrer dans le projet de mise à jour de la Constitution fédérale.

Art. 119 Initiative populaire générale

¹ 100 000 citoyens actifs peuvent demander, sous la forme d'une proposition générale, l'adoption ou l'abrogation de dispositions constitutionnelles ou législatives fédérales.

² L'initiative doit respecter les principes de l'unité de la forme et de l'unité de la matière ainsi que les règles impératives du droit international.

³ Si l'Assemblée fédérale n'approuve pas l'initiative, celle-ci est soumise au vote du peuple.

⁴ Si l'Assemblée fédérale approuve l'initiative, elle la réalise en revisant la Constitution ou la législation fédérale. Il en va de même si l'initiative, désapprouvée par l'Assemblée fédérale, est acceptée en vote populaire. L'Assemblée fédérale peut également présenter un projet alternatif.

Chapitre 3: Référendum populaire**Art. 120 Référendum obligatoire du peuple et des cantons**

Sont soumis au vote du peuple et des cantons:

- a. les revisions totales ou partielles de la Constitution;
- b. l'adhésion à des organisations de sécurité collective ou à des communautés supranationales;
- c. la modification du nombre ou du territoire des cantons;
- d. dans le délai d'un an dès leur adoption par l'Assemblée fédérale, les arrêtés fédéraux de portée générale déclarés urgents qui sont dépourvus de base constitutionnelle et dont la durée de validité dépasse une année.

Art. 121 Référendum obligatoire du peuple

Sont soumis au vote du peuple:

- a. les initiatives populaires tendant à la revision totale de la Constitution;
- b. les initiatives populaires générales que l'Assemblée fédérale n'approuve pas.

Art. 122 Référendum facultatif législatif

¹ Sont soumis au vote du peuple, si la demande en est faite par 100 000 citoyens actifs ou par huit cantons:

- a. les lois fédérales;
- b. les arrêtés fédéraux de portée générale;
- c. dans le délai d'un an dès leur adoption par l'Assemblée fédérale, les arrêtés fédéraux de portée générale déclarés urgents dont la durée de validité dépasse une année.

² Les lois et les arrêtés de portée générale contiennent des règles de droit.

Art. 123 Référendum facultatif administratif et financier

¹ A la demande d'un tiers des membres de chacune des deux chambres, la forme de l'arrêté de portée générale est donnée à des actes de l'Assemblée fédérale qui ne contiennent pas de règles de droit.

² Sont exceptés les actes relatifs à la sécurité intérieure ou extérieure de la Suisse, à la disposition de l'armée fédérale, à l'exercice du pouvoir de surveillance sur le Gouvernement, l'administration, la justice et sur les cantons, le

budget, le compte d'Etat, les emprunts, ainsi que les actes de stricte application du droit, les réponses aux pétitions, les actes de procédure et les actes accomplis en chambres réunies.

Art. 124 Référendum facultatif en matière internationale

¹ Sont soumis au vote du peuple, si la demande en est faite par 100 000 citoyens actifs ou par huit cantons, les arrêtés par lesquels l'Assemblée fédérale approuve un traité international qui:

- a. est d'une durée indéterminée et n'est pas dénonçable;
- b. prévoit l'adhésion à une organisation internationale; ou
- c. *contient des règles de droit ou oblige à adopter des lois fédérales ou des arrêtés fédéraux de portée générale.*

² L'Assemblée fédérale peut exposer au référendum facultatif les arrêtés d'approbation d'autres traités internationaux.

Art. 125 Législation d'exécution des traités internationaux

Quand l'arrêté d'approbation d'un traité international est soumis au référendum obligatoire ou exposé au référendum facultatif, il peut déléguer à l'Assemblée fédérale la compétence d'adopter sans référendum les modifications législatives qui sont la conséquence nécessaire du traité.

Chapitre 4: Autres dispositions relatives au référendum populaire

Art. 126 Présentation d'alternatives

¹ *Quand l'Assemblée fédérale adopte une révision constitutionnelle, elle peut soumettre au référendum obligatoire du peuple et des cantons deux textes alternatifs.*

² *Quand l'Assemblée fédérale adopte une loi ou un arrêté de portée générale, elle peut exposer au référendum facultatif un texte principal et un texte alternatif. Si le vote du peuple n'est pas demandé, c'est le texte principal qui entre en vigueur.*

³ *Toute alternative est exclue pour l'approbation des traités internationaux.*

Art. 127 Clause d'urgence

¹ Un arrêté fédéral de portée générale dont l'application ne souffre aucun retard peut être mis en vigueur immédiatement par l'effet d'une clause d'urgence; la clause est adoptée à la majorité des membres de chacune des deux chambres; la durée d'application de l'arrêté doit être limitée.

² *La clause d'urgence ne peut affecter qu'un arrêté qui ne contient que des règles de droit.*

³ Si l'arrêté, soumis au vote du peuple ou, le cas échéant, au vote du peuple et des cantons, n'est pas accepté, il perd sa validité un an après son adoption et il ne peut pas être renouvelé.

Art. 128 Détermination du résultat des référendums

¹ L'acte qui est soumis au vote du peuple est accepté à la majorité des votants.

² L'acte qui est soumis au vote du peuple et des cantons est accepté s'il réunit la majorité des votants et celle des voix des cantons.

³ Les voix des cantons sont données par le résultat du vote du peuple dans chacun d'entre eux.

⁴ Chaque canton a une voix. Les cantons d'Obwald, de Nidwald, de Bâle-Ville, de Bâle-Campagne, d'Appenzell Rhodes-Extérieures et d'Appenzell Rhodes-Intérieures ont chacun une demi-voix.

Art. 129 **Vote sur les alternatives et les contreprojets**

¹ *Quand les citoyens se prononcent sur des textes alternatifs, ils peuvent approuver l'un ou l'autre, ou les deux, ou les rejeter. Ils peuvent marquer leur préférence pour le cas où les deux textes sont acceptés.*

² La manière de voter est la même quand un contreprojet est opposé à une initiative populaire rédigée.

Art. 130 **Pluralité d'initiatives populaires**

Quand, à des dates rapprochées, deux ou plusieurs initiatives populaires sont déposées qui portent sur le même objet, l'Assemblée fédérale peut les soumettre au vote selon une procédure analogue à celle qui est prévue pour le vote sur les alternatives. Les citoyens doivent pouvoir exprimer leur volonté de manière cohérente, en marquant leurs préférences.

Assemblée fédérale

Art. 143 **Approbation de traités internationaux**

L'Assemblée fédérale approuve les traités internationaux. Le Conseil fédéral peut conclure des traités provisoires ou urgents, ainsi que des traités d'importance mineure; il les présente à l'approbation subséquente de l'Assemblée fédérale. La Constitution, la loi ou un traité international peut autoriser le Conseil fédéral à conclure seul d'autres traités.

Conseil fédéral

Art. 158 **Relations extérieures**

¹ Le Conseil fédéral dirige les affaires étrangères et représente la Suisse à l'extérieur.

² Il signe les traités internationaux et les ratifie; il les soumet à l'approbation de l'Assemblée fédérale, à moins qu'il ne soit autorisé à les conclure seul.

Tribunal fédéral

Art. 163^{bis} **Juridiction constitutionnelle en matière d'initiatives populaires**

¹ *Si l'Assemblée fédérale considère qu'une initiative populaire n'est pas conforme aux règles qui lui sont applicables, elle saisit le Tribunal fédéral.*

² *Le Tribunal fédéral invalide, totalement ou partiellement, l'initiative populaire qui ne respecte pas les principes de l'unité de la forme ou de l'unité de la matière non plus que les règles impératives du droit international. Il rend son arrêt dans les trente jours qui suivent celui où l'Assemblée fédérale l'a saisi. L'arrêt lie l'Assemblée fédérale.*

Art. 166^{bis} **Conflit entre le droit international et le droit interne**

Le Tribunal fédéral examine, dans les cas d'application, sur action ou sur recours ou quand il en est saisi par une autorité inférieure, si une loi fédérale

ou un arrêté fédéral de portée générale est conforme au droit international. Il décide si et dans quelle mesure la loi ou l'arrêté sera appliqué.

Revision de la Constitution

Art. 167 Principe

La Constitution peut être révisée en tout temps, totalement ou partiellement.

Art. 168 Revision totale

¹ La revision totale de la Constitution peut être proposée par 200 000 citoyens actifs ou décrétée par l'Assemblée fédérale.

² Quand la revision totale est proposée par 200 000 citoyens actifs, le peuple décide si elle doit être entreprise. S'il décide qu'elle doit l'être, les deux chambres sont renouvelées pour travailler à la revision.

³ La procédure législative est applicable par analogie à la revision totale.

Art. 169 Revision partielle

¹ La revision partielle de la Constitution peut être demandée par 200 000 citoyens actifs ou décidée par l'Assemblée fédérale.

² Quand la revision partielle est décidée par l'Assemblée fédérale, la procédure législative est applicable par analogie. Le principe de l'unité de la matière doit être respecté.

³ Quand la revision partielle est demandée par 200 000 citoyens actifs, sont applicables les dispositions relatives à l'initiative populaire rédigée.

Art. 170 Entrée en vigueur de la Constitution révisée

La Constitution révisée totalement ou partiellement entre en vigueur après qu'elle a été acceptée par le peuple et les cantons.

Projet de Constitution

1 Introduction	1
2 Texte constitutionnel avec variantes	5
3 Réforme des droits populaires	51
4 Réforme de la justice	57
5 Notes	61
6 Table de concordance Constitution fédérale / Projet	79
7 Abréviations	91

Art. 101 Droit civil

¹ La Confédération a le droit de légiférer en matière de droit civil.

² *Elle peut légiférer sur l'unification de la procédure judiciaire.*

Art. 102 Droit pénal

¹ La Confédération a le droit de légiférer en matière de droit pénal.

² ...

³ *Elle peut légiférer sur la procédure.*

Art. 162 Tribunal fédéral

¹ Le Tribunal fédéral est le tribunal suprême de la Confédération.

² *Il organise sa chancellerie.*

Art. 163 Attributions du Tribunal fédéral

¹ Le Tribunal fédéral connaît des contestations pour violation:

a. *du droit fédéral, du droit intercantonal et du droit international;*

b. *des droits constitutionnels cantonaux;*

c. *des garanties que les constitutions cantonales reconnaissent aux communes et à d'autres corporations publiques;*

d. *des dispositions du droit fédéral et cantonal sur les droits politiques.*

² *La loi peut conférer d'autres attributions au Tribunal fédéral ou exclure sa compétence dans des domaines déterminés sous réserve de la possibilité de l'avis préjudiciel.*

Art. 164 Accès au Tribunal fédéral

¹ Le Tribunal fédéral connaît:

a. *des recours contre des décisions prises en dernière instance cantonale;*

b. *des recours contre des décisions des autorités judiciaires inférieures de la Confédération;*

c. *des actions portant sur des contestations entre Confédération et cantons ou cantons entre eux, et des actions en réparation du dommage causé par des magistrats fédéraux dans l'exercice de leurs fonctions.*

² *La loi peut limiter l'accès au Tribunal fédéral, sous réserve de questions de droit ayant une portée de principe ou de préjudice grave encouru par une partie.*

Art. 165 Autres autorités judiciaires de la Confédération

¹ *La Confédération institue un tribunal pénal qui connaît des cas que la loi attribue à la juridiction pénale fédérale. La loi peut conférer d'autres attributions au tribunal pénal fédéral.*

² *La Confédération crée d'autres autorités judiciaires pour connaître des recours contre des actes de l'administration fédérale.*

³ *La loi peut prévoir d'autres autorités judiciaires de la Confédération.*

Art. 166 *Autorités judiciaires des cantons*

Les cantons instituent:

- a. des autorités judiciaires pour connaître des contestations de droit civil et des affaires pénales;*
- b. des autorités judiciaires pour connaître des affaires de droit public.*

Art. 167 *Garantie de l'accès à un juge*

¹ *Toute personne, physique ou morale, peut porter sa cause devant une autorité judiciaire. La Confédération et les cantons peuvent cependant exclure l'accès à un juge dans des cas exceptionnels prévus par la loi.*

² *Les actes de l'Assemblée fédérale et du Conseil fédéral ne peuvent pas être portés devant le Tribunal fédéral.*

Art. 168 *Contrôle des normes*

¹ *Le droit international, les lois fédérales et les arrêtés fédéraux de portée générale ne peuvent pas être attaqués.*

² *Dans le cadre d'un recours ou d'une demande d'avis préjudiciel d'une autorité judiciaire inférieure portant sur un acte d'application ou dans celui d'une action, le Tribunal fédéral examine si une loi fédérale ou un arrêté fédéral de portée générale viole des droits constitutionnels ou le droit international; le cas échéant, il décide si et dans quelle mesure la loi fédérale ou l'arrêté fédéral doit être appliqué.*

³ *Dans les mêmes cas, le Tribunal fédéral peut en outre examiner le grief invoqué par un canton de violation par une loi fédérale ou un arrêté fédéral de ses compétences constitutionnellement garanties.*

Art. 169 *Indépendance du juge*

Dans l'exercice de leurs compétences juridictionnelles, les autorités judiciaires sont indépendantes et ne sont soumises qu'à la loi.

Projet de Constitution

1 Introduction	1
2 Texte constitutionnel avec variantes	5
3 Réforme des droits populaires	51
4 Réforme de la justice	57
5 Notes	61
6 Table de concordance Constitution fédérale / Projet	79
7 Abréviations	91

Notes relatives au projet de Constitution fédérale

Articles du projet

Notes

- Préambule** Le préambule se limite à l'invocation divine et à la mention du peuple et des cantons.
- 1** Cet article reprend l'énumération actuelle de l'art. 1 Cst. féd., mais abandonne toutefois la distinction, marquée par les parenthèses, entre les cantons et les demi-cantons. L'égalité entre les cantons est, aujourd'hui, sous l'angle constitutionnel, l'aspect le plus important; les dispositions spéciales sur les demi-cantons sont intégrées dans le Titre 4 du projet.
- 2** Cet article est une nouvelle formulation de l'art. 2 Cst. féd., qui actualise le droit en vigueur.
- 3** Par souci de continuité, le texte de l'art. 3 Cst. féd. a été repris ici. La notion de «souveraineté» des cantons, qui remplit un rôle d'identification considérable, a été conservée dans le projet.
- 4** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 4 Cst. féd. et droit non écrit; droit international non écrit et art. 26, 27, 53 et 64 de la Convention de Vienne sur les traités.
L'alinéa 1 consacre les deux aspects du principe de la légalité, c'est-à-dire la primauté et la réserve du droit. Par «droit», il faut entendre les règles de droit de tout niveau (droit international, droit national, droit constitutionnel, loi, ordonnance), ce qui implique qu'entre ces différentes règles, celles de rang supérieur l'emportent sur celles de rang inférieur (en particulier, le droit fédéral l'emporte sur le droit cantonal) et celles qui sont postérieures ou spéciales l'emportent sur le droit antérieur ou le droit général.
Les alinéas 2 et 3 énoncent des principes généraux, qu'il appartient à la pratique de concrétiser. Voir aussi l'art. 8 du projet, lequel confère notamment au principe de la bonne foi la valeur d'un droit fondamental autonome.
- 5** Cet article reprend l'art. 116, al. 1, Cst. féd. Voir aussi les articles 14 (Liberté de la langue), 73 (Culture) et 124 (Langues officielles) du projet, qui contiennent d'autres aspects du droit des langues.
- 6** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 53, al. 2, Cst. féd. et droit non écrit. Il consacre le principe de la dignité humaine que le Tribunal fédéral a reconnu comme un élément de la liberté personnelle (ATF 90 I 36). Le respect de la dignité humaine comprend aussi le droit à une sépulture décente que garantit actuellement l'art. 53, al. 2, Cst. féd. Selon la Constitution actuelle, le droit de disposer des lieux de sépulture appartient aux autorités civiles. A supposer qu'on veuille mentionner expressément cette évidence, il faudrait le faire dans la partie consacrée à la répartition des compétences.
- 7** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 4 Cst. féd.; art. 2, par. 1, et 26 Pacte II (avec une réserve de la Suisse concernant ce dernier article); art. 3 et 7 Pacte I.
L'alinéa 1 pose le principe de l'égalité juridique, qui implique l'égalité dans la loi et devant la loi, c'est-à-dire l'égalité dans le contenu de la loi et l'égalité dans l'application de la loi. La garantie vaut pour les personnes physiques comme pour les personnes morales.
L'alinéa 2 reprend, en l'actualisant, l'idée qui est contenue dans la seconde phrase de l'actuel art. 4, al. 1, Cst. féd. et consacre le principe de non-discrimination. L'énumération des critères de discrimination interdits n'est pas exhaustive. Par ailleurs, tout désavantage ne constitue pas nécessairement une discrimination au sens de cet alinéa.
L'alinéa 3 reprend le second alinéa de l'actuel art. 4 Cst. féd. (sous réserve d'une modification rédactionnelle dans la 3^e phrase du texte français, où le singulier collectif remplace le pluriel).
- 8** Cet article met à jour le droit résultant de la jurisprudence ad art. 4 Cst. féd. L'art. 8 du projet confère auxdits principes la valeur de droits fondamentaux

(voir, notamment, ATF 119 la 117; 118 la 245). Leur concrétisation relève de la jurisprudence.

- 9** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 4, 48, al. 1, 59, al. 3, et 65 Cst. féd. et droit non écrit; art. 2 à 5 CEDH et Protocole no 6; art. 11, par. 1, Pacte I; art. 6 à 12 Pacte II et Protocole n° 2.
L'alinéa 2 garantit les éléments traditionnels de la liberté personnelle et reprend de la CEDH, du Pacte II et des conventions internationales contre la torture l'interdiction absolue de la torture et de tout traitement cruel, inhumain ou dégradant.
L'alinéa 3 garantit un droit non écrit qui est diversement rattaché au droit constitutionnel interne (dignité humaine, droit à la vie, liberté personnelle ou encore art. 4 ou 48, al. 1, Cst. féd.). Il est consacré à l'art. 11, par. 1, Pacte I.
- 10** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 34^{quinquies}, al. 1, et art. 36, al. 4, Cst. féd. et droit non écrit; art. 8 CEDH; art. 17 Pacte II.
L'alinéa 1 reprend le contenu de l'art. 8 CEDH.
L'alinéa 2 reprend l'art. 36, al. 4, Cst. féd.
L'alinéa 3 consacre un droit qui, dans notre société moderne d'information, est devenu un droit de rang constitutionnel (ATF 117 la 488). Le droit à la protection des données personnelles implique notamment l'exactitude des données ainsi que la sécurité et le caractère licite et conforme au but de leur traitement. Toute personne a le droit, en particulier, de consulter les données et les dossiers qui la concernent et d'exiger, s'il y a lieu, qu'ils soient rectifiés ou écartés.
- 11** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 54 Cst. féd.; art. 12 CEDH; art. 23, par. 2, Pacte II. Il actualise l'art. 54 Cst. féd. en supprimant ses éléments désuets (al. 6) ou ceux qui ont été réalisés dans la législation fédérale (fin de l'al. 1 et al. 2, 3 et 5).
- 12** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 27, al. 3, 49 et 50 Cst. féd.; art. 9 CEDH; art. 18 Pacte II. Il consacre une nouvelle formulation qui tient compte de l'évolution de la jurisprudence du Tribunal fédéral dans ce domaine et qui laisse tomber les éléments superflus ou désuets. Ceux-ci résultent déjà des dispositions suivantes: l'art. 49, al. 3, Cst. féd., de l'art. 303 du Code civil; les alinéas 4, 5 et 6 de l'art. 49, Cst. féd., de l'art. 12, al. 2, du projet; l'art. 50, al. 1, Cst. féd., de l'art. 12, al. 1, du projet; l'art. 50, al. 2, Cst. féd. – là où il a encore une signification actuelle –, du Code pénal. Demeurent évidemment réservés le droit d'urgence et la clause générale de police. Le contenu de l'art. 50, al. 3, Cst. féd. peut être repris au niveau de la loi et ne doit pas nécessairement figurer dans la Constitution.
- 13** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 55 Cst. féd. et droit non écrit; art. 10 CEDH; art. 19 Pacte II. Il tient compte de la jurisprudence du Tribunal fédéral (notamment, liberté de s'informer aux sources généralement accessibles) et de celle des organes de la CEDH.
L'alinéa 1 pose la garantie de la liberté d'opinion et d'information.
Les alinéas 2 et 3 la concrétisent.
L'alinéa 4 rassemble dans une seule disposition la liberté des médias qui, dans la Constitution actuelle, est répartie entre les art. 55 et 55^{bis}. La liberté de la presse protège les produits de la presse écrite périodique et non périodique; la liberté de la radio et de la télévision vaut pour tous les diffuseurs. L'interdiction de la censure préalable n'est mentionnée que dans le contexte de la liberté des médias, car c'est là qu'elle trouve son application majeure. Mais il est évident que la censure préalable est aussi interdite dans les autres domaines d'expression garantis par la liberté d'opinion.
- 14** Cet article consacre un droit interne non écrit qui résulte de la jurisprudence et de l'art. 27 Pacte II. La liberté de la langue, avec le correctif du principe de la territorialité, est garantie par le Tribunal fédéral comme un droit non écrit (ATF 91 I 480).
- 15** Cet article consacre du droit interne non écrit qui résulte de la jurisprudence et des art. 10 CEDH et 15 Pacte I. Le Tribunal fédéral considère que la liberté de l'art et celle de l'enseignement et de la recherche scientifiques sont garanties

par la liberté d'opinion. Il n'en fait cependant pas des droits constitutionnels séparés.

- 16** Cet article consacre du droit interne non écrit qui résulte de la jurisprudence et des art. 11 CEDH et 21 Pacte II. Il condense la jurisprudence du Tribunal fédéral. La question de savoir si les réunions et les manifestations sur le domaine public peuvent, sans base légale, être subordonnées à une autorisation préalable demeure controversée. Une partie de la doctrine est néanmoins de l'avis qu'une telle restriction de la liberté de réunion doit se fonder sur une base légale formelle (voir, en outre, ATF 119 la 445, 449).
- 17** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 56 Cst. féd.; art. 11 CEDH; art. 22 Pacte II. La liberté d'association implique, en principe, le droit de ne pas être contraint d'adhérer à une association. A la différence de la liberté de réunion, la liberté d'association ne peut pas être subordonnée à un régime d'autorisation préalable.
- 18** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 45, al. 1, Cst. féd.; art. 12 Pacte II (avec une réserve de la Suisse). L'alinéa 2 est une concrétisation de la liberté d'établissement, qui comprend également le droit d'émigrer. L'art. 12 Pacte II garantit le libre choix de l'établissement à l'intérieur d'un Etat signataire à toute personne, même étrangère, qui s'y trouve légalement. La Suisse a formulé une réserve à cet art. 12 afin d'en limiter la portée à l'égard des étrangers.
- 19** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 45, al. 2, Cst. féd.; art. 7 EIMP; jurisprudence ad art. 3 CEDH; art. 3 Convention ONU contre la torture; art. 33 Convention relative au statut des réfugiés. L'alinéa 1 reprend notamment le principe fondamental et incontesté de l'ancienne loi fédérale sur l'extradition aux Etats étrangers, du 22 janvier 1892, ainsi que de la loi actuelle sur l'entraide pénale internationale (art. 7), qui interdit l'extradition de personnes de nationalité suisse. L'alinéa 2, première phrase, protège les réfugiés reconnus: ils ne peuvent être extradés ni refoulés vers un pays où ils sont persécutés. La seconde phrase garantit à toute personne – mais en fait essentiellement aux étrangers: cf. al. 1, pour les Suisses – de ne pas être acheminée vers le territoire d'un Etat où elle risque la torture ou des traitements cruels ou inhumains.
- 20** Cet article reprend l'art. 22^{ter} Cst. féd. Le problème des restrictions de la garantie de la propriété (2^e al. de l'art. 22^{ter} Cst. féd.) est réglé par l'art. 30 du projet (Restrictions des droits fondamentaux).
- 21** Cet article met à jour l'art. 31 Cst. féd. L'alinéa 2 met en évidence les aspects individuels généralement reconnus de l'actuelle liberté du commerce et de l'industrie. Les aspects institutionnels (plutôt orientés sur le système économique, comme, par exemple, l'égalité de traitement des concurrents économiques, la protection contre les mesures de «politique économique») sont couverts par l'alinéa 3. L'alinéa 3: selon la jurisprudence du Tribunal fédéral sont illicites les mesures «mit denen in den freien Wettbewerb eingegriffen wird, um einzelne Gewerbetreibenden oder Unternehmensformen zu bevorteilen und das Wirtschaftsleben nach einem festen Plan zu lenken» (ATF 111 la 186; interdiction des mesures dites de politique économique). Les concurrents économiques doivent être traités de manière égale (ATF 112 la 34). Sont en principe licites notamment les mesures dites de police économique, de politique sociale, de politique de l'environnement. Le régime général des restrictions des droits fondamentaux est désormais réglé à l'art. 30 du projet (Restrictions des droits fondamentaux); voir, en outre, l'art. 75 du projet (Principes du régime économique), qui reprend notamment la réserve en faveur des réglees cantonales.
- 22** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: pour la liberté syndicale, art. 56 Cst. féd., art. 11 CEDH, art. 22 Pacte II et art. 8 Pacte I; pour le droit de grève, art. 56 Cst. féd., art. 8, par. 1, let. d, Pacte I, Convention OIT n° 87. La doctrine dominante admet que la garantie de la liberté syndicale

implique celle du droit de grève (voir une récapitulation chez Ch. A. Morand, *Mélanges Berenstein*, Genève 1989, p. 45ss, ainsi que, plus récemment, P. Mahon, dans: *Le travail et le droit*, Fribourg 1994, p. 29ss, p. 64s.; le droit de grève fait cependant l'objet de rattachements différents: à l'art. 31ss ou à l'art. 34^{ter} Cst. féd.). Dans un arrêt de 1985, le Tribunal fédéral a laissé ouverte la question de savoir si le droit de grève est protégé en tant que droit fondamental (ATF 111 II 245, 253). Le droit de lock-out est considéré – dans l'idée d'assurer l'égalité des armes – comme faisant partie de la liberté syndicale (M. Rehbinder, *Schweizerisches Arbeitsrecht*, Berne 1995, p. 213).

- 23** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 4 Cst. féd.; art. 6 CEDH; art. 14, chif. 1, Pacte II. Il condense la jurisprudence du Tribunal fédéral et celle des organes de la CEDH.
L'alinéa 1 garantit le droit à une procédure équitable, qui implique notamment l'interdiction du déni de justice, du retard injustifié et du formalisme excessif. L'alinéa 2 garantit le droit d'être entendu, qui comprend notamment le droit d'être préalablement instruit de la situation et de s'exprimer à ce sujet, ainsi que celui de consulter le dossier, de se déterminer à son propos, de proposer des moyens de preuve et d'obtenir une décision motivée. Est aussi garanti, en principe, le droit de se faire assister d'un avocat de son choix (ATF 105 la 288). L'alinéa 3, lui aussi, vise, de manière générale, la procédure administrative et la procédure judiciaire. Il rend ainsi compte de l'état actuel de la jurisprudence et de la doctrine, selon lesquelles est aussi garantie, dans certaines circonstances, l'assistance judiciaire gratuite dans des procédures administratives non-contentieuses (cf. ATF 112 la 14, 18; 117 la 277ss).
- 24** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 58 et art. 59, al. 1 et 2, Cst. féd.; art. 6 CEDH; art. 14, chif. 1, Pacte II.
L'alinéa 1 implique que les cas où il appartient à un tribunal de se prononcer continuent de dépendre du droit international public. Relèvent d'une procédure judiciaire en particulier les contestations de caractère civil et les accusations pénales au sens de l'art. 6 CEDH.
L'alinéa 2, 2^e phrase, saisit, avec le mot loi, les lois fédérales, celles des cantons, ainsi que les traités internationaux (voir, en particulier, la Convention de Lugano et sa réserve). En adoptant la présente disposition, on prépare la situation constitutionnelle de 1999.
- 25** Cet article consacre du droit interne non écrit qui résulte de la jurisprudence et des art. 5 CEDH et 9, chif. 2 à 4, Pacte II. Il condense la jurisprudence du Tribunal fédéral et celle des organes de la CEDH.
- 26** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 4 Cst. féd. et droit non écrit; art. 6 CEDH; art. 14, chif. 2, 3, 5 et 6 Pacte II. Il condense la jurisprudence du Tribunal fédéral et celle des organes de la CEDH. Parmi les droits de la défense auxquels renvoie l'alinéa 2, citons notamment le droit de préparer convenablement sa défense, celui d'assurer soi-même sa défense ou de la confier à un défenseur de son choix, celui d'interroger ou de faire interroger les témoins à charge, celui de se faire assister gratuitement d'un interprète (art. 6, par. 3, CEDH).
- 27** Cet article reprend l'art. 57 Cst. féd. Selon la jurisprudence du Tribunal fédéral, le droit de pétition implique l'obligation pour l'autorité de prendre connaissance de la pétition et de la transmettre, s'il y a lieu, à l'autorité compétente (ATF 98 la 484, 488s.; 119 la 53, 55).
- 28** Cet article consacre un droit interne non écrit qui résulte de la jurisprudence et de l'art. 25 Pacte II (avec une réserve de la Suisse). Le Tribunal fédéral a, en effet, fait de la liberté de vote un droit constitutionnel (ATF 117 la 41, 46; 452, 455; 118 la 259, 261; 119 la 271, 272). L'alinéa 2 concrétise cette liberté, qui protège notamment le secret du vote. L'alinéa 3 réserve les règles du droit cantonal relatives notamment aux «Landsgemeinde» et aux assemblées de commune qui font exception au principe du secret du vote.

- 29** Cet article consacre du droit non écrit. Il rend compte, sous forme de norme constitutionnelle, de la jurisprudence et de la théorie générale des droits fondamentaux. Tel qu'il est formulé, il couvre aussi (dans les limites de la jurisprudence du Tribunal fédéral) le problème des effets horizontaux dans les rapports entre les particuliers (Drittwirkung).
L'alinéa 1 exprime l'idée que les droits fondamentaux, à côté de leur fonction classique de défense des libertés, remplissent une fonction positive.
L'alinéa 2 insiste sur le fait que non seulement les autorités, mais encore toute personne qui assume une tâche étatique, doivent respecter les droits fondamentaux (fonction défensive) et contribuer à leur réalisation (fonction positive).
- 30** Cet article consacre du droit non écrit. Il rend compte, sous forme de norme constitutionnelle, de la jurisprudence et de la théorie générale des restrictions des droits fondamentaux. C'est un article qui doit donner la clé pour assurer la constitutionnalité des restrictions des droits fondamentaux.
L'alinéa 1 pose les conditions qu'une restriction doit remplir pour être conforme à la Constitution. La justification au nom de la protection d'un droit fondamental d'autrui exprime l'idée classique que la liberté de l'un finit là où commence la liberté de l'autre.
L'alinéa 2 précise que les exigences en matière de base légale sont d'autant plus élevées que l'atteinte portée à un droit fondamental est grave: les restrictions graves doivent figurer dans une loi formelle. La 2^e phrase de cet alinéa réserve la clause générale de police.
L'alinéa 3 impose le respect de l'essence même (parfois appelée noyau intangible) des droits fondamentaux: en d'autres termes, une restriction ne doit pas vider un droit fondamental de sa substance.
- 31** Cet article met à jour le droit résultant partiellement des dispositions suivantes: art. 24^{novies}, 27, al. 2, 31^{quinquies}, al. 1, 34–34^{novies}, 69 Cst. féd.; art. 6 à 13 Pacte I. Par la ratification du Pacte I, la Suisse s'est engagée à reconnaître les droits au travail, au logement, à la sécurité sociale, à la santé et à la formation. Toutefois ces droits ne sont, en principe, pas directement applicables, mais peuvent acquérir parfois certains contenus partiels qui sont directement applicables (voir, sur cette problématique à propos du droit à la formation, ATF 120 Ia 1ss).
- Titre 3** Les compétences de la Confédération sont décrites de la manière suivante:
Compétence exclusive: «...relève de la compétence de la Confédération»;
Compétence concurrente: «...édicte des dispositions...»;
Compétence législative limitée aux principes: «...établit, par voie législative, les principes applicables à...»
- 32** Cet article met à jour l'art. 3 Cst. féd.; fidélité confédérale comme droit constitutionnel non écrit.
- 33** Cet article met à jour l'art. 3 Cst. féd.; autonomie communale comme droit constitutionnel non écrit.
L'autonomie communale est reconnue par la jurisprudence du Tribunal fédéral comme droit constitutionnel pour les collectivités de rang inférieur.
- 34** Cet article met à jour l'art. 7 Cst. féd., de même que du droit constitutionnel non écrit. Il va de soi que les conventions conclues entre les cantons priment le droit cantonal des cantons parties à la convention.
Alinéa 3: L'approbation de la Confédération n'est pas constitutive; une limitation aux conventions contenant des règles de droit serait une restriction de la portée actuelle de l'art. 7 al. 2 Cst. féd., qui prévoit que les conventions doivent «être portées à la connaissance de l'autorité fédérale».
- 35** Cet article met à jour les art. 3 Cst. féd. et 2 D.T. Voir aussi la remarque relative à l'article 4 du projet.
- 36** Cet article met à jour les art. 61 et 67 Cst. féd. Pour la poursuite et la faillite, l'art. 81 al. 1 et 2 LP prévoit une solution particulière. L'art. 67 Cst. féd. est devenu obsolète.

- 37** Cet article met à jour les art. 5 et 16 Cst. féd. Les autres garanties prévues par l'art. 5 Cst. féd. peuvent soit être déduites de la notion d'ordre constitutionnel ou alors sont contenues dans d'autres dispositions du projet.
- 38** Cet article met à jour l'art. 6 Cst. féd.
- 39** Cet article met à jour les art. 1 et 5 Cst. féd.
- 40** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 43 al. 1 et 4, 44 al. 3, 2^e phrase, 45 al. 1^{er}, 47, 60 Cst. féd.
- 41** Cet article met à jour les art. 44 et 68 Cst. féd. L'art. 44 al. 3, 1^{re} phrase, Cst. féd. contient une évidence à laquelle le projet peut renoncer. Dans la mesure où l'art. 68 Cst. féd. prévoit du droit transitoire, il est devenu obsolète.
- 42** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 43 al. 2, 3, 5 et 6; 74 al. 3 Cst. féd.
Al. 3: voir aussi la réglementation générale du devoir de soumettre à l'approbation prévue par l'art. 160 du projet.
- 43** Cet article met à jour l'art. 45^{bis} Cst. féd.
- 44** Cet article met à jour l'art. 8 Cst. féd.
- 45** Cet article met à jour les art. 9 et 10 Cst. féd. La pratique actuelle de la Confédération (voir FF 1994 II 608), qui va au-delà de ce que permet le libellé de l'art. 9 Cst. féd., est confirmée au niveau constitutionnel; le caractère d'exception de cette compétence des cantons résulte de l'art. 44 al. 1^{er} en relation avec l'art. 45 al. 2 du projet.
- 46** Cet article met à jour l'art. 12 Cst. féd. La disposition transitoire de l'art. 12 al. 4 est désuète (voir ACF du 12.3.1934 concernant l'interdiction des décorations pour l'armée; RS 514.118). En réalité, cet article contient une disposition de nature législative. Cette disposition est cependant nécessaire comme base constitutionnelle pour les membres des autorités cantonales et du parlement.
- 47** Cet article met à jour le droit qui résulte des dispositions suivantes: art. 18, 20, 34^{ter} al. 1^{er}, lit. d) Cst. féd. et 6 D.T.
- 48** Cet article met à jour le droit qui résulte des dispositions suivantes: art. 11, 13, 15, 17, 18, 19, 21, 22, 34^{ter} al. 1^{er} lit. d) Cst. féd.
Al. 3, 1^{re} partie de la phrase: suppression proposée dans le cadre du programme d'assainissement 1994 (voir FF 1995 I 110).
- 49** Cet article met à jour les art. 15 et 19 al. 4 Cst. féd. L'art. 15 Cst. féd. n'a aujourd'hui plus qu'une importance marginale comme disposition relative au droit de nécessité de la Confédération.
- 50** Cet article met à jour les art. 22^{bis} et 31^{bis} al. 3 lit. e) Cst. féd. Cette disposition reprend, en s'inspirant de l'article de but de la nouvelle loi sur la protection civile, la compétence exclusive de l'art. 22^{bis} al. 1^{er} Cst. féd.
- 51** Cet article met à jour l'art. 24^{septies} Cst. féd. L'art. 24^{septies} al. 2 Cst. féd. est repris dans ses principes par l'art. 32 al. 3 du projet.
- 52** Cet article met à jour les art. 24 et 24^{bis}. Cette disposition unifie les domaines classiques du droit des eaux (utilisation de la force hydraulique, protection des cours d'eau et installations hydrauliques). La réserve d'exécution au profit des cantons (art. 24^{bis} al. 5 Cst. féd.) est mise à jour par l'art. 32 al. 3 du projet.
- 53** Cet article met à jour l'art. 24 Cst. féd. (voir art. 1^{er} LFo). La notion «droit de la haute surveillance» correspond, selon l'opinion dominante, à une compétence législative de principe.
- 54** Cet article met à jour l'art. 24^{sexies} Cst. féd. L'art. 24^{sexies} al. 1^{er} Cst. féd. est supprimé. L'al. 4 du projet reprend le texte de l'initiative de Rothenthurm (sans disposition transitoire).
- 55** Cet article met à jour l'art. 25 Cst. féd. Contrairement au texte de l'art. 25 Cst. féd., la doctrine dominante admet que, dans le domaine de la chasse et de la

pêche, la Confédération est seulement habilitée à édicter des principes. Font partie du champ d'application matériel non seulement les poissons, mais aussi les autres animaux aquatiques.

- 56** Cet article met à jour l'art. 25^{bis} Cst. féd. Le mandat au législateur (art. 25^{bis} al. 2 Cst. féd.) ne demeure que dans une forme simplifiée, dans la mesure où il est suffisamment concrétisé dans la loi sur la protection des animaux. La réserve d'exécution au profit des cantons (art. 25^{bis} al. 3 Cst. féd.) n'est, en raison de l'art. 32 al. 3 du projet, plus nécessaire.
- 57** Cet article met à jour l'art. 22^{quater} Cst. féd. L'attribution de compétence aux cantons («...des principes applicables aux plans d'aménagement que les cantons seront appelés à établir») doit être conservée dans la mesure où, contrairement à la réserve émise par l'art. 24^{sexies} al. 1^{er} Cst. féd., elle a une importance considérable pour la répartition des tâches (interdiction pour la Confédération d'émettre des plans directement). L'obligation de collaborer (art. 22^{quater} al. 2 Cst. féd.) est une conséquence évidente du principe de l'Etat fédéral; elle ne doit pas être mentionnée.
- 58** Cet article met à jour l'art. 23 Cst. féd. La compétence d'expropriation (art. 23 al. 2 Cst. féd.) n'a, en raison des art. 22^{ter} al. 2 Cst. féd., et respectivement 20 du projet, plus de signification autonome; elle peut être biffée. La réserve relative aux intérêts militaires (art. 23 al. 3 Cst. féd.) est déjà comprise dans la compétence à raison de la matière de la Confédération dans le domaine de la défense nationale.
- 59** Cet article met à jour les art. 37 et 37^{bis} Cst. féd. Il s'agit pour l'essentiel d'une modification rédactionnelle. La notion «dispositions sur la circulation routière» comprend naturellement également les «dispositions concernant les automobiles et les cycles».
«Haute surveillance» au sens de l'art. 37 al. 1^{er} Cst. féd. n'inclut pas le droit d'édicter une législation de principe; la Confédération a uniquement le droit de protester contre un entretien insuffisant des routes existantes et (exceptionnellement) contre le refus de construction ou d'extension de certaines liaisons et d'ordonner les mesures nécessaires. Pour le reste, les cantons restent souverains en matière de routes.
- 60** Cet article met à jour l'art. 36^{bis} Cst. féd. La définition des routes nationales (art. 36^{bis} al. 1^{er}, 2^e phrase) est suffisamment établie par la LRN et l'arrêté sur le réseau routier. Le devoir de ménager les terres productives (art. 36^{bis} al. 3 Cst. féd.) est repris sous une forme générale par l'art. 57 al. 2, deuxième partie de la phrase, du projet (prise en considération des besoins en matière d'aménagement du territoire). La mention fragmentaire de la haute surveillance cantonale sur les routes (art. 36^{bis} al. 6 Cst. féd.) peut, compte tenu de l'art. 3 Cst. féd., être supprimée.
- 61** Cet article met à jour les art. 36^{sexies} Cst. féd. et 22 D.T. Le projet reprend le texte, pratiquement sans modifications, de l'initiative des alpes.
- 62** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 36^{ter}, 36^{quater}, 36^{quinquies} Cst. féd.; 21 D.T. Pour l'essentiel, il s'agit d'une modification rédactionnelle. La Confédération perçoit trois redevances sur le trafic privé: un impôt sur les huiles minérales (supplément inclus), une taxe sur le trafic des poids lourds (tout d'abord sous forme de forfait, plus tard en fonction de l'utilisation), une redevance sur les routes nationales (vignette autoroutière). La base constitutionnelle pour l'impôt sur les huiles minérales figure à l'art. 111 du projet. Les détails des redevances routières (art. 36^{quinquies} Cst. féd.) doivent être réglés au niveau de la loi.
- 63** Cet article met à jour l'art. 37^{quater} Cst. féd. L'art. 37^{quater} al. 2, 1^{re} phrase (attribution de compétence aux cantons) est supprimé. L'art. 37^{quater} al. 4 Cst. féd. (collaboration avec des organisations privées) est suffisamment concrétisé par l'art. 8 LCPR.
- 64** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 24^{ter}, 26, 37^{ter} Cst. féd.; uniquement modifications rédactionnelles.

- 65** Cet article met à jour l'art. 24^{octies} Cst. féd. Les principes de la politique énergétique influencent, par les buts qu'ils visent, le droit de l'énergie nucléaire, de l'économie des eaux, de la protection de l'environnement, de l'approvisionnement du pays, de la protection des consommateurs et de la recherche. Ainsi, les compétences énumérées à l'art. 65 du projet garderont leur portée générale qui répond à la nature pluridisciplinaire de la politique énergétique.
- 66** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 24^{quater}, 24^{quinquies}, 26^{bis} Cst. féd.; 19 D.T. La compétence de la Confédération n'est exclusive qu'en matière d'énergie nucléaire et laisse au législateur, compte tenu de l'évolution imprévisible des techniques en matière atomique, le choix entre diverses solutions; pour ce qui est de l'énergie électrique, la compétence de la Confédération n'est relative qu'à son transport (transformation et transport) ainsi qu'à sa distribution; pour les huiles minérales et les carburants liquides ou gazeux, la compétence ne concerne que le transport par conduites.
- 67** Cet article met à jour l'art. 36 Cst. féd. L'obligation de verser les bénéfices (art. 36 al. 2 Cst. féd.) doit être maintenue au niveau constitutionnel et ne peut, dans le cadre d'une simple mise à jour, être laissée au pouvoir d'appréciation du législateur. L'art. 36 al. 4 (secret postal) est désormais intégré au chapitre relatif aux droits fondamentaux (Respect de la vie privée et de la vie familiale).
- 68** Cet article met à jour l'art. 55^{bis} Cst. féd. Inchangé à l'exception de quelques retouches rédactionnelles (suppression des termes «auditeurs et téléspectateurs» de l'al. 2 et de la précision «dans les limites fixées au 2^e alinéa» de l'al. 3).
- 69** Cet article met à jour les articles 27 Cst. féd. et 4 D.T. La compétence de surveillance de la Confédération ne doit, dans ce domaine, pas faire l'objet d'une mention spéciale. Pour ce qui est de l'exigence d'un enseignement neutre sur le plan confessionnel (art. 27 al. 3 Cst. féd.), voir le Titre 2: Droits fondamentaux.
- 70** Cet article met à jour l'art. 27^{quater} Cst. féd. L'autonomie cantonale en matière d'instruction primaire (art. 27^{quater} al. 3 Cst. féd.) ne doit pas être répétée ici. Le droit des cantons d'être consultés est réglé de manière générale.
- 71** Cet article met à jour l'art. 34^{ter} al. 1^{er} lit. g) Cst. féd.
- 72** Cet article met à jour l'art. 27^{sexies} Cst. féd. La loi fédérale sur la statistique (LSR, RS 431.01) est basée sur les articles 27^{sexies}, 31^{quinquies} al. 5 et 85 chif. 1 Cst. féd. de même que sur la compétence non écrite de la Confédération d'accomplir les travaux statistiques nécessaires, de par la connexité matérielle (FF 1992 I 368). Ainsi, une disposition particulière relative à la statistique n'est pas absolument nécessaire.
- 73** Cet article met à jour les art. 27^{ter} et 116 Cst. féd. de même que du droit constitutionnel non écrit (FF 1992 I 522, JAAC 1986 n° 47, 314). Le droit des cantons d'être consultés (art. 27^{ter} al. 2 Cst. féd.) est réglé de manière générale. La participation des cantons à l'exécution de la loi sur le cinéma est suffisamment réglée au niveau de la loi (cf art. 20 de la loi sur le cinéma, RS 443.1). Le rejet de l'article constitutionnel sur la culture ne change rien au fait que l'engagement de la Confédération dans le domaine de la promotion de la culture, dans les mêmes limites que ses activités actuelles, doit continuer à figurer dans la Constitution.
- 74** Cet article met à jour l'art. 27^{quinquies}. Les obligations des écoles en matière de gymnastique et de sport sont incluses dans la compétence législative de l'al. 1^{er} et également dans l'exigence d'un «enseignement de qualité» (art. 69 du projet); elles ne doivent pas être mentionnées expressément. L'exécution des dispositions par les cantons (art. 27^{quinquies} Cst. féd., al. 1^{er}, dernière phrase) est suffisamment concrétisée par la législation; elle ne doit plus être mentionnée expressément. Le droit des cantons d'être consultés (art. 27^{quinquies} al. 4 Cst. féd.) est réglé de manière générale.
- 75** Cet article met à jour les art. 31 et 31^{bis} Cst. féd. Voir aussi note ad art. 21 du projet. Les principes exprimés par l'art. 32 font désormais partie de la règle-

- mentation générale (principe de la légalité; droit des cantons et des associations économiques d'être consultés, art. 155 du projet; exécution par les cantons, art. 32 al. 3 du projet; collaboration des associations économiques à l'exécution, art. 152 al. 3 du projet). L'art. 31^{ter} al. 2 Cst. féd. est l'expression d'un principe général qui ne mérite pas ici d'être mentionné expressément.
- 76** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 31^{bis} al. 2, 33 Cst. féd., 5 D.T., ainsi que l'art. 31 al. 1^{er} Cst. féd. L'al 2, 1^{re} phrase, élève la création d'un marché intérieur suisse au rang de but constitutionnel; cette manière de faire renforce la compétence globale prévue à l'al. 1^{er}. Cette concrétisation est couverte par la portée reconnue de la liberté du commerce et de l'industrie qui a aussi trait au marché intérieur (art. 31 al. 1^{er} Cst. féd.: «sur tout le territoire de la Confédération»).
- 77** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 31^{bis} al. 2 et 3; art. 31^{ter} al. 1^{er} Cst. féd. La mention explicite des certificats de capacité à l'al. 3 est superflue (compétence cantonale).
- 78** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 31^{bis}, al. 2 et 3, 31^{sexies} et 31^{septies} Cst. féd. L'art. 31^{sexies}, al. 2, peut être consacré au niveau de la loi. L'abandon de l'art. 31^{sexies}, al. 3 (procédure simple et rapide, etc.), exige une réglementation au niveau de la loi.
- 79** Cet article met à jour le droit résultant des art. 38 et 39 Cst. féd.
 Alinéa 1: l'art. 38, al. 2 et 3, peut être consacré au niveau de la loi (cf. art. 2 et 4 de la LF du 18.12.1970 sur la monnaie, RS 941.10); il est inutile au niveau de la Constitution.
 Alinéa 2: Le transfert du monopole des billets de banque de la Confédération à la Banque nationale suisse (BNS) peut aussi s'opérer au niveau de la loi. Il n'est pas besoin de déterminer concrètement la forme juridique de la BNS au niveau de la Constitution. Il va sans dire que le législateur peut attribuer d'autres tâches à la BNS (en particulier: faciliter les opérations de paiement). L'exemption d'impôts de la Banque nationale (art. 39, al. 5, Cst. féd.) n'a pas besoin d'être formulée expressément car elle peut être consacrée au niveau de la loi (art. 12 LBN). L'abandon de l'obligation de rembourser et de la couverture-or (art. 39, al. 6 et 7, Cst. féd.) se justifie compte tenu de la pratique actuelle de la Constitution et de l'état des accords monétaires internationaux (cf. art. IV des Statuts du Fonds monétaire international, RO 1992, 2571).
 Alinéa 3: L'objet de l'actuel art. 39, al. 4, est réglé à satisfaction au niveau de la loi (art. 27 LBN).
- 80** Cet article met à jour le droit résultant de l'art. 31^{quinquies} Cst. féd. Il n'est pas nécessaire de mentionner expressément la statistique conjoncturelle (art. 31^{quinquies}, al. 5; tâche implicite).
 Alinéa 4: La réglementation de l'utilisation et du remboursement des fonds peut en soi être maintenue au seul niveau de la loi. Si l'on voulait cependant consacrer expressément ces principes dans le texte de la Constitution, on pourrait les formuler sur le modèle de la disposition constitutionnelle actuelle.
- 81** Contenu implicitement dans le droit actuel (cf. art. 2, 29 et 31^{bis} Cst. féd.). Voir aussi art. 2 et 44, al. 2, P.
- 82** Cet article met à jour le droit résultant des art. 31^{bis}, al. 3, et 23^{bis} Cst. féd.
- 83** Cet article met à jour le droit résultant de l'art. 31^{bis}, al. 3, Cst. féd.
- 84** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 32^{bis}, 32^{ter} et 32^{quater} Cst. féd.
 On peut renoncer à interdire expressément l'absinthe au niveau de la Constitution – vu la législation actuelle (RS 817.451; et, pour l'avenir, vu la base constituée par l'art. 98 P); à moins qu'on veuille limiter par la suite l'action du législateur.
 Les alinéas 1 et 2 de l'art. 32^{quater} actuel ne paraissent pas indispensables en ce qui concerne la compétence et les principes. L'al. 1 doit en revanche être maintenu si l'on considère que le droit constitutionnel doit régler de manière exhaustive le problème de l'aptitude de la clause de besoin à combattre les abus de l'alcool. L'al. 4,

phrase 1, va de soi aujourd'hui. L'al. 4, phrase 2, est couvert par l'al. 2 proposé ici. – Dans le cadre du régime financier, il faut examiner s'il convient de mettre à jour l'al. 3 (ce qui est discutable, du moment que les cantons ne peuvent plus guère manœuvrer sur ce terrain à cause des dispositions générales sur le régime financier). L'al. 6 relève du niveau de la loi. Face aux compétences globales de la Confédération en matière de commerce et de denrées alimentaires (voir art. 76 et 98 P), le maintien de l'al. 5 n'aurait plus qu'une portée négative, celle de défendre à la Confédération de régler le commerce de détail des boissons alcoolisées.

- 85** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 31^{quater}, art. 34, al. 2, et 31^{bis}, al. 2 (bourses) Cst. féd. L'art. 76 P offre une base de droit constitutionnel à la réglementation de droit fédéral d'autres prestations financières.
- 86** Cet article met à jour le droit résultant de l'art. 35 Cst. féd.
Il se justifierait de renoncer aux règles de l'art. 35, récemment accepté, qui prennent expressément en considération les régions en ce qui concerne l'octroi des concessions, les limites des mises, le montant maximal et l'affectation de l'impôt (affaire de la législation). L'attribution de cette tâche au législateur doit être garantie par une disposition transitoire.
- 87** Cet article met à jour le droit résultant des art. 40^{bis} et 41 Cst. féd. En principe, reprise textuelle des art. 40^{bis} et 41, al. 1, Cst. féd. Les dispositions relatives à la fabrication, l'acquisition et la distribution d'armes et de matériel de guerre (art. 41, al. 2 à 4, Cst. féd.) sont groupées et formulées succinctement (al. 2 P).
Alinéa 3: La régle de la poudre de guerre doit être supprimée. Une procédure de consultation sur l'abrogation pure et simple de l'art. 41, al. 1, Cst. féd. est en cours.
- 88** Cet article met à jour le droit résultant de l'art. 34^{sexies} Cst. féd. La réserve en faveur de l'exécution par les cantons (art. 34^{sexies}, al. 4, Cst. féd.) est obsolète à cause de l'art. 32, al. 3. On peut aussi abandonner l'obligation de consultation prévue à l'art. 34^{sexies}, al. 5, Cst. féd. (cf. la disposition générale sur la procédure de consultation dans la quatrième partie du P).
- 89** Cet article met à jour le droit résultant de l'art. 34^{septies} Cst. féd. La notion d'abus doit être définie dans la loi compte tenu des estimations faites dans l'ordre juridique. Les différents aspects mentionnés dans le droit actuel (art. 34^{septies}, al. 1, phrase 2, Cst. féd.) ont été introduits dans la législation relative au droit de bail et n'ont plus besoin d'être cités.
- 90** Cet article met à jour le droit résultant des art. 34, al. 1, et 34^{ter} Cst. féd. L'art. 34, al. 2, Cst. féd. (surveillance des assurances) est transféré dans la partie de la Constitution consacrée à l'économie. L'art. 34^{ter}, al. 1, let. g, Cst. féd. (formation professionnelle) est placé avec les articles sur la formation (art. 71 P), l'art. 34^{ter}, al. 1, let. d (compensation) avec les dispositions sur la défense nationale (art. 47 P).
L'alinéa 2 de cet article met à jour le droit résultant des art. 116^{bis} Cst. féd. et 20, al. 2 et 3, disp. trans. L'art. 20, al. 1, disp. trans. est tombé en désuétude (mise en vigueur de l'article constitutionnel «dans les trois ans qui suivent son acceptation par le peuple et les cantons»).
- 91** Cet article met à jour le droit résultant de l'art. 34^{quater}, al. 1, 4, 5 et 6, Cst. féd. L'art. 34^{quater} relatif à la prévoyance pour les cas de vieillesse, de décès et d'invalidité est scindé en trois articles de la manière suivante: art. 91 P: principe des trois piliers, dispositions y relatives, 3^e pilier; art. 92 P: 1^{er} pilier; art. 93 P: 2^e pilier.
- 92** Cet article met à jour le droit résultant de l'art. 34^{quater}, al. 2 et 7, Cst. féd. et de l'art. 11, al. 1, disp. trans. L'art. 92 P porte uniquement sur le 1^{er} pilier. Les points déjà consacrés au niveau de la loi, par exemple ceux concernant la constitution et le calcul des subventions fédérales, ne figurent plus dans le texte constitutionnel, afin d'alléger celui-ci. On ne peut pas non plus renoncer à l'avenir aux prestations complémentaires envisagées précédemment comme provisoires. C'est pourquoi le contenu essentiel de l'art. 11, al. 1, disp. trans. figure à titre définitif dans le P.
- 93** Cet article met à jour le droit résultant de l'art. 34^{quater}, al. 3, Cst. féd. et de l'art. 11, al. 2, disp. trans. L'art. 93 P porte uniquement sur le 2^e pilier. On peut se référer quant au sens à la note précédente.

- 94 Cet article met à jour le droit résultant de l'art. 34^{novies} Cst. féd. L'al. 4, phrase 2 (fixation du montant maximum du revenu soumis à cotisation ainsi que du taux de cotisation maximum), a été incorporé dans la législation fédérale. La réserve en faveur de l'exécution par les cantons (art. 34^{novies}, al. 5, Cst. féd.) est mise à jour à l'art. 32, al. 3, P.
- 95 Cet article met à jour le droit résultant de l'art. 48 Cst. féd. Les frais d'assistance qui incombaient d'abord au canton de séjour passent à la charge du canton de domicile. La législation a en fait tourné cette règle de compétence en prévoyant que l'assistance incombe au canton de domicile. Le canton de séjour ne doit fournir que l'aide immédiatement nécessaire.
- 96 Cet article met à jour le droit résultant de l'art. 34^{quinquies} Cst. féd. La réserve en faveur de l'exécution par les cantons (art. 34^{quinquies}, al. 5, Cst. féd.) est mise à jour à l'art. 32, al. 3, P. La collaboration d'organisations en vue de l'exécution doit être réglée au niveau de la loi; il en va de même de la réglementation selon laquelle les prestations financières de la Confédération peuvent dépendre de la participation des cantons.
- 97 Cet article met à jour le droit résultant de l'art. 34^{bis} Cst. féd. L'obligation de tenir compte des caisses de secours existantes (art. 34^{bis}, al. 1, in fine) avait son importance dans la phase d'élaboration de la législation fédérale; aujourd'hui, elle paraît dépassée.
- 98 Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 69, 69^{bis} et 24^{quinquies}, al. 2, Cst. féd. Cet article couvre l'al. 1 de l'art. 69^{bis} Cst. féd. Les al. 2 et 3 de l'art. 69^{bis} Cst. féd. sur l'exécution sont trop rigides et doivent céder le pas à une solution plus souple au niveau de la loi. L'art. 69 Cst. féd. n'a été remanié que sur le plan rédactionnel.
- 99 Cet article met à jour le droit résultant de l'art. 24^{novies} Cst. féd. Le P reprend textuellement l'al. 1 de l'art. 24^{novies} Cst. féd. Les al. 2 et 3 de l'art. 24^{novies} Cst. féd. contiennent en plus d'une règle de compétence législative des mandats législatifs détaillés.
- 100 Cet article met à jour le droit résultant des art. 69^{ter} et 70 Cst. féd.
- 101 Cet article met à jour le droit résultant des art. 64 et 53, al. 1, Cst. féd. On a renoncé à une énumération historique des différents domaines du droit privé (exercice des droits civils, droit des obligations, droit d'auteur, droit des brevets, modèles et dessins, droit des poursuites et faillite, tenue des registres de l'état civil). La teneur de l'art. 53, al. 1, Cst. féd. est contenue dans la compétence générale en matière de droit civil et n'a pas besoin d'être mentionnée spécialement.
- 102 Cet article met à jour le droit résultant de l'art. 64^{bis} Cst. féd.
- 103 Cet article met à jour le droit résultant de l'art. 64^{ter} Cst. féd.
- 104 Cet article met à jour le droit résultant de l'art. 40 Cst. féd. L'exécution est suffisamment réglée dans la législation d'application. Un renvoi au niveau de la Constitution est superflu.
- 106 Cet article met à jour le droit résultant des art. 41^{bis}, al. 3, et 41^{ter}, al. 6, Cst. féd. L'al. 1, au moins, s'applique aussi aux impôts directs. La double imposition sur le plan international, qui revêt une grande importance en pratique, ne doit pas figurer à l'al. 2. Elle n'a jusqu'à présent pas été mentionnée expressément dans la Cst. féd., mais elle découle de l'obligation de la Confédération de se protéger contre les mesures venant de l'étranger.
- 107 Cet article met à jour le droit résultant de l'art. 41^{ter}, al. 1 et 5, let. b et c, Cst. féd. Les revenus minimaux imposables ont été biffés parce que depuis longtemps la LIFD les a rendus superflus et qu'au reste on peut partir de l'idée que l'Etat ne peut pas imposer le minimum vital des contribuables. Il n'y a pas lieu de répéter ici les exigences qui découlent de l'art. 4 Cst. féd.
- 108 Cet article met à jour le droit résultant de l'art. 42^{quinquies} Cst. féd. L'énumération des objets susceptibles de réglementation, que pose l'art. 42^{quinquies}, al. 2, Cst. féd., n'est plus nécessaire, car ils figurent dorénavant dans la législation fédérale; il en va de

même de la disposition relative au contrôle des législations cantonales; en revanche, il est nécessaire de conserver la disposition réservant les domaines de compétence des cantons. Quant à celle sur le délai d'adaptation, elle a été biffée, car un tel délai va de soi, lors de chaque modification - même s'il n'est pas nécessairement aussi long que dans la LHID (8 ans). L'alinéa 4 correspond à l'art. 42^{quater} Cst. féd.

- 109** Cet article met à jour le droit résultant de l'art. 41^{ter}, al. 1, let. b, 1^{bis}, 3 et 3^{bis}, Cst. féd. L'alinéa 1 du droit transitoire met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 8, 8^{bis} et 8^{ter} disp. trans.
Alinéa 1, let. m, du droit transitoire: voir art. 8 disp. trans.
- 110** Cet article met à jour le droit résultant de l'art. 41^{bis}, al. 1, let. a, b et d, Cst. féd.
- 111** Cet article met à jour le droit résultant des art. 41^{bis}, al. 1, let. c, et 41^{ter}, al. 1, let. b, et 4 Cst. féd.
L'alinéa 1, let. b, met à jour le droit résultant de l'art. 32^{bis} Cst. féd. L'imposition des boissons distillées relève sur le plan de la systématique des impôts spéciaux sur les produits de consommation. Il faut en outre ajouter le principe en vertu duquel les cantons et les communes ne peuvent pas prélever des impôts de même nature (voir l'art. 113 du projet), qui s'applique toutefois aujourd'hui déjà comme principe de droit constitutionnel.
- 112** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 28, 29 et 30 Cst. féd., art. 1 disp. trans.
- 113** Cet article met à jour le droit résultant des art. 41^{bis}, al. 2, et 41^{ter}, al. 2, Cst. féd.
Cet article met à jour le droit résultant de l'art. 7 disp. trans.
- 114** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 32^{bis}, al. 9, 41^{ter}, al. 5, et 42^{ter}, Cst. féd.: art. 10 disp. trans.; art. 41^{ter}, al. 1, Cst. féd.; art. 9 disp. trans.
La formulation correspond à celle de l'art. 42^{ter} Cst. féd. La péréquation financière ne peut pas être reprise matériellement. Le Conseil fédéral a adopté en juin 1994 un nouveau système, qui ne peut cependant pas encore être formulé aujourd'hui. Aussi faut-il en rester provisoirement à la norme de compétence, qu'il conviendra de compléter le moment venu.
- 115** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 73, 74, 89 al. 2-5, 89^{bis} al. 2 et 3, 120, 121, 123 Cst. féd.
L'alinéa 1 de la disposition du projet reprend l'art. 74 al. 1 et 2 Cst. féd. L'art. 74 al. 3 Cst. féd. tombe. L'art. 74 al. 4 Cst. féd. (réserve du droit cantonal) est réglé par l'art. 42 du projet, relatif à l'exercice du droit de vote. Le projet contient les motifs d'exclusion du droit de vote de l'art. 2 LDP: interdiction pour cause de maladie mentale ou de faiblesse d'esprit (art. 369 CCS). La seconde phrase de l'alinéa 1 pose le principe du droit de vote et proclame l'égalité politique de tous les citoyens actifs. L'art. 66 Cst. féd. (perte des droits politiques) tombe.
L'alinéa 2 est une nouvelle disposition, qui fixe le contenu du droit de vote au niveau fédéral. Elle se base sur plusieurs articles: art. 73, 74, 89 al. 2-5, 89^{bis} al. 2 et 3, 120, 121 et 123 Cst. féd. Les principes de la libre formation de l'opinion du citoyen et de l'expression fidèle et sûre de sa volonté sont ancrés de manière générale à l'art. 28 du projet (Liberté de vote).
- 116** Cet article met à jour le droit résultant de l'art. 120 Cst. féd.
- 117** Cet article met à jour le droit résultant de l'art. 121 al. 1-6. Cst. féd.
L'alinéa 3 indique les deux limites formelles en vigueur pour l'initiative tendant à la révision partielle de la Constitution: l'unité de la forme et l'unité de la matière (art. 75 LDP). Comme limite matérielle au droit d'initiative figurent les règles impératives du droit international; en accord avec la doctrine dominante, celles-ci valent, d'après la pratique la plus récente des autorités fédérales, comme limite matérielle de toute révision constitutionnelle (FF 1994 III 1480).
L'alinéa 5: la procédure détaillée applicable aux votes sur une initiative et un contre-projet (vote avec «double oui»), qui figure aujourd'hui à l'art. 121^{bis} Cst. féd., sera désormais réglé au niveau législatif, dans la LDP.

- 118** Cet article met à jour le droit résultant des art. 1, 5, 89 al. 5, 89^{bis} al. 3, 120 al. 1, 121 al. 5, 123 al. 1 Cst. féd. Nouvelle formulation, qui énumère tous les cas de référendum obligatoire à la double majorité, ainsi qu'à la majorité du peuple. Alinéa 1, lettre c: voir l'art. 39 du projet (Modification du nombre et du territoire des cantons). Alinéa 1, lettre d: sur le droit d'urgence, voir l'art. 142 du projet.
- 119** Cet article met à jour le droit résultant des art. 89 al. 2-4, 89^{bis} al. 2 Cst. féd. L'art. 90 Cst. féd. (formes et délais du vote populaire) tombe. Alinéa 1, lettre b: les arrêtés fédéraux de portée générale non exposés au référendum selon l'art. 7 LRC font l'objet de l'art. 141 du projet (Législation). Alinéa 1, lettre c: sur le droit d'urgence, voir l'art. 142 du projet.
- 120** Cet article met à jour le droit résultant de l'art. 123 Cst. féd., étendu à tous les cas de vote populaire à la double majorité et complété par une disposition sur le résultat des votes populaires à la majorité simple.
- 121** Cet article met à jour le droit résultant des art. 75, 96 al. 1, 108 al. 1. Cst. féd.
- 122** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 77, 81, 97 et 108 Cst. féd. A propos de l'alinéa 4, voir, par ex., les art. 31 et 32 LOA.
- 123** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 76, 96, 105 Cst. féd. La durée de fonction de juge au Tribunal fédéral est actuellement réglée au niveau de la loi (cf. art. 107, al. 2, Cst. féd.), mais elle mériterait d'être mentionnée dans la Constitution elle-même, comme la durée de fonction des autres magistrats cités à l'art. 123 du projet.
- 124** Cet article met à jour l'art. 116, al. 2, Cst. féd. Il correspond à la décision du Conseil national du 1^{er} février 1995 concernant l'art. 116, al. 4, Cst. féd.
- 125** Cet article met à jour l'art. 117 Cst. féd. L'expression «sans droit» inclut également le droit international.
- 126** Cet article met à jour l'art. 71 Cst. féd.
- 127** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 72 et 73, al. 1^{er}, Cst. féd. L'art. 79 Cst. féd. est suffisamment ancré dans la loi sur les indemnités parlementaires.
- 128** Cet article met à jour l'art. 80 Cst. féd. L'art. 83 Cst. féd. est relégué au niveau de la loi (adaptation nécessaire de la loi sur les indemnités parlementaires).
- 129** Cet article met à jour l'art. 86 Cst. féd.
Le 1^{er} alinéa correspond à l'initiative parlementaire de la Commission des institutions politiques du Conseil national sur la réforme du parlement concernant l'art. 86, al. 1 et 3 Cst. féd. (FF 1995 I 1113, 1142s).
L'indemnisation des conseillers nationaux et, en partie, celle des conseillers aux Etats, sont réglées aujourd'hui déjà dans la loi sur les indemnités parlementaires (art. 79 et 83 Cst. féd.). La proposition de faire indemniser les conseillers aux Etats par la Confédération uniquement, telle qu'elle est prévue par l'initiative parlementaire de la Commission des institutions politiques du Conseil national sur la réforme du parlement (FF 1995 I 1113, 1134s), doit par conséquent être réalisée au niveau de la loi.
- 130** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 78 et 82 Cst. féd. Sur le droit de vote du président (art. 78, al. 3 et art. 82, al. 4, Cst. féd.), cf. note ad art. 137 (Quorum et majorité).
- 131** Disposition nouvelle; droit constitutionnel matériel; cf. articles correspondants de la loi sur les rapports entre les conseils.
- 132** Disposition nouvelle; droit constitutionnel matériel; cf. art. 8^{septies} de la loi sur les rapports entre les conseils.
- 134** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 92, 89, al. 1^{er}, Cst. féd.

- 135** Cet article met à jour l'art. 92 Cst. féd. La Constitution actuelle ne dit pas clairement si et dans quelle mesure la loi permet de déléguer d'autres compétences à l'Assemblée fédérale. La pratique l'admet (cf. art. 5 et 15 de la loi sur les garanties), mais la doctrine met en doute la constitutionnalité de telles délégations de compétences (cf. J.F. Aubert, in Commentaire de la Cst. féd., art. 92, no 8).
- 136** Cet article met à jour l'art. 94 Cst. féd. Actuellement, les règlements des conseils prévoient également des exceptions: art. 57 du règlement du CN et 47 du règlement du CE.
- 137** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 87, 88 et 92 Cst. féd.
Les alinéas 3 et 4 correspondent à l'article 88, al. 2 et 3, Cst. féd. adoptés par le peuple et les cantons le 12 mars 1995; le Conseil fédéral fixera l'entrée en vigueur (arrêté fédéral du 7 octobre 1994 instituant un frein aux dépenses, FF 1994 III 1783). La clause d'urgence prévue à l'art. 142, al. 1^{er}, du projet requiert une majorité qualifiée. Le droit de vote du président (art. 78, al. 3, et art. 82, al. 4, Cst. féd.) doit être réglé dans la loi sur les rapports entre les conseils, si la réglementation actuelle dans les règlements des conseils (règlement du CN et règlement du CE) est jugée insuffisante.
- 138** Cet article met à jour l'art. 93 Cst. féd.
- 139** Cet article met à jour l'art. 91 Cst. féd. La 2^e phrase correspond à l'art. 3^{bis} de la loi sur les rapports entre les conseils, lequel est considéré comme du droit constitutionnel matériel.
- 140** Disposition nouvelle; droit constitutionnel matériel; cf. articles correspondants de la loi sur les garanties et de la loi sur la responsabilité.
- 141** Cet article met à jour l'art. 85, chif. 2, Cst. féd. Sur la compétence de l'Assemblée fédérale de s'organiser elle-même, cf. l'art. 147, al. 1^{er}, let. h, du projet.
- 142** Cet article met à jour le droit résultant de l'art. 89^{bis} Cst. féd. Selon la pratique actuelle, l'Assemblée fédérale peut soustraire au référendum un arrêté fédéral de portée générale déclaré urgent, lorsqu'elle lui fixe une durée de validité inférieure à une année. Cette possibilité n'est pas mentionnée expressément ici.
- 143** Cet article met à jour l'art. 85, chif. 5, Cst. féd. (en partie). Cf. également l'art. 158 du projet (Relations avec l'étranger). La notion d'approbation, telle que l'utilisent la doctrine et la pratique, s'entend dans un sens large et comprend également, par exemple, la compétence de formuler une réserve.
- 144** Cet article met à jour l'art. 85, chif. 10, Cst. féd. Le droit d'effectuer des emprunts, que le Parlement a pris l'habitude, selon une pratique constante, de déléguer systématiquement au Conseil fédéral pour la durée de la législature, devrait être réglé dans la LFC.
- 145** Cet article met à jour l'art. 85, chif. 4, Cst. féd.
- 146** Cet article met à jour l'art. 85, chif. 11, Cst. féd.
- 147** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 85, chif. 6; 85, chif. 7 et 8 (en partie); 85, chif. 9; 85, chif. 5 et 7; 85, chif. 13; 85, chif. 1 et 3; 85, chif. 7 (in fine); 84; préambule de 85; 121, al. 3 et 4, Cst. féd.
L'alinéa 1^{er}, let. c, n'est pas mentionné expressément dans la Cst. féd., mais, selon la doctrine et la pratique dominantes, il en ressort implicitement. De l'avis de la doctrine, de telles mesures ne peuvent avoir qu'un caractère provisoire et doivent être limitées dans le temps.
L'alinéa 1^{er}, let. d, reprend fidèlement le texte de l'art. 77, al. 1^{er}, LAAM (FF 1995 I 655).
L'alinéa 1^{er}, let. g, est repris de l'art. 75, al. 1^{er}, de la loi sur les droits politiques et de l'art. 24, al. 1^{er}, de la loi sur les rapports entre les conseils, en ce qui concerne la question de l'unité de la forme et de l'unité de la matière; quant à la question des limites matérielles au droit d'initiative, le droit écrit est muet à ce sujet, mais la pra-

- tique y voit une compétence de l'Assemblée fédérale (cf. FF 1994 III 1471, initiative «pour une politique d'asile raisonnable» lancée par les Démocrates suisses; cf. art. 117, al. 3 et 169, al. 2 et 3, du projet).
- Les chif. 12 et 14 de l'art. 85 ne sont plus repris dans le texte constitutionnel. Les compétences judiciaires de l'Assemblée fédérale, qui n'ont aujourd'hui plus beaucoup d'importance, seront définies par la législation (LPA); la participation de l'Assemblée fédérale à la revision de la Cst. féd. est ancrée dans les normes constitutionnelles correspondantes du chapitre relatif à la revision de la Cst. féd.
- L'alinéa 1^{er} lit. h, met à jour le droit de l'art. 85, chif. 1 et 3, Cst. féd. La réserve en faveur du Parlement concernant la création de nouvelles fonctions et la fixation des traitements chif. 3) n'est plus mentionnée expressément. Si cela ne ressort pas suffisamment du texte, la lettre h devrait être complétée en conséquence.
- 148** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 95 et 102, chif. 8, Cst. féd. Cf. également art. 1^{er} LOA.
- 149** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 95 et 96. Cf. art. 121 (Eligibilité), 122 (Incompatibilités), 123 (Durée de fonction), 145 (Elections [par l'Assemblée fédérale]) du projet. L'art. 99 Cst. féd. (sur les indemnités) est consacré de manière suffisante au niveau de la loi (LF concernant les traitements et la prévoyance professionnelle des magistrats; RS 172.12).
- 150** Cet article met à jour l'art. 98 Cst. féd.
- 151** Cet article met à jour l'art. 103 Cst. féd. Cf. également les art. 26 et 42 LOA. L'art. 100 Cst. féd. est suffisamment consacré au niveau de la loi (art. 14 LOA).
- 152** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 102, chif. 12, 103 (en partie) Cst. féd. Sur la compétence de l'Assemblée fédérale de s'organiser elle-même, cf. l'art. 147, al. 1^{er}, let. h, du projet. L'art. 104 Cst. féd. (recours à des experts) est suffisamment consacré au niveau de la loi (art. 40 LOA). L'alinéa 3 est, selon la doctrine et la pratique dominantes, du droit constitutionnel matériel. Cf. art. 42, al. 2, LOA.
- 153** Cet article met à jour l'art. 105 Cst. féd. Cf. art. 133 du projet. Cf. art. 121 (Eligibilité), 122 (Incompatibilités), 123 (Durée de fonction), 145 (Elections [par l'Assemblée fédérale]) du projet.
- 154** Cet article met à jour l'art. 102 (de manière générale), 102, chif. 1, Cst. féd. L'information du public fait partie des tâches gouvernementales et représente, selon les conceptions actuelles, du droit constitutionnel matériel (cf. art. 8 LOA).
- 155** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 101, 102, chif. 4 et 5, Cst. féd. La Constitution fédérale prévoit, actuellement de manière ponctuelle (art. 22^{bis}, 27^{ter}, 27^{quinquies}, 32, 34^{ter}, 34^{sexies}, 45^{bis}), l'obligation de consulter les cantons et les milieux intéressés avant que ne soient édictées des dispositions d'exécution. Ces dispositions seront reléguées au niveau de la loi. L'art. 155, al. 1^{er}, du projet suit, en effet, une nouvelle conception, selon laquelle ces diverses dispositions sont rassemblées en un seul article de principe qui crée une base constitutionnelle pour la consultation. Cf. également l'art. 7 LOA. Sur l'alinéa 3, cf. également la réglementation figurant aux art. 65^{bis} ss de la loi sur les rapports entre les conseils.
- 156** Cet article met à jour les art. 102, chif. 4 et 5, Cst. féd. Cf. également art. 7, al. 3, LOA. Il est incontesté que la compétence d'édicter des ordonnances d'exécution fait partie du droit constitutionnel matériel.
- 157** Cet article met à jour l'art. 102, chif. 14, Cst. féd. Cf. également les articles correspondants dans la LFC.
- 158** Cet article met à jour l'art. 102, chif. 8, Cst. féd. Il correspond à la pratique actuelle du Conseil fédéral en matière de conclusion des traités internationaux.
- 159** Cet article met à jour l'art. 102, chif. 8, 9, 10 et 11, Cst. féd. La compétence, fondée directement sur la Cst. féd. (al. 3), qu'a le Conseil fédéral d'édicter des ordonnances en matière de sécurité intérieure et extérieure fait partie, selon la doctrine et la pratique dominantes, du droit constitutionnel matériel. La doctrine estime que de telles

ordonnances ne peuvent avoir qu'un caractère provisoire et doivent être limitées dans le temps, ce qui, en règle générale, est le cas dans la pratique. L'al. 4 reprend fidèlement le texte de l'art. 77, al. 3, LAAM (FF 1995 I 655).

- 160** Cet article met à jour l'art. 102, chif. 2, 3, 7 et 13, Cst. féd. En principe, la Confédération dispose de tous les moyens de surveillance appropriés pour exercer sa haute surveillance sur l'activité des cantons, soit dans leur domaine d'action délégué, soit dans leur domaine de compétence originaire; de par la nature des choses, l'obligation de faire approuver leurs actes législatifs selon l'al. 2 intervient en premier lieu dans les cas où les cantons appliquent le droit fédéral.
- 161** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 102, chif. 2 et 3; 102, chif. 15; 102, chif. 16; 102, chif. 6; 102, chif. 2 et 15; 103, al. 2 et 3, (cf. également art. 113, al. 2, 85, chif. 12); préambule de l'art. 102 Cst. féd. A l'alinéa 1^{er}, let. a, le terme trop restreint de «concordats» est remplacé par celui de «conventions des cantons».
- 162** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 106, al. 1^{er}, 107, 109 Cst. féd. Pour l'élection des juges, cf. art. 145 (Elections [par l'Assemblée fédérale]) du projet. Le principe de la représentation des trois langues officielles est consacré de manière suffisante à l'art. 1^{er}, al. 2, OJ.
- 163** Cet article met à jour l'art. 113, al. 1 et 2, Cst. féd. A l'alinéa 1^{er}, let. b, le terme trop restreint de «concordats» est remplacé par celui de «conventions des cantons».
- 164** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 110, 111, 114 et 114^{bis} (sans l'al. 3) Cst. féd.
- 165** Cet article met à jour l'art. 112 Cst. féd. Cf., pour la let. b, les art. 296ss CP. La terminologie de la let. b reprend celle du CP. La procédure devant les Assises fédérales constitue une rareté juridique; le dernier procès date de 1933. Cette disposition constitutionnelle peut être reléguée, pour autant qu'elle trouve encore à s'appliquer, au niveau de la loi.
- 166** Cet article met à jour le droit résultant des dispositions suivantes: art. 113, al. 3, et 114^{bis}, al. 3, Cst. féd. Remarque: le Tribunal fédéral s'estime lié même par les traités internationaux conclus selon la procédure simplifiée (c'est-à-dire sans l'approbation expresse de l'Assemblée fédérale, cf. à ce sujet art. 143 et 158 du projet). Cf. ATF 120 Ib 360, cons. 2, avec référence à l'art. 46 de la Convention de Vienne sur le droit des traités. L'art. 166 déroge au principe général de la hiérarchie des normes (art. 4, al. 1^{er}, du projet), puisqu'il donne la prééminence, dans l'application du droit, aux lois fédérales, aux arrêtés fédéraux de portée générale et aux traités internationaux sur la Constitution fédérale.
- 167** L'alinéa 1 de cet article reprend l'art. 118 Cst. féd. L'alinéa 2 s'appuie sur les art. 119, 121 al. 1 et 122 Cst. féd.
- 168** Cet article met à jour le droit résultant de l'art. 120 Cst. féd.
- 169** Cet article met à jour le droit résultant de l'art. 121 al. 1-4 Cst. féd.
 Alinéa 2: voir l'art. 117 al. 3 du projet, qui indique les limites en vigueur pour l'initiative populaire tendant à la revision partielle de la Constitution.
 Alinéa 3: en accord avec la doctrine dominante, les règles impératives du droit international valent, selon la pratique la plus récente des autorités fédérales, comme limite matérielle à une revision constitutionnelle (voir le message sur l'initiative populaire «pour une politique d'asile raisonnable», FF 1994 III 1480, et sa déclaration de nullité par le Conseil des Etats lors de sa séance du 16 mars 1995). Cette limite vaut tant vis-à-vis des initiatives populaires que vis-à-vis des propositions émanant des autorités qui tendent à une revision constitutionnelle.
 La formulation relative à l'unité de la matière est reprise de l'art. 75 al. 2 LDP. Le principe vaut tant vis-à-vis des initiatives populaires que vis-à-vis des propositions émanant des autorités qui tendent à une revision constitutionnelle.
- 170** Cet article met à jour le droit résultant de l'art. 123 Cst. féd.

Projet de Constitution

1 Introduction	1
2 Texte constitutionnel avec variantes	5
3 Réforme des droits populaires	51
4 Réforme de la justice	57
5 Notes	61
6 Table de concordance Constitution fédérale / Projet	79
7 Abréviations	91

Constitution fédérale				Projet	
art.		al.	let.	chif.	art. titre
1					1 Structure
1					39 Modification du nombre et du territoire des cantons
2					2 But
3					3 Fédéralisme
3					32 Tâches
3					33 Indépendance
4					7 Principe d'égalité
5					37 Ordre constitutionnel et territoire
5					39 Modification du nombre et du territoire des cantons
6					38 Constitutions cantonales
7					34 Collaboration
8					44 Affaires étrangères
9					45 Relations des cantons avec l'étranger
10					45 Relations des cantons avec l'étranger
11					48 Armée
12					46 Prestations ou décorations offertes par des gouvernements étrangers
13					48 Armée
14					3 Fédéralisme
15					49 Intervention de l'armée
16					37 Ordre constitutionnel et territoire
17					48 Armée
18					47 Obligation de servir
18					48 Armée
19					48 Armée
19		2-4			49 Intervention de l'armée
20					48 Armée
21					48 Armée
22					48 Armée
22	bis				50 Protection civile
22	bis	2			155 Préparation des affaires parlementaires
22	ter				20 Garantie de la propriété
22	ter	2			30 Restrictions des droits fondamentaux
22	quater				57 Aménagement du territoire
23					58 Travaux publics
23	bis				82 Approvisionnement du pays
24					52 Eaux
24					53 Forêts
24	bis				52 Eaux

Constitution fédérale					Projet	
art.		al.	let.	chif.	art.	titre
24	ter				64	Chemins de fer, navigation et aviation
24	quater				66	Energie nucléaire, électricité et conduites
24	quinquies				66	Energie nucléaire, électricité et conduites
24	quinquies	2			98	Protection de la santé
24	sexies				54	Protection de la nature et du paysage
24	septies				51	Protection de l'environnement
24	octies				65	Politique énergétique
24	novies				31	Buts sociaux
24	novies				99	Procréation assistée et génie génétique
25					55	Pêche et chasse
25	bis				56	Protection des animaux
26					64	Chemins de fer, navigation et aviation
26	bis				66	Energie nucléaire, électricité et conduites
27					69	Formation
27		2			31	Buts sociaux
27		3			12	Liberté de conscience et de croyance
27	ter				73	Culture
27	ter	2			155	Préparation des affaires parlementaires
27	quater				70	Aides à la formation
27	quinquies				74	Gymnastique et sport
27	quinquies	4			155	Préparation des affaires parlementaires
27	sexies				72	Recherche
28					112	Droits de douane
28					81	Politique économique extérieure
29					112	Droits de douane
30					112	Droits de douane
31		1			21	Liberté économique
31					75	Principes de l'ordre économique
31	bis				75	Principes de l'ordre économique
31	bis	2			85	Banques, bourses et assurances
31	bis	2			75	Principes de l'ordre économique
31	bis	2			77	Politique structurelle
31	bis	2			78	Politique de concurrence
31	bis	3	e		50	Protection civile
31	bis	3			77	Politique structurelle
31	bis	3			78	Politique de concurrence
31	bis	3			82	Approvisionnement du pays
31	bis	3			83	Agriculture
31	ter	1			77	Politique structurelle

Constitution fédérale					Projet	
art.		al.	let.	chif.	art.	titre
31	quater				85	Banques, bourses et assurances
31	quinquies				80	Politique conjoncturelle
31	quinquies	1			31	Buts sociaux
31	sexies				78	Politique de concurrence
31	septies				78	Politique de concurrence
32		2			155	Préparation des affaires parlementaires
32		3			155	Préparation des affaires parlementaires
32	bis				84	Alcool
32	bis	1			111	Impôts spéciaux sur les produits de consommation
32	bis	9			114	Péréquation financière
32	ter				84	Alcool
32	quater				84	Alcool
33					76	Activité économique privée
34		1			31	Buts sociaux
34		1			90	Droit public du travail
34		2			85	Banques, bourses et assurances
34	bis	2			31	Buts sociaux
34	bis				97	Assurance-accident et assurance-maladie
34	ter	1	a		31	Buts sociaux
34	ter	1	d		47	Obligation de servir
34	ter	1	g		71	Formation professionnelle
34	ter	4			155	Préparation des affaires parlementaires
34	ter				90	Droit public du travail
34	quater	1			31	Buts sociaux
34	quater	1			91	Prévoyance pour les cas de vieillesse, de décès et d'invalidité
34	quater	2			92	Assurance fédérale
34	quater	3			93	Prévoyance professionnelle
34	quater	4			91	Prévoyance pour les cas de vieillesse, de décès et d'invalidité
34	quater	5			91	Prévoyance pour les cas de vieillesse, de décès et d'invalidité
34	quater	6			91	Prévoyance pour les cas de vieillesse, de décès et d'invalidité
34	quater	7			92	Assurance fédérale
34	quinquies				96	Allocations familiales et assurance-maternité
34	quinquies	1			31	Buts sociaux
34	quinquies	1			10	Respect de la vie privée et de la vie familiale
34	sexies				88	Encouragement de la construction de logements et de l'accession à la propriété

Constitution fédérale					Projet	
art.		al.	let.	chif.	art.	titre
34	sexies	5			155	Préparation des affaires parlementaires
34	sexies	1			31	Buts sociaux
34	septies				89	Protection des locataires
34	septies	1			31	Buts sociaux
34	novies	1			31	Buts sociaux
34	novies	2			31	Buts sociaux
34	novies				94	Assurance-chômage
35					86	Jeux de hasard
36					67	Services postaux et télécommunications
36		4			10	Respect de la vie privée et de la vie familiale
36	bis				60	Routes nationales
36	ter				62	Redevances routières
36	quater				62	Redevances routières
36	quinquies				62	Redevances routières
36	sexies				61	Transit alpin
37					59	Circulation routière
37	bis				59	Circulation routière
37	ter				64	Chemins de fer, navigation et aviation
37	quater				63	Chemins et sentiers pédestres
38					79	Politique financière et politique monétaire
39					79	Politique financière et politique monétaire
40					104	Métrologie
40	bis				87	Armes et matériel de guerre
41					87	Armes et matériel de guerre
41	bis	1	a		110	Droit de timbre, impôt anticipé, impôt de rétorsion
41	bis	1	b		110	Droit de timbre, impôt anticipé, impôt de rétorsion
41	bis	1	c		111	Impôts spéciaux sur les produits de consommation
41	bis	1	d		110	Droit de timbre, impôt anticipé, impôt de rétorsion
41	bis	2			106	Principes généraux régissant la perception d'impôts
41	bis	3			106	Principes généraux régissant la perception d'impôts
41	ter	1			107	Impôts directs
41	ter	1			114	Péréquation financière
41	ter	1	a		109	Taxe sur la valeur ajoutée
41	ter	1	b		109	Taxe sur la valeur ajoutée
41	ter	1	b		111	Impôts spéciaux sur les produits de consommation
41	ter	1 ^{bis}			109	Taxe sur la valeur ajoutée
41	ter	2			106	Principes généraux régissant la perception d'impôts
41	ter	3			109	Taxe sur la valeur ajoutée

Constitution fédérale					Projet	
art.		al.	let.	chif.	art.	titre
41	ter	3 ^{bis}			109	Taxe sur la valeur ajoutée
41	ter	4			111	Impôts spéciaux sur les produits de consommation
41	ter	5	a		107	Impôts directs
41	ter	5	b		114	Péréquation financière
41	ter	5	c		107	Impôts directs
41	ter	5			114	Péréquation financière
41	ter	6			106	Principes généraux régissant la perception d'impôts
42	bis				80	Politique conjoncturelle
42	ter				114	Péréquation financière
42	quater				108	Harmonisation fiscale
42	quinquies				108	Harmonisation fiscale
43		1			40	Droit de cité et nationalité
43		2			42	Exercice du droit de vote
43		3			42	Exercice du droit de vote
43		4			40	Droit de cité et nationalité
43		5			42	Exercice du droit de vote
43		6			42	Exercice du droit de vote
44					41	Acquisition et perte de la nationalité
44		3			40	Droit de cité et nationalité
45		1			18	Liberté d'établissement
45		2			19	Protection contre l'expulsion, l'extradition et le refoulement
45	bis				43	Statut des Suisses de l'étranger
45	bis	2			155	Préparation des affaires parlementaires
46		1			40	Droit de cité et nationalité
46		2			106	Principes généraux régissant la perception d'impôts
47					40	Droit de cité et nationalité
48		1			9	Droit à la vie, liberté personnelle et droit à une existence conforme à la dignité humaine
48					95	Devoir d'assistance envers les personnes dans le besoin
49					12	Liberté de conscience et de croyance
50					12	Liberté de conscience et de croyance
53		1			101	Droit civil
53		2			6	Dignité humaine
54					11	Droit au mariage
55					13	Liberté d'opinion et d'information et liberté des médias
55	bis				68	Radio et télévision
56					17	Liberté d'association

Constitution fédérale					Projet	
art.		al.	let.	chif.	art.	titre
56					22	Liberté syndicale
57					27	Droit de pétition
58					24	Garanties de procédure judiciaire
59		1			24	Garanties de procédure judiciaire
59		2			24	Garanties de procédure judiciaire
59		3			6	Dignité humaine
59		3			9	Droit à la vie, liberté personnelle et droit à une existence conforme à la dignité humaine
60					40	Droit de cité et nationalité
61					36	Entraide administrative et entraide judiciaire
62						—
63						—
64					101	Droit civil
64	bis				102	Droit pénal
64	ter				103	Aide aux victimes
65					6	Dignité humaine
65					9	Droit à la vie, liberté personnelle et droit à une existence conforme à la dignité humaine
66					115	Droit de vote
67					36	Entraide administrative et entraide judiciaire
68					41	Acquisition et perte de la nationalité
69					31	Buts sociaux
69					98	Protection de la santé
69	bis				98	Protection de la santé
69	ter				100	Etablissement des étrangers et asile
70					100	Etablissement des étrangers et asile
71					126	Rôle de l'Assemblée fédérale et principe du bicamérisme
72					127	Composition et élection du Conseil des Etats
73					115	Droit de vote
73		1			127	Composition et élection du Conseil national
74		1			115	Droit de vote
74		2			115	Droit de vote
74		3			115	Droit de vote
74		4			42	Exercice du droit de vote
75					121	Eligibilité
76					123	Durée de fonction
77					122	Incompatibilités
78					130	Présidence

Constitution fédérale					Projet	
art.		al.	let.	chif.	art.	titre
78		3			137	Quorum et majorité
79					127	Composition et élection du Conseil national
80					128	Composition et élection du Conseil des Etats
81					122	Incompatibilités
82					130	Présidence
82		4			137	Quorum et majorité
83					128	Composition et élection du Conseil des Etats
84					147	Autres tâches et compétences
85				1	147	Autres tâches et compétences
85				2	141	Compétences législatives
85				3	147	Autres tâches et compétences
85				4	145	Elections
85				5	147	Autres tâches et compétences
85				6	147	Autres tâches et compétences
85				7	147	Autres tâches et compétences
85				8	147	Autres tâches et compétences
85				9	147	Autres tâches et compétences
85				10	144	Compétence financière
85				11	146	Haute surveillance
85				12	147	Autres tâches et compétences
85				13	147	Autres tâches et compétences
85				14	147	Autres tâches et compétences
85					147	Autres tâches et compétences
86					129	Sessions
87					137	Quorum et majorité
88					137	Quorum et majorité
89		1			134	Délibération séparée
89		2			115	Droit de vote
89		2			119	Référendum facultatif
89		3			115	Droit de vote
89		3			119	Référendum facultatif
89		4			115	Droit de vote
89		4			119	Référendum facultatif
89		5			115	Droit de vote
89		5			118	Référendum obligatoire
89	bis				142	Législation d'urgence
89	bis	2			119	Référendum facultatif
89	bis	2			115	Droit de vote

Constitution fédérale				Projet	
art.		al.	let.	chif.	art. titre
89	bis	3			115 Droit de vote
89	bis	3			118 Référendum obligatoire
90					119 Référendum facultatif
91					139 Interdiction du mandat impératif
92					134 Délibération séparée
92					135 Délibération commune
92					137 Quorum et majorité
93					138 Droit de proposition
94					136 Publicité des séances
95					148 Conseil fédéral
95					149 Composition et élection
96					123 Durée de fonction
96					149 Composition et élection
96		1			121 Eligibilité
97					122 Incompatibilités
98					150 Présidence
99					149 Composition et élection
100					151 Principe de l'autorité collégiale et division en départements
101					155 Préparation des affaires parlementaires
102					154 Politique gouvernementale
102					161 Autres tâches et compétences
102				1	154 Politique gouvernementale
102				2	160 Relations entre la Confédération et les cantons
102				2	161 Autres tâches et compétences
102				3	161 Autres tâches et compétences
102				3	160 Relations entre la Confédération et les cantons
102				4	155 Préparation des affaires parlementaires
102				5	155 Préparation des affaires parlementaires
102				6	161 Autres tâches et compétences
102				7	160 Relations entre la Confédération et les cantons
102				8	159 Sécurité intérieure et extérieure
102				8	148 Conseil fédéral
102				9	159 Sécurité intérieure et extérieure
102				10	159 Sécurité intérieure et extérieure
102				11	159 Sécurité intérieure et extérieure
102				12	152 Administration fédérale
102				13	160 Relations entre la Confédération et les cantons
102				14	157 Compétence financière

Constitution fédérale					Projet	
art.		al.	let.	chif.	art.	titre
102				15	161	Autres tâches et compétences
102				16	161	Autres tâches et compétences
103					151	Principe de l'autorité collégiale et division en départements
103					152	Administration fédérale
103		2			161	Autres tâches et compétences
103		3			161	Autres tâches et compétences
104					152	Administration fédérale
105					123	Durée de fonction
105					153	Chancellerie fédérale
106		1			162	Rôle du Tribunal fédéral
107		1			145	Elections
107					162	Rôle du Tribunal fédéral
108					122	Incompatibilités
108		1			121	Eligibilité
109					162	Rôle du Tribunal fédéral
110					164	Juridiction civile, pénale et administrative
111					164	Juridiction civile, pénale et administrative
112					165	Assises fédérales
113		1			163	Juridiction constitutionnelle
113		2			163	Juridiction constitutionnelle
113		3			166	Droit applicable
114 ^{bis}		3			166	Droit applicable
114					164	Juridiction civile, pénale et administrative
114 ^{bis}					164	Juridiction civile, pénale et administrative
115					—	—
116					73	Culture
116		2			124	Langues officielles
116 ^{bis}					90	Droit public du travail
117					125	Responsabilité
118					167	Principe
119					167	Principe
120					116	Initiative populaire tendant à la revision totale de la Constitution
120		1			118	Référendum obligatoire
120					168	Revision totale
120					115	Droit de vote
121					115	Droit de vote
121		1			117	Initiative populaire tendant à la revision partielle de la Constitution

Constitution fédérale					Projet	
art.		al.	let.	chif.	art.	titre
121		1			167	Principe
121		1			169	Revision partielle
121		2			117	Initiative populaire tendant à la revision partielle de la Constitution
121		2			169	Revision partielle
121		3			147	Autres tâches et compétences
121		3			169	Revision partielle
121		4			117	Initiative populaire tendant à la revision partielle de la Constitution
121		4			147	Autres tâches et compétences
121		4			169	Revision partielle
121		5			118	Référendum obligatoire
121		5			117	Initiative populaire tendant à la revision partielle de la Constitution
121		6			117	Initiative populaire tendant à la revision partielle de la Constitution
121	bis				117	Initiative populaire tendant à la revision partielle de la Constitution
122					167	Principe
123					115	Droit de vote
123					120	Majorités requises
123					170	Entrée en vigueur
123		1			118	Référendum obligatoire

Dispositions transitoires Cst. féd.

1	Disp.tr.				112	Droits de douane
2	Disp.tr.				35	Respect du droit fédéral
3	Disp.tr.				162	Rôle du Tribunal fédéral
4	Disp.tr.				69	Formation
5	Disp.tr.				76	Activité économique privée
6	Disp.tr.				47	Obligation de servir
7	Disp.tr.				110	Droit de timbre, impôt anticipé, impôt de rétorsion
8	Disp.tr.				109	Taxe sur la valeur ajoutée
8	bis Disp.tr.				109	Taxe sur la valeur ajoutée
8	ter Disp.tr.				109	Taxe sur la valeur ajoutée
9	Disp.tr.				114	Péréquation financière
10	Disp.tr.				114	Péréquation financière
11	Disp.tr.	1			92	Assurance fédérale
11	Disp.tr.	2			93	Prévoyance professionnelle

Constitution fédérale					Projet	
art.		al.	let.	chif.	art.	titre
19	Disp.tr.				66	Energie nucléaire, électricité et conduites
20	Disp.tr.	2			90	Droit public du travail
20	Disp.tr.	3			90	Droit public du travail
21	Disp.tr.				62	Redevances routières
22	Disp.tr.				61	Transit alpin

Dispositions qui n'ont pas d'articles correspondants dans la Cst. féd.:						
*					4	Principes de l'activité de l'Etat
*					6	Dignité humaine
*					8	Protection contre l'arbitraire et protection de la bonne foi
*					9	Droit à la vie, liberté personnelle et droit à une existence conforme à la dignité humaine
*					10	Respect de la vie privée et de la vie familiale
*					13	Liberté d'opinion et d'information et liberté des médias
*					14	Liberté de la langue
*					15	Libertés de l'art et de la science
*					16	Liberté de réunion
*					23	Garanties générales de procédure
*					24	Garanties de procédure judiciaire
*					25	Privation de liberté
*					26	Procédure pénale
*					29	Réalisation des droits fondamentaux
*					30	Restrictions des droits fondamentaux
*					77	Politique structurelle
*					123	Durée de fonction (juges du Tribunal fédéral, 2 ^e phrase)
*					131	Commissions
*					132	Groupes
*					133	Services du Parlement
*					139	Interdiction du mandat impératif (2 ^{ème} phrase)
*					140	Immunité

Projet de Constitution

1 Introduction	1
2 Texte constitutionnel avec variantes	5
3 Réforme des droits populaires	51
4 Réforme de la justice	57
5 Notes	61
6 Table de concordance Constitution fédérale / Projet	79
7 Abréviations	91

Liste des abréviations

ACF	Arrêté du Conseil fédéral
AF	Arrêté fédéral
AFpg/APG	Arrêté fédéral de portée générale
al.	alinéa
art.	article
Ass. féd.	Assemblée fédérale
ATF	Recueil officiel des arrêts du Tribunal fédéral suisse
BO (CN/CE):	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale (Conseil national/Conseil des Etats)
BNS	Banque nationale suisse
CC/CCS	Code civil suisse du 10 décembre 1907 (RS 210)
CE	Conseil des Etats
CEDH	Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales, du 4 novembre 1950 (Convention européenne des droits de l'homme) (RS 0.101)
CF	Conseil fédéral
cf.	conférez, comparez
chap.	chapitre
chif.	chiffre
CN	Conseil national
CO	Loi fédérale du 30 mars 1911 complétant le code civil suisse (Livre cinquième: Droit des obligations) (Code des obligations) (RS 220)
Comm.	Commentaire
cons.	considérant
CP/CPS	Code pénal suisse du 21 décembre 1937 (RS 311.0)
Cst.	Constitution
Cst. (féd.)	Constitution fédérale de la Confédération suisse, du 29 mai 1874
DFJP	Département fédéral de justice et police
Disp. trans.	Dispositions transitoires de la Constitution fédérale
DPA	Loi fédérale du 22 mars 1974 sur le droit pénal administratif (RS 313.0)
DT	Dispositions transitoires de la Constitution fédérale
DUDH	Déclaration universelle des droits de l'homme, du 10 décembre 1948 (FF 1983 II 1376ss)
éd.	édition
EIMP	Loi fédérale du 20 mars 1981 sur l'entraide internationale en matière pénale (Loi sur l'entraide pénale internationale) (RS 351.1)
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
FF	Feuille fédérale
JAAC	Jurisprudence des autorités administratives de la Confédération
Kölz/Müller	Alfred Kölz et Jörg Paul Müller: Projet pour une nouvelle Constitution fédérale, 2 ^e édition remaniée, du 14 juillet 1990.
LAAM	Loi fédérale du 3 février 1995 sur l'armée et l'administration militaire (FF 1995 I 655)
LAVI	Loi fédérale du 4 octobre 1991 sur l'aide aux victimes d'infractions (RS 312.5)

LBN	Loi du 23 décembre 1953 sur la Banque nationale (RS 951.11)
LCPR	Loi fédérale du 4 octobre 1985 sur les chemins pour piétons et les chemins de randonnée pédestre (RS 704)
LDP	Loi fédérale du 17 décembre 1976 sur les droits politiques (RS 161.1)
let.	lettre
LF	Loi fédérale
LFC	Loi fédérale du 6 octobre 1989 sur les finances de la Confédération (RS 611.0)
LFo	Loi fédérale du 4 octobre 1991 sur les forêts (loi sur les forêts) (RS 921.0)
LHID	Loi fédérale du 14 décembre 1990 sur l'harmonisation des impôts directs des cantons et des communes
LIFD	Loi fédérale du 14 décembre 1990 sur l'impôt fédéral direct (RS 642.11 – RO 1991 1184)
lit.	lettre
LOA/LOAF	Loi fédérale du 19 septembre 1978 sur l'organisation et la gestion du Conseil fédéral et de l'administration fédérale (Loi sur l'organisation de l'administration) (RS 172.010)
Loi sur la responsabilité	Loi fédérale du 14 mars 1958 sur la responsabilité de la Confédération, des membres de ses autorités et de ses fonctionnaires (RS 170.32)
Loi sur les garanties	Loi fédérale du 26 mars 1934 sur les garanties politiques et de police en faveur de la Confédération (RS 170.21)
LP	Loi fédérale du 11 avril 1889 sur la poursuite pour dettes et la faillite (RS 281.1)
LPA	Loi fédérale du 20 décembre 1968 sur la procédure administrative (RS 172.021)
LPP	Loi fédérale du 15 juin 1934 sur la procédure pénale (RS 312.0)
LRC/LREC	Loi fédérale du 23 mars 1962 sur la procédure de l'Assemblée fédérale ainsi que sur la forme, sur la publication et l'entrée en vigueur des actes législatifs (Loi sur les rapports entre les Conseils) (RS 171.11)
LRN	Loi fédérale du 8 mars 1960 sur les routes nationales (RS 725.11)
LSEE	Loi fédérale du 26 mars 1931 sur le séjour et l'établissement des étrangers (RS 142.20)
LSF	Loi fédérale du 9 octobre 1992 sur la statistique fédérale (RS 431.01)
N./n.	note
no/nos	numéro/numéros
OIT	Organisation internationale du travail
OJ/OJF	Loi fédérale d'organisation judiciaire du 16 décembre 1943 (Organisation judiciaire) (RS 173.110)
ONU	Organisation des Nations Unies
P	projet de Constitution du 29 mai 1995
p.	page
p.ex.	par exemple
PA	Loi fédérale du 20 décembre 1968 sur la procédure administrative (RS 172.021)
Pacte I	Pacte international relatif aux droits économiques, sociaux et culturels, du 16 décembre 1966 (RO 1993 I 725)
Pacte II	Pacte international relatif aux droits civils et politiques, du 16 décembre 1966 (RO 1993 I 750)
par.	paragraphe

par.	paragraphe
PJA	Pratique juridique actuelle
projet 1977	Projet de Constitution de 1977 élaboré par la Commission d'experts pour la préparation d'une revision totale de la Constitution fédérale
projet (Cst.)	projet de Constitution du 29 mai 1995
projet DFJP	Essai de modèle du 30 octobre /6 novembre 1985 (FF 1985 III 202ss) – Rapport sur la revision totale de la Constitution fédérale du 6 novembre 1985 (FF 1985 III 1ss)
RCE	Règlement du Conseil des Etats du 24 septembre 1986 (RS 171.14)
RCN	Règlement du Conseil national du 22 juin 1990 (RS 171.13)
RDS	Revue de droit suisse
recht	recht, Zeitschrift für juristische Ausbildung und Praxis
RO	Recueil officiel des lois fédérales (Recueil officiel)
RPS	Revue pénale suisse
RS	Recueil systématique du droit fédéral
RSDIE	Revue suisse de droit international et européen
RSJ	Revue suisse de jurisprudence
s./ss	et suivant/suivantes
StF	Loi fédérale du 30 juin 1927 sur le statut des fonctionnaires (RS 172.221.10)
TF	Tribunal fédéral
TFA	Tribunal fédéral des assurances
vol.	volume
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches und öffentliches Recht und Völkerrecht
ZBl	Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Gemeindeverwaltung